Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (31.01.2013)

Sand im Getriebe 100

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Dialektik der Globalisierung: So viel Wandel war nie







„Sand im Getriebe“ bietet seit 2001 Raum für die strategischen und taktischen Debatten innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung, deren Teil die ATTAC-Bewegung ist.

In dieser hundertsten Ausgabe von „Sand im Getriebe“ stellen wir einige wichtige Artikel der letzten zehn Jahre zusammen und verweisen auf manche andere SiG-Veröffentlichungen.

Vorwort

→ Bei Durchsicht all der Berichte, Resolutionen, Analysen stellen wir fest, dass wir es in der Einschätzung der Globalisierung mit einem großen Lernprozess zu tun haben. Die Attac-Bewegung wurde mit dem Aufruf *„Entwaffnet die Märkte"* gegründet, als Reaktion auf die chaotischen, Unheil bringenden Finanzmärkte (Asien-Krise 1997/98) und auf die Zerstörungen, die durch den „Washington Konsens" verursacht wurden. Sehr schnell erweiterte sich allerdings die attac-Agenda: Nicht nur die Finanzmärkte, sondern das gesamte System des globalisierten Kapitalismus wurde als Ursache für Polarisierung, Krisen und Umweltzerstörung identifiziert. Mit der Parole „*Die Welt ist keine Ware*" wurde die Unterwerfung der Gesellschaften unter unregulierte Märkte und ihre Nutznießer kritisiert (**Bello**). Die neoliberale Konterrevolution setzte umfassende Deregulierungen und den Rückzug des Staates durch. Besonders negativ wirkte sich der Abbau des Primats der Politik in den schwächeren Ländern der Dritten Welt (G77) aus, die durch „Strukturanpassungsprogramme" vom Regen in die Traufe stürzten (**Chossudovsky)** und in dauerhafter Abhängigkeit und Schuldknechtschaft (**Toussaint**) gehalten werden.

Mit der Parole „*Eine andere Welt ist möglich*" wurde zum Ausdruck gebracht, dass der kapitalistische Status Quo überwunden werden kann und muss. Das kommt auch in der Begriffsbestimmung der Bewegung zum Ausdruck. Anfangs wurde von „*Globalisierungsgegnern*", dann von „*Globalisierungskritikern*" und schließlich von „*Altermondialisten*" geredet.

Wir stellten aber auch fest , dass die Aussage im Gründungsdokument von Attac-Deutschland (*„Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt."*) zwar noch für viele der G77, der „least developed countries", gilt. Der Aufschwung der BRICS-Länder hat allerdings zu einer Differenzierung innerhalb der Länder der ehemaligen Dritten Welt geführt (Michel **Husson**, der Boomerang-Effekt der Globalisierung; **Bello**: **De-Globalisierung**). Wir reden deshalb von der Dialektik der Globalisierung. Teilweise haben sich inzwischen die Fronten verkehrt: früher forderte der kapitalistische Norden von den Ländern des Süden den radikalen Abbau der Zölle und jeder Form von Protektionismus. Jetzt sind es die reichen, entwickelten Länder, die sich mit Protektionismus gegen die aufstrebenden Wirtschaften wehren. In seinem Buch „Adam Smith in Peking" fragt Giovanni **Arrighi:** *„Befindet sich die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?"* Er fragt, ob der Aufstieg China - angeführt von einer Kommunistischen Partei - der „*Vorbote der größeren Gleichheit der Völker*" sein könnte. Allerdings: „*In den Schwellenländern, deren Wirtschaft durch das Wirken eines ‚wilden Kapitalismus' - ähnlich der industriellen Revolution in England - emporschnellte, schließt das machtvolle Wachstum ganze Bevölkerungsschichten aus, die soziale Ungleichheit wird trotz eines Rückgangs der Armut nicht geringer*" und es ist „*noch kein ökologisch nachhaltigen Entwicklungsweg erschlossen*" (Arrighi) worden. Und der Westen „*versucht, die Gelegenheit der hohen Verschuldung der Staaten zu nutzen, um mit einer Schocktherapie die neoliberalen „Reformen" zu vertiefen*" (Husson). Falls nötig wird „*die unsichtbare Hand des Marktes zur sichtbaren Faust des Krieges*" (**Huffschmid**), die als Gebot der „*Schutzverantwortung*" verkauft wird. (**Ngugi va Tiongo, Rozoff**).

Und es gibt Widerstand: In den arabischen Ländern stehen die Menschen vor riesigen Herausforderungen (**Gresh)**. In den Ländern des Nordens wird versucht, eine dauerhafte Gegenbewegung aufzubauen (Immanuel **Wallerstein**, Naomi **Klein, Ch. Wichterich. St. Krull, Altersummit**; ...). In **China** streiken Arbeiter, sie erhalten Unterstützung von **alten Revolutionären**; In **Indien** geht der Kampf gegen Diskriminierung und ums Agrarland weiter (**Arundati Roy**). Der Ruf nach einer neuen politischen Ordnung der Welt (**Hugo Chavez**-Rede vor der Uno) wird lauter. Die industrialisierten Länder werden aufgefordert, ihre Klimaschuld zu begleichen (**Nicola Bullard**). Süd-Süd-Kooperationen entwickeln sich z.B. in **Lateinamerika** (**ALBA**). Konzepte von Vergesellschaftung und interner Verarbeitung der einheimischen Ressourcen erleben ein Revival. Ja sogar die Parole vom ***„Ökosozialismus des 21 Jahrhunderts"*** wird in einigen Teilen der Welt populär.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen die Sozialforen (**Forum der Völker in Afrika**, im März **Weltsozialforum** in **TUNIS**). Sie bündeln und organisieren das kritische Bewußtsein und tragen zur Delegitimierung der neoliberalen Globalisierung bei. Niemals war der Kapitalismus ideologisch so angeschlagen wie zurzeit. Er befindet sich im Zangengriff der eigenen Unfähigkeit und des zunehmenden Überdrusses der Völker, die die chaotische Polarisierung der sozialen Verhältnisse nicht mehr hinnehmen.

Howard **Zinn**, der große linke US-amerikanische Historiker, spricht vom Optimismus der Ungewissheit. Samir **Amin** und Giovanni **Arrighi** meinen, dass die Verdammten dieser Erde momentan durch die neu entstehende multipolare globalen Machtstruktur **Spielraum gewinnen**. Wer auch immer recht hat, soviel Wandel wie gegenwärtig war nie. Es ist eine Zeit, es ist Raum für die Entfaltung des subjektiven Faktors, für ein kämpferisches Bündnis der Subalternen im Norden wie im Süden.

Inhaltsverzeichnis aller SiG-Hefte:
http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch coorditrad! **www.coorditrad.attac.org**

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de***:***
1,50 €/Heft + Porto*; ; portofrei ab 10 Heften (**Nr. 100**: 3€; **Bis zur Nr. 90**: pro Heft 1€) **Abo:** 15 € für 6 Ausgaben.*

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland), Online-Fassung: Barbara Waschmann (attac Österreich); 2. verbesserte Auflage, Nov.2013

Howard Zinn, 2004

Der Optimismus der Ungewissheit

Wie schaffe ich es weiterzumachen und glücklich zu wirken in dieser furchtbaren Welt, in der die Anstrengungen von Menschen oft geringfügig erscheinen, wenn man sieht, was von jenen, die Macht haben, getan wird?
Ich bin mir nicht vollkommen sicher, dass die Welt besser werden wird, aber durchaus, dass wir nicht aufgeben sollten, bevor alle Karten gespielt worden sind. Die Metapher ist bewusst gewählt; das Leben ist ein Spiel. **Nicht zu spielen hieße gleich auf jede Gewinnchance zu verzichten. Zu spielen, zu handeln, schafft zumindest die Möglichkeit die Welt zu verändern.**

Es gibt eine Tendenz zu denken, dass die Welt in jener Art wie wir sie im Augenblick sehen auch so bleiben wird. Wir vergessen, wie oft wir durch das plötzliche Einstürzen von Institutionen überrascht worden sind, durch außergewöhnliche Veränderungen in den Gedanken der Menschen, durch unerwartete Ausbrüche der Rebellion gegen Tyranneien, durch den raschen Zusammenbruch von Machtsystemen, welche bis Tags zuvor unbesiegbar schienen.

Was von der Geschichte der letzten hundert Jahren hervorsticht, ist ihre vollkommene Unvorhersehbarkeit:

- Eine **Revolution zum Sturze des Zaren von Russland**, in diesem trägestem semi-feudalem Imperium, welche nicht nur die fortgeschrittensten imperialen Mächte geschreckt hat, sondern selbst Lenin überraschte und ihn in den nächsten Zug nach Petrograd springen ließ.
- Wer hätte **die bizarren Wendungen des Zweiten Weltkrieges** vorhergesehen? - den Nazi-Sowjet Pakt (diese peinlichen Photos von Ribbentrop und Molotov beim Händeschütteln), und die deutsche Armee, wie sie über Russland rollt, anscheinend unbesiegbar, kolossale Opferzahlen hinter sich lassend, wie sie vor den Toren Leningrads und vor Moskau zurückgewiesen wird, und in den Straßen von Stalingrad geschlagen, gefolgt vom Sieg über die deutsche Armee, und Hitler, wie er sich in seinem Berliner Bunker versteckt und darauf wartet zu sterben.
- Und dann in der **Nachkriegswelt**, welche eine Form annimmt, die niemand hätte ahnen können: die kommunistische Revolution in China, die laute und gewaltvolle Kulturrevolution, und dann die nächste Wendung, wie das postmaoistische China seine kompromisslosesten Ideen und Institutionen begräbt, Annäherungsversuche an den Westen macht, es den kapitalistischen Unternehmen recht machen will, und jeden sprachlos macht.
- Niemand hat die **Aufsplitterung der alten westlichen Imperien** für so knapp nach dem Krieg vorhergesehen, oder die seltsame Vielzahl an Gesellschaften, welche in den damit unabhängig werdenden Nationen entstanden, vom sanften Dorfsozialismus in Nyereres Tansania bis zum Wahnsinn in Idi Amins Uganda. (...)
- Das Ende des Zweiten Weltkrieges hinterließ zwei **Supermächte** mit ihren Einflusssphären und den von ihnen kontrollierten Gebieten, um militärische und politische Macht wetteifernd. Und doch konnten sie auch jene Gebiete der Erde, die als ihre Einflusssphären betrachtet worden sind, nicht kontrollieren.
- Das Versagen der **Sowjetunion**, sich in Afghanistan durchzusetzen, und ihre Entscheidung, sich nach fast einem Jahrzehnt ekelhafter Intervention zurückzuziehen, war der überzeugendste Beweis, dass selbst der Besitz von thermonuklearen Waffen nicht die Herrschaft über eine entschlossene Bevölkerung garantieren kann.
- **Die Vereinigten Staaten** wurden mit derselben Realität konfrontiert. Sie führten einen Krieg unter Einsatz fast aller Mittel in Indochina, bombardierten eine kleine Halbinsel brutaler, als es die Weltgeschichte je gesehen hatte, und waren doch gezwungen sich zurückzuziehen.
- Die Schlagzeilen zeigen uns jeden Tag neue Fälle in denen die scheinbar Mächtigen vor den scheinbar Machtlosen weichen müssen, wie in **Brasilien,** wo eine Basisbewegung von ArbeiterInnen und Armen einen neuen Präsidenten gewählt hat, der verspricht, die zerstörerische Macht der Konzerne zu bekämpfen.

Wenn wir uns diesen Katalog von riesigen Überraschungen ansehen, wird es klar, dass der Kampf für Gerechtigkeit niemals aufgegeben werden darf, und sicher nicht wegen der anscheinend überwältigenden Macht jener, die die Waffen und das Geld haben und die in ihrer Entschlossenheit, jene zu behalten, unbesiegbar scheinen.

Diese scheinbare Macht hat sich, immer und immer wieder, als verletzlich herausgestellt, verletzbar durch menschliche Qualitäten, die weniger messbar sind als Bomben und Dollars: moralischer Wille, Entschlossenheit, Einigkeit, Organisierung, Opferbereitschaft, Humor, Einfallsreichtum, Mut, Geduld - ob von Schwarzen in Alabama und Südafrika, BäuerInnen in El Salvador, Nicaragua und Vietnam, oder ArbeiterInnen und Intellektuellen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion selbst. Keine kalte Berechnung der Balance der Macht sollte Menschen abschrecken können, die überzeugt sind, dass sie für eine gerechte Sache einstehen.

Ich habe mich sehr bemüht den Pessimismus meiner Freunde über die Welt zu teilen (sind es nur meine Freunde?), aber ich treffe immer wieder auf Menschen, welche mir Hoffnung geben trotz all der Beweise, für die schrecklichen Dinge, die überall passieren. Besonders junge Menschen, von welchen die Zukunft abhängt.
Wo auch immer ich hingehe, finde ich solche Menschen. Und über die paar AktivistInnen hinaus scheint es noch Hunderte, Tausende und mehr zu geben, welche für unorthodoxe Ideen offen sind. Aber sie wissen oft nichts voneinander, und während sie standhaft bleiben, tun sie das mit der Geduld eines Sisyphus, der für alle Zeiten den Stein auf den Berg hinaufrollt.

Ich versuche jeder Gruppe zu sagen, dass sie nicht alleine ist und dass gerade jene Menschen, welche unglücklich über das Fehlen einer nationalen Bewegung sind, der Beweis für das Potential einer solchen Bewegung sind.

Revolutionäre Veränderung kommt nicht durch einen kataklysmischen Moment (man hüte sich vor solchen Momenten!), sondern durch eine endlose Folge von Überraschungen, einer Zick-Zack-Bewegung zu einer besseren Gesellschaft hin. Wir müssen keine großartigen, heroischen Aktionen durchführen um am Prozess der Veränderung teilzuhaben. **Kleine Handlungen können die Welt verändern, wenn Millionen sie machen.**

Selbst wenn wir nicht „gewinnen" ist es schön und erfüllend mit anderen guten Menschen dabei involviert gewesen zu sein, etwas richtiges zu machen. Wir brauchen Hoffnung.

Ein Optimist ist nicht notwendigerweise ein Mensch, der in unseren dunklen Zeiten heiter pfeift. In schlechten Zeiten hoffnungsvoll zu sein ist nicht nur dumme Romantik. Es basiert auf der Tatsache, dass die **Geschichte der Menschheit** nicht nur eine Geschichte der Grausamkeit, sondern **auch eine des Mitgefühls, der Opfer, der Courage und der Liebenswürdigkeit ist.** Das, wofür wir uns entscheiden, in dieser komplexen Geschichte hervorheben zu wollen, wird unsere Leben bestimmen. Wenn wir nur das schlimmste sehen, zerstört es unsere Fähigkeit etwas zu tun.

Wenn wir uns an die Zeiten und Orte erinnern - und es gibt so viele - wann und wo Menschen sich großartig verhalten haben, gibt uns das die Energie zu handeln und zumindest die Möglichkeit, diesen wirbelnden Kreisel Welt in eine andere Richtung zu schicken. Und wenn wir handeln, egal auf welche kleine Weise, müssen wir nicht auf irgendeine großartige utopische Zukunft warten. Die Zukunft ist eine unendliche Folge von Augenblicken, und jetzt so zu leben wie wir glauben, dass menschliche Wesen leben sollten, trotz all dem, was um uns herum so schlecht ist, ist schon für sich ein wunderbarer Sieg.

ZNet Kommentar, (*in **SiG 40** veröffentlicht)*
***SiG 80**: Amy Goodman: Howard Zinn , Ein Interview mit Chomsky, Klein, Arnove und Walker zum Gedenken an den legendären Historiker und Aktivisten 29.01.2010,*
http://www.zmag.de/front-page/artikel/chomsky-klein-arnove-walker-goodman-ueber-howard-zinn/view

Jörg Huffschmid, 2002

Wie die unsichtbare Hand des Marktes zur sichtbaren Faust des Krieges wird

Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

Vortrag beim 9. Friedenspolitischen Ratschlag am 7./8. Dezember 2002 in Kassel.

Es geht im folgenden um den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Militarisierung. Dieser Zusammenhang ist weder ein zufälliger, noch ein zwangsläufiger: Die aggressive Form der Globalisierung entwickelt sich unter Druck zunehmend in Richtung militärische Aggressivität nach außen und polizeistaatliche Sicherung nach innen. Andererseits kann politischer Druck dazu führen, dass der Krieg verhindert und demokratische Strukturen gesichert und ausgebaut werden. Dies sollen die folgenden fünf Thesen verdeutlichen.

1. Globalisierung als ökonomischer und politischer Prozess

*These: **Internationale Expansion** ist eine Grundtendenz jeder Gesellschaft, in der sich **die Produktionsmittel überwiegend in privatem Eigentum** befinden, die Koordination der Produktion über den Markt und die Konkurrenz erfolgt und die Triebkraft für die Entscheidungen über den Umfang und die Art der Produktion von Gütern und Dienstleistungen der private Gewinn ist. Gleichzeitig ist Internationalisierung immer in einen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang eingebettet, der durch andere Interessen und ein Mehr oder Weniger an Demokratie gekennzeichnet ist und die öko-nomische Grundtendenz stützt, verstärkt oder abschwächt und seine Form bestimmt.*

Im Einzelnen:
Die ökonomische Grundthese klingt sehr dinosaurierhaft und dogmatisch, ist aber dennoch wahr und sollte nicht aus den Augen verloren werden.
In einer **kapitalistischen** Marktwirtschaft müssen sich die Unternehmen auf dem Markt gegen andere Unternehmen behaupten. Das tun sie durch Entwicklung der Produktivität der menschlichen Arbeit, d.h. durch die Entwicklung der Möglichkeiten, mit dem gleichen oder mit geringerem Arbeitseinsatz mehr und billigere Produkte zu verkaufen. Gleichzeitig bewirken die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, dass die Löhne nicht in gleicher Weise steigen wie die Produktivität. Das führt immer wieder zu der Situation, dass die zunehmende Menge von Gütern nicht verkauft werden kann, und dass deshalb auch keine neuen Investitionen zustande kommen. Das Resultat sind konjunkturelle **Rezessionen** und - da diese nie vollständig bereinigt werden - der Aufbau langfristiger Entwicklungshemmnisse.
Ein wichtiger **Ausweg** aus diesen Krise- und Blockadetendenzen ist - neben verschärfter Rationalisierung und Konzentration und Zentralisation - die **internationale Expansion**. Ihr Kern liegt darin, den Teil der Produktion, der im Inland wegen fehlender Nachfrage nicht absetzbar ist, im Ausland zu verkaufen. Gleichzeitig schafft diese Expansion die Möglichkeit, im Ausland die Rohstoffe zu beschaffen, die zur Ausdehnung und Differenzierung der eigenen - energie- und rohstoffintensiven - Produktion benötigt werden. Schließlich besteht eine weitere Perspektive darin, die Gewinne, die im Inland nicht rentabel angelegt werden können, im Ausland zu investieren.
Die internationale Expansion ist also nicht das Resultat irgendeines Drangs nach internationaler Arbeitsteilung zum Nutzen aller Beteiligten. Sie ist das Resultat und die zeitweise Lösung der Widersprüche und Probleme, die mit dem Funktionsmechanismus einer kapitalistischen Marktwirtschaft verbunden sind. Dies ist eine ökonomische Grundtendenz.

Es gibt aber keine Ökonomie ohne Politik, und in die **Politik** gehen neben den ökonomischen Interessen und Triebkräfte auch andere gesellschaftliche Kräfte und Interessen ein. Die tatsächliche Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften hängt davon ab, erstens in welchem Umfang und zweitens in welcher Form sich die Interessen der Privateigentümer in der Gesellschaft durchsetzen. Beides hängt seinerseits wieder von der Stärke und Orientierung anderer gesellschaftlicher Kräfte ab, insbesondere der Arbeiterbewegung, aber auch der Frauenbewegung, der Umweltbewegung, der Bauern, Intellektuellen etc. Letztlich hängt der Umfang und die Art der Durchsetzung kapitalistischer Interessen davon ab, wieweit die parlamentarische Demokratie entwickelt ist, welchen Einfluss die außerparlamentarische demokratische Bewegungen haben und wie die internationalen Beziehungen zwischen den Ländern gestaltet sind. Hier hat es bekanntlich in den letzten 20 Jahren dramatische Veränderungen gegeben..

2. Was ist das Neoliberale an der Globalisierung heute?

*These: Gegenwärtig stehen wir **am Ende einer Phase vorwiegend mit ökonomischen und nichtmilitärischen Mitteln durchgeführter konkurrenz- und finanzmarktgetriebener Internationalisierung**. Sie hatte ihrerseits eine vornehmlich durch Reformpolitik und - durchaus widersprüchliche und nicht ganz freiwillige - internationale Kooperation getragene Globalisierung der westlichen Welt abgelöst und einen Prozess der Gegenreform auf nationaler und internationaler Ebene vorangetrieben. Die Probleme und Schwierigkeiten dieser finanzmarktgetriebenen Globalisierung haben dazu geführt, dass jetzt die offen gewaltsamen Formen der Entwicklung wieder mehr in den Vordergrund drängen und - sofern dem nicht entschiedener Widerstand und ein alternatives Entwicklungskonzept entgegengesetzt werden - die ökonomische und soziale Aggressivität zunehmend durch militärische Aggressivität nach außen und polizeistaatliche Aggressivität nach innen ergänzt und überlagert wird.*

Im Einzelnen geht es um **drei Abschnitte der Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg:**

Die erste Phase, die oft schematisch und nicht ganz zutreffend das goldene Zeitalter genannt wird, war durch ein für die fortschrittlichen Kräfte günstiges internationales und gesellschaftliches Kräfteverhältnis bestimmt (Sowjetunion, Arbeiterbewegung, Erfahrungen von Krieg und Krise). Die führte zu positiven Entwicklungen:

•Dekolonisierung und Aufbruch der Entwicklungsländer: Eine neue internationale Weltwirtschaftsordnung wurde allgemein akzeptiert
•Vollbeschäftigungspolitik und soziale Reformen in den kapitalistischen Ländern
•internationale Kooperation unter Führung der (nicht uneigennützig handelnden) USA.
Dabei handelte es sich nicht um eine harmonische und konfliktlose Weltordnung. Sie war weltpolitisch durch den Kalten Krieg, den großen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes in den USA und die atomare Hochrüstung, innenpolitisch in den kapitalistischen Ländern durch militanten Antikommunismus und in den sozialistische Ländern durch zunehmende Entdemokratisierung gekennzeichnet. Und auch die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte wurden nicht am runden Tisch verabredet sondern in harten Auseinandersetzungen erkämpft. Aber sie wurden durchgesetzt .

Seit Beginn der 70er Jahre kam es jedoch zu wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten, auf die eine umfassende Antwort erforderlich wurde. Damals stand die *historische Alternative:* Weiterführung oder schrittweise Rücknahme der Reformen, also Gegenreform.
Diese Frage wurde auf Grund des mittlerweile ungünstiger gewordenen Kräfteverhältnisses zugunsten der ***neoliberalen Gegenreform*** entschieden. Sie setzte Mitte der 70er Jahre ein und beschleunigte sich ab Ende der 80er Jahre durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder noch einmal sehr deutlich. Die Entwicklungsländer wurden dem **Washington Konsens** unterworfen und den Interessen der Industrieländer untergeordnet. In den entwickelten Ländern bedeutete die neoliberale Gegenreform einen frontalen **Angriff auf die Errungenschaften der 50er und 60er Jahre**: massiver Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Leistungen, Umverteilung zugunsten den Profite. Dabei waren die Liberalisierung der Finanzmärkte und die damit verbundene Destabilisierung und Disziplinierung sehr hilfreich für das Kapital: Das Ergebnis dieser Gegenreform war eine enorme Polarisierung zwischen dem Norden und dem Süden, und im Süden und im Norden. Der Abstand im Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem oberen und unteren Fünftel der Länder war 1:30 im Jahre 1960 und wuchs auf 1:78 in 1998. Arbeitslosigkeit und Armut stiegen auch in den kapitalistischen Kernländern. Das waren Krisen, von denen die USA profitierten.
Dem Kapital brachte diese Gegenreform zunächst große Vorteile. Die Gewinne boomten, und als sie in der Produktion nicht mehr stiegen, wurden sie eine Zeitlang noch in der Spekulation erzielt.

Aber dieser Boom hielt nicht ewig an, und **Ende der 90er Jahre** kamen die **Probleme** wieder deutlich zum Vorschein: Die Entwicklungsländer stecken in einer tiefen Krise und geben immer weniger her. Die Verteilungsverhältnisse blockieren das Wachstum und die Beschäftigung in den Zentren. Die Spekulationsblase ist geplatzt und in eine tiefe Börsenkrise übergegangen. Der Widerstand internationalisiert sich. Seattle usw. Was nun ?
Von besonderer Bedeutung ist gegenwärtig die **Position der USA**. Sie stehen einerseits ökonomisch sehr gut da, andererseits ist diese gute Position äußerst verwundbar: Die USA haben ein Leistungsbilanzdefizit, das Jahr für Jahr wächst und durch Verschuldung finanziert wird. Diese Position ist nur solange haltbar, wie es den USA gelingt, die Position des Dollars als unbestrittene Weltwährung Nr. 1 aufrechtzuerhalten. Da dies ökonomisch nicht möglich ist, muss es mit politischen und militärischen Mitteln erfolgen. Dies ist der wichtigste Hintergrund für die zunehmend offene Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Sie zielt gleichzeitig darauf ab, durch die Sicherung des Zugriffs auf den größten Teil der Ölreserven in der Welt die eigene energieintensive produktions- und Lebensweise zu stabilisieren und gleichzeitig die Konkurrenz in Schach zu halten.

Hier stellt sich jetzt erneut die Frage der ***historischen Alternative****: Wird die Gegenreform zur zunehmenden Militarisierung übergehen, oder kann sie gestoppt und durch eine Politik der Demokratisierung und des Ausgleichs abgelöst werden?*
Die Haupttendenz geht erneut - wie in den 70er Jahren - in die falsche Richtung. Die reaktionär-aggressive Tendenz des Neoliberalismus tritt immer offensichtlicher zutage und an die Stelle der scheinbar gewaltlosen Marktstrukturen und -prozesse. Die Kriege in den 90er Jahren und der bevorstehende Irak-Krieg sind deutlicher Ausdruck dafür.

Jorg Huffschmid: **Jenseits vom Neo-Liberalismus - Eine Europäische Perspektive** (SiG 18) ,
http://www.staytuned.at/sig/0018/32899.html
Zauber des Abschwungs (SiG 67)
http://sandimgetriebe.attac.at/6668.html

3. Progressive Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

These: Alle Alternativen beginnen mit dem Widerstand gegenüber der neoliberalen und zunehmend aggressiven und offen gewaltsamen Globalisierung. Die allgemeinen Visionen, die in diesem Widerstand zum Ausdruck kommen, sind zunächst einmal das Gegenteil der konkreten Wirklichkeit, und die ***Herausforderung besteht darin, durch lang anhaltende konkrete Veränderungen die Brücke vom Widerstand zu den Visionen zu schlagen.***
Im Einzelnen **zu den drei Ebenen der Alternativen**

Alternativen 1: Widerstand

Der Widerstand ist in gewissem Masse immer da. Mit der deutlichen Herausbildung der neoliberalen Polarisierung ist er intensiver geworden, obgleich das Kräfteverhältnis sich insgesamt deutlich nach rechts verschoben hat. Der Widerstand ist heterogen und entwickelt sich in verschiedenen Teilen der Welt:

- Es ist der *Widerstand der Zapatistas* gegen Landraub, Zerstörung ihrer kulturelle Eigenständigkeit und Eingliederung in den neoliberalen Weltmarktzusammenhang.
- Es sind die *großen Demonstrationen von Seattle, Genua, und Washington* am Rande von Gipfeltreffen der G7/8 Regierungen und der internationalen Institutionen des Nordens, bei denen gegen die menschenfeindliche Politik dieser Regierungen protestiert wird, und die zum optischen Beleg dafür werden, dass die ökonomischen und politischen Eliten des Kapitalismus sich nur treffen können, wenn sie und unter massivem Polizeischutz von den Menschen durch hohe Barrieren getrennt sind.
- Es ist die Gegenwehr der *von Sozialabbau betroffenen Menschen in Europa.* Allein in diesem Jahr hat es drei gewerkschaftlich organisierte Generalstreiks gegeben, in Spanien und Italien gegen die Demontage des Arbeits- und des Kündigungsschutzes und in Griechenland gegen die Privatisierung des Rentensystems und seine Auslieferung an die Risiken der Finanzmärkte.
- Es ist der beginnende Widerstand *auch in den USA gegen die Kriegspolitik* der amerikanischen Regierung, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus die Konsolidierung und Festigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in der Welt betreibt.

Alternativen 2: Visionen

Die Visionen, die in diesen Bewegungen hervorgebracht werden, sind oft zunächst einfach die Negation dessen, was gerade erfahren wird:

- Friede, Versöhnung und ziviles Zusammenleben statt militärischer Intervention
- Demokratie, Partizipation und Öffentlichkeit statt Ohnmacht, Hilflosigkeit, Intransparenz und Unterwerfung
- Gerechtigkeit statt Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Polarisierung
- Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Wohlstand und Solidarität statt individueller Konkurrenz, unendliche Standortkonkurrenz und des Wettrennen um internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Gesunde Luft und Lebensmittel für uns und unsere Kinder statt Vergiftung und ökologischer Zerstörung.

Alternativen 3: Schritte zur Umsetzung (Alternativen im engeren Sinne)

Dabei kann es nicht darum gehen, einen kompletten Plan am grünen Tisch zu entwerfen und dann nur noch sozusagen Schritt für Schritt umzusetzen. Es reicht aber m.E. auch nicht aus, wie das in jüngster Zeit gelegentlich in der globalisierungskritischen Bewegung propagiert wird, auf die Ausarbeitung konkreter Alternativen mit der Begründung zu verzichten, dass diese sich erst in der Bewegung herstellen. Sicher ist es wichtig, in den sozialen Bewegungen immer wieder neue Forderungen zu entwickeln und bei Bedarf zu verändern, aber es macht keinen Sinn, auf die Vorstellung plausibler und vernünftiger Alternativen zu verzichten, solange sie nicht Forderungen der Bewegung sind. Wenn die Menschen mit uns gegen die Krieg sind, wollen sie aber doch wissen, wie wir die internationalen Beziehungen friedlich regeln und wie wir dem internationalen Terrorismus begegnen wollen. Wenn wir gegen die Auslieferung der sozialen Sicherungssysteme an die großen Finanzkonzerne protestieren und mobilisieren, wollen die Leute, die das auch so sehen, aber doch wissen, wie wir uns die Sicherung der Renten angesichts einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft vorstellen.
Die Entwicklung solcher Alternativen ist notwendig, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen und um die gesellschaftlichen Bewegungen selbst voranzubringen. Denn wer nicht nur sieht, dass die Dinge sich schlecht entwickeln, sondern auch versteht, warum das so ist und dass es Alternativen hierzu gibt und wie diese aussehen könnten, wird auch bereit sein, sich hierfür längerfristig zu engagieren.

4. Demokratische Wirtschaftspolitik als Kern der Alternativen zu neoliberaler Globalisierung

These: Der Kern einer mittelfristig angelegten Alternative zum Neoliberalismus ist eine ***demokratische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Zentren****. Sie muss zum einen den Ländern der Dritten Welt helfen, eine eigenständige Entwicklung in Gang zu setzen. Zum anderen muss sie durch eine auf Stärkung der Binnenmärkte angelegte Politik den internationalen Expansionsdruck mildern und beseitigen. Die wesentlichen Hebel hierzu sind* ***Umverteilung von oben nach unten und eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik****. Beides kann kurzfristig durch öffentliche Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen und eine den öffentlichen Sektor stärkende Steuerpolitik angegangen werden, erfordert mittelfristig aber weitergehende institutionelle Veränderungen in Richtung auf mehr Demokratie auch in der Wirtschaft.* Im Einzelnen:

Die Strategie zielt nicht darauf ab, internationalen Handel, internationalen Kapitalverkehr und internationale Investitionsströme zu verhindern.
Sie zielt aber darauf ab, zu verhindern, dass die Internationalisierung als Lösung für Probleme der großen Konzerne in den Zentren und auf Kosten der Entwicklungsländer und durch rücksichtslose Zerstörung der Natur betrieben wird. Internationaler Handel, Investitionen und anderer Kapitalverkehr müssen vielmehr so betrieben werden, dass **beide Seiten davon Nutzen haben und die Natur intakt bleibt**. Dies ist durch eine bloße Öffnung der Märkte ebenso wenig möglich wie durch politische und militärische Unterwerfung.
Hinsichtlich des weltwirtschaftlichen Ausgleichs erfordert eine solche Strategie zum einen die Unterstützung für eine selbständige Entwicklung der Länder der Dritten Welt und zum anderen eine Veränderung der Weichenstellungen für die Entwicklung in den Zentren selbst.

Die ***Entwicklung der Länder der Dritten Welt*** ist nach Jahrhunderten Kolonialismus und nachkolonialer Ausbeutung nicht nur eine Angelegenheit dieser Länder selbst, weil sie ohne Unterstützung vielfach auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein werden, ihre schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu überwinden. **Die Zentren stehen hier zumindest in vierfacher Hinsicht in der Pflicht:**

- Von der finanziellen Seite sollten die - ohnehin zum überwiegenden Teil nicht eintreibbaren - **Schulden** für die meisten Länder **gestrichen werden**. Die öffentliche Entwicklungshilfe sollte auf mindestens die lange versprochene Höhe von 0,7% des BIP der Industrie-länder angehoben werden (gegenwärtig liegt sie bei weniger als der Hälfte dieses Satzes) und um die Einnahmen aus einer Steuer auf Devisenumsätze (der berühm-ten Tobinsteuer) ergänzt werden.
- zweitens sollten die Industrieländer endlich **ihre Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer** im Rahmen einer weiter zu entwickelnden internationalen Arbeitsteilung **öffnen**, wofür freilich auch eine gezielte strukturpolitische Anpassungs- und Umstellungspolitik in den Industrieländern erforderlich ist.
- drittens sollten die Länder der Dritten Welt die Möglichkeit erhalten, sich **in regionalen Bündnissen** zu entwickeln und diese Regionen gegen alle Arten von Freihandelsregeln und spekulative Attacken zu schützen. Die entsprechenden Möglichkeiten der WTO sollten in vollem Umfang genutzt werden.
- viertens schließlich sollten **die großen internationalen Institutionen** hinsichtlich des Stimmrechtes und der Aufgabenbestimmung so reformiert werden, dass erstens der Einfluss der Entwicklungsländer sehr viel größer wird und zweitens die eigenständige Entwicklung Vorrang vor der Bedienung der Schulden erhält.

Letztlich **entscheidend** für die Frage, welche Richtung die Entwicklung in der Welt nehmen wird, ist die ***ökonomische Strategie in den Zentren und für die Zentren.*** Technisch gesprochen handelt es sich darum, die **aggressive weltmarktorientierte durch eine binnenmarktorientierte Strategie abzulösen,** und den Druck zur internationalen Expansion um jeden Preis abzubauen und einer **regulierten internationalen Arbeitsteilung** zu weichen. Dabei handelt es sich nicht um ein technisches sondern um ein eminent politisches Problem, in dessen Zentrum die ***Umverteilung von Einkommen und die Demokratisierung wirtschaftlicher Steuerung und Entscheidung*** *stehen.*

Noch einmal technisch gesprochen: es geht darum, die Entstehung und die anschließende aggressive Verwendung der ökonomischen Überschüsse zu verhindern, die von den Unternehmen zwar als Gewinn angeeignet, aber dann wegen unzureichender Nachfrage nicht mehr als produktive, beschäftigungswirksame und wohlstandssteigernde Investition veraus-

gabt werden und deshalb als zwanghafter Export oder Spekulationskapital auf ausländische Güter und Finanzmärkte gelenkt werden. Weniger technisch gesprochen: Es handelt sich darum, die enorme Umverteilung, die im letzten Vierteljahrhundert zu Lasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne stattgefunden hat, zu korrigieren.
Diese Umverteilung ist die Ursache der Wachstumsschwäche, der hohen Arbeitslosigkeit und der Explosion der Finanzmärkte in den letzten 25 Jahren. Es geht darum, die Verteilungsverhältnisse soweit zu korrigieren, dass Gewinne wieder dazu verwendet werden, wozu sie nach der ökonomischen Theorie da sein sollten, nämlich Investitionen zu finanzieren und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Dabei sollten die Finanzmärkte wieder auf ihre ursprüngliche Funktion der Finanzierung von Investitionen zurückgeführt werden.

Eine solche Korrektur kann über höhere Lohnsteigerungen oder über höhere Gewinn- und Vermögenssteuern erfolgen. Beides ist sinnvoll und nützlich weil es die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbelt: höhere Löhne führen zu höherem Konsum und höheren Gewinn- und Vermögenssteuern erlauben den Staaten höhere Ausgaben, die allerdings nicht automatisch zum Nutzen der Menschen verwendet werden. Daher ist es wichtig, dass Umverteilung durch mehr demokratische Einflussnahme auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt wird - zugunsten der öffentlichen Infrastruktur, von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit und den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft und - und nicht für mehr Rüstung und Konzernsubventionen. Eine wirtschaftspolitische Neuorientierung in diesem Sinne würde erstmals den Druck zu internationaler Expansion mildern und eine faire internationale Arbeitsteilung ermöglichen.

Einen derartigen Kurswechsel in der Politik vollziehen Regierungen nicht aus freien Stücken, sondern nur **unter massivem politischen Druck der sozialen Bewegungen.** Wie sehen die Chancen hierfür in Europa aus?

5. Die Perspektiven in Europa

*These: Die **EU** ist dabei, das ökonomische und gesellschaftliche Modell der USA zu übernehmen und sich gleichzeitig als ökonomischer, politischer und langfristig auch militärischer Konkurrent der USA aufzubauen. Einem schnellen Erfolg dieser Strategie stehen jedoch einerseits die historischen - und immer noch zu einem Teil erhaltenen - sozialen Strukturen und Errungenschaften des europäischen Sozialmodells entgegen und zunehmender Widerstand gegen die militarisierte Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung entgegen. Beides verbessert die Chancen, dass in Europa unter dem Druck sozialer Bewegungen ein soziales und politisches Alternativmodell zu den USA herausgebildet werden kann, das dann wieder Ausstrahlungskraft und Attraktivität für andere Teile der Welt entwickeln kann.*
Im Einzelnen:

Natürlich liegt die von mir skizzierte Alternative zur neoliberalen Globalisierung nicht im Trend der Zeit. Das ist offensichtlich für die USA, deren Regierung auf die offene militärischen Gewalt nach außen zur Konsolidierung ihrer Vormacht und auf zunehmend autoritäre Disziplinierung nach innen setzt, wie das dem klassischen Muster einer imperialistischen Macht entspricht, die unter Druck geraten ist. Aber auch Europa bewegt sich nicht in eine vernünftige Richtung. Die Europäische Union verhält sich bislang vielmehr überwiegend als ***Juniorpartner der USA***, versucht allerdings dabei gleichzeitig ihre Position als ***Konkurrent der USA*** aufzubauen und zu stärken. Ersteres schlägt sich zum einen in einer unkritischen "Modernisierung" der europäischen Sozialversicherungssysteme in Richtung auf Privatisierung und Auslieferung an die Finanzmärkte nieder, bei gleichzeitigem Aufbau eines großen europäischen Finanzmarktes nach amerikanischem Muster und zum anderen in den zahlreichen Versuchen zur Deregulierung der Arbeitsmärkte.
Die Konkurrenzoption kommt in den seit Jahren unternommenen Versuchen zum Ausdruck, eine eigenständige europäische Großmacht- und Militärposition mit eigenen Streitkräften aufzubauen, deren Einsatz weder an ein Mandat der UNO noch an eins der NATO gebunden wäre.

Von Europa als einer *Alternative zum amerikanischen aggressiven Entwicklungsmodell* ist zwar gelegentlich in offiziellen Erklärungen die Rede, in der Praxis europäischer Politik ist davon aber kaum etwas zu sehen. Auf der anderen Seite nehmen gerade in Europa die Kritik an und der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung zu. Das ***europäische Sozialforum*** **in Florenz** vor einem Monat hat gezeigt, dass **der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der USA und der Widerstand gegen die Privatisierung und Auslieferung der sozialen Sicherheit an die Finanzmärkte sowie gegen den Abbau demokratischer Schutz- und Beteiligungsrechte zusammengehen.** Diesen Kampf zu unterstützen, weiterzuführen und Konzeptionen für eine andere Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auszuarbeiten, öffentlich zu diskutieren und zu propagieren, halte ich für die mittelfristig **vordringliche Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland und Europa**.

Die unmittelbar vordringliche Herausforderung ist allerdings die **Verhinderung des drohenden Kriegs,** der, wenn er geführt würde, ein weiterer gefährlicher Schritt auf dem Weg zu einer nur durch militärische Stärke und Unter-werfung strukturierten Welt wäre.
Die Tatsache, dass die rot-grüne Koalition in Deutschland die Wahl im September wegen der damals relativ eindeutigen Ablehnung einer deutschen Beteiligung an dem amerikanischen Krieg gewonnen hat, ist ermutigend. Nicht in dem Sinne, dass wir darauf vertrauen können, dass die Bundesregierung entschlossen ist, diese Position beizubehalten und sich entsprechend ablehnend zu verhalten. In dieser Hinsicht sind die Rückzieher und Aufweichungen empörend unübersehbar. Aber es ist doch ermutigend in dem Sinne, dass es eine **Grundstimmung in Deutschland gibt, die den Krieg als Mittel der Politik ablehnt**. Auf diese Grundstimmung können und sollen wir aufbauen. Dabei werden unsere Chancen auf einen nachhaltigen Erfolg umso mehr wachsen je deutlicher wir machen können, dass die Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung etwas miteinander zu tun haben, und dass deshalb auch **der Widerstand gegen die Militarisierung und gegen den Sozialabbau, oder der Kampf gegen den Krieg und für die Einführung der Vermögensteuer zusammengehören**.

Prof. Dr. Jörg Huffschmid war Hochschullehrer an der Bremer Universität und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Außerdem gehörte er viele Jahre der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik an
http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de
http://www.memo.uni-bremen.de/index.html
Originaltext: http://www.ag-friedensforschung.de/rat/2002/huffschmid.html

(In SiG 13 veröffentlicht)

Attac-Deutschland, 2002
Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen
Erklärung des Attac-Ratschlags in Frankfurt/M (26.5.2002)

Die **Globalisierung** ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. I**hr Leitbild ist der Neoliberalismus.** Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.
Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:
- Die **soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer**. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die **Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt**. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- **Demokratie wird untergraben**, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- **Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern** entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.
- Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme **sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen** wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.
- Die **Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt**. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- **Kulturelle Vielfalt** wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie **eingeebnet**. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und **kriegerische Interventionen** durchführen.

Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist **keineswegs schicksalhaft und alternativlos**. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (**IWF**), **Weltbank** und Welthandelsorganisation (**WTO**) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die **EU** spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.
Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein **für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung**. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.
Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde **gesellschaftliche Bewegung** gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im Weltsozialforum von Porto Alegre weiter entwickelt.
- Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.
- Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.
- Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für **zivile und friedliche Konfliktlösungen**. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der **Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.**
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. **Tobinsteuer** und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die **Schließung der Steueroasen**, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (Hedge-Fonds).
- Die **stärkere Besteuerung** von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die **Lösung** der **Schuldenkrise** der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine **Welthandelsordnung**, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- **Internationale Institutionen**, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein **demokratisches und soziales Europa**, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der **öffentlichen Dienstleistungen**. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht.
Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen **Alterssicherung**.
- **Umverteilung** und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der Internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Eine **soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft**. Gen-technisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die **Regulierung und Einschränkung** der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsauflagen, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!

Friedrich Engels (1844)
Globalisierung, Privateigentum und Konkurrenz

Der Neoliberalismus ist eine Neuauflage des Liberalismus alter Prägung a la Adam Smith und teilt seine Grundannahme: Die ***Konkurrenz*** *auf dem Markt ist die Quelle von Harmonie und Fortschritt. Die Wirklichkeit sah immer schon ganz anders aus. Die* ***Globalisierung*** *der letzten Jahrzehnte ist jedoch ganz deutlich eine* ***Verschärfung*** *der Konkurrenz weltweit. Der Weltmarkt universalisiert das Spektakel von Angebot und Nachfrage mit allen Folgen und Nebenwirkungen. Der Gegensatz zwischen mikroökonomischer und makroökonomischer Rationalität wird durch die globalisierte Konkurrenz auf die Spitze getrieben. Einige* ***geniale Gedankenblitze****, gewonnen zur Zeit der ersten Globalisierung, hat Friedrich Engels(1844) formuliert. „Die Konkurrenz hat alle unsere Lebensverhältnisse durchdrungen und die* ***gegenseitige Knechtschaft****, in der die Menschen sich jetzt halten, vollendet“*

Feindselige Interessenwidersprüche aufgrund der Konkurrenz

Kauf und Verkauf: Dieser Handel muß unter der Herrschaft des Privateigentums, wie jede Tätigkeit, eine unmittelbare Erwerbsquelle für den Handeltreibenden werden; d.h. jeder muß suchen, so teuer wie möglich zu verkaufen und so billig wie möglich zu kaufen. Bei jedem Kauf und Verkauf stehen sich also zwei Menschen mit absolut entgegengesetzten Interessen gegenüber; **der Konflikt ist entschieden feindselig**, denn jeder kennt die Intentionen des andern, weiß, daß sie den seinigen entgegengesetzt sind. Die erste Folge ist also auf der einen Seite gegenseitiges Mißtrauen, auf der andern die Rechtfertigung dieses Mißtrauens, die Anwendung unsittlicher Mittel zur Durchsetzung eines unsittlichen Zwecks. So ist z.B. der erste Grundsatz im Handel die Verschwiegenheit, Verheimlichung alles dessen, was den Wert des fraglichen Artikels herabsetzen könnte. Die Konsequenz daraus: Es ist im Handel erlaubt, von der Unkenntnis, von dem Vertrauen der Gegenpartei den möglichst großen Nutzen zu ziehen, und ebenso, seiner Ware Eigenschaften anzurühmen, die sie nicht besitzt. Mit einem Worte, der Handel ist der legale Betrug. Daß die Praxis mit dieser Theorie übereinstimmt, kann mir jeder Kaufmann, wenn er der Wahrheit die Ehre geben will, bezeugen….

Nix da Harmonie

…Wir haben gesehen, daß am Ende alles auf die **Konkurrenz** hinausläuft, solange das Privateigentum besteht. Sie ist die **Hauptkategorie des Ökonomen**, seine liebste Tochter, die er in einem fort hätschelt und liebkost - und gebt acht, was für ein Medusengesicht da herauskommen wird.

Die nächste Folge des Privateigentums war die Spaltung der Produktion in zwei entgegengesetzte Seiten, die natürliche und die menschliche; den **Boden**, der ohne die Befruchtung des Menschen tot und steril ist, und die **menschliche Tätigkeit**, deren erste Bedingung eben der Boden ist. Wir sahen ferner, wie sich die menschliche Tätigkeit wieder in die **Arbeit** und das **Kapital** auflöste und wie diese Seiten sich wieder feindselig gegenübertraten.

Wir hatten also schon den Kampf der drei Elemente gegeneinander, anstatt der gegenseitigen Unterstützung der drei; jetzt kommt noch dazu, daß das Privateigentum die **Zersplitterung** jedes dieser Elemente mit sich bringt. Ein Grundstück steht dem andern, ein Kapital dem andern, eine Arbeitskraft der andern gegenüber. Mit andern Worten: **Weil das Privateigentum jeden auf seine eigne rohe Einzelheit isoliert** und weil jeder dennoch dasselbe Interesse hat wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem andern, ein Kapitalist dem andern, ein Arbeiter dem andern feindselig gegenüber. In dieser **Verfeindung der gleichen Interessen** eben um ihrer Gleichheit willen ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustandes der Menschheit vollendet; und diese Vollendung ist die Konkurrenz…

Konkurrenz und Monopol

Der Gegensatz der Konkurrenz ist das Monopol. Das Monopol war das Feldgeschrei der Merkantilisten, die Konkurrenz der Schlachtruf der liberalen Ökonomen. Es ist leicht einzusehen, daß dieser Gegensatz wieder ein durchaus hohler ist. Jeder Konkurrierende muß wünschen, das Monopol zu haben, mag er Arbeiter, Kapitalist oder Grundbesitzer sein. Jede kleinere Gesamtheit von Konkurrenten muß wünschen, das Monopol für sich gegen alle andern zu haben. **Die Konkurrenz beruht auf dem Interesse, und das Interesse erzeugt wieder das Monopol**; kurz, die Konkurrenz geht in das Monopol über. Auf der andern Seite kann das Monopol den Strom der Konkurrenz nicht aufhalten, ja es erzeugt die Konkurrenz selbst, wie z.B. ein Einfuhrverbot oder hohe Zölle die Konkurrenz des Schmuggelns geradezu erzeugen. Der Widerspruch der Konkurrenz ist ganz derselbe wie der des Privateigentums selbst. Es liegt im Interesse jedes einzelnen, alles zu besitzen, aber im Interesse der Gesamtheit, daß jeder gleich viel besitze. **So ist also das allgemeine und individuelle Interesse diametral entgegengesetzt**. Der Widerspruch der Konkurrenz ist, daß jeder sich das Monopol wünschen muß, während die Gesamtheit als solche durch das Monopol verlieren und es also entfernen muß. Ja, die Konkurrenz setzt das Monopol schon voraus, nämlich das Monopol des Eigentums - und hier tritt wieder die Heuchelei der Liberalen an den Tag - und solange das **Monopol des Eigentums** besteht, solange ist das Eigentum des Monopols gleichberechtigt; denn auch das einmal gegebene Monopol ist Eigentum. Welche jämmerliche Halbheit ist es also, die kleinen Monopole anzugreifen und das Grundmonopol bestehen zu lassen. Und wenn wir hierzu noch den früher erwähnten Satz des Ökonomen ziehen, daß nichts Wert hat, was nicht monopolisiert werden kann, daß also nichts, was nicht diese Monopolisierung zuläßt, in diesen Kampf der Konkurrenz eintreten kann, so ist unsere Behauptung, daß die Konkurrenz das Monopol voraussetzt, vollkommen gerechtfertigt.

Angebot und Nachfrage, bewusstloser Zustand

Das Gesetz der Konkurrenz ist, daß Nachfrage und Zufuhr sich stets und ebendeshalb nie ergänzen. Die beiden Seiten sind wieder auseinander gerissen und in den schroffen Gegensatz verwandelt. Die Zufuhr ist immer gleich hinter der Nachfrage,

aber kommt nie dazu, sie genau zu decken; sie ist entweder zu groß oder zu klein, nie der Nachfrage entsprechend, weil in diesem **bewußtlosen Zustande der Menschheit** kein Mensch weiß, wie groß diese oder jene ist. Ist die Nachfrage größer als die Zufuhr, so steigt der Preis, und dadurch wird die Zufuhr gleichsam irritiert; sowie sie sich im Markte zeigt, fallen die Preise, und wenn sie größer wird als jene, so wird der Fall der Preise so bedeutend, daß die Nachfrage dadurch wieder aufgereizt wird. So geht es in einem fort, nie ein gesunder Zustand, sondern eine stete Abwechslung von **Irritation** und **Erschlaffung**, die allen Fortschritt ausschließt, ein **ewiges Schwanken**, ohne je zum Ziel zu kommen. Dies Gesetz mit seiner steten Ausgleichung, wo, was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Ökonom wunderschön. Es ist sein Hauptruhm, er kann sich nicht satt daran sehen und betrachtet es unter allen möglichen und unmöglichen Verhältnissen. Und doch liegt auf der Hand, daß dies Gesetz ein reines Naturgesetz, kein Gesetz des Geistes ist. Ein Gesetz, das die Revolution erzeugt.

Zersplitterte Atome

Der Ökonom kommt mit seiner schönen Theorie von Nachfrage und Zufuhr heran, beweist euch, daß »nie zuviel produziert werden kann«, und die **Praxis antwortet mit den Handelskrisen**, die so regelmäßig wiederkehren wie die Kometen und deren wir jetzt durchschnittlich alle fünf bis sieben Jahre eine haben. Diese Handelskrisen sind seit achtzig Jahren ebenso regelmäßig gekommen **wie früher** die großen **Seuchen** - und haben mehr Elend, mehr Unsittlichkeit mit sich gebracht als diese (vgl. Wade, »Hist[ory] ot the Middle and Working Classes«, London 1835, p. 211). Natürlich bestätigen diese Handelsrevolutionen das Gesetz, sie bestätigen es im vollsten Maße, aber in einer andern Weise, als der Ökonom uns glauben machen möchte. Was soll man von einem Gesetz denken, das sich nur durch periodische Revolutionen durchsetzen kann? Es ist eben ein **Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht**. Wüßten die Produzenten als solche, wieviel die Konsumenten bedürften, organisierten sie die Produktion, verteilten sie sie unter sich, so wäre die Schwankung der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome **ohne Gattungsbewußtsein**, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus. Solange ihr aber fortfahrt, auf die jetzige unbewußte, gedankenlose, der **Herrschaft des Zufalls** überlassene Art zu produzieren, solange bleiben die Handelskrisen; und jede folgende muß universeller, also schlimmer werden als die vorhergehende, muß eine größere Menge kleiner Kapitalisten verarmen und die Anzahl der bloß von der Arbeit lebenden Klasse in steigendem Verhältnisse vermehren - also die Masse der zu beschäftigenden Arbeit, das Hauptproblem unserer Ökonomen, zusehends vergrößern und **endlich eine soziale Revolution herbeiführen,** wie sie sich die Schulweisheit der Ökonomen nicht träumen läßt.

Fairer Handel?

Die ewige Schwankung der Preise, wie sie durch das Konkurrenzverhältnis geschaffen wird, entzieht dem Handel vollends die letzte Spur von **Sittlichkeit**. Von Wert ist keine Rede mehr; dasselbe System, das auf den Wert soviel Gewicht zu legen scheint, das der Abstraktion des Wertes im Gelde die Ehre einer besondern Existenz gibt - dies selbe System zerstört durch die Konkurrenz allen inhärenten Wert und verändert das Wertverhältnis aller Dinge gegeneinander täglich und stündlich. **Wo bleibt in diesem Strudel die Möglichkeit eines auf sittlicher Grundlage beruhenden Austausches?** In diesem fortwährenden Auf und Ab muß jeder suchen, den günstigsten Augenblick zum Kauf und Verkauf zu treffen, **jeder muß Spekulant werden, d.h. ernten, wo er nicht gesäet hat, durch den Verlust anderer sich bereichern, auf das Unglück andrer kalkulieren oder den Zufall für sich gewinnen lassen**. Der Spekulant rechnet immer auf Unglücksfälle, besonders auf Mißernten, er benutzt alles, wie z.B. seinerzeit den Brand von New York, und der Kulminationspunkt der Unsittlichkeit ist die Börsenspekulation in Fonds, wodurch die Geschichte und in ihr die **Menschheit zum Mittel herabgesetzt** wird, **um die Habgier des kalkulierenden oder hasardierenden Spekulanten zu befriedigen.** Und möge sich der ehrliche, »solide« Kaufmann nicht pharisäisch über das Börsenspiel erheben - ich danke dir Gott usw. Er ist so schlimm wie die Fondsspekulanten, er spekuliert ebensosehr wie sie, er muß es, **die Konkurrenz zwingt ihn dazu**, und sein Handel impliziert also dieselbe Unsittlichkeit wie der ihrige.

Fieberhitze

Der Kampf von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Boden gegen Boden treibt die Produktion in eine Fieberhitze hinein, in der sie alle natürlichen und vernünftigen Verhältnisse **auf den Kopf stellt**. Kein Kapital kann die Konkurrenz des andern aushalten, wenn es nicht auf die höchste Stufe der Tätigkeit gebracht wird. Kein Grundstück kann mit Nutzen bebaut werden, wenn es nicht seine Produktionskraft stets steigert. Kein Arbeiter kann sich gegen seine Konkurrenten halten, wenn er nicht seine ganzen Kräfte der Arbeit widmet. **Überhaupt keiner, der sich in den Kampf der Konkurrenz einläßt, kann ihn ohne die höchste Anstrengung seiner Kräfte, ohne die Aufgebung aller wahrhaft menschlichen Zwecke aushalten**. Die Folge von dieser **Überspannung** auf der einen Seite ist notwendig **Erschlaffung** auf der andern. Wenn die Schwankung der Konkurrenz gering ist, wenn Nachfrage und Zufuhr, Konsumtion und Produktion sich beinahe gleich sind, so muß in der Entwicklung der Produktion eine Stufe eintreten, in der so viel **überzählige Produktionskraft** vorhanden ist, daß die große Masse der Nation nichts zu leben hat; daß die Leute **vor lauter Überfluß verhungern**. In dieser wahnsinnigen Stellung, in dieser **lebendigen Absurdität** befindet sich England schon seit geraumer Zeit. Schwankt die Produktion stärker, wie sie es infolge eines solchen Zustandes notwendig tut, so tritt die Abwechslung von Blüte und Krisis, Überproduktion und Stockung ein.

Die der Menschheit zu Gebote stehende Produktionskraft ist unermeßlich. Die Ertragsfähigkeit des Bodens ist durch die Anwendung von Kapital, Arbeit und Wissenschaft ins Unendliche zu steigern. Das »übervölkerte« Großbritannien kann nach der Berechnung der tüchtigsten Ökonomen und Statistiker (vgl. Alisons »Principle of population«, Bd. 1, Cap. 1 et 2) in zehn Jahren dahin gebracht werden, daß es Korn genug für das Sechsfache seiner jetzigen Bevölkerung produziert. Das Kapital steigert sich täglich; die Arbeitskraft wächst mit der Bevölkerung, und die Wissenschaft unterwirft den Menschen die Naturkraft täglich mehr und mehr. **Diese unermeßliche Produktionsfähigkeit, mit Bewußtsein und im Interesse aller gehandhabt, würde die der Menschheit zufallende Arbeit bald auf ein Minimum verringern; der Konkurrenz überlassen, tut sie dasselbe, aber innerhalb des Gegensatzes.** Ein Teil des Landes wird aufs beste kultiviert, während ein andrer - in Großbritannien und Irland 30 Millionen Acres gutes Land - wüst daliegt. Ein Teil des Kapitals zirkuliert mit ungeheurer Schnelligkeit, ein andrer liegt tot im Kasten.

Ein Teil der Arbeiter arbeitet vierzehn, sechzehn Stunden des Tages, während ein anderer faul und untätig dasteht und verhungert. Oder die Verteilung tritt aus dieser Gleichzeitigkeit heraus: Heute geht der Handel gut, die Nachfrage ist sehr bedeutend, da arbeitet alles, das Kapital wird mit wunderbarer Schnelligkeit umgeschlagen, der Ackerbau blüht, die Arbeiter arbeiten sich krank - morgen tritt eine Stockung ein, der Ackerbau lohnt nicht der Mühe, ganze Strecken Landes bleiben unbebaut, das Kapital erstarrt mitten im Flusse, die Arbeiter haben keine Beschäftigung, und das ganze Land laboriert an **überflüssigem Reichtum** und **überflüssiger Bevölkerung**.

Gegenseitige Knechtschaft

Die Konkurrenz hat alle unsre Lebensverhältnisse durchdrungen und die gegenseitige Knechtschaft, in der die Menschen sich jetzt halten, vollendet. **Die Konkurrenz ist die große Triebfeder**, die unsre alt und schlaff werdende soziale Ordnung, oder vielmehr Unordnung, immer wieder zur Tätigkeit aufstachelt, aber bei jeder neuen Anstrengung auch einen Teil der sinkenden Kräfte verzehrt. Die Konkurrenz beherrscht den numerischen Fortschritt der Menschheit, sie beherrscht auch ihren sittlichen. Wer mit der Statistik des **Verbrechens** sich etwas bekannt gemacht hat, dem muß die eigentümliche Regelmäßigkeit aufgefallen sein, mit der das Verbrechen alljährlich fortschreitet, mit der gewisse Ursachen gewisse Verbrechen erzeugen. (…) Mir kommt es hier bloß darauf an, die Ausdehnung der Konkurrenz auch auf das moralische Gebiet nachzuweisen und zu zeigen, zu welcher **tiefen Degradation** das Privateigentum den Menschen gebracht hat.

Wissenschaft gegen die Arbeit

In dem Kampfe von Kapital und Boden gegen die Arbeit haben die beiden ersten Elemente noch einen besonderen Vorteil vor der Arbeit voraus - die Hülfe der Wissenschaft, denn auch diese ist unter den jetzigen Verhältnissen gegen die Arbeit gerichtet.... Die letzte große Erfindung in der Baumwollspinnerei, die Selfacting Mule, wurde ganz allein durch die Frage nach Arbeit und den steigenden Lohn veranlaßt - sie verdoppelte die Maschinenarbeit und beschränkte dadurch die Handarbeit auf die Hälfte, **warf die Hälfte der Arbeiter außer Beschäftigung und drückte dadurch den Lohn der andern auf die Hälfte herab**; sie vernichtete eine Verschwörung der Arbeiter gegen die Fabrikanten und zerstörte den letzten Rest von Kraft, mit dem die Arbeit noch den ungleichen Kampf gegen das Kapital ausgehalten hatte (vgl. Dr. Ure, »Philosophy of Manufactures«,Bd. 2). Der Ökonom sagt nun zwar, daß im Endresultate die Maschinerie günstig für die Arbeiter sei, indem sie die Produktion billiger mache und dadurch einen neuen größeren Markt für ihre Produkte schaffe und so zuletzt die außer Arbeit gesetzten Arbeiter doch wieder beschäftige. Ganz richtig; aber vergißt der Ökonom denn hier, daß die Erzeugung der Arbeitskraft durch die Konkurrenz reguliert wird, daß die Arbeitskraft stets auf die Mittel der Beschäftigung drückt, daß also, wenn diese Vorteile eintreten sollen, bereits wieder eine **Überzahl von Konkurrenten für Arbeit** darauf **wartet** und dadurch diesen Vorteil illusorisch machen wird, während der Nachteil, die plötzliche Wegnahme der Subsistenzmittel für die eine und der Fall des Lohns für die andere Hälfte der Arbeiter, nicht illusorisch ist? Vergißt der Ökonom, daß der Fortschritt der Erfindung nie stockt, daß also **dieser Nachteil sich verewigt**? Vergißt er, daß bei der durch unsere Zivilisation so unendlich gesteigerten Teilung der Arbeit ein Arbeiter nur dann leben kann, wenn er an dieser bestimmten Maschine für diese bestimmte kleinliche Arbeit verwendet werden kann? daß der Übergang von einer Beschäftigung zu einer andern, neuern, für den erwachsenen Arbeiter fast immer eine entschiedene Unmöglichkeit ist?...

Soziale Polarisierung durch Konkurrenz

(...) Die Konkurrenz setzt also Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Grundbesitz gegen Grundbesitz, und ebenso jedes dieser Elemente gegen die beiden andern. **Im Kampf siegt der Stärkere**, und wir werden, um das Resultat dieses Kampfes vorauszusagen, die Stärke der Kämpfenden zu untersuchen haben. Zuerst sind Grundbesitzer und Kapital jedes stärker als die Arbeit, **denn der Arbeiter muß arbeiten, um zu leben, während der Grundbesitzer von seinen Renten und der Kapitalist von seinen Zinsen, im Notfalle von seinem Kapital oder dem kapitalisierten Grundbesitz leben kann**. Die Folge davon ist, daß der Arbeit nur das Allernotdürftigste, die nackten Subsistenzmittel zufallen, während der größte Teil der Produkte sich zwischen dem Kapital und dem Grundbesitz verteilt. Der stärkere Arbeiter treibt ferner den schwächeren, das größere Kapital das geringere, der größere Grundbesitz den kleinen aus dem Markt. Die Praxis bestätigt diesen Schluß. Die Vorteile, die der größere Fabrikant und Kaufmann über den kleinen, der große Grundbesitzer über den Besitzer eines einzigen Morgens hat, sind bekannt. Die Folge hiervon ist, daß schon unter gewöhnlichen Verhältnissen das große Kapital und der große Grundbesitz das kleine Kapital und den kleinen Grundbesitz nach dem Recht des Stärkeren verschlingen - die Zentralisation des Besitzes, in Handels- und Agrikulturkrisen geht diese Zentralisation viel rascher vor sich. - Großer Besitz vermehrt sich überhaupt viel rascher als kleiner, weil von dem Ertrag ein viel geringerer Teil als Ausgaben des Besitzes in Abzug kommt. Diese **Zentralisation des Besitzes** ist ein dem Privateigentum ebenso immanentes Gesetz wie alle andern; die Mittelklassen müssen immer mehr verschwinden, bis die Welt in Millionäre und Paupers, in große Grundbesitzer und arme Taglöhner geteilt ist. Alle Gesetze, alle Teilung des Grundbesitzes, alle etwaige Zersplitterung des Kapitals hilft nichts - dies Resultat muß kommen und wird kommen**, wenn nicht eine totale Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, eine Verschmelzung der entgegengesetzten Interessen, eine Aufhebung des Privateigentums ihm zuvorkommt.**

Alternative

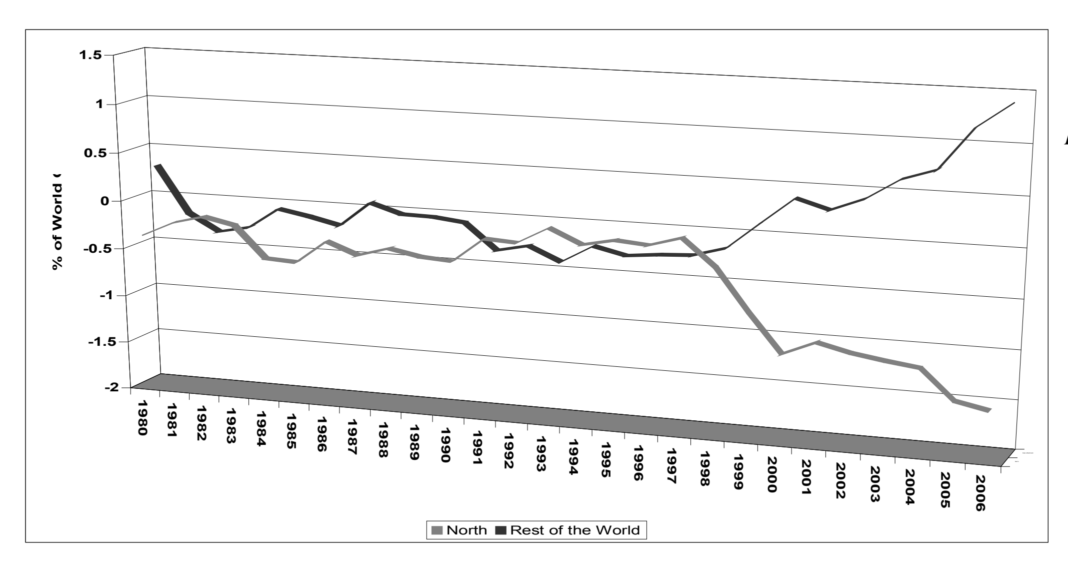
Die Wahrheit des Konkurrenzverhältnisses ist das **Verhältnis der Konsumtionskraft zur Produktionskraft.** In einem der Menschheit würdigen Zustande wird es keine andre Konkurrenz als diese geben. Die Gemeinde wird zu berechnen haben, was sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln erzeugen kann, und nach dem Verhältnis dieser Produktionskraft zur Masse der Konsumenten bestimmen, inwieweit sie die Produktion zu steigern oder nachzulassen, inwieweit sie dem Luxus nachzugeben oder ihn zu beschränken hat. Um aber über dies Verhältnis und die von einem vernünftigen Zustande der Gemeinde zu erwartende Steigerung der Produktionskraft richtig zu urteilen, mögen meine Leser die Schriften der englischen Sozialisten und zum Teil auch **Fouriers** vergleichen. Die subjektive Konkurrenz, der Wettstreit von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit usw., wird sich unter diesen Umständen auf den in der menschlichen Natur begründeten und bis jetzt nur von Fourier erträglich entwickelten **Wetteifer** reduzieren, der nach der Aufhebung der entgegengesetzten Interessen auf seine eigentümliche und vernünftige Sphäre beschränkt wird.

[Auszüge aus: Engels: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, Marx-Engels Werke Berlin, Bd. 1, S. 511 ff.)], In SiG Nr. 37 erschienen

Giovanni Arrighi, 2008

Der Aufstand gegen den Westen - Vorbote der größeren Gleichheit der Völker?

In seinem Buch „Adam Smith in Peking“ analysiert Giovanni Arrighi die epochalen Veränderungen in der Weltgesellschaft in den letzten Jahrzehnten. Er kommt zu dem Schluss, dass die Verschuldung der USA beim Rest der Welt und die militärischen Niederlagen in Vietnam und Irak den Abstieg als Hypermacht eingeleitet haben. Das Epizentrum der globalen Ökonomie habe sich nach Asien verlagert und damit für die Länder des globalen Südens neue Spielräume eröffnet. Ein neues, diesmal ökonomisch unterfüttertes Bandung-Bündnis der abhängig gehaltenen Länder beginne, Gestalt anzunehmen.



Gesamt-Leistungsbilanz als prozentualer Anteil am Welt-BIP

Rechts unten – der NORDEN; rechts oben – die ÜBRIGE WELT (Arrighi Seite 243)

Quelle: IWF World Economic Outlook Database; Sept. 2006:

US-Dominanz ohne Geldhegemonie

Momentan sind die ostasiatischen Regierungen, die den massiven Ankauf von US-Staatsanleihen und den Aufbau von auf Dollar lautenden Devisenreserven betrieben haben, mit Abstand die wichtigsten Geldgeber des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits – allen voran die japanische, aber in immer erheblicherem Ausmaß auch die chinesische. Die **Hauptbeweggründe** dieser und anderer Regierungen, die das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanziert haben, sind **nicht rein wirtschaftliche, sondern politische**. Ian Ferguson zitiert die Erklärung des damaligen IWF-Chefökonomen Kenneth S. Rogoff, er wäre *»ziemlich besorgt ... [über] ein Entwicklungsland, das soweit das Auge reicht ein ums andere Jahr klaffende Leistungsbilanzdefizite von 5 Prozent [des BIP] oder mehr aufwiese, und dessen Haushaltsplan rapide von den schwarzen in die roten Zahlen absinken würde*«. Natürlich sind die USA, wie Rogoff sich beeilte hinzuzufügen, kein »Entwicklungsland«; aber – wie weder Rogoff noch Ferguson erwähnten – die USA sind auch kein gewöhnliches »entwickeltes« Land. Die USA erwarten und erhalten von anderen Regierungen und internationalen Institutionen – allen voran dem IWF – eine **Vorzugsbehandlung** bei der Abwicklung ihrer Finanzen, auf die kein anderer Staat, egal wie »entwickelt«, hoffen könnte. Das liegt(…) an der unvergleichlichen Bedeutung und Zentralität der USA innerhalb der Weltwirtschaft; und an der (jedenfalls vor der aktuellen Irakkrise) allgemeinen Auffassung, dass die US-amerikanische Militärmacht für die weltweite politische Stabilität wesentlich ist. In dieser Hinsicht sind Macht und Zentralität in der globalen politischen Ökonomie für die USA viel wichtiger als sie für Großbritannien je waren, denn Großbritannien konnte auf etwas zählen, das die USA nicht haben: ein Territorialreich in Indien, aus dem es fast nach Belieben finanzielle und militärische Ressourcen gewinnen konnte.

Daher können wir das US-amerikanische Befinden der Dominanz ohne Geldhegemonie wie folgt zusammenfassen. Wie im Fall Großbritanniens auf einer vergleichbaren Stufe des relativen Niedergangs, spiegelt das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit eine **Verschlechterung der Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Geschäftswelt** im In- und Ausland wider. Und wie im Fall Großbritanniens, wenn auch weniger erfolgreich, hat das US-amerikanische Kapital diese Verschlechterung durch die **Spezialisierung auf globale Finanzvermittlung** teilweise wettgemacht. Die USA sind dagegen viel früher und viel massiver zu einer **Schuldnernation** geworden, nicht nur aufgrund ihrer Konsum-Orientierung, sondern auch weil sie kein Indien hatten, aus dem sie kostenlos alle Truppen beziehen konnten, um eine so endlose Reihe von Kriegen im globalen Süden zu führen, wie Großbritannien während seiner eigenen Hegemonie. Washington musste nicht nur für diese Truppen und ihre stark kapitalintensiven Waffen bezahlen; darüber hinaus musste es, statt aus einem Überseeimperium Tribute zu ziehen, aggressiv auf den Finanzmärkten der Welt **um das Kapital konkurrieren**, das es zum Ausgleich des explosiven Wachstums seines Leistungsbilanzdefizits brauchte. Obwohl die USA darin während der 1980er und 1990er Jahre sehr erfolgreich waren, erhielten sie das Kapital, das sie anzogen – anders als Großbritannien indische Beiträge zu seiner Zahlungsbilanz – **nicht umsonst**. Im Gegenteil, es erzeugte einen sich selbst erweiternden Strom von Einkommen ins Ausland, der den Ausgleich des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zunehmend schwierig machte. Daraus folgt, dass die US-amerikanische *Belle Époque* auf einem positiven Kreislauf basierte, der jederzeit zum Teufelskreis werden konnte. Dieser **positive Kreislauf und potenzielle Teufelskreis** beruhte auf der Synergie von **zwei Bedingungen**: der Fähigkeit der USA, darzustellen, dass sie weltweit die Funktion eines Markts der letzten Instanz und einer unverzichtbaren politisch-militärischen Macht erfüllten, und der Fähigkeit und Bereitschaft der übrigen Welt, die USA mit dem nötigen Kapital zur weiteren Erfüllung dieser beiden Funktionen in immer größerem Maßstab zu versorgen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, die spektakulären »Siege« im ersten Golf- und im Jugoslawienkrieg und die Entstehung der *New Economy*-Spekulationsblase gaben der Synergie zwischen Wohlstand und Macht der USA auf der einen Seite und dem Zustrom von Kapital auf der anderen

einen gewaltigen Impuls. Aber durch die Veränderung einer dieser Bedingungen könnte die Synergie sich umkehren und den positiven Kreislauf in einen Teufelskreis verwandeln.

Wer finanziert den Krieg?

Da er kurz nach dem Platzen der *New Economy*-Blase Präsident geworden war, hatte Bush viele Gründe zum Missbehagen in Bezug auf die Politik der Clinton-Ära. Während des Anwachsens der Blase war der größte Teil des in die USA strömenden ausländischen Kapitals privates Kapital auf der Suche nach Profiten gewesen, und die privaten Investoren selbst bestanden aus einer formlosen Masse, die wenig oder keinen Einfluss auf die US-amerikanische Politik erwarb. Wie bereits bemerkt, wurde der Zustrom von Kapital in die USA nach dem Platzen der Blase jedoch politischer, und die Regierungen, die das eskalierende Leistungsbilanzdefizit der USA finanzierten, erwarben notwendigerweise beträchtlichen Einfluss auf die US-amerikanische Politik. Dieser größere Einfluss stellte für Washington kein unmittelbares Problem dar, denn die meisten der ostasiatischen Gläubigerstaaten, allen voran Japan, empfanden ihre Sicherheit und ihren Wohlstand als stark von den USA abhängig. Wie wir noch sehen werden, veränderte sich diese Situation radikal mit dem Hervortreten **Chinas** als **alternativer Zielort ostasiatischer Exporte und Investitionen und als wichtiger Gläubiger der USA.**

Die Entscheidung der Bush-Regierung, auf den **11. September** mit einem langwierigen Krieg an mehreren Fronten zu reagieren, verlieh der Notwendigkeit, eine andere Politik einzuschlagen als in den 1990er Jahren, eine neue Dringlichkeit, denn **wie konnte man einen solchen Krieg finanzieren, wenn das Land schon zu seinem Beginn hoch verschuldet war**? …

Da die Steuern nicht erhöht werden konnten, die weitere Kreditaufnahme im Ausland Grenzen hatte und der Krieg sich nicht selbst finanzierte, wurde die Ausnutzung des US-amerikanischen **Privilegs der Geldschöpfung zur Hauptfinanzquelle für Bushs Kriege**. Wie ein Kommentator kurz nach der Irak-Invasion schrieb, ein Zyniker könnte die Weise, in der andere Länder die USA als **Gegenleistung für überteuerte Papierschnipsel** mit Gütern, Dienstleistungen und Vermögenswerten versorgten, als *»brilliante US-amerikanische Verschwörung«* ansehen.

(…)

Ende 2004 veranschlagte *The Economist* den Niedergang des Dollars während der vorangegangenen drei Jahre auf 35 Prozent gegenüber dem Euro und 24 Prozent gegenüber dem Yen und schätzte den Bestand von Dollarvermögen in der Hand von Ausländern auf fast 11 Billionen Dollar. *»Wenn der Dollar um weitere 30 Prozent fällt, wie teilweise vorausgesagt wird, läuft dies auf das größte Zahlungsversäumnis der Geschichte hinaus: kein herkömmliches Zahlungsversäumnis beim Schuldendienst, sondern Zahlungsversäumnis durch List, durch die Zusammenstreichung des Werts der von Ausländern gehaltenen Dollarvermögen um Billionen.«* Wie sich herausgestellt hat, lässt dieses **»größte Zahlungsversäumnis in der Geschichte«** noch auf sich warten. Aber ob es kommen wird oder nicht, die US-amerikanische Ausnutzung des Geld-schöpfungsprivilegs, um sowohl Gewehre als auch Butter weit über ihre Mittel hinaus zu konsumieren, kann eine grundlegende strukturelle Anpassung der USA, die nötig ist, um ihre erheblich verminderte Wettbewerbsfähigkeit in der Weltwirtschaft widerzuspiegeln, hinauszögern aber nicht unendlich lang vermeiden. (...)

Aufstieg Chinas: Vorbote der größeren Gleichheit der Völker?

Wir sind von der zentralen Frage ausgegangen, ob und unter welchen Umständen der chinesische Aufstieg, mit all seinen Schwächen und voraussichtlichen künftigen Rückschlägen, als Vorbote der größeren Gleichheit und des gegenseitigen Respekts unter den Völkern europäischer und nichteuropäischer Herkunft angesehen werden kann, die von Smith vor 230 Jahren vorhergesehen und befürwortet wurden. Die in diesem Buch entwickelte Analyse deutet auf eine **positive Antwort** hin, aber mit einigen wichtigen **Einschränkungen.**

Das Hervortreten Chinas als wahrer Gewinner des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror hat zu einer **Umkehrung des Einflusses** der beiden Länder in Ostasien und allgemein in der Welt geführt. Ein Ausdruck dieser Umkehrung war der von Joshua Cooper Ramo so genannte **Beijing-Konsens** – die von China angeführte Entstehung eines *»Wegs für andere Nationen überall auf der Welt«*, nicht nur sich zu entwickeln, sondern auch *»sich in die internationale Ordnung in einer Weise einzugliedern, die ihnen wahre Unabhängigkeit erlaubt, um ihre Lebensweise und ihre politischen Entscheidungen zu schützen«*. Ramo weist auf **zwei Merkmale** des neuen Konsens hin, die besonders **für die Nationen des globalen Südens attraktiv** sind.

Das eine ist **»örtliche Anpassung«** – die Anerkennung der Bedeutung von auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittener Entwicklung, die notwendig von einem Standort zum anderen voneinander abweichen – in scharfem Gegensatz zu den Verordnungen »in Einheitsgröße« des zunehmend in Misskredit geratenden Washington-Konsens; und das andere ist **»Multilateralismus«** – die Anerkennung der Bedeutung von zwischenstaatlicher Kooperation für den Aufbau einer neuen globalen Ordnung, die auf gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit beruht, aber politische und kulturelle Unterschiede respektiert – in scharfem Gegensatz zum Unilateralismus der US-Politik.

Wie Arif Dirlik hervorgehoben hat, können diese Merkmale des Beijing-Konsens die Welt in radikal unterschiedliche Richtungen führen. Sie können zur Entstehung eines **neuen Bandung** führen – d. h. einer neuen Version des Dritte-Welt-Bündnisses der 1950er und 1960er Jahre –, das, wie das alte, aber angepasst an ein Zeitalter der beispiellosen wirtschaftlicher Integration, einer wirtschaftlichen und politischen Unterordnung entgegenwirken soll.

Oder sie können in Richtung einer **Kooptation südlicher Staaten in Nord-Süd-Bündnisse** führen, die auf die Eindämmung der von China angeführten Zersetzung der globalen Hierarchie des Wohlstands abzielen. Wir dürfen weder die Versuchung für China unterschätzen, sich für eine Kooptation in eine US-amerikanisch oder nördlich dominierte Weltordnung zu entscheiden, noch die für andere südliche Länder, bei ihren Eifersüchteleien untereinander die Unterstützung der USA zu suchen oder zu akzeptieren. Aber ebenso wenig dürfen wir die Macht der Vereinigten Staaten überschätzen, diese Strategien, selbst in geheimer Absprache mit Europa, mit Erfolg anzuwenden. Nicht nur hat das irakische Debakel die Grenzen für die Durchsetzbarkeit des Willens des Nordens gegen den Widerstand des Südens durch Zwangsmittel bekräftigt. In einer kapitalistischen Welt ist noch wichtiger, dass die **finanzielle Untermauerung** der US-amerikanischen und nördlichen Dominanz auf zunehmend **unsicherem** Boden steht.

Asiatische Finanzkrise als Wendepunkt

Ein entscheidender Wendepunkt in dieser Hinsicht war die asiatische Finanzkrise von 1997/98. Wade und Veneroso behaupteten, diese Krise habe die Richtigkeit des Andrew Mellon zugeschriebenen Ausspruchs bestätigt, dass »Vermögenswerte in einer Depression zu ihren rechtmäßigen Besitzern zurückkehren«. *»Die Kombination aus massiven Abwertungen, vom IWF angeschobener finanzieller Liberalisierung und durch den IWF ermöglichte Erholung hat vielleicht die größte Übereignung von Vermögenswerten in Friedenszeiten von inländischen auf ausländische Besitzer in den letzten fünfzig Jahren irgendwo auf der Welt herbeigeführt und damit die Übereignungen von inländischen auf US-amerikanische Besitzer in Lateinamerika in den 1980er Jahren und in Mexiko nach 1994 in den Schatten gestellt.«* (Wade und Veneroso, 1998).

Die Diagnose war zwar korrekt in der Identifizierung der unmittelbaren Auswirkungen der Krise, ging aber an deren längerfristigen Auswirkungen auf Nord-Süd-Beziehungen und auf die Fähigkeit des IWF, die weitere Übereignung von südlichen Vermögenswerten auf nördliche Besitzer zu ermöglichen, völlig vorbei.

IWF-Einfluss wird abgeschwächt

Wie die Abbildung vorne zeigt, markiert die Krise von 1997/98 den Beginn einer gewaltigen **Gabelung zwischen dem Defizit des Nordens und den Überschüssen der übrigen Welt** in der Leistungsbilanz ihrer jeweiligen Zahlungsbilanz. Die Gabelung spiegelt die Tatsache wider, dass es immer weniger Güter und Dienstleistungen gibt, die der Norden,

insbesondere die USA, billiger produzieren kann als der Rest der Welt. Ein großer Teil des Überschusses der restlichen Welt fließt immer noch in das US-amerikanische finanzielle Zwischenlager, sowohl, um das eskalierende US-amerikanische Defizit zu finanzieren als auch um überall in der Welt, einschließlich dem globalen Süden, reinvestiert zu werden. Aber ein signifikanter und **wachsender Anteil umgeht das US-amerikanische Zwischenlager**, sowohl um Währungsreserven aufzubauen als auch um direkt anderen südlichen Bestimmungsorten zuzufließen, was den Einfluss des IWFs und anderer durch den Norden kontrollierter Finanzinstitutionen auf südliche Länder abschwächt.
Gut bei Kasse und darauf erpicht, die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik wiederzuerlangen, haben **Länder des Südens ihre Schulden zurückgekauft** und damit das Anleihenportfolio des IWF auf den niedrigsten Stand seit den 1980ern gebracht. Ein schrumpfendes Anleihenportfolio, bemerkt *The Wall Street Journal*, *»verringert den Einfluss des IWF auf die globale Wirtschaftspolitik stark«, zwingt ihn, vom »Anlegen der Daumenschrauben« zu »Überzeugung« überzuwechseln und dezimiert sein Zinseinkommen und seine Bargeldreserven. »In einer Ironie des Schicksals, die viele Finanzminister [des Südens] kichern ließ, muss die Institution, die lange ein Engerschnallen des Gürtels gepredigt hat, dies nun selbst praktizieren.«*

Trotz seines massiven Erwerbs von US-Staatsanleihen hat **China** sowohl durch die Rückführung des Süd-Überschusses in Richtung Süden als auch dadurch, dass es angrenzenden wie ferneren südlichen Ländern **attraktive Alternativen** zu Handel, Investitionen und Hilfe aus Ländern und von Finanzinstitutionen des Nordens bietet, eine führende Rolle gespielt. *»Hier kommt ein sehr großer neuer Spieler des Wohnblocks, mit dem Potenzial, die Landschaft der Entwicklungshilfe aus Übersee zu verändern«,* bemerkte der für die Philippinen zuständige Direktor bei der Asian Development Bank (ADB), kurz nachdem China ein außergewöhnliches Darlehenspaket von 2 Milliarden Dollar jährlich über drei Jahre für die Philippinen angekündigt hatte, das das 200-Millionen-Dollar-Angebot der Weltbank und der ADB mickerig wirken ließ, ein Darlehen von 1 Milliarde Dollar, über das mit Japan verhandelt wurde, bei weitem übertraf und die Philippinen vor Washingtons Ungnade schützte, nachdem Präsident Arroyo die Truppen seines Landes aus dem Irak abgezogen hatte. Dies war nur einer von einer großen und wachsenden Anzahl ähnlicher Deals, mit denen **China Institutionen des Nordens aus dem Wettbewerb wirft**, indem es Ländern des Südens im Austausch gegen Zugang zu ihren natürlichen Ressourcen großzügigere Bedingungen, größere Darlehen mit weniger politischen Bindungen und ohne hohe Beratungsgebühren sowie große und komplizierte Infrastrukturprojekte in entlegenen Gegenden zum halben Preis der Konkurrenten aus dem Norden anbietet.
In Ergänzung der chinesischen Initiativen haben **auch ölreiche Länder** ihre **Überschüsse an den Süden umgeleitet**. Von großer politischer und symbolischer Bedeu-tung war **Venezuelas** Verwendung seiner unverhofften Einnahmen aus hohen Ölpreisen zur Befreiung lateinamerikanischer Länder aus ihrer Unterordnung unter die Interessen des Nordens.
»Als Argentinien Darlehen brauchte, um sich vom Internationalen Währungsfonds verabschieden zu können, erhielt es von Venezuela 2,4 Milliarden Dollar. Venezuela kaufte ecuadorianische Staatsanleihen für 300 Millionen Dollar. Washington hatte historisch durch seine Kontrolle der Hauptkreditquellen, einschließlich des IWFs, der Weltbank und der Inter-American Development Bank, enormen Einfluss auf die lateinamerikanische Wirtschaftspolitik. Venezuelas Rolle als neuer ›Kreditgeber des letzten Auswegs‹ hat diesen Einfluss verringert.«(M. Weisbrot, »The Failure of Hugo-bashing.« *The Los Angeles Times*, 9. März, 2006)

Ähnlich wichtig und potenziell ruinöser für die finanzielle Vorherrschaft des Nordens ist das Interesse, das **Saudi-Arabien** und andere westasiatische Länder in letzter Zeit daran gezeigt haben, zumindest einen Teil ihrer Überschüsse von den USA und Europa nach Ost- und Südostasien umzulenken. Westlichen Bankfachleuten zufolge *»erleben wir definitiv einen sprunghaften Anstieg des Deal Flows zwischen dem Mittleren Osten und Asien, insbesondere Südostasien und China«*. Obwohl westasiatische Investoren bis auf weiteres kein Geld aus den Vereinigten Staaten abziehen, *»fließt eine Menge neuen Geldes aus höheren Ölpreisen nicht nach Nordamerika«*. Die Gründe hierfür sind teilweise politisch: die Unpopularität des Kriegs im Irak und Vorkommnisse wie die Gegenreaktion in den USA, die Dubais Hafenbetreibergesellschaft zwang, US-amerikanischen Aktienbesitz abzustoßen, nachdem sie den britischen Hafenbetreiber P & O gekauft hatte. Aber der zwingendste Grund ist ein rein wirtschaftlicher: China und alle schnell wachsenden asiatischen Ökonomien wollen westasiatisches Öl, und westasiatisches durch dieses Öl erzeugtes Kapital und Liquidität suchen nach Investitionen mit höheren Renditen als die der US-Staatsanleihen.
Als **Indiens** Premierminister Manmohan Singh auf der Jahreshauptversammlung der ADB im Mai 2006 asiatische Nationen dazu anhielt, asiatische Überschüsse in asiatische Entwicklungsprojekte umzulenken, bezeichnete ein US-amerikanischer Beobachter die Rede als »umwerfend« und *»Vorbote des Endes des Dollars und der US-amerikanischen Hegemonie«*.
Mein Argument in Kapitel 7 weist in eine etwas andere Richtung: Die US-Hegemonie im Gegensatz zu reiner Dominanz hat aller Wahrscheinlichkeit nach bereits geendet, aber ebenso wie das Pfund Sterling nach dem Ende der britischen Hegemonie noch dreißig bis vierzig Jahre lang weiterhin als internationale Währung verwendet wurde, könnte auch der Dollar so weiterverwendet werden. Die wirklich wichtige Frage ist hier jedoch nicht, ob asiatische und andere südliche Länder weiterhin US-Dollars als Tauschmittel verwenden werden – was sie, in einem unbekannten Ausmaß, wahrscheinlich noch lange tun werden. Entscheidend ist vielmehr, ob sie ihre **Zahlungsbilanzüberschüsse** weiterhin Institutionen unter US-amerikanischer Kontrolle zur Verfügung stellen und so ihre Umwandlung in **Instrumente der nördlichen Dominanz** zulassen werden, **oder** ob sie sie als **Instrumente der Emanzipation des Südens** verwenden werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet hat Singhs Stellungnahme nichts »umwerfendes«, sondern leistet bloß einer bereits gängigen Praktik Beistand.

Wahrhaft umwerfend ist das mangelnde Bewusstsein – im Süden nicht weniger als im Norden – von dem Ausmaß, in dem die **monetaristische Konterrevolution** der frühen 1980er Jahre **fehlgeschlagen** ist, was **günstigere Bedingungen als je zuvor für die Errichtung der Gemeinschaft der Zivilisationen**, die Smith sich vor langer Zeit ausmalte, durch ein neues Bandung geschaffen hat.

Ein neues Bandung

Denn im Gegensatz zum alten kann ein neues Bandung den globalen Markt mobilisieren und als Instrument zur Angleichung der Süd-Nord Machtbeziehungen einsetzen. Die Grundlagen des **alten** Bandung war ausschließlich **politisch-ideologisch** und daher leicht durch die monetaristische Konterrevolution zu zerstören. Die Grundlage des jetzt vielleicht entstehenden **neuen Bandung** ist dagegen vorrangig **wirtschaftlich** und daher viel **solider**. Wie der ehemalige indische Außenminister Yashwant Sinha es in einer Rede von 2003 formulierte: *»In der Vergangenheit basierte Indiens Bindung an einen großen Teil Asiens, einschließlich Südost- und Ostasien, auf einer idealistischen Vorstellung von asiatischer Brüderschaft, die auf gemeinsamen Erfahrungen des Kolonialismus und kulturellen Banden aufbaute … Heute dagegen bestimmen Handel, Investitionen und Produktion den Rhythmus der Region ebenso sehr wie Geschichte und Kultur.«*
Unter diesen Umständen kann der Widerstand des Nordens gegen die Zersetzung der globalen Hierarchie von Wohlstand und Macht nur mit weit ausgedehnter Kollaboration des Südens gelingen. In dieser Hinsicht ist entscheidend, was China und Indien – die allein mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen – beschließen werden. In einem Kommentar der *International Herald Tribune* zur Meldung riesiger Investitionen Chinas und Indiens in die Ökonomie des jeweils anderen fragte Howard French treffend: *»Wenn man dem Begriff der schöpferischen Zerstörung etwas abgewinnen kann, was könnte sich störender auf den globalen Status quo auswirken?« »Da sie zusammen mehr als 2,3 Milliarden Menschen sind, macht eine Übereinkunft zwischen Indien und China über fast irgendeinen Standard den betreffenden Gegenstand unmittelbar zum Kandidaten für den Status des globalen Standards. Was bedeutet das in praktischer Hinsicht? Dass der Nachfolger eines allgegenwärtigen Produkts wie Microsoft Office durchaus chinesisch sein könnte …*

Es könnte bedeuten, dass die Mobiltelefonstandards der Zukunft gemeinsam in Asien und nicht in Europa oder den Vereinigten Staaten entschieden werden. … Was es eindeutig schon heute bedeutet, ist, dass der Tag, an dem ein lauschiger Club der Reichen – die USA, die stärksten Ökonomien Westeuropas und Japan – für den Rest der Welt das Tempo bestimmt, Instruktionen ausgibt und Noten verteilt, sich schnell dem Ende zuneigt.«
Das bedeutet es tatsächlich, **unter der Bedingung**, dass die herrschenden Gruppen des globalen Südens im Allgemeinen und Chinas und Indiens im Besonderen, einen **Weg der Emanzipation, nicht nur ihrer Nationen, sondern der ganzen Welt von den sozialen und ökologischen Verwüstungen der westlichen kapitalistischen Entwicklung erschließen.** Eine Neuerung von solch **welthistorischer Signifikanz** erfordert einiges Bewusstsein von der Unmöglichkeit, der Mehrheit der Weltbevölkerung die Vorteile der Modernisierung zu bringen, außer wenn – um Sugihara zu paraphrasieren – der westliche Entwicklungsweg sich dem ostasiatischen annähert und nicht umgekehrt. Das ist keine neue Entdeckung. Vor fast achtzig Jahren, im Dezember 1928, schrieb Mohandas **Gandhi**: *»Gott behüte uns davor, dass Indien sich je nach westlichem Vorbild industrialisiert. Der ökonomische Imperialismus eines einzigen kleinen Insel-Königreichs [England] hält heute die ganze Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation von dreihundert Millionen [Indiens damalige Bevölkerung] den gleichen Weg einschlagen sollte, würde sie die Welt wie Heuschrecken kahl fressen.«*

Westliche Industrialisierung als Sackgasse

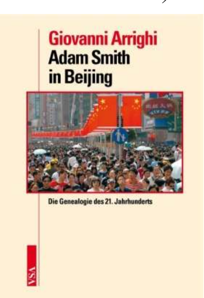
Gandhi wusste schon damals, was viele Führungspersönlichkeiten der Emanzipation des Südens noch lernen müssen oder vergessen haben: **Der westliche Erfolg auf dem extravertierten Weg der Industriellen Revolution beruhte auf dem Ausschluss der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung vom Zugang zu den natürlichen und menschlichen Ressourcen**, die nötig sind, um von der globalen Industrialisierung zu profitieren statt deren Kosten zu tragen. Für diese Mehrheit war er schlicht nie eine Option. (...)
Sobald eine kleine Minderheit der chinesischen Bevölkerung (und eine noch kleinere der indischen Bevölkerung) einen partiellen Zugang zu diesen Standards errang, wurde die Stichhaltigkeit von Gandhis Behauptung für alle außer den begriffsstutzigsten Vertei-digern der US-amerikanischen Lebensweise offensichtlich. *»Wie sich gezeigt hat, kann sich die Welt nicht leisten, dass sich zwei Länder [mit einer großen Bevölkerung] wie die Vereinigten Staaten verhalten. Dazu fehlt ihr die Atmosphäre … und vielleicht auch die Ressourcen.«* Bill McKibben bezeichnet dies als »Tragödie«, denn *»China vollbringt mit seinem Wachstum tatsächlich messbar Gutes. Die Menschen genießen ein wenig Fleisch, schicken ihre [Kinder] zur Schule, heizen ihre Hütten. Wir dagegen verbrauchen pro Kopf neun Mal so viel Energie, um Hobbyräume zu klimatisieren, 2.000 m² große Rasenflächen zu mähen, jede Besorgung mit dem Geländewagen zu erledigen, aus Chile eingeflogene Tomaten zu essen … (…) Der Vater des momentanen Präsidenten [George Bush Senior] verkündete auf seinem Weg zum Gipfel in Rio, der zum Vertrag von Kyoto führte, ›die amerikanische Lebensweise steht nicht zur Diskussion‹. So definiert sich eine Tragödie.« (von Arrighi zitiert, S. 480)*

Inzwischen hat der neueste Akt der Tragödie, der im **Irak** spielte, gezeigt, dass die **Vereinigten Staaten nicht die Macht** haben, **unter Gewaltandrohung ihr Recht auf eine extravagante Lebensweise in der Welt durchzusetzen**, und daher einen steigenden Preis für den Erhalt dieses Rechts zahlen müssen.
Aber Tatsache ist und bleibt, dass nicht einmal ein Viertel der Bevölkerungen Chinas und Indiens nach Art der US-Amerikaner produzieren und konsumieren können, ohne sich selbst und alle anderen zu ersticken. Auch in dieser Hinsicht hat **die neue Führung der VRC** ein größeres Bewusstsein von den Umweltproblemen energieintensiven Wirtschaftswachstums gezeigt als ihre Vorgänger. »Modellstädte« mit spezieller Konzentration auf den Umweltschutz wurden gegründet, Wälder werden neu angepflanzt, der Fünfjahresplan für 2006–10 hat das ehrgeizige Ziel einer Verringerung der Energieintensität der Wirtschaft von 20 Prozent vorgegeben und zu diesem Zweck wurde eine weit reichende Industriepolitik verkündet, die 399 industrielle Teilsektoren verbietet und weitere 190 einschränkt. Dennoch bleibt unklar, wie diese und andere Maßnahmen eine ernsthaft gefährdete Ökobilanz in Stand setzen können, wenn im Lauf der nächsten fünfzehn Jahre, wie erwartet, 300 Millionen Landbewohner oder mehr in Städte ziehen werden, wo wachsende Fuhrparks motorisierter Fahrzeuge die Fahrräder verdrängen. Kurz gesagt, da es zu sehr auf den Energie verbrauchenden westlichen Weg vertraut hat, hat **Chinas** rasches Wirtschaftswachstum für sich und die Welt **noch keinen ökologisch nachhaltigen Entwicklungsweg erschlossen**. Dieses Vertrauen droht nicht nur, das »Wirtschaftswunder« wegen des Drucks auf knappe Ressourcen (einschließlich sauberer Luft und Wasser) an ein frühzeitiges Ende zu bringen. Vor allem ist es sowohl ein Ergebnis als auch eine Ursache der sich **verbreiternden Kluft** zwischen denjenigen, die sich die Gewinne des schnellen Wirtschaftswachstums aneignen konnten, und denjenigen, die seine Kosten tragen mussten. Diese Kluft hatte eine große Welle öffentlicher **Unruhen** zur Folge, in denen ökologische Missstände eine große Rolle spielten und zu einer bedeutenden **Umorientierung der chinesischen Politik** führten, hin zu einer ausgewogeneren Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen Regionen und zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Um unsere Studie zum Abschluss zu bringen, müssen wir nur noch hinzufügen, dass das Endergebnis dieser Umorientierung von entscheidender Bedeutung für die Zukunft nicht nur der chinesischen Gesellschaft, sondern auch der Weltgesellschaft sein wird. Wenn die Umorientierung Chinas Traditionen der auf sich bezogenen marktorientierten Entwicklung, der Akkumulation ohne Enteignung, der Mobilisierung menschlicher statt nichtmenschlicher Ressourcen und der Regierung durch Mitwirkung der Massen beim Entwerfen politischer Grundsätze erfolgreich wiederbelebt und konsolidiert, wird China aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend zur Herausbildung einer Gemeinschaft der Zivilisationen beitragen können, die kulturelle Unterschiede wirklich respektiert.
Aber wenn die Umorientierung scheitert, könnte China durchaus zu einem neuen Epizentrum des sozialen und politischen Chaos werden, das die Versuche des Nordens, eine verfallende globale Vorherrschaft wieder zu festigen, erleichtert…

Auszüge** aus dem Artikel in SiG 65: Giovanni Arrighi: Der Aufstand gegen den Westen oder der merkwürdige Tod des Globalisierungsprojektes (In_ Giovanni Arrighi:* ***Adam Smith in Beijing, *Die Genealogie des 21. Jahrhunderts Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke)*





Arrighi in Sand im Getriebe:

SiG 32: Niedergang der USA und Neue Weltordnung, im Gespräch mit dem amerikanischen Soziologen Giovanni Arrighi, http://www.staytuned.at/sig/0032/32932.html (**zu den USA: s. auch Artikel in SiG 13, 16, 35, 38, 39, 46, 55, 66, 92**)
SiG 54: Interview von Peter Strotmann mit **Giovanni Arrighi**: Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt? **Der lange Zeithorizont und die Perspektiven der Globalisierung** (2006), http://sandimgetriebe.attac.at/4892.html
SiG 68: Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs, http://sandimgetriebe.attac.at/6731.html
SiG 76: Peter Strotmann: **Imperiale Zyklen des Weltkapitalismus** (Über Arrighi), http://sandimgetriebe.attac.at/8259.html
SiG 88: **Das Ende des langen 20. Jahrhunderts,** von Beverly J. Silver und Giovanni Arrighi, http://sandimgetriebe.attac.at/9317.html

Beiträge über die USA auch in SiG 13, 16, 35, 38, 39, 46, 55, 66, 92

Walden Bello, 2003
Globalisierung in der Sackgasse

Globalisierung ist die beschleunigte Integration von Kapital, Produktion und Märkten weltweit, ein Prozess, der von der Logik der Unternehmensgewinne angetrieben wird.

Die Globalisierung ist bisher in **zwei Phasen** verlaufen:
Die erste dauerte von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914; die zweite von Anfang der achtziger Jahre bis heute. Die Zeit dazwischen war gekennzeichnet von der Dominanz nationaler kapitalistischer Wirtschaftssysteme, die sich durch ein deutliches Maß an staatlicher Intervention auszeichneten, und einer internationalen Wirtschaft mit starken Beschränkungen für Handels- und Kapitalströme. (...)
Wie in der ersten Phase der Globalisierung war auch **die zweite Phase** gekennzeichnet durch die zunehmende Vorherrschaft der **Ideologie des Neoliberalismus**, die sich darauf fokussierte, über eine beschleunigte Privatisierung, Deregulierung und Handelsliberalisierung "den Markt zu befreien". Es gab, grob gesagt, zwei Versionen der neolibe-alen Ideologie - eine "harte" Thatcher-Reagan-Version und eine "weiche" Blair-Soros-Version (Globalisierung mit "Sicherheitsnetz"). Aber beide Ansätze beruhten auf dem Entfesseln der Kräfte des Marktes und dem Aufheben oder Aushöhlen von Beschränkungen, die Arbeitsmarkt, Staat und Gesellschaft transnationalen Firmen auferlegt hatten.

Drei Momente der Globalisierungskrise

Es gab drei wichtige Momente in der immer größer werdenden Krise des Globalisierungsprojekts.

Der erste Moment war die **Finanzkrise in Asien 1997**. Dieses Ereignis, das die stolzen "Tiger" Ostasiens zu Boden streckte, zeigte, dass einer der Schlüsselgrundsätze der Globalisierung - die **Liberalisierung** des Kapitalkontos zur Förderung des freieren Flusses von Kapital, insbesondere von Finanz- oder Spekulationskapital - äußerst **destabilisierend** sein konnte. (…) Wie zutiefst destabilisierend eine Kapitalmarktliberalisierung sein konnte, zeigte sich, als innerhalb nur weniger Wochen eine Million Menschen in Thailand und 21 Millionen in Indonesien unter die Armutsgrenze rutschten.

Die Asienkrise war das "Stalingrad" des **IWF**, des maßgeblichen globalen Sachwalters der liberalisierten Kapitalströme. Seine Erfolgsbilanz bei dem ehrgeizigen Unternehmen, einige 100 Entwicklungs- und Übergangs-wirtschaftssysteme einer "Strukturanpassung" zu unterwerfen, wurde noch einmal hervorgeholt, und diverse Tatsachen, auf die Organisationen wie das UN-Entwicklungsprogramm und die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) bereits Ende der achtziger Jahre hingewiesen hatten, erhielten nun den Status von Realitäten. Strukturanpassungsprogramme, die dazu dienen sollten, die Deregulierung, Handelsliberalisierung und Privatisierung zu beschleunigen, hatten fast überall die Stagnation institutionalisiert, die Armut verstärkt und die Ungleichheit erhöht.

Ein Paradigma ist wirklich in einer Krise, wenn seine besten Befürworter sich von ihm abwenden(...): **Schlüsselintellektuelle wanderten ab** - unter ihnen Jeffrey Sachs, der zuvor bekannt war für seine Befürwortung der Schocktherapie des "freien Marktes" in Osteuropa Anfang der neunziger Jahre; Joseph Stiglitz, früherer Chefökonom der Weltbank; Jagdish Bhagwati, Professor an der Columbia-Universität, der globale Kontrollen der Kapitalflüsse forderte; und der **Finanzier** George Soros, der den Mangel an Kontrollen in dem globalen Finanzsystem verurteilte, dem er seinen Reichtum zu verdanken hatte.

Der zweite Moment der Krise des Globalisierungsprojekts war der **Abbruch der dritten WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999.** Seattle war die fatale **Schnittstelle dreier Unzufriedenheits- und Konfliktströmungen**, die sich bereits über einen längeren Zeitraum aufgebaut hatten:
Die **Entwicklungsländer** ärgerten sich über die Ungleichheiten der Vereinbarungen der Uruguay-Runde, die sie sich 1995 genötigt fühlten zu unterschreiben.
Es entwickelte sich weltweit aus einer Unzahl von Bereichen der globalen Zivilgesellschaft, wie Bauern, Fischer, Gewerkschaftler und Umweltschützer, eine **massive Opposition aus der Bevölkerung.** Da sie in vielen ihrer Abkommen eine Bedrohung für das Wohlergehen jedes einzelnen Sektors darstellte, schaffte es die WTO, die globale Zivilgesellschaft gegen sich zu vereinen.
Es gab **ungelöste Handelskonflikte zwischen der EU und den USA**, insbesondere im Agrarbereich, die in der Vereinbarung der Uruguay-Runde einfach übertüncht worden waren.

Diese drei brisanten Elemente zusammen verursachten die Explosion in Seattle, die Entwicklungsländer rebellierten im Convention Center von Seattle gegen das Diktat des Nordens, 50.000 Aktivisten veranstalteten Massendemonstrationen in den Straßen, und ihre eigenen Differenzen hinderten EU und USA daran, im Einvernehmen zu handeln, um die Konferenz zu retten. In einem Moment der Klarheit direkt nach dem Debakel von Seattle erfasste der britische Minister Stephen Byers den Kern der Krise: "*Die **WTO** wird nicht in ihrer gegenwärtigen Form weitermachen können. Es sind grundlegende und radikale Änderungen nötig, damit sie die Bedürfnisse und Hoffnungen aller 134 Mitglieder erfüllen kann.*"

Der dritte Moment der Krise war der **Absturz des Aktienmarktes und das Ende des Clinton-Booms**. Das war nicht nur das Platzen der Spekulationsblase, sondern eine rüde Neuauflage der klassischen kapitalistischen Krise der Überproduktion, die sich vor allem in massiven Überkapazitäten ausdrückte. Vor dem Crash waren die Unternehmensgewinne in den USA seit 1997 nicht gestiegen. Dies hatte mit Überkapazitäten im industriellen Sektor zu tun, das eklatanteste Beispiel war der angeschlagene Telekommunikationssektor, wo nur 2,5 Prozent der weltweit installierten Kapazitäten genutzt wurden. Die Stagnation der realen Wirtschaft führte dazu, dass Kapital in den Finanzsektor verlagert wurde, was zu dem schwindelerregenden Anstieg der Aktienwerte führte. Aber da die Rendite im Finanzsektor nicht zu weit von der Ertragskraft der realen Wirtschaft abweichen kann, war ein Absturz der Aktienwerte unvermeidlich, und der geschah im März 2001 und führte zu der anhaltenden Stagnation und dem Beginn der Deflation.(...)

Umweltkrise und kapitalistische Legitimität

(…) Die Umweltkrise hat sich als ein zentraler Faktor herausgestellt, der dem Globalisierungsprojekt, eigentlich sogar dem Kapitalismus, als einer Form der wirtschaftlichen Organisation, die Legitimität entzieht.

Sowohl vor als auch nach dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hatte man das Gefühl, dass die Umweltsituation weltweit zwar immer schlimmer wurde, das Bewusstsein dieser Tatsache jedoch zur Einrichtung der nötigen globalen institutionellen und juristischen Mechanismen führte, um das Problem

anzugehen. Als der Rio-Gipfel **die Agenda 21** beschloss, ein globales Programm zur Verbesserung des Umweltschutzes, das seine Entsprechung in nationalen Programmen haben würde, schien dies ein großer Schritt nach vorn zu sein im Hinblick auf eine globale Zusammenarbeit.
Die späten achtziger und frühen neunziger Jahre waren außerdem eine Zeit, in der eine Reihe **multilateraler Umweltabkommen** unterzeichnet wurden, die einen wichtigen Schritt darzustellen schienen für eine Umkehrung der globalen Umweltkrise, wie das Montreal-Protokoll, das zum Schutz der Ozonschicht Kontrollen für die FCKW-Produktion einführte, und das CITES-Abkommen (das Washingtoner Artenschutzabkommen), das dem Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten strenge Kontrollen auferlegte. Und mit Bill Clinton und Al Gore schien man ab 1992 auch eine umweltpolitisch korrekte Regierung zu haben.

Diverse Entwicklungen brachten diesen Prozess zu einem Stillstand.
1. Zunächst die Einrichtung der **WTO**. Wie Ralph Nader sagte - für die WTO gingen die Geschäfte der Unternehmer "über alles" (auf Deutsch! d.Ü.), d.h. über praktisch alle Dimensionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens außer der nationalen Sicherheit. Mit anderen Worten - Gesetze, die natürliche Ressourcen und die Umwelt schützten, mussten geändert werden, wenn man der Meinung war, sie legten Normen fest, die unfair gegenüber ausländischen Handelsinteressen waren. In einer Reihe spektakulärer Fälle - der Thunfisch-Delfin-Fall zwischen den USA und Mexiko, der Shrimp-Schildkröten-Streit, in dem sich die USA und die asiatischen Länder gegenüberstanden - schien es, als würden nationale Umweltgesetze dem Freihandel untergeordnet. Die Entwicklung schien den Umweltschutz in den einzelnen Ländern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterzudrücken, anstatt ihn auf einen möglichst hohen Standard zu bringen.
2. Zweitens schreckte die aggressive Vorgehensweise von Seiten der Unternehmen beim **Einsatz modernster Lebensmittel- und Biotechnologie** Umweltschützer und Bürgerschaften weltweit auf. Das EU-Verbot für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA - als Reaktion auf die Forderungen der Bevölkerung in Europa - bestand weiter, obwohl die WTO es als illegal betrachtete. Ebenso führten **gentechnische** Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und der gleichzeitige Widerstand gegen die Verwendung von Umweltzeichen durch US-Firmen wie Monsanto zu einem Verbraucher-Backlash in Europa und anderen Teilen der Welt, wobei das Vorsorgeprinzip als eine mächtige Waffe gegen das "Sound-Science"-Kriterium der US-Unternehmen eingesetzt wurde (Entscheidung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auf der Basis gesundheits- oder nährwertrelevanter Daten). Außerdem führte der aggres-sive Versuch US-amerikanischer Biotech-Firmen, Patente auf Lebensformen und Samen auszudehnen, zu starkem **Widerstand** bei Landwirten, Verbrauchern und Umweltschützern gegen das, was sie als "Privatisierung" des seit Urzeiten bestehenden Wechselspiels zwischen der Natur und den Gemeinwesen bezeichneten.
3. Drittens wurde der starke **Widerstand** des **US-amerikanischen Industriesektors** gegen die Anerkennung der Tatsache der **globalen Erwärmung**, zu einem Zeitpunkt, da die Eiskappen an den Polen immer schneller schmolzen, als ein **dreister Versuch** wahrgenommen, Profit über das Interesse der Allgemeinheit zu stellen. Diese Wahrnehmung konnte sich nur verstärken als es den Unternehmen während der Clinton-Regierung gelang, einen gemeinsamen globalen Vorstoß, die globale Erwärmung effektiv anzugehen, zu blockieren - und später definitiv zunichte zu machen, als sich die Bush-Regierung weigerte, das Kyoto-Protokoll gegen den Klimawandel, das sowieso schon schwach genug war, zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Die aggressive **umweltfeindliche Haltung der US-Unternehmen** war einer der Faktoren, die selbst in den USA zu einem großen Misstrauen gegenüber der Industrie führten, wo 72 Prozent der Amerikaner im Jahr 2000 in einer Umfrage der Business Week angaben, die Industrie habe "zu viel Macht über ihr Leben", worauf das führende Wirtschaftsblatt der USA die US-amerikanischen Unternehmer warnte: "Ihr seid selber schuld, wenn ihr diese Warnungen ignoriert."
Gleichzeitig hatten die **Entwicklungsländer** den Eindruck, mit der Forderung, der Ausstoß der Entwicklungsländer an Treibhausgasen müsse praktisch denselben Beschränkungen unterworfen werden wie bei den Industrieländern, bevor Washington das Kyoto-Abkommen unterschreiben würde, benutzten die USA Umweltargumente, um die Entwicklung der Entwicklungsländer zu verlangsamen. Und dieser Verdacht war sicher nicht unbegründet, denn die Leute in der Bush-Administration hatten China im Visier, dessen rasche Entwicklung als eine strategische Gefahr für die USA betrachtet wurde. Der Umweltschutz wurde von den USA eingesetzt in dem Bemühen, sich den geo-ökonomischen, geopolitischen Vorteil zu erhalten.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte sich der globale Konsens, den der Rio-Gipfel darstellte, dann bereits aufgelöst und brach praktisch zusammen unter der massiven **Greenwashing-Kampagne der Industrie**, die durch den Welt-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002 (auch als **Rio+10** bekannt) ausgelöst wurde. Die "nachhal-tige Entwicklung", eine Vision, die wirtschaftliches Wachstum mit ökologischer Stabilität in Einklang bringen sollte, blieb auf der Strecke(...)

Vor einigen Jahren meinten viele, dass ein langsameres Wachstum und niedrigere Verbrauchsraten der Schlüssel zur Stabilisierung der Umwelt, und dies ließ sich durch bewusste politische Entscheidungen, die die Öffentlichkeit unterstützte, erreichen.
Immer mehr weicht diese Analyse der **radikaleren Ansicht, dass die Hauptschuld bei einer ungehemmten kapitalistischen Produktionsform** liegt, die unaufhörlich die Gaben der Natur in Wirtschaftsgüter verwandelt und ständig neue Bedürfnisse schafft. Der Kapitalismus erodiert konstant das In-der Natur-Sein (Kreatur) und In-der-Gesellschaft-Sein (Bürger) von Mann und Frau und formt, während er sie als Arbeiter ihrer Lebensenergie beraubt, gleichzeitig ihr Bewusstsein um eine einzige Rolle herum: die des Verbrauchers. Der Kapitalismus hat viele "Gesetze der Bewegung", aber eines der destruktivsten im Hinblick auf die Umwelt ist Says Gesetz, das besagt, dass das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. **Der Kapitalismus ist eine Nachfrage schaffende Maschine, die die lebendige Natur in tote Wirtschaftsgüter und natürlichen Reichtum in totes Kapital verwandelt.**
Kurz - der Umweltschutz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts seinen radikalen Ansatz wiedererlangt und ist von der Kritik an der Globalisierung übergegangen zu einer Kritik an der Dynamik des gesamten Kapitalismus. **(...)**

Die Wirtschaft und Politik der Überdehnung

Angesichts der engen Verknüpfung mit strategischen Zielen muss jede Diskussion der voraussichtlichen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Bush-Administration sowohl den Zustand der US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft berücksichtigen als auch den größeren strategischen Rahmen. Eine wichtige Basis für ein erfolgreiches imperiales Management ist eine expandierende nationale und globale Wirtschaft - was durch die andauernde Periode der Deflation und Stagnation, die vor uns liegt, verhindert wird, die eher interkapitalistische Rivalitäten schüren dürfte.
Außerdem gehören nicht nur wirtschaftliche und politische Ressourcen dazu, sondern auch politische und ideologische Ressourcen. Denn ohne **Legitimität** - ohne das, was Gramsci "den Konsens" der Dominierten nannte, dass ein Herrschaftssystem gerecht ist - kann ein imperiales Management nicht stabil sein.
(…) Während seines Kampfes gegen den Kommunismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fand Washington eine

politische Formel zur Legitimierung seines globalen Einflussbereiches. Die beiden Elemente dieser Formel waren **Multilateralismus** als ein System globaler Regierung und **freiheitliche Demokratie.**
Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges waren in der Tat Erwartungen einer modernen Version der Pax Romana weitverbreitet. In liberalen Kreisen hoffte man, die USA würden ihren Status als alleinige Supermacht nutzen, um eine multilaterale Ordnung zu untermauern, die ihre Vorherrschaft institutionalisieren, aber auch weltweit einen Augusteischen Frieden garantieren würde. Das war der Pfad der Wirtschaftsglobalisierung und multilateralen Governance. Das war der Pfad, den George W. Bushs Unilateralismus auslöschte.
(…) Es wird extrem schwierig sein, die moralische Vision wiederherzustellen, die nötig wäre, um einen Konsens für eine Vorherrschaft der USA zu schaffen. **Tatsächlich denkt man heutzutage in Washington, das effektivste Mittel, Konsens herzustellen, sei die Androhung von Gewalt.** Darüber hinaus ist das eigentliche Ziel einflussreicher neokonservativer Autoren wie Robert Kagan und Charles Krauthammer offensichtlich, trotz ihres Geredes über die Verbreitung von Demokratie in der arabischen Welt: Die Manipulation der Mechanismen freiheitlicher Demokratie zur Schaffung eines pluralistischen Wettbewerbs, der die arabische Einheit zerstören würde. Den Arabern die Demokratie zu bringen, war weniger ein nachträglicher Einfall als vielmehr ein nicht ganz ernst gemeinter Slogan.

Die Bush-Leute haben kein Interesse daran, eine neue Pax Romana zu schaffen. Was sie wollen, ist eine **Pax Americana**, in der die meisten untergeordnete Bevölkerungen, wie die Araber, in Schach gehalten werden von einem gesunden Respekt für die tödliche amerikanische Macht, während die Loyalität anderer Gruppen, wie der philippinischen Regierung, mit dem Versprechen von Cash erkauft wird. Ohne eine moralische Vision, mit der sich die globale Mehrheit an das imperiale Zentrum binden ließe, kann diese Art imperialen Managements nur eines hervorrufen: **Widerstand**.
Das große Problem des Unilateralismus ist die **Überdehnung**, oder ein Missverhältnis zwischen den Zielen der Vereinigten Staaten und den Ressourcen, die nötig sind, um diese Ziele zu erreichen. **Überdehnung ist relativ. D.h. sie ist weitgehend eine Frage des Widerstandes.** Eine überdehnte Macht kann, selbst bei deutlicher Verstärkung ihrer militärischen Macht, anschließend in einem schlechteren Zustand sein, falls der Widerstand gegenüber seiner Macht in noch höherem Maße steigt. Zu den **Schlüsselindikatoren der Überdehnung der USA** gehören:

- Washingtons fortwährendes Unvermögen, eine neue politische Ordnung im **Irak** herzustellen, die als eine sichere Grundlage für die Kolonialherrschaft dienen würde;
- sein Unvermögen, in **Afghanistan** ein amerikafreundliches Regime außerhalb von Kabul zu konsolidieren;
- die Unfähigkeit eines maßgeblichen Verbündeten, **Israel**, selbst mit der uneingeschränkten Unterstützung Washingtons den Aufstand des palästinensischen Volkes zu unterdrücken;
- das Entflammen arabischer und muslimischer Gefühle im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien und Südostasien, was zu massiven **ideologischen Zugewinnen für islamische Fundamentalisten** führt - genau das, was Osama bin Laden von Anfang an wollte;
- der Zusammenbruch der atlantischen Allianz des Kalten Kriegs und die Entstehung einer neuen, mit gleicher Kraft entgegenwirkenden Allianz, in deren Zentrum **Deutschland und Frankreich** stehen;
- das Schmieden einer starken Bewegung der globalen Zivilgesellschaft gegen den Unilateralismus, Militarismus und die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA, die gegenwärtig maßgeblich in der globalen **Antikriegsbewegung** ihren Ausdruck findet;
- die Regierungsübernahme anti-neoliberaler, anti-US-amerikanischer Bewegungen vor Washingtons eigener Haustür - **Brasilien, Venezuela und Ecuador,** während die Bush-Administration mit dem Nahen Osten beschäftigt ist;
- immer negativere Auswirkungen des **Militarismus** auf die US-Wirtschaft, je mehr die Militärausgaben neue **Staatsschulden** nötig machen und je mehr die Schuldenaufnahme von der Finanzierung durch ausländische Quellen abhängt, was weitere Belastungen bedeutet innerhalb einer Wirtschaft, die bereits heftig mit der Stagnation zu kämpfen hat.

(…) Wir befinden uns jetzt - um es kurz zu machen - in einem **historischen Strudel**, der gekennzeichnet ist durch eine dauerhafte Wirtschaftskrise, die Ausbreitung globalen Widerstands, das Wiedererstarken des Machtgleichgewichts zwischen zentralen Staaten und das Wiederauftauchen akuter inter-imperialistischer Widersprüche. Wir sollten einen gesunden Respekt vor der Macht der USA haben, aber wir dürfen sie auch nicht überschätzen. Es sieht so aus, als wären die USA massiv überdehnt und als wäre das, was wie der Ausdruck von Stärke aussieht, tatsächlich strategische Schwäche.

*(Verfasst für die **McPlanet-Konferenz** in Berlin am 27. Juni 2003. Die Originalversion dieses Texts erscheint in der Herbstausgabe des „New Labor Forum".)*
Übersetzung: Karin Ayshe, ehrenamtliche Übersetzerin, coorditrad@attac.org
Focus on the Global South.
www.focusweb.org
Vollständiger Text in SiG 25

Walden Bello, 2009

Die Vorzüge der Deglobalisierung

Der gegenwärtige weltweite Abschwung – der stärkste seit der Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren – hat den letzten Nagel in den Sarg der Globalisierung getrieben. In den vergangenen beiden Jahren hat sich die Globalisierung endgültig diskreditiert, nachdem sie sich schon lange in der Defensive befand wegen der immer deutlicheren Anzeichen von wachsender weltweiter Armut und Ungleichheit. Als der viel begrüßte Prozess der Interdependenz von Finanzen und Handel sich umkehrte, wurde er zum Treibriemen nicht etwa von Wohlstand, sondern von ökonomischer Krise und Zusammenbruch.

Ende einer Ära

In ihren Reaktionen auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise legten die Regierungen ein Lippenbekenntnis zur globalen Koordinierung ab, beeilten sich aber, getrennte Programme zur Stimulierung der nationalen Märkte aufzulegen. Damit verabschiedeten sich die Regierungen stillschweigend vom exportorientierten Wachstum, das lange der Motor vieler Wirtschaften gewesen war und dem die Patentrezepte zur Förderung der Handelsliberalisierung galten, die, durch Komplettierung der Doha-Runde der Handelsbeziehungen unter der Regie der WTO, ein Gegenmittel zum globalen Abschwung sein sollten. Inzwischen bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass es keine Rückkehr zu einer Welt geben wird, die im Kern von ausgabefreudigen amerikanischen Konsumenten abhängt, da viele von diesen bankrott sind und niemand ihre Stelle eingenommen hat.

Gleichgültig ob diese Maßnahmen nun international vereinbart oder einseitig durch nationale Regierungen getroffen worden sind, wird dem Finanzkapital, dessen ungehinderte Mobilität der Hauptfaktor der

gegenwärtigen Krise war, ganz sicher ein umfangreiches Bündel von Beschränkungen auferlegt werden.

Der intellektuelle Diskurs hat jedoch noch nicht viele Anzeichen für einen solchen Bruch mit der orthodoxen Lehre aufzuweisen. Mit seiner Betonung von Freihandel, dem Primat von Privatkapital und einer stark reduzierten Rolle des Staates bleibt der Neoliberalismus weiterhin das herrschende rückständige Denkmodell bei politischen Entscheidungsträgern. Ins System integrierte Kritiker des Marktfundamentalismus wie Joseph Stiglitz oder Paul Krugman haben sich in endlose Debatten darüber verwickeln lassen, wie umfangreich Förderprogramme zu sein hätten, ob der Staat sich weitere Interventionen vorbehalten sollte oder ob die Gesellschaften und Banken nach ihrer Stabilisierung wieder dem privaten Sektor überlassen werden sollten. Während sie deren sozialen Kosten beklagen, glauben solche Kritiker wie Stiglitz weiter an das, was sie für den wirtschaftlichen Nutzen der Globalisierung halten.

Die Trends sind aber im Begriffe, sowohl die Apologeten als auch die Kritiker der neoliberalen Globalisierung zu überholen, wobei bis vor wenigen Jahren noch als unmöglich erachtete Entwicklungen mit voller Kraft Fahrt aufnehmen. „ *Die Integration der Weltwirtschaft ist an beinahe allen Fronten auf dem Rückzug*, “ schreibt „The Economist“. Während das Magazin einerseits sagt, dass die Gesellschaften weiterhin an die Effizienz globaler Versorgungsketten glauben, so „*sind diese Ketten immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Ein gefährlicher Punkt wird erreicht sein, wenn die Firmen feststellen, dass diese Art der Organisation von Produktionsprozessen der Vergangenheit angehört*.“

„Deglobalisierung“ – so der Begriff, den „The Economist“ mir zuschreibt – ist eine Entwicklung, die das Magazin - diese erstrangige Inkarnation der marktliberalen Ideologie - mit negativem Vorzeichen versieht. Ich glaube jedoch, dass die Deglobalisierung eine Chance bedeutet.

Tatsächlich haben meine Kollegen und ich bei ´Focus on the Global South´ Deglobalisierung bereits vor beinahe einem Jahrzehnt als umfassendes Paradigma zur Ablösung der neoliberalen Globalisierung thematisiert, als nämlich die von letzterer ausgelösten Spannungen und Widersprüche in schmerzhafter Weise offenkundig wurden. Ursprünglich vor allem als Alternative für Entwicklungsländer ausgearbeitet, ist das Paradigma der Deglobalisierung auch nicht ohne Bedeutung für die zentralen kapitalistischen Ökonomien.

Die 11 Säulen der Alternative

Das Paradigma der Deglobalisierung umfasst 11 Kernpunkte:

1. Statt der Produktion für den Export muss die Produktion für den **Binnenmarkt** wieder das Gravitationszentrum der Wirtschaft werden.

2. Das **Subsidiaritätsprinzip** sollte im wirtschaftlichen Leben hochgehalten werden durch Förderung der Warenproduktion auf den Ebenen der Gemeinschaft und des Staates, sofern dies bei vernünftigen Kosten geleistet werden kann, um die Gemeinschaft zu bewahren.

3. Die **Handelspolitik**, d.h., Quoten und Zölle, sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch subventionierte Waren mit Dumpingpreisen zu schützen.

4. Die **Industriepolitik** – einschließlich Subventionen, Zöllen und Handel – sollte verwendet werden, um den Sektor der industriellen Produktion zu revitalisieren und zu stärken.

5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten **Umverteilung** des Einkommens und des Landbesitzes (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen vitalen Binnenmarkt schaffen, der als Anker für die Wirtschaft dient und lokale Finanzressourcen für Investitionen bereitstellt.

6. Verlagerung des Schwergewichts vom Wachstum auf die Verbesserung der **Lebensqualität** und auf die Maximierung von **Gerechtigkeit** wird die Schieflage der Umwelt vermindern.

7. Die Entwicklung und Verbreitung von **umweltfreundlich** kongenialer Technologie in Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.

8. Wirtschaftliche Entscheidungen von strategischer Bedeutung können nicht dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte die Reichweite **demokratischer Entscheidungsfindung** in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wirklich entscheidenden Fragen Gegenstand demokratischer Diskussion und Entscheidung werden, etwa solche Fragen wie: welche Industrien sollen entwickelt, welche sollen zurückgefahren werden; welcher Teil des Staatshaushaltes soll für die Landwirtschaft verwendet werden etc. –

9. Die **Zivilgesellschaft** muss den privaten Sektor und den Staat überwachen; ein Prinzip, das institutionalisiert werden sollte.

10. Die **Eigentumsverhältnisse** sollten in eine „gemischte Wirtschaft“ transformiert werden, die kommunale Kooperativen, private und staatliche Unternehmen umfasst und transnationale Gesellschaften ausschließt.

11. Zentrale globale Institutionen wie Weltwährungsfonds und Weltbank sollten durch **regionale Institutionen** ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Mobilität des Kapitals gegründet sind, sondern auf Prinzipien der Kooperation, welche „*die Logik des Kapitals überschreiten*“, um es in den Worten von Hugo Chavez bei der Beschreibung der Bolivarischen Alternative für Amerika (ALBA) zu sagen.

Vom Kult der Effektivität zu effektiver Wirtschaft

Das Paradigma der Deglobalisierung zielt darauf ab, die Ökonomie der eng gefassten Effizienz zu überwinden, in welcher das Hauptkriterium die Verminderung der Stückkosten ist, ungeachtet der sozialen und ökologischen Destabilisierung durch diesen Prozess.
Es bedeutet ein System der ökonomischen Kalkulation zu überwinden, von dem John Maynard Keynes sagt, „*dass es die ganze Lebensführung ... in das Paradox eines Buchhalteralbtraumes*“ verwandelte.
Eine effiziente Ökonomie stärkt vielmehr die soziale Solidarität, indem sie die Operationen des Marktes den Werten der Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft durch Vergrößerung des Bereiches der demokratischen Entscheidungsfindung unterordnet.

Der Deglobalisierung geht es darum, die „Wiedereinbettung“ der Ökonomie in die Gesellschaft zu erreichen anstatt es dabei zu belassen, dass die Gesellschaft von der Ökonomie getrieben wird – um es in den Worten zu sagen, die der große ungarische Denker Karl Polanyi in seinem Buch *´Die große Transformation´* verwendet.

Das Paradigma der Deglobalisierung stellt auch die These auf, dass ein „Einheitsgrößenmodell“ wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Diversität wie in der Natur erwartet und gefördert werden.

Es gibt gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie, die sich im Kampf gegen und in kritischer Reflexion über das Versagen des zentralisierten Sozialismus und des Kapitalismus herausgebildet haben. Wie jedoch diese Prinzipien, von denen ich die wichtigsten oben skizziert habe, konkret ausformen, wird von den Werten, Rhythmen und den strategischen Entscheidungen einer jeden Gesellschaft abhängen.

Der Stammbaum der Deglobalisierung

Obwohl dies radikal klingen mag, ist Deglobalisierung doch nichts wirklich Neues. Ihr Stammbaum schließt die Schriften des überragenden britischen Ökonomen **Keynes** ein, der auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise freiheraus bemerkte: „ *Wir wollen nicht … auf Gedeih und Verderb abhängig sein von Weltkräften, die ein einheitliches Gleichgewicht nach den Prinzipien des laissez-faire Kapitalismus schaffen oder schaffen wollen.*"
Tatsächlich, so fährt er fort, „*bin ich bei einer ständig wachsenden Palette von industriellen und vielleicht auch landwirtschaftlichen Produkten im Zweifel darüber, ob die ökonomischen Kosten der wirtschaftlichen Unabhängigkeit groß genug sind, um die anderen Vorteile zu überwiegen, die entstehen, wenn Produzent und Konsument schrittweise in den Umkreis der gleichen nationalen, wirtschaftlichen und finanziellen Organisation gebracht werden. Es gibt mehr und mehr Erfahrungen, die belegen, dass die meisten Prozesse moderner Massenproduktion in den meisten Ländern und Klimaten mit nahezu gleicher Effizienz umgesetzt werden können*."
Keynes schloss mit sehr modern klingenden Worten: „ *Ich sympathisiere eher mit denen, die ökonomische Verknüpfungen zwischen den Ländern minimieren wollen als mit denjenigen, die sie maximieren möchten. Gedanken, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – dies sind Dinge, die ihrem Wesen nach international sein sollten. Belassen wir es aber bei ´hausgemachten´ Waren, wann immer dies vernünftig und bequem zu bewerkstelligen ist. Vor allem aber, bleiben wir dabei, dass die Finanzen vorherrschend national zu sein haben*."

Walden Bello ist Mitglied des Parlaments der Philippinen und leitender Analyst des in Bangkok ansässigen Forschungs- und Rechtsinstituts ´Focus on the Global South´. Originaltext unter
http://www.fpif.org/articles/the_virtues_of_deglobalization

Übersetzung: Homir Kutar, Helga Heidrich (coorditrad), SiG (In SiG 77 veröffentlicht)



SiG 26: **Nicola Bullard: Deglobalisierung und Strategien für den Aufbau der Bewegung,**
http://www.staytuned.at/sig/0026/32890.html

Artikel von Walden Bello in SiG (Auswahl): SiG 22: Mehr verloren als gewonnen - Bilanz des **Irak**-Krieges
SiG 49: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin
SiG 58: Globalisierung auf dem Rückzug, **SiG 63:** Die **Umweltbewegung** in den Ländern des globalen Südens
SiG 79 Zehn Jahre nach Seattle: Nur durch Aktionen wird Wahrheit zu Realität

WTO / Weltbank / IWF

WTO:

SiG 78: Attac Österreich: Basiswissen über die WTO; weitere Artikel, http://sandimgetriebe.attac.at/8443.html

SiG 12 (GATS); SiG 25; SiG 26 (nach Cancun),
http://sandimgetriebe.attac.at/2834.html
SiG 43: Ch. Wichterich: Interview von Nicola Bullard und Martin Khor: Die WTO entmachten oder für fairere Regeln im Welthandelsregime kämpfen?, http://sandimgetriebe.attac.at/3135.html
SiG 45: "Die WTO stoppen!": General Council of the People in Genf
SiG 46 „Selbstorganisationsversuche in Zeiten des Imperiums",
http://sandimgetriebe.attac.at/3241.html
SiG 48 , Ergebnisse der WTO-Konferenz in Hong-Kong
http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 53 (auch zum IWF) , http://sandimgetriebe.attac.at/sig53.html
SiG 77: A. Khadse, Via Campesina: Indische Bauern gegen die WTO,
http://sandimgetriebe.attac.at/8355.html

Weltbank und IWF:

SiG 38: Michel Husson: Für eine Reform der internationalen Institutionen, http://sandimgetriebe.attac.at/2969.html
SiG 39: E. Toussaint: 60 Jahre Weltbank und IWF / Jubilee South: Beendet 60 Jahre der Zerstörung: IWF - Weltbank raus!
http://sandimgetriebe.attac.at/2986.html

IWF:

SiG 53, 66, 70, 73, 77, 82, 83, 84, 87, 91
SiG 70: Eric Toussaint: Der Internationale Währungsfonds wird die Krise zur Vergabe umfangreicher Darlehen nutzen wollen,
http://sandimgetriebe.attac.at/6890.html

Weltbank

SiG 43: Paul Cammack: Angriff auf die Armen:
Die Strategie der Weltbank: Schaffung einer Reservearmee,
http://sandimgetriebe.attac.at/3136.html
SiG 66: Harald Schumann: **Weltagrarrat** gegen die Politik der Weltbank, http://sandimgetriebe.attac.at/6565.html
SiG 75: Hélène Baillot, E. de Ruest: Die Weltbank fördert schwere **ökologische** Zerstörungen,
http://sandimgetriebe.attac.at/8159.html



Auf zur nächsten Runde im Freihandel!

Michel Husson, 2012

Der Boomerang-Effekt der Globalisierung

Die vier Umbrüche innerhalb der Weltwirtschaft

Die 2007 ausgebrochene Finanzkrise hat schnell, wenn auch unterschiedlich stark, die gesamte Weltwirtschaft erfasst. Um das Ausmaß dieser Brüche zu verstehen, muss man die letzten vierzig Jahre betrachten.



Die Rezession der Jahre 1974 und 1975 beendete das »Goldene Zeitalter« eines etwa dreißig Jahre währenden, politisch maßvoll regulierten Wohlfahrtskapitalismus. Als Antwort auf diese Rezession wurde in den 1980er Jahren die neue wirtschaftspolitische Strategie des neoliberalen Kapitalismus entwickelt. Dieser wiederum geriet seit 2007 selbst in die Krise. Was wir gegenwärtig erleben, ist gewissermaßen die Krise der **Scheinlösungen** der vergangenen Krisen,

Die **große Wende der 1980er Jahre** führte zu einer Reihe von Veränderungen (S. Schaubilder). Der Charakter der gesamten Entwicklung lässt sich in **vier Dimensionen des Umbruchs** zusammenfassen:

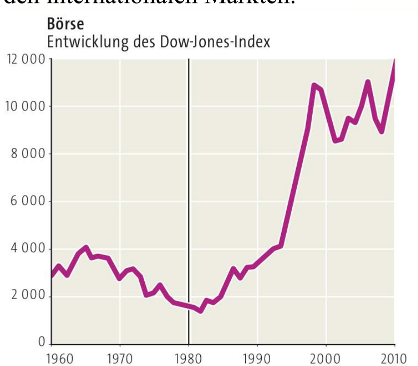
Erster Umbruch: Die Profitrate (ihr Anteil am Nationaleinkommen) steigt tendenziell.

Der Kapitalismus der Wohlstandsjahre zwischen 1945 und 1973 konnte die gewohnte Profitrate nicht auf Dauer sichern: Sie sank seit dem Beginn der Rezession von 1967 in den USA kontinuierlich bis Anfang der 1980er Jahre. Die neoliberale Wende der Wirtschaftspolitik führte zu sinkenden Lohnquoten; dieses - ergänzt um weitere krisenträchtige Maßnahmen,- stellte die Rentabilität der Unternehmen wieder her.

Kapitalrentabilität
in Prozent der Wertschöpfung (vier Länder)

Zweiter Umbruch: Die Finanzialisierung setzt sich durch.

In dieselbe Zeit fällt vor allem die »Finanzialisierung« der wirtschaftlichen Prozesse. Von der steigenden Macht der Finanzmärkte zeugt der spektakuläre Höhenflug der Börsenkurse in der ganzen Welt. Diese waren zuvor eng an die realen Werte der Aktiengesellschaften gekoppelt und daher relativ stabil geblieben. Seit 1985 wachsen die Börsenwerte jedoch sehr viel stärker und mit großen Schwankungen. Damit koppeln sie sich von den Gewinnerwartungen der Unternehmen ab. Gleichzeitig setzt sich, in dieser Dimension neu, der freie Kapitalfluss im internationalen Maßstab durch und entwickelt sich unabhängig vom Warenaustausch auf den internationalen Märkten.

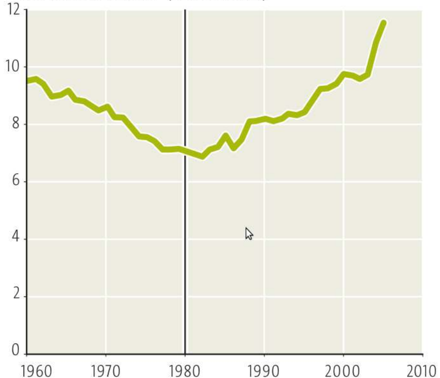


Ab den 90er Jahren wächst der Anteil der Finanzguthaben an der weltweiten Reichtumsproduktion, was die Beschleunigung der finanziellen Globalisierung betont. Mit dieser Finanzialisierung gehen die weiteren Entwicklungen des Wirtschaftsmodells einher:

Das Sinken der **Lohnquote** im BIP führt zum Problem der **Absatzmärkte** für die hergestellten Produkte. Als Lösung animiert man die Haushalte zur Aufnahme von Krediten – besonders in den USA ist so eine Überschuldung zu verzeichnen.

Niedrigere Löhne und Überschuldung einerseits, Auslandsinvestitionen und Betriebsverlagerungen andererseits führen zu **weltweiten Ungleichgewichten**, vor allem ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Die Finanzmärkte sichern weltweit die erforderlichen Finanzierungsflüsse.

Einkommen des reichsten Prozents der Privathaushalte
in Prozent des BIP (acht Länder)



Eine solche globale Konfiguration führt zwangsläufig zu einer Zunahme der **Einkommensungleichheiten**. Während sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bevölkerung der Einkommensanteil der reichsten 1 Prozent verringerte, kehrte sich diese Entwicklung seit Anfang der 1980er Jahre radikal um. Nie seit den 60er Jahren ist die Kluft größer gewesen als jetzt. Eine massive Lohndrückerei und ein riesiges Wachstum der Finanzeinkommen erklären dieses Phänomen.



Dritter Umbruch: Die Arbeitsproduktivität wächst langsamer.

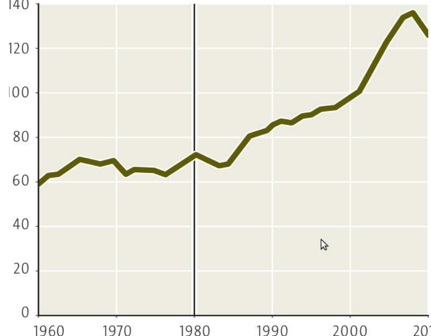
Die Dynamik des Kapitalismus beruht auf seiner Fähigkeit, in einer bestimmten Arbeitszeit immer mehr Güter und Dienstleistungen produzieren zu lassen. Dieser Produktivitätszuwachs ermöglichte es, eine wachsende Kaufkraft der Lohnempfänger mit der Rentabilität des Kapitals zu vereinbaren. Nachdem die Produktivität in den 1950er, 1960er und auch noch 1970er Jahren stark gestiegen war, **erschöpfte sich der Produktivitätszuwachs** und darin liegt die **Hauptursache** der Krise jenes kapitalistischen Wirtschaftsmodells.

Vierter Umbruch: Der Boomerangeffekt der Globalisierung

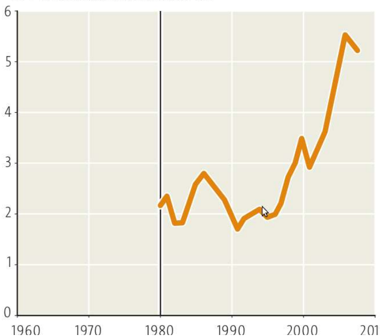
Der Machtzuwachs der Schwellenländer verändert die Welt. Der Anteil allein der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) an der weltweiten Weltwirtschaftsleistung ist von 7,5 Prozent im Jahr 1990 auf 17,7 Prozent im Jahr 2010 gestiegen. 1990 waren die traditionellen Industrieländer zu 70 Prozent am Welthandel mit Fertigprodukten beteiligt, 2010 sind es nur noch 50 Prozent.
Während sich der Produktivitätszuwachs in der kapitalistischen »alten Welt« weiter verlangsamt, steigt er in den Schwellenländern an und macht sie zu den Motoren der Weltwirtschaft.

Bis jetzt konnte man dem neoliberalen Modell eine bestimmte Kohärenz attestieren, da alle diese oben beschriebenen Maßnahmen in sich verschachtelt waren und sich gegenseitig ergänzten. Aber eine solche Kohärenz konnte nur aufrechterhalten werden durch die nicht endende Fortführung dieser Tendenzen: relatives Absenken der Löhne, höhere Verschuldung, Zunahme der Finanzanlagen, usw. . Anders gesagt, das Vorhaben des Kapitalismus, trotz der Abschwächung des Produktivitätszuwachs höhere Profite zu erzielen, konnte nur geschehen durch wachsende Verzerrungen bei den makroökonomischen Gleichgewichten, die zwangsläufig irgendwann an ihre Grenzen stoßen mussten.

Als **schwächstes Glied** in der Kette erwies sich die **Schuldenexplosion** durch Bankkredite, vor allem auf dem Feld der Immobilien (Subprime).
Die Tatsache, dass die Krise im Finanzbereich begonnen hat, ändert jedoch nichts an ihrem systemischen Charakter.



Daher die Schwere dieser Krise, die sozusagen zur Lebensdauer dieses neoliberalen Modells proportional ist – Es ist zu befürchten, dass ebenso viel Zeit benötigt wird, um den Weg zurückzugehen. Klaus Schwab – der Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos „*Wir werden für die Sünden der Vergangenheit zahlen müssen*“ (ohne anzugeben, wer eigentlich dieses „wir“ ist!)

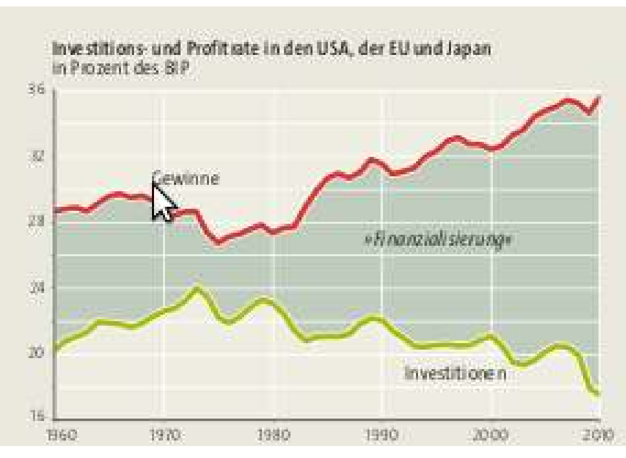


Man muss darüber nachdenken, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um zu einer »entfinanzialisierten«, nach sozialen Maßstäben regulierten Wirtschaft zurückkehren zu können. Es gilt also die wirtschaftlichen und politischen Zwänge zu identifizieren, die seit den 1980er Jahren den Keim zur gegenwärtigen Krise gelegt haben.

Profitlogik gegen die Logik der Bedürfnisse

Lieber gar nicht produzieren als nicht rentabel genug – das ist die Devise des neoliberalen Kapitalismus. Und die Rentabilität wird durch die am Kapitalmarkt zu erzielende Rendite vorgegeben – ist sie nicht ausreichend, dann wandern Investitionen in den Finanz- und nicht in den realen Sektor.

Alles läuft so ab, als müssten die sozialen Bedürfnisse nur dann befriedigt werden, wenn sie mit den Kriterien der »**Hyperrentabilität**« vereinbar sind, die durch die Anforderungen der Finanzmärkte ständig verschärft werden. Das erklärt die relative **Erschlaffung der Investitionen**, die zumindest in der alten kapitalistischen Welt nicht dem Anstieg des Profits gefolgt sind.



Die Reaktion auf diese wachsende Kluft zwischen den Rentabilitätsanforderungen und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse besteht in einer weiteren umfassenden „Kommodifizierung“ mit sich:
die **Privatisierung** ganzer Bereiche der Wirtschaft und das langsamere Wachsen bzw. die **Reduzierung der öffentlichen Ausgaben**.
Beide Maßnahmen gehen in der Regel mit »**Steuerreformen**« und einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme einher. Die Staatsausgaben, die im neoliberalen Modell als »unproduktive Kosten« gelten, sollen reduziert werden, um das Feld der gewinnbringenden Privatinvestitionen zu erweitern. Die sozialen Folgen sind bekannt: Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und wachsende soziale Unsicherheit.

In den **Schwellenländern**, deren Wirtschaft durch das Wirken eines »wilden Kapitalismus« - ähnlich der industriellen Revolution in England - emporschnellte, schließt das machtvolle Wachstum ganze Bevölkerungsschichten aus, und die soziale Ungleichheit wird trotz eines Rückgangs der Armut nicht geringer.

Die Finanzkrise trifft auf die **Welternährungskrise**, die einen bedeutenden Teil der Weltbevölkerung trifft. Solche Probleme haben keineswegs »natürliche« Ursachen, sondern sind nur eine weitere Folge der Finanzialisierung. Die Öffnung für den Weltmarkt, die die Lohndeflation in den Industriestaaten begünstigt, führt im Süden zur Zerstörung großer Bereiche der traditionellen Landwirtschaft. Zahlreiche Länder können sich nicht mehr selbst versorgen, sondern müssen immer mehr importieren. Die Lebensmittel werden zur »allgemeinen« Ware und damit zu Spekulationsobjekten, auch wenn dadurch Millionen Menschen auf der Welt nicht genug zu essen haben. Hungeraufstände sind seitdem die Regel.

Die Unterordnung lebensnotwendiger Bedürfnisse unter die Marktlogik führt zu einer schwelenden Legitimitätskrise des Systems, die sich zur **Demokratiekrise** auswachsen kann. Die Unterwerfung der Regierungen unter die Finanzmärkte, auf deren »gute Laune« sie ständig bedacht sind, anstatt das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen, rauben den demokratischen Systemen ihre Legitimität.
Das zeigt etwa der Austausch von Regierungen unter dem Druck der Geldgeber in Griechenland oder Italien. Die »Expertenregierungen« sehen sich nicht mehr den Wählerinteressen verpflichtet, sondern vollstrecken den Willen des internationalen Kapitals. Der allgemeine **Legitimitätsverlust** verschafft sich in verschiedenen Formen Ausdruck: in der Arabellion, der Bewegung der „Indignados“ (In Griechenland, Spanien, ja sogar in den USA), der globalen Occupy-Bewegung bis hin zu den sozialen Protesten von China bis England.

Abbau der Finanzialisierung und Schaffung eines neuen Gleichgewichts der Weltwirtschaft

Während der neoliberalen Phase fungierte das Tandem China/USA als einer der entscheidenden Wachstumsmotoren. Dieses Arrangement ist jedoch aus zwei Gründen brüchig geworden.
Auf der Seite **Chinas** führen die sozialen und demografischen Spannungen zur **Rückbesinnung auf den Binnenmarkt** (beziehungsweise auf den Markt Asiens). Dadurch wird die Finanzierung des US-amerikanischen Defizits durch die chinesischen Überschüsse infrage gestellt.
Das in den **USA** bisher vorherrschende Modell des Wachstums auf Kredit kann so nicht länger funktionieren. Die Wiederherstellung eines Gleichgewichts ist nur durch eine geringere Wachstumsrate erreichbar.
In **Europa** hat die Staatsschuldenkrise enthüllt, wie wackelig und unvollständig die europäische Konstruktion ist. Der alte Kontinent befindet sich also vor dem Dilemma, entweder auseinanderzubrechen oder sich umfassend neu zu begründen. Trotz unterschiedlicher Bedingungen in den USA und in Europa heißt die entscheidende Frage heute: **Wer soll die Schulden bezahlen,** die der Staat in der Finanzkrise durch seine Rettungsaktionen des Privatsektors in seine Bücher übernommen hat, ohne sie zu annullieren? Das ist weniger eine ökonomische als vor allem eine **politische und soziale Frage.** Da die Regierungen über kein Ersatzmodellverfügen , sind sie versucht, die Gelegenheit zu nutzen, um mit einer **Schocktherapie** die neoliberalen „Reformen“ zu vertiefen und die Sonderziehungsrechte des Finanzkapitals auf den »Reichtum der Nationen« zu bewahren.

Die notwendige Neuausrichtung der Wirtschaft kann keine bloße Rückkehr zur Vergangenheit sein, denn **der radikale Wandel der Welt ist unumkehrbar**. Das wirtschaftliche Gewicht der Schwellenländer wird ebenso weiter wachsen wie – mit Ausnahme Chinas - ihr Anteil an der Weltbevölkerung : Im Jahr 2100 werden die Menschen in den alten Industriestaaten nur noch 13 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, 1960 waren es noch 30 Prozent.

Die Herausforderungen des Klimawandels

Es gibt keine unmittelbaren ökologischen Ursachen, welche die Krise mit ausgelöst hätten. Umgekehrt jedoch hat die Krise Auswirkungen auf den Umgang mit den Herausforderungen des Umweltschutzes. Kurzfristig treibt jeder Aufschwung den Ölpreis in die Höhe und verstärkt das bereits existierende Ungleichgewicht, so dass die ökonomische Krise auch eine Energiekrise wird. Mittelfristig erschwert die sogenannte Antikrisenpolitik mit ihren staatlichen Budgetrestriktionen die Umsetzung von Investitionsprogrammen, die für die Entwicklung erneuerbarer Energien und alternativer Transportmittel oder für die Wärmedämmung von Wohnhäusern notwendig wären.

Langfristig beeinflusst die Klimafrage ohnehin die Möglichkeiten, aber auch den Inhalt und die Qualität des weltweiten Wachstums. Bisher führte jeder »Fortschritt« (konventionell gemessen am weltweiten Pro-Kopf-BIP) zu einer Erhöhung der CO2-Emissionen. Wenn diese Kopplung nicht aufgelöst wird, lässt sich die Fortsetzung des Wachstums nicht mit den Reduktionszielen für diese Emissionen vereinbaren, obwohl gerade eine solche Reduktion der Motor für ein **Wachstum »neuen Typs«** sein könnte.

Dieser kurze Überblick macht deutlich, dass die **Krise** der letzten Jahre **mitnichten konjunkturell** bedingt ist. Deshalb führen auch die heute angebotenen Lösungsrezepte in die Sackgasse. Der Versuch, zu einem Business as usual zurückzukehren, indem man die Wiederinbetriebnahme des neoliberalen Modells gewaltsam durchsetzt, ist zum Scheitern verurteilt, denn die wichtigsten Stellschrauben dieses Modells sind dauerhaft beschädigt.

Auch der Traum von der **Rückkehr zu** einem **»regulierten Kapitalismus«** nach Art des »goldenen kapitalistischen Zeitalters« kann nur als **Illusion** bezeichnet werden.
Um die Funktionsstörungen zu beseitigen, die zur Krise geführt haben, wäre eine Ökonomie vonnöten, die eine verminderte Kapitalrentabilität mit einer gerechteren Verteilung des Reichtums verbindet. Es stellt sich aber die Frage, ob solche Ziele mit dem Kapitalismus kompatibel sind.

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von Le Monde Diplomatique/TAZ
http://www.monde-diplomatique.de/pm/.atlas_der_globalisierung

Anmerkung der SiG-Redaktion:
Wir haben - mit Zustimmung des Autors - das französische Original zur Grundlage der SiG-Veröffentlichung genommen (Mondes émergents, Atlas du Monde diplomatique 2012, Seite 10-15, s. http://hussonet.free.fr/textes.htm) und die deutsche Übersetzung dementsprechend modifiziert.

in SiG 99 veröffentlicht

Web-Seite von Michel Husson: http://hussonet.free.fr/
Artikel von Michel Husson in Sand im Getriebe:

SiG 24: Holen wir die Wettbewerbsfähigkeit von ihrem Sockel , http://www.staytuned.at/sig/0024/32889.html
SiG 38: Für eine Reform der internationalen Institutionen, http://sandimgetriebe.attac.at/2969.html
SiG 61: Sarkozys Luftschlösser, http://sandimgetriebe.attac.at/6067.html
SiG 70: Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen, http://sandimgetriebe.attac.at/6901.html
SiG 83: Altersrenten müssen über Dividende finanziert werden, http://sandimgetriebe.attac.at/8867.html
SiG 87: Entwurf einer Euro-Strategie, http://sandimgetriebe.attac.at/9248.html
SiG 93: Eine kooperative Lösung für Europa, http://sandimgetriebe.attac.at/9843.html

R2P: Freibrief für künftige imperiale Kriege?

*In der UNO wird sehr kontrovers über einen neuen Begriff diskutiert: „**Responsibility to Protekt**“ (R2P). Die einen wollen damit das Volkerrecht weiter entwickeln. So hat die FDP-Bundestagsfraktion neulich das Konzept auf einem Workshop vehement unterstützt. Andere sehen darin einen Blankoscheck zur Rechtfertigung für alle möglichen Einmischungen des Westens in die inneren Angelegenheiten schwacher Länder. Vor der UNO-Vollversammlung fand im Juli eine Debatte über dieses Thema statt. Vor diesem Forum beleuchtet der schon häufig im Zusammenhang mit dem Literatur-Nobelpreises genannte kenianische Schriftsteller **Ngugi Wa Thiongo** das Thema aus afrikansicher Perspektive. **Noam Chomsky**, ein prominenter Analytiker der US-amerikanischen Linken, beleuchtete vor demselben Forum die Geschichte imperialer Interventionen und ihre jeweiligen ideologischen Rechtfertigungen.*

Ngugi wa Thiong'o, 2009

Ungleiche Entwicklung ist die Wurzel vieler Verbrechen

Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Themendialog über dieSchutzverantwortung (Responsibility to protect. R2P), New York, 23 Juli 2009

Der Ausdruck „Schutzverantwortung“ erinnert mich schmerzlich an den fehlenden Schutz für vielen Menschen, die gestorben sind während der ethnischen Säuberungen in **Kenia** in diesem Jahr. Die Vorfälle von ethnischen Säuberungen sind als einer Folge der umstrittenen Präsidentenwahlen aufgetreten. Der Charakter einer grauenhaften Szenen wurde eingefangen in der Geschichte eines fliehenden Kindes, das vor den Flammen einer in Brand gesetzten Kirche floh, wo es mit seinen Eltern Schutz gesucht hatte, das dann eingefangen und wieder in die Flammen zurückgeworfen wurde. Selbst in Kriegszeiten hat es in vorkoloniale Zeiten unter Nachbargemeinden immer Regeln gegeben, die Frauen und Kinder schützten. Die Fragen der Überlebenden zeigten Erschütterung und Unverständnis: Sie waren unsere Nachbarn, unsere Kinder spielten zusammen, wie konnten sie uns das nur antun? Die Voraussetzungen für Vergeltungsakte ethnischen Säuberungen waren geschaffen, wobei die neue Welle von Opfern nur durch ihre Ethnizität mit den ursprünglichen Tätern verbunden war. Einfache arbeitende Menschen, oft in ihre Armut verbunden, wurden gegenseitig **aufgewiegelt** durch eine Mittelklasse der politischen Elite, die das Grauen aus den sicheren Horten ihre Paläste und Cocktailrunden in den Städten fernsteuerten. Ich fühlte mich gelähmt durch eine Hilflosigkeit, die für diejenigen, die im Lande waren, tausendmal größer gewesen sein muss, insbesondere wenn der Staat zeitweilig nicht in der Lage schien, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Weit weg in Kalifornien konnte ich mir, in einer Antwort auf eine Anfrage der BBC, nur an die Vereinten Nationen als einziger Organisation vorstellen, die in der Lage wäre zu intervenieren, zu untersuchen und hoffentlich die Verantwortlichen für diese Aufwiegelung der Armen gegen die Armen zur Rechenschaft zu ziehen. Wie es sich herausstellte war es dann auch den Bemühungen von Kofi Annan als Abgesandter der UN zu verdanken, dass die Flammen gelöscht und ein ungewisser Frieden hergestellt wurde, der dem Blutvergießen beendete.



Auch damals wusste ich, dass das, was in meinem geliebten Kenia geschah, sich bereits in Rwanda, Bosnien und Irak abgespielt hatte. Das erinnerte mich an Shakespeare, wo die Meuchelmörder in „Julius Cäsar“, nachdem sie im Blut ihres Opfers gebadet hatten, fragen, wie oft sich diese Taten in noch ungeborenen Nationen und Staaten wiederholen würden.
Ja, wie oft noch! Ich persönlich begrüße den sehr eindrucksvollen Bericht des Generalsekretärs über die Einführung der Schutzverantwortung, abgeleitet aus der durchdachten **Deklaration des Weltgipfels von 2005**. Es wäre eine exzellente Grundlage zur Beantwortung von Shakespeares Frage, denn selbst ein einziges mal wieder, wo auch immer auf der Erde, ist einmal zu viel. Wir müssen die Menschheit von den Geißeln des Genozids, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen, sowie Verbrechen gegen die Essenz der Menschlichkeit befreien. Das Ideal ruft zur Implementation auf.

Aber der Teufel steckt im Detail der Umsetzung entsprechend der Definition, in der Geschichte und in der gegenwärtigen globalen Situation.
Begriffe wie „**die internationale Gemeinschaft**“ sind oft genug zu eng gefasst worden, was den Anschein erweckt, dass der Westen der Torwächter sei und zu bestimmen habe, wer in diese Gemeinschaft eingelassen wird und wer geächtet werden soll. Die Betonung auf die Vereinten Nationen ist richtig, aber es muss bemerkt werden, dass **die Deckung durch die Vereinten Nationen** und insbesondere der Segen des Sicherheitsrats manchmal benutzt worden ist, um Invasionen zu legitimieren und Regime auszuwechseln, die dem Westen nicht passten. In Afrika wurde Patrice Lumumba im Kongo getötet, während die Streitkräfte der Vereinten Nationen, die er eingeladen hatte, wegschauten. Europa ist unverhältnismäßig im Sicherheitsrat vertreten; und **dieser ganze Kontinent, Afrika, hat kein Vetorecht.**

Ein gewisses Maß an Bescheidenheit wird von allen Nationen, großen und kleinen, verlangt und die Haltung „Ich bin heiliger als Du“ ist nicht akzeptabel, da die Geschichte der Moderne uns eine viel komplexere Geschichte erzählt. **Die schlimmsten Fälle von Genozid und mutwilligen Massakern an anderen Völkern sind von Europa ausgegangen**. Was das Verhältnis zu anderen Völkern betrifft, war der Hitlerismus keine Ausnahme in der europäischen Geschichte. Jede **Kolonialmacht** ist in der Vergangenheit an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen. Sklavenhandel und Plantagen-Sklaverei sind offensichtliche Beispiele.
Afrika, Amerika und Australien können Geschichten erzählen von eingeborenen Bevölkerungsgruppen, die durch Europa vernichtet oder vertrieben wurden. Der

Historiker David Stannard hat von einem American holocaust im Zusammenhang mit dem Schicksal von indigenen Bevölkerungen geschrieben. In meinem eigenen Land, Kenia, haben die Briten in ihren Krieg gegen die Mau Mau Widerstandsbewegung Tausende in Konzentrationslagern und -dörfer eingewiesen; und es muss festgehalten werden, dass unter der britischen Kolonialherrschaft die Kenianer politische Organisationen nur auf ethnischen Grundlagen bilden durften, ausgenommen die letzten drei Jahren vor der Unabhängigkeit. Es geht nicht darum, auf der Vergangenheit zu beharren. Aber die Vergangenheit hat Lektionen für uns alle.
Das Dokument ruft – zu recht – zu zeitnahen und entschiedenen Antworten auf. Das Gespenst von Rwanda wird lange in unserem Gedächtnis herum spuken. Ganz offensichtlich müssen in die Zukunft gerichtete **vorbeugende Maßnahmen** ein integraler Bestandteil der Implementation sein, damit sich dadurch Interventionen erübrigen. Im Anhang spricht das Dokument wieder von frühzeitigen Warnungen und Beurteilungen. **Eines dieser frühzeitigen Warnungen liegt bereits vor unseren Augen: Es ist das ökonomische Umfeld, das wir heute haben.**

Zwei große Trennungen

Es gibt zwei große Trennungen oder Bruchlinien in der heutigen Welt.
Das eine ist die **Trennung zwischen einer Minderheit von sehr wohlhabenden Nationen und einer Mehrheit von sehr armen Nationen**. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen wird täglich größer und tiefer. Die Ironie ist, dass diese Minderheit der Nationen neunzig Prozent der Ressourcen der ärmeren Nationen verbraucht. Die armen Nationen geben schlussendlich den reichen eine Unterstützung.
Dieses Muster wird oft auch innerhalb von Nationen wiederholt, wo einige Regionen wohlhabender als andere sind innerhalb desselben Territoriums. Öl könnte in einem Teil eines Landes entdeckt werden, aber die Segnungen könnten an den Bewohner der Region, wo das Öl gefunden wurde, vorbei fließen. Dieselbe Geschichte findet auf der globalen Ebene statt, wo die Ressourcen von armen Ländern anderswo ihren Nutzen entfalten. Dies ist die vertikale Trennung zwischen Nationen und zwischen Regionen innerhalb einer Nation.

Aber in allen Nationen (und selbst Regionen) gibt es eine andere **Trennung zwischen einer sozialen Minderheit der Wohlhabenden und der Mehrheit der Habenichtse.** Die Bettler und die Wohnungslosen vermehren sich in den großen Städten der Welt. Die dritte Zahl, die der **Gefangenen**, die wahrscheinlich am schnellsten wachsende demografische Kennzahl in allen Nationen, wird oft versteckt. Manche Nationen haben mehr als eine Million Menschen in Gefängnissen, mehr als die gesamte Bevölkerung mancher Staaten der Vereinten Nationen. Und es gibt da viele Nationen innerhalb von vielen Nationen, die wir nicht sehen.

Diese zwei Trennungen von Wohlstand und Macht – zwischen Nationen sowie Regionen – sind **die strukturelle Basis der Instabilität in der heutigen Welt,** und vieler der Verbrechen, über die wir heute reden.
Wenn wir nach langfristigen Lösungen suchen, die Interventionen unnötig machen würden, so scheint mir, sollten wir auch jene Auffassung von **Entwicklung** in Frage stellen, die auf die mittleren und höheren Klassen fokussiert ist. Die Mittelklasse macht nicht eine Nation aus. Sie besteht aus Menschen, arbeitenden Menschen. Es erscheint mir, dass das, was Obama eine Entwicklung von unten nennt, das Ziel aller Nationen sein sollte. Entwicklung sollte nicht aus der Perspektive jener gemessen werden, die auf dem Gipfel des Berges stehen, sondern von jenen, die unten sind. Nur dadurch, dass wir die zwei großen Teilungen zwischen Nationen/Regionen und innerhalb Nationen/Regionen überwinden, können wir anfangen, die strukturelle Basis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit anpacken.
Die von Menschenhand erzeugte Armut ist auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb denke ich, dass die globale Gemeinschaft, mit Hilfe einer gestärkten und demokratischen UNO und ihrer Organe, die strukturell ungleiche Entwicklung als integralen Teil der Durchsetzung der Schutzvereinbarung ansehen sollte.

Übersetzung: Homi Kutar und Helga Heidrich (Coorditrad), SiG-Redaktion
Quelle:
un.org/ga/president/63/interactive/protect/ngugi.pdf
http://mrzine.monthlyreview.org/ngugi040809.html

Ngugi wa Thiong'o, geboren 1938, aus einer bäuerlichen Familie in Kenia, ist zur Zeit Distinguished Professor of English and Comparative Literature and Director of the International Center for Writing and Translation at the University of California, Irvine.

Das Kenia seiner Geburt und Jugend war eine Britische Siedlerkolonie (1895-1963).
Als Heranwachsender durchlebte er den Mau Mau Unabhängigkeitskrieg (1952-1962), die zentrale geschichtliche Episode in der Formung des modernen Kenia und ein wichtiges Thema seiner frühen Werke.
Sein Roman, Weep Not, Child, wurde 1964 publiziert und machte ihn weltweit bekannt. Es folgten The River Between (1965), A Grain of Wheat (1967), und Petals of Blood (1977). Devil on the Cross (1980) schrieb er während seiner Gefangenschaft auf Toilettenpapier. Es wurde sein erster Roman auf Gikuyu. Die folgenden zwei Romane, Matigari (1986) und Wizard of the Crow (2006) wurden ebenfalls zuerst auf Gikuyu geschrieben.

Erschienen in SiG 76

Weitere Artikel zu „Responsability to protect“
Walden Bello**: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin **(SiG 49),** **http://sandimgetriebe.attac.at/2665.html

***Noam Chomsky**: Ein rappelndes Gespenst im Kleiderschrank , Erklärung vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juli 2009 ,Themendialog zu 'Responsibility to Protect' ('Verantwortung zum Schutz', R2P) **(SiG 76)** http://sandimgetriebe.attac.at/8274.html*

Einige SiG-Veröffentlichungen zu Globalisierung und Krieg:

SiG 17 - E. Altvater, M. Chossudovsky, A.Roy, C.Serfati: Globalisierung und Krieg, (nur als pdf-Datei: http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG27: gegen Besatzung! Solidarität mit den Friedensbewegungen! ,
http://sandimgetriebe.attac.at/2835.html
SiG 32: Krieg und Imperialismus,
http://sandimgetriebe.attac.at/2840.html
SiG 42: Maria Mies: Globalisierung und Krieg gehören zusammen. Rede bei der Kundgebung gegen US-Präsident George W. Bush am 23.02.2005 in Mainz,
http://sandimgetriebe.attac.at/3128.html
SiG 52: Palästina, Libanon, Irak, Afghanistan: Besatzungen, Zerstörungen und Massaker,
http://sandimgetriebe.attac.at/sig52.html
SiG 73: Mehrere Artikel über die **NATO**
http://sandimgetriebe.attac.at/7208.html
SiG 87: So nicht! - Aufrüstung Global,
http://sandimgetriebe.attac.at/8943.html
SiG 92: Chomsky: Die USA im freien Fall,
http://sandimgetriebe.attac.at/9728.html
Atomwaffenfrei! SiG 97 , http://sandimgetriebe.attac.at/10150.html
Waffenhandel stoppen: SiG 95

Europäisches Sozialforum in Florenz, November 2002
Weltweite Demonstration gegen einen Angriff auf den IRAK

Wir, die Europäischen Sozialen Bewegungen, kämpfen für soziale Rechte und Gerechtigkeit, für Demokratie und gegen alle Arten von Unterdrückung. Wir stehen für eine Welt, in der Vielfalt, Freiheit und gegenseitiger Respekt herrschen.
Wir glauben, dass dieser Krieg, ob von der UNO legitimiert oder nicht, eine Katastrophe für das irakische Volk sein wird, das schon jetzt unter dem Embargo und dem Saddam Hussein Regime leidet, sowie für alle Völker im Nahen Osten. All diejenigen, die sich für demokratische, politische Lösungen von internationalen Konflikten bekennen, sollten diesen Krieg ablehnen, denn er könnte zu einem globalen Desaster führen.
Es gibt in jedem Land Europas massenhaften Widerstand gegen den Krieg.
Hunderttausende haben schon jetzt für Frieden demonstriert.
Wir rufen die Bewegungen und die Bürgerinnen und Bürger zu europaweitem Widerstand gegen den Krieg auf.

Wir rufen dazu auf,
1. ab heute massenhafte Proteste gegen einen Angriff auf den Irak zu organisieren,
2. im Falle eines Kriegsbeginns sofort Proteste und Aktionen durchzuführen und landesweite Proteste am darauf folgenden Samstag zu organisieren.
3. Mit der Organisierung riesiger Anti-Kriegs-Demonstrationen in jeder Hauptstadt für den **15.Februar 2003** zu beginnen.
Wir können diesen Krieg verhindern!
(in SiG 13 veröffentlicht)
Unseres Wissens war es das erste Mal in der Geschichte, dass eine Anti-Kriegs-Kundgebung vor dem Angriff auf den Irak begann: Am 15. Februar 2003 marschierten mehr als 10 Millionen Menschen in 600 Städten weltweit für den Frieden.
Dokumentiert im Musikvideo "Boom!" von System of a Down: www.youtube.com/watch?v=bE2r7r7VVic (offiziell) und auch von Deutschland aus zu sehen auf www.youtube.com/watch?v=BD7SuYLUwNo

SiG-Artikel zum IRAK: 16, 17, 19, 20, 27, 31, 32, 33, 36, 45, 47, 48, 49, 52, 61, 65, 85, 94
SiG 20 (11.04.2003): Widerstand gegen die Weltplünderer http://sandimgetriebe.attac.at/2828.html
SiG 94: *Joachim Guilliard: **Irak**: Massive Niederlage* http://sandimgetriebe.attac.at/9941.html

Jürgen Todenhöfer, 2008
Anklage gegen George W. Bush und Tony Blair erheben
Wie gerecht muss ein Weltgericht sein?
Ein offener Brief an den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes

Sehr geehrter Herr Moreno Ocampo,

wie viele, denen die universelle Geltung der Menschenrechte wichtig ist, begrüße ich, dass Sie das Verhalten des sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al Baschir juristisch überprüfen lassen wollen. Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungesühnt bleiben. Dass der Täter amtierendes Staatsoberhaupt ist, darf, wie Sie richtig festgestellt haben, keine Rolle spielen. Wenn Sie Beweise haben, müssen Sie Anklage erheben.
Als früherer Richter erlaube ich mir jedoch die Frage, warum Sie nicht mit derselben Härte und Gerechtigkeit gegen die Verantwortlichen des Irakkrieges - also etwa gegen den US-Präsidenten George W. Bush oder den britischen Ex-Premier-minister Tony Blair vorgehen.

Der mit Unwahrheiten begründete Irakkrieg war laut damaligem UN-Generalsekretär Kofi Annan "illegal", also völkerrechts-widrig. Für jeden war erkennbar, dass kein Verteidigungsfall vorlag. Einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates gab es nicht. Auch das deutsche Bundesverwaltungsgericht hat den Irakkrieg daher 2005 als völkerrechts-widrig eingestuft.
In diesem Angriffskrieg starben bis 2006 nach Angaben der unabhängigen amerikanisch-irakischen "Lancet-Studie" 600 000 zivile Opfer - ein Großteil von ihnen getötet durch US-Truppen. Das ebenfalls unabhängige britische Institut ORB ermittelte 2008, dass bis heute über eine Million Menschen ums Leben kamen. Eine Million wurde verletzt, fast fünf Millionen sind auf der Flucht. Ihr Leid und ihr Tod dürfen nicht ungesühnt bleiben.

Der Internationale Strafgerichtshof muss sich daher der Frage stellen, ob er ein Weltgericht sein will, dessen Gesetze für alle gelten, oder nur ein Strafgericht des Westens gegen Nicht-Westler - ein Gericht der Mächtigeren gegen die Schwächeren. Dass bisher nur Politiker kleinerer Länder angeklagt wurden, stimmt nachdenklich. Rein formal könnten Sie darauf verweisen, dass die USA, anders als Großbritannien, das Gesetz über den Internationalen Strafgerichtshof nie ratifiziert haben, und eine Anklage gegen den US-Präsidenten deshalb ausscheide. Dann könnten Sie allerdings auch den sudanesischen Staatspräsidenten nicht anklagen, da dessen Land den Internationalen Strafgerichtshof ebenfalls nicht anerkennt.

In der Urteilsbegründung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals heißt es: *"Die Entfesselung eines Angriffskriegs ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft."*
Der amerikanische Chefankläger Robert Jackson - Ihr Vorgänger gewissermaßen - formulierte damals: *"Nach dem gleichen Maß, mit dem wir heute die Angeklagten messen, werden wir morgen von der Geschichte gemessen werden (...). Das Kriegsrecht gilt nicht nur für Verbrecher besiegter Länder."*

Eine junge Muslimin fragte mich dieser Tage, wie viel Hunderttausend unschuldige Zivilisten ein westlicher Staatschef eigentlich ungestraft töten dürfe. Was soll man als Anhänger universaler Werte wie Menschenwürde und Gerechtigkeit auf diese Frage antworten?

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche Gründe dagegen sprechen, Anklage gegen George W. Bush und Tony Blair zu erheben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Jürgen Todenhöfer

Quelle: Berliner Zeitung vom 19.07.2008, www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0719/meinung/0052/index.html
Der Autor war 18 Jahre lang CDU-Bundestagsabgeordneter. Er veröffentlichte zuletzt das Buch "Warum tötest du, Zaid?" http://www.warumtoetestduzaid.de/
*S. auch seine **10 Thesen:*** http://www.warumtoetestduzaid.de/de/mainmenu/10-thesen/alle-zehn-thesen.html
(Erschienen in SiG 68)

Malalai Dschoja, 2009

Die große Lüge Afghanistan

2005 war ich die jüngste Person, die in das neue Afghanische Parlament gewählt wurde. Frauen wie ich, die sich um ein (öffentliches) Amt bewarben, wurden als Beispiele vorgezeigt, wie der Krieg in Afghanistan die Frauen befreit habe. Aber die Demokratie war Fassade, und die so genannte 'Befreiung' eine große Lüge.
Im Namen meines Volkes, das schon so lange leidet, spreche ich allen Menschen in Großbritannien, die auf afghanischem Boden Angehörige verloren haben, mein herzliches Beileid aus. Wir teilen den Schmerz der Mütter, Väter, Ehefrauen, Söhne und Töchter der Gefallenen. Meiner Meinung nach sind diese britischen Toten - ebenso wie die vielen tausend zivilen afghanischen Toten - Opfer einer ungerechten Afghanistan-Politik der Nato-Länder unter Führung der Regierung der USA.

Fast acht Jahre nach dem Sturz der Taliban-Regierung sehen wir uns um unsere Hoffnungen auf ein Afghanistan, das wirklich demokratisch und unabhängig ist betrogen - durch die fortdauernde Dominanz der Fundamentalisten und die brutale Besatzung, die letztendlich nur den strategischen Interessen der USA in der Region dient.
Sie sollten begreifen, dass die Regierung unter Leitung Hamid Karsais voll von Warlords und Extremisten ist. Beim Thema 'Gier' sind sie Brüder der Taliban. Während des Afghanischen Bürgerkrieges in den 90ger Jahren (1) verübten diese Männer furchtbare Verbrechen gegen das afghanische Volk.

Weil ich meine Ansichten äußerte, nahm man mir meinen Parlamentssitz weg. Ich habe zahllose Attentatsversuche überlebt. Die Tatsache, dass man mich aus dem Parlament warf, während brutale Warlords Immunität genießen und nicht wegen ihrer Verbrechen verfolgt werden, sagt alles, was Sie über diese "Demokratie", die den Rückhalt der Nato-Truppen hat, wissen müssen.
Unsere Verfassung verbietet es Kriegsverbrechern, für hohe politische Ämter zu kan-didieren. Dennoch hat Karsai zwei berüch-tigte Warlords - Fahim und Khalili - als Mitbewerber bei der bevorstehenden Präsi-dentschaftswahl (2) benannt. Es ist eine Wahl im Schatten des Kriegsherrentums, der Korruption und der Okkupation. Sie wird keine Legitimität haben.
Es scheint, als würden die wirklichen Entscheidungen wieder einmal hinter verschlossenen Türen - im Weißen Haus - getroffen.

Bis heute verfolgt Obama die gleiche Afghanistan-Politik wie zuvor Bush. Doch die Entsendung weiterer Truppen und die Ausweitung des Krieges auf Pakistan wird nur weiter Öl ins Feuer gießen. In den dunklen Jahren der Taliban riskierte ich - wie viele andere Afghanen - mein Leben, indem ich Mädchen an Untergrundschulen unterrichtete. Heute ist die Situation der Frauen so schlimm wie je zuvor. Opfer von Vergewaltigungen und Misshandlungen finden keine Gerechtigkeit, da die Justiz von Fundamentalisten beherrscht wird. Immer mehr Frauen sehen keinen anderen Ausweg aus ihrem leidvollen Dasein, als es durch Selbstverbrennung zu beenden (3).
(...)
Ich habe eine andere Botschaft für die Briten. Ich glaube nicht, dass es in Ihrem Interesse ist, sich mit an zu sehen, wie noch mehr junge Leute in den Krieg geschickt und noch mehr Steuergelder auf eine Besatzung verwendet werden, die eine Bande von korrupten Kriegsherren und Drogenbaronen in Kabul an der Macht hält.
Noch wichtiger ist, dass ich nicht glaube, dass es unausweichlich ist, dass das Blutvergießen immer weitergeht. Manche sagen, wenn die ausländischen Truppen aus Afghanistan abziehen, werde das Land in einen Bürgerkrieg abgleiten. Doch was ist mit dem Bürgerkrieg und der Katastrophe, die wir bereits haben? Je länger die Besatzung dauert, desto schlimmer wird der Bürgerkrieg werden.

Das afghanische Volk will Frieden. Die Geschichte zeigt, dass wir uns gegen Besatzungen und Dominanz von außen immer gewehrt haben. Wir wünschen uns eine helfende Hand in Form von internationaler Solidarität. Gleichzeitig wissen wir, dass wir Afghanen uns Werte wie 'Menschenrechte' selbst erkämpfen und erringen müssen.
Ich weiß, Millionen von Briten wollen, dass dieser Konflikt möglichst bald endet. Gemeinsam können wir unsere Stimme erheben für Frieden und Gerechtigkeit.

(1) Wikipedia: 'Bürgerkrieg in Afghanistan'
(2) http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/8102805.stm
(3) http://www.worldpoliticsreview.com/article.aspx?id=873
(4) 'More troops will die in Afghanistan' says Joe Biden http://www.guardian.co.uk/world/2005/ju/23/afghanistan-british-us-troops-deaths

26.07.2009, ZNet (in SiG 76 veröffentlicht)

SiG-Artikel zu Afghanistan:
Nr. 61 http://sandimgetriebe.attac.at/6089.html
Nr. 68 http://sandimgetriebe.attac.at/6740.html
auch in Nr. 46, 52, 54, 59, 60, 66, 67, 69, 73, 74, 80, 81, 87, 92, 93, 94

Chomsky: Atomwaffenfreie Zonen schaffen! , 2010

(...) Wer sich für Nonproliferation (von Atomwaffen) interessiert, sollte wissen: Es ist sehr wichtig, Staaten zu zwingen, zu verpflichten, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Im Moment gibt es drei Staaten, die nicht unterzeichnet haben: **Indien, Israel und Pakistan. Alle Drei entwickeln mit Hilfe der USA Atomwaffen - und die USA bewahren sie vor Inspektionen.**
Doch es geht noch weiter. In einigen Gegenden der Welt gibt es bereits atomwaffenfreie Zonen - allerdings können sie nicht vollständig realisiert werden, weil die USA dies nicht zulassen. Die Afrikanische Union ist in diesem Zusammenhang am relevantesten. **Die Afrikanische Union hatte eine atomwaffenfreie Zone gefordert und schließlich auch beschlossen.** Allerdings gehört eine kleine Insel - **Diego Garcia** - zu diesem Gebiet, die von Amerika "genutzt" wird. In erster Linie wird diese Insel als Bombengelände genutzt. Die Insel ist eines der wichtigsten Bombenzentren für den Bereich Naher/Mittlerer Osten und Zentralasien. Außerdem nutzen die USA die Insel, um dort Atomwaffen zu lagern sowie als Anlegestelle für Atomunterseeboote. Für Dinge dieser Art nutzen sie die Insel im Grunde. Die Obama-Administration hat Diego Garcia noch mehr aufgebürdet: neue Support-Systeme für Atomunterseeboote. Und jetzt bringen die USA auch noch ihre neuen so genannten "Bunkerknacker" (bunker busters) auf das Eiland. Das sind riesige Bomben, die äußerst tief eindringen sollen. Natürlich gilt das dem Iran. Gerade sind die Dinger nach Diego Garcia verschickt worden. Das alles sind Bedrohungen für den Iran, die gegen Sicherheitsratsresolutionen verstoßen.
(SiG 83, http://sandimgetriebe.attac.at/8873.html)

Artikel von Chomsky in Sand im Getriebe Nr. 20, 50, 53, 59, 73, 74, 76, 83, 84, 89, 90, 92 / Atomwaffenfrei! SiG 97

SiG-Artikel zum Iran in den Nummern 17, 41, 46, 48, 49, 51, 53, 58, 62, 67, 74, 76, 84, 93, 96

SiG 93: Mohssen Massarrat und Bahman Nirumand: Offener Brief zum neuen IAEO-Bericht zu Iran an die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen angesichts der Pressemitteilung vom 09.11.2011 ihrer außenpolitischen Sprecherin Kerstin Müller , http://sandimgetriebe.attac.at/9857.html
SiG 84: Die "iranische Gefahr" von Noam Chomsky, http://sandimgetriebe.attac.at/9048.html

Für eine neue internationale politische Ordnung

Rede des Präsidenten Hugo Chávez bei der UNO-Vollversammlung

New York, 15. September 2005

Exzellenzen, Freundinnen und Freunde, guten Abend,
Das eigentliche Anliegen dieser Tagung wurde vollkommen entkräftet. Uns wurde als zentraler Diskussionspunkt ein **sogenannter Reformprozess** verordnet, der die dringendsten Anliegen in den Hintergrund drängt, die die Völker der Welt mit Dringlichkeit einfordern, wie das Ergreifen von Maßnahmen um die wirklichen Probleme anzugehen, die die Anstrengungen unserer Länder für die Entwicklung und das Leben erschweren und verhindern.

Fünf Jahre nach dem **Milleniums-Gipfel** ist die harte Wirklichkeit, dass die große Mehrheit der entworfenen **Ziele**, obwohl sie schon sehr bescheiden waren, **nicht erreicht** werden. Wir wollten die Zahl der 842 Millionen Hungernden bis zum Jahr 2015 halbieren. Beim gegenwärtigen Rhythmus würde dieses Ziel im Jahr 2215 erreicht werden, schauen wir mal, wer von uns dann noch da sein wird, um es zu feiern, falls es der menschlichen Spezies gelingt, die Zerstö-rung zu überleben, die unsere Umwelt bedroht. Wir hatten das Ziel proklamiert, 2015 die allgemeine Grundschulbildung für alle zu erreichen. Beim gegenwärtigen Rythmus erreichen wir dieses Ziel nach dem Jahr 2100, bereiten wir uns also darauf vor, es zu feiern.
Dies, Freundinnen und Freunde aus aller Welt, bringt uns unweigerlich zu einer bitteren Schlußfolgerung: **Die Vereinten Nationen haben ihr Modell erschöpft** und es geht nicht einfach darum, eine Reform durchzuführen. Das XXI. Jahrhundert erfordert tiefgreifende Veränderungen, die nur mit einer Neugründung dieser Organisation möglich sein werden. Diese taugt nicht mehr, müssen wir feststellen, das ist die reine Wahrheit.

Diese Veränderungen, auf die wir uns von Venezuela aus gegenüber der Welt beziehen, haben für uns, von unserem Standpunkt aus, zwei Momente: den Unmittelbaren, den von jetzt sofort, und den der Träume, den der Utopie.
Der erste ist gekennzeichnet von den Abkommen, die als Ballast des alten Schemas bleiben. Wir verschmähen sie nicht und tragen sogar konkrete kurzfristige Vorschläge im Rahmen dieses Modells bei. Aber der **Traum vom Weltfrieden, der Traum von einem "Wir", das sich nicht des Hungers, der Krankheiten, des Analphabetismus, der extremen Not schämen muß,** braucht neben Wurzeln Flügel zum Fliegen. Wir brauchen Flügel zum Fliegen.
Wir wissen, dass es eine schreckliche **neoliberale Globalisierung** gibt, aber es gibt auch die Realität einer vernetzten Welt, der wir uns stellen müssen, nicht als einem Problem, sondern als einer Herausforderung. Wir können auf der Grundlage der nationalen Realitäten Kenntnisse austauschen, uns ergänzen, Märkte integrieren. Aber zugleich müssen wir verstehen, dass es **Probleme gibt, für die es keine nationale Lösung gibt.** Weder eine radioaktive Wolke noch die Weltmarktpreise noch eine Epidemie noch die Erderwärmung oder das Ozonloch sind nationale Probleme. Während wir zu einem neuen Modell der Vereinten Nationen voranschreiten, das dieses "Wir" der Völker ernst nimmt und sich zu eigen macht, gibt es vier dringende und unaufschiebbare Reformen, die wir dieser Versammlung unterbreiten.

- Erstens, die **Erweiterung des Sicherheitsrates**, sowohl in seinen ständigen als auch in seinen nicht ständigen Mitgliedern, den Zutritt für neue entwickelte und Entwicklungsländer als neue ständige Mitglieder.
- Zweitens, die notwendige **Verbesserung der Arbeitsweise,** um die Transparenz zu vergrößern, nicht um sie zu verringern, um den Respekt zu vergrößern und nicht, um ihn zu verringern, um die Einbeziehung zu erweitern.
- Drittens, die sofortige Unterdrückung, das sagen wir in Venezuela seit sechs Jahren, die sofortige **Unterdrückung des Vetos** in den Entscheidungen des Sicherheitsrates. Diese elitäre Spur ist nicht vereinbar mit der Demokratie, nicht vereinbar auch nur mit der Idee von Gleichheit und Demokratie.
- Und Viertens, die **Stärkung der Rolle des Generalsekretärs**, seine politischen Funktionen im Rahmen der präventiven Diplomatie müssen gefestigt werden.

Die Schwere der Probleme erfordert tiefgreifende Veränderungen, einfache Reformen reichen nicht aus, um das "Wir" zurückzugewinnen, das die Völker der Welt erwarten. Über die Reformen hinaus fordern wir aus Venezuela die Neugründung der Vereinten Nationen. Wie wir in Venezuela durch die Worte von Simón Rodríguez, dem Robinson von Caracas, sehr gut wissen: "Entweder wir kommen zur Besinnung, oder wir irren umher".

Im vergangenen Januar dieses Jahres 2005 waren wir auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre. Verschiedene Persönlichkeiten forderten dort, dass der **Sitz der Vereinten Nationen die Vereinigten Staaten verlassen müsse**, wenn die Verletzungen der internationalen Legalität durch dieses Land fortgesetzt werden. Heute wissen wir, dass es im Irak niemals Massenvernichtungswaffen gegeben hat. Das Volk der Vereinigten Staaten hat immer sehr entschieden von seinen Regierenden die Wahrheit eingefordert, ebenso die Völker der Welt: Es gab niemals Massenvernichtungswaffen, aber trotzdem und entgegen den Vereinten Nationen wurde der Irak bombardiert, besetzt und ist noch immer besetzt. Deshalb schlagen wir dieser Versammlung vor, dass die Vereinten Nationen ein Land verlassen, das die Beschlüsse dieser Versammlung nicht respektiert. (…) Wir schlagen hier etwas vor, das im Brief aus Jamaica verankert ist, den Simón Bolívar, der große Befreier des Südens, vor 190 Jahren, 1815 in Jamaica, geschrieben hat. Dort schlug Bolívar die **Schaffung einer internationalen Stadt** vor, die als Sitz für die Idee der Einheit dienen sollte, die ihm vorschwebte. Bolívar war ein Träumer, der das erträumte, was heute unsere Realitäten sind.
Wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, an die Schaffung einer internationalen Stadt zu gehen, die frei von der Souveränität irgendeines Staates ist, mit der eigenen moralischen Kraft, die Nationen der Welt zu repräsentieren. Aber diese internationale Stadt muß fünf Jahrhunderte der Ungleichheit ausgleichen. **Der neue Sitz der Vereinten Nationen muß im Süden sein**. "Der Süden existiert auch!", sagte Mario Benedetti. Diese Stadt, die es bereits geben kann oder die wir gründen können, könnte sich dort befinden, wo sich viele Grenzen kreuzen oder auf einem Gebiet, das die Welt symbolisiert. Unser Kontinent steht bereit, seinen Boden anzubieten, um auf ihm den Ausgleich des Universums zu errichten, von dem Bolívar 1825 sprach.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute in der Welt einer **beispiellosen Energiekrise** gegenüber, in der auf gefährliche Weise das unaufhaltsame Wachstum des Energiekonsums, die Unmöglichkeit, das Angebot an Brennstoffen zu erhöhen und die Perspektive eines Rückgangs der bestätigten Reserven fossiler Brennstoffe zusammenkommen. Das Erdöl beginnt zur Neige zu gehen.
2020 wird der tägliche Erdölbedarf bei 120 Millionen Barrel liegen, womit, ohne ein künftiges Wachstum einzurechnen, in 20 Jahren eine Menge verbraucht würde, die dem gesamten Erdöl entspricht, das die Menschheit bis jetzt verbraucht hat, was

unweigerlich einen Anstieg der Kohlendioxidemissionen bedeuten würde, durch die, wie man weiß, Tag für Tag die Temperatur unseres Planeten ansteigt.

Katrina war ein schmerzvolles Beispiel für die Konsequenzen, die das Ignorieren dieser Realitäten für den Menschen bringen kann. Die **Erwärmung der Ozeane** ist der grundlegende Faktor für die zerstörerische Zunahme der Kraft der Hurrikane, die wir in den letzten Jahren gesehen haben. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Volk der Vereinigten Staaten, das ebenfalls ein Brudervolk der Völker Amerikas und der Völker der Welt ist, noch einmal unseren Schmerz und unser Mitgefühl auszusprechen. Es ist praktisch und ethisch nicht möglich, die menschliche Spezies zu opfern, indem man in wahnsinniger Weise die Gültigkeit eines **sozioökonomischen Modells** mit einer sich galoppierend vergrößernden **Zerstörungskraft** verteidigt. Es ist Selbstmord, es als nie scheiterndes Mittel für die Übel anzupreisen, deren wichtigste Ursache es selbst ist.

(...)Was der neoliberale Kapitalismus, der Konsens von Washington hervorgebracht haben ist ein größeres Elend, mehr Ungleichheit und eine unendliche Tragödie für die Völker dieses Kontinents. [Beifall]
Heute mehr denn je brauchen wir, Herr Präsident, **eine neue internationale Ordnung**.
Wir erinnern an die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer sechsten außerordentlichen Sitzungsperiode im Jahr **1974**. Einige von denen, die heute hier sind, waren damals sicherlich noch nicht geboren oder waren sehr klein.
1974, vor 31 Jahren, wurde eine **Erklärung und ein Aktionsprogramm über eine neue Internationale Wirtschaftsordnung** angenommen. Gemeinsam mit dem Aktionsplan nahm die Vollversammlung am 14. Dezember jenes Jahres 1974 die Charta der Ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten an, die die Neue Internationale Wirtschaftsordnung konkretisierte und mit einer überwältigenden Mehrheit von 120 Stimmen dafür, sechs dagegen und zehn Enthaltungen angenommen wurde. (...).
Um ein wenig daran zu erinnern, möchten wir auf das Folgende hinweisen: Der Artikel 2 des Textes jener Akte bestätigt das Recht der Staaten, Eigentum und Naturressourcen, die sich in der Hand ausländischer Investoren befinden, zu **nationalisieren** und erlaubt ebenso die Bildung von Kartellen der Rohstoffproduzenten. In ihrer Resolution Nr. 3201 vom Mai 1974 wird die Entschlossenheit festgestellt, schnell an der Etablierung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu arbeiten, die begründet ist auf – ich empfehle Ihnen, dass Sie mir gut zuhören – „*der Gerechtigkeit, der souveränen Gleichheit, der gegenseitigen Abhängigkeit, dem gemeinsamen Interesse und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, welches auch immer ihre ökonomischen und sozialen Systeme sein mögen, die die Ungleichheit korrigiert und die Ungerechtigkeiten zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern behebt und den gegenwärtigen und künftigen Generationen Frieden, Gerechtigkeit und eine beschleunigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung sichert.*“ Ende des Zitats, ich habe einen Teil jener historischen Resolution von 1974 vorgelesen.
Das **Ziel** der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung war die **Veränderung der alten Wirtschaftsordnung, die 1944 in Breton Woods entworfen wurde** und die bis 1971, bis zum Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, Gültigkeit besaß. (...)

Heute fordern die Völker, in diesem Fall das Volk Venezuelas, eine neue internationale Wirtschaftsordnung, aber **auch eine neue internationale politische Ordnung** ist unverzichtbar. Wir können nicht erlauben, dass eine Handvoll Länder versucht, widerspruchslos die Prinzipien des Völkerrechts neu zu interpretieren, um dadurch Doktrinen wie den „Präventivkrieg“ durchzusetzen. Man bewahre uns davor, mit dem Präventivkrieg bedroht zu werden! Und vor dem, was man jetzt »Verantwortung für den Schutz« nennt. Es muß gefragt werden: Wer wird uns schützen? Wie werden sie uns schützen? Ich glaube, dass eines der Völker, das beschützt werden muß, das Volk der Vereinigten Staaten ist, was gerade durch die Katrina-Trägodie schmerzhaft demonstriert wurde. Es hat keine Regierung, die es vor angekündigten Naturkatatstrophen beschützt.
Wenn wir davon sprechen, dass die einen die anderen beschützen sollen, dann sind das sehr gefährliche Konzepte, die den Imperialismus zeigen, die den Interventionismus zeigen, und versuchen, das Nichtrespektieren der Souveränität der Völker zu legalisieren. Herr Präsident, das **vollständige Respektieren der Prinzipien des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen** müssen den Dreh- und Angelpunkt der internationalen Beziehungen in der heutigen Welt und die Basis der von uns vorgeschlagenen neuen Ordnung bilden.

Es ist sicherlich dringend, effizient dem internationalen **Terrorismus** entgegenzutreten, aber nicht, um ihn als Vorwand für die Entfesselung unbegründeter und völkerrechtswidriger Militäraggressionen zu benutzen, wie er nach dem 11. September als Doktrin inthronisiert wurde. Nur eine enge und wirkliche Zusammenarbeit und das Ende der Doppelzüngigkeit einiger Länder des Nordens können das Thema des Terrorismus lösen, können diese schreckliche Geißel beseitigen.

Herr Präsident,
nach **fast sieben Jahren der Bolivarianischen Revolution** kann das venezolanische Volk wichtige soziale und ökonomische Errungenschaften präsentieren:
1.406.000 Venezolaner haben in anderthalb Jahren Lesen und Schreiben gelernt. Wir sind rund 25 Millionen und in wenigen Wochen, in wenigen Tagen, wird sich das Land als frei vom Analphabetismus erklären können. Drei Millionen Venezolaner, die zuvor aufgrund der Armut ausgeschlossen waren, sind in die Grund-, Sekundär- und Hochschulbildung einbezogen worden.
17 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner, fast 70 Prozent der Bevölkerung, erhalten zum ersten Mal in der Geschichte kostenlose Gesundheitsversorgung, einschließlich der Medikamente, und in wenigen Jahren werde alle Venezolaner kostenlosen Zugang zu einer erstklassigen Gesundheitsversorgung haben.
Heute werden mehr als 1,7 Millionen Tonnen Lebensmittel zu geringen Preisen an 12 Millionen Menschen vertrieben, fast die Hälfte der Venezolaner. Eine Million von ihnen erhalten sie vorübergehend kostenlos. Diese Maßnahmen haben den Bedürftigsten ein hohes Maß an Nahrungsmittelsicherheit gegeben.
Herr Präsident, mehr als 700.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit um neun Prozentpunkte gesenkt, all dies inmitten interner und externer Aggressionen, die einen in Washington geplanten Staatsstreich und einen ebenfalls in Washington entworfenen Erdölputsch beinhalteten und trotz der Verschwörungen, der Verleumdungen der Medienmacht und der ständigen Bedrohung durch das Imperium und seiner Verbündeten, die bis zur Forderung nach meiner Ermordung gehen. Das einzige Land, in dem sich eine Person den Luxus erlauben kann, die Ermordung eines Staatschefs zu fordern, ist die USA, wie vor kurzem im Falle eines Predigers names Pat Robertson, einem engen Freund des Weißen Hauses. Er forderte öffentlich vor aller Welt meine Ermordung und ist frei. Das ist ein internationales Verbrechen! Internationaler Terrorismus! Nun gut, wir werden für Venezuela kämpfen, für die lateinamerikanische Integration und für die Welt.

Wir unterstreichen hier, in diesem Saal, unseren unendlichen Glauben an den Menschen, der heute nach Frieden und Gerechtigkeit dürstet, um als Spezies überleben zu können. Simón Bolívar, Vater unseres Vaterlandes und Anführer unserer Revolution, schwor seinem Arm keine Ruhe und seiner Seele keine Pause zu gönnen, bis Amerika frei sein werde. Gewähren wir unseren Armen keine Ruhe und unseren Seelen keine Pause bis wir die Menschheit gerettet haben.
Meine Herrschaften, vielen Dank.
[Beifall].
In SiG 47 (UNO- Wohin?) veröffentlicht

Weitere Artikel in SiG 47::
http://sandimgetriebe.attac.at/3276.html

Weitere Artikel über die UNO:
***SiG 54**:*
- Rede von Chavez vor der UNO, Sept. 2006
- Harald Neuber: Mehr Demokratie wagen, Gipfel der Blockfreien-Bewegung in Havanna beendet. Aufruf zur Reformierung der Vereinten Nationen.
Gemeinsames Programm der "Dritten Welt" , Auszüge aus der Abschlusserklärung des Blockfreien-Gipfels in Havanna
http://sandimgetriebe.attac.at/sig54.html

SiG 70 und 74: UNO-Konferenz über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise:
http://sandimgetriebe.attac.at/6904.html
http://sandimgetriebe.attac.at/8174.html

SiG 77**: **Miguel d'Escoto Brockmann: Revitalisierung der UNO
http://sandimgetriebe.attac.at/8348.html

Dokumente der UN-Generalversammlung auf Deutsch:
http://www.un.org/Depts/german/

Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet, 2005

Vier Bausteine

für eine wirklich multipolare Welt

Dieser Text wurde für das Weltsozialforum Ende 2005 geschrieben. („Sand im Getriebe" Nr.48) . Sieben Jahre später lohnt es sich, die von ihnen formulierten vier Bedingungen für eine wirklich multipolare Welt, die einen Fortschritt für die Menschheit bedeuten würde, wieder aufzugreifen.

Um sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen, muss man begreifen, dass die Geschichte nicht vom Wirken „ewiggültiger" Wirtschafts"gesetze" beherrscht wird. **Geschichte wird durch den Widerstand der sozialen Kräfte ebenso geformt wie durch die Logik des Kapitals.**
Man kann feststellen, dass die beteiligten politischen und sozialen Kräfte verschiedene Interessen und Visionen haben. Der **Staat**, das **Gravitationszentrum** ihrer Konflikte und Gemeinsamkeiten, prägt ihren Inhalt, der umgekehrt wiederum die Rolle des Staates definiert. Meistens ist der Staat der Sprecher der Interessen des Kapitals, das in den Ländern der Triade (USA, EU, Japan) und ihrer untergeordneten Verbündeten in den Peripherieländern herrscht. Die Rolle der meisten Staaten beschränkt sich heutzutage darauf, im Inneren Ordnung zu schaffen, während die Hypermacht USA alleine die Funktion einer Art weltweiten Überstaates ausübt. Aber die sozialen Kämpfe können heterogene Bündnisse, die auf einem Kompromiss zwischen verschiedenen sozialen Interessen beruhen, an die Macht bringen. Unter dieser Voraussetzung kann ein Staat **wieder etwas mehr Spielraum** gewinnen.

Die Weltsysteme waren fast immer multipolar, auch wenn manchmal nur relativ und provisorisch. Das multipolare System des 19. Jahrhunderts, das sich bis 1945 gehalten hat, bestand eigentlich nur aus den Grossmächten der Epoche. Die von der russischen Revolution eingeleitete und dann teilweise von den asiatischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen erzwungene multipolare Welt war ganz anderer Natur. In dieser Hinsicht hat die **Bandung-Periode (1955-75)** es den Letzteren ermöglicht, genauso wie das CEPAL-Projekt in Lateinamerika, sich auf neue Wege zu begeben: Versucht wurde eine autozentrierte Entwicklung und eine Abkoppelung vom herrschenden System. Diese Periode hat das System gezwungen, sich an die Forderungen der Länder des Südens anzupassen.

Die Nachkriegszeit (1945-90) ist nun vorbei. Zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts scheinen sich **zwei Projekte** durchzusetzen: **dasjenige der Triade** und – und in dessen Kern – **dasjenige der US-amerikanischen Hegemonie**. Die USA vernichten die Autonomie der Länder des Südens und schränken auch die Autonomie der „Verbündeten" von Washington erheblich ein. Die Wirtschaft bringt die Triade-Länder zusammen, die Politik bringt aber ihre Nationen auseinander. Gewiss, das **europäische Projekt** ist lediglich ein Teil des NATO-Projekts. Aber das französische und das holländische Nein zum europäischen Verfassungsvertrag, sowie zahlreiche interne Widerstände bestätigen die Tragweite der sozialen und politischen Kämpfe.

Russland, China und Indien sind die drei strategischen Feinde des amerikanischen Projekts. Wie es scheint, glauben deren Regierungen, dass sie über eigene Handlungsspielräume verfügen, ohne mit den USA frontal zusammen zu stossen. Sie glauben auch, dass sie bei unter ihnen auftretenden Konflikten gelegentlich von ihrer Freundschaft mit den USA Nutzen ziehen können. Eine **eurasische Annäherung** (Europa, Russland, China und Indien), die ganz Asien und Afrika – und wahrscheinlich auch Lateinamerika – mit sich ziehen würde, könnte dem US-Projekt einer weltweiten wirtschaftlichen und militärischen Beherrschung Schaden zufügen. Allerdings erscheint ein Rückzug Europas aus der Nato zur Zeit als höchst unwahrscheinlich.

Die sozialen Bewegungen (…) drücken Konflikte aus, die zwar ihre eigene Logik besitzen, die aber auch im Kontext der globalen Realität der Unipolarität verstanden werden müssen. Können die Länder des Südens in diesem Gebiet eine aktive Rolle spielen? Nur die angegriffenen Völker selbst sind in der Lage den Ansprüchen von Washington Einhalt zu bieten. Allerdings sind ihre Kampfmethoden oftmals von fraglicher Effizienz, auch und gerade deshalb, weil sie die einzigen sind, die wirklich aktiv sind. Sie greifen nämlich zu Mitteln, die eine Kristallisierung der Solidarität von Seiten der Völker des Nordens verzögern.

Die herrschenden Klassen des Südens haben kein autonomes Projekt mehr, wie es zur Zeit der Bandung-Ära und der Epoche des *„desarollismo" (Entwicklungstheorien)* in Lateinamerika durchaus der Fall war. Ohne Zweifel verfolgen gewisse große Länder, die als „Schwellenländer" bezeichnet werden, eigene Ziele: Es geht ihnen darum, ihr Wachstum innerhalb der Globalisierung zu maximieren, was den Widerstand vieler Völker auf den Plan ruft. Diese Länder glauben, über eine Verhandlungsmacht zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, von einer solchen Strategie zu profitieren, anstatt eine Einheitsfront mit schwächeren Ländern zu bilden.
Die Vorteile, die sie erlangen können, stellen jedoch nicht die allgemeine Struktur dieses Systems in Frage. Diese Haltung ist keine alternative Lösung und gibt diesem illusorischen Konstrukt eines „nationalen Kapitalismus" nicht die zur Definition eines echten Gesellschaftsprojekts erforderliche Konsistenz. Die verletztlichsten Länder des Südens (**die vierte Welt**) haben nicht einmal ein solches Projekt. Ihre eventuell vorhandenen „Ersatzprodukte" – religiöse oder ethnische Fundamentalismen – verdienen diesen Namen nicht.

So ergreift der Norden alleine die Initiative, seine eigenen Projekte voranzutreiben für – oder besser gesagt gegen – sie. Das ist der Fall beim Zusammenschluss der Europäischen Union mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP), die auf eine Handelspartnerschaft hinausläuft, welche das Abkommen von Cotonou ersetzen soll; so auch bei der euro-mediterranen Partnerschaft, die 1995 in Barcelona unterschrieben wurde; so auch bei der amerikanischen Freihandelszone (AFTA oder ALCA auf spanisch und portugiesisch); so auch bei dem US-amerikanisch -israelischen Projekt für einen Grossen Nahen Osten. Viele Widerstandsbewegungen (…) haben gerade diese Projekte im Visier.

Die Kontrolle der Welt durch die USA scheint absolut zu sein. Wenn man von Kuba und von der vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez initiierten bolivarischen Revolution (und ihren Ausläufern auf dem lateinamerikanischen Kontinent) absieht, gibt es kaum Gegenvorschläge, die den USA Einhalt gebieten könnten:
Europa bleibt im Sand der neoliberalen Globalisierung stecken; im Süden gibt es keine gemeinsame Widerstandsfront mehr; China scheint nur darauf aus zu sein, Zeit für ihre ureigensten, ausserdem zweideutigen Ziele zu gewinnen und ist kein aktiver Partner für die Errichtung einer neuen Welt. Die Herausforderungen, die die Errichtung einer wahrhaft multipolaren Welt stellt, sind größer als sich viele globalisierungskritische Bewegungen, die doch selber direkt oder indirekt in diesem Prozess involviert sind, vorstellen.
Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden **Spielraum zu schaffen,** ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoß in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben. Die Gegnerschaft zum Krieg (Kosovo, Afghanistan, Irak...) in den Friedensbewegungen und in vielen anderen Widerstandsbewegungen drückt diesen Aspekt des Problems deutlich aus. Das US-amerikanische Projekt wird wahrscheinlich scheitern, weil es maßlos ist. Aber dieses Scheitern wird mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen.

Unter den folgenden vier Bedingungen könnte eine wirklich multipolare Welt einen passenden Rahmen für Erwartungen und Forderungen der Massenkämpfe abgeben:

- **Europa** schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein, also eines langwierigen Übergangs zu einem weltweiten Postkapitalismus und fängt an, definitiv seiner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren;
- In **China** siegt der „Marktsozialismus“ über die illusionäre Fehlentwicklung zu einem nationalen Kapitalismus, der sich unmöglich stabilisieren lässt, weil er die Bevölkerungsmehrheit der ArbeiterInnen und Bauer/ Bäuerinnen ausschließt;
- **den Ländern des Südens** (Völkern und Staaten) gelingt es, eine gemeinsame Front aufzubauen. Das ist die Bedingung zur Eröffnung von Freiräumen, in denen die benachteiligten Bevölkerungsschichten nicht nur für sie günstige Konzessionen erlangen, sondern darüber hinaus den Charakter des etablierten Staatsapparats umprägen können, indem sie die dominierenden Blöcke, die mit den Interessen des Nordens liiert sind, durch nationale, volksnahe und demokratische Blöcke ersetzen;
- der **Aufbau der nationalen und internationalen Rechtsssysteme** verbindet den Respekt vor der nationalen Souveränität (von der Souveränität der Staaten bis hinauf zu derjenigen der Völker) einerseits mit dem Respekt vor den individuellen, kollektiven, politischen und sozialen Rechten andererseits, wie sie von den sich zusammenschließenden Sozialbewegungen und Anti-System-Organisationen gefordert werden.

Samir Amin, Ökonom, Präsident des FMA (weltweites Forum für Alternativen)
http://www.forumtiersmonde.net/fren/index.php?option=com_content&view=section&id=13&Itemid=114
Weitere Artikel von Samir Amin in „Sand im Getriebe“:
SiG 36: Der kapitalistische Genozid, http://sandimgetriebe.attac.at/758.html
SiG 45: Renaissance der SÜD-SÜD-Vernetzung, Interview mit Samir Amin, http://sandimgetriebe.attac.at/1926.html
SiG 55: Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen,, http://sandimgetriebe.attac.at/4982.html
SiG 58: Franz Fanon lesen!, http://sandimgetriebe.attac.at/5381.html
SiG 71: Es gibt keine Alternative zum Sozialismus (Über G20, IWF, "Freihandel" und ALBA),http://sandimgetriebe.attac.at/6987.html
SiG77 Samir Amin: Kritik am Stieglitz Report http://sandimgetriebe.attac.at/8346.html
SiG87 Samir Amin: Die nationale Kontrolle uber die Finanzflusse wiederherstellen, http://sandimgetriebe.attac.at/9243.html
SiG89 S. Amin,Chomsky, Suzan- George ,Jean Ziegler u.v.m. Aufruf fur eine Prufungskommission zu den offentlichen Schulden Griechenlands, http://sandimgetriebe.attac.at/9381.html
SiG 89 Ägypten bewegt sich: Die vier Komponenten des Wandels,http://sandimgetriebe.attac.at/9391.html

François Houtart, Präsident des Trikontinentalzentrums (Cetri), http://www.cetri.be/spip.php?auteur30&lang=fr
Weitere Artikel von François Houtart in „Sand im Getriebe“:
Glaubwürdige Alternativen zum globalisierten Kapitalismus , *http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/sand-im-getriebe-bibliothek/*
SiG 52: Samir Amin und Francois Houtart: Drei Herausforderungen für die Sozialforen (mit Samir Amin), http://sandimgetriebe.attac.at/4733.html
SiG 64: Die Zukunft des Weltsozialforums: Stärken und Schwächen, http://sandimgetriebe.attac.at/6225.html
SiG 77: Gegenwärtige und zukünftige Auswirkungen der Krise, http://sandimgetriebe.attac.at/8347.html
SiG 86: Nach Kopenhagen - Cochabamba als Alternative?, http://sandimgetriebe.attac.at/9206.html

Ignacio Ramonet, Autor von „Entwaffnet die Märkte“, Ehrenpräsident von attac Frankreich, Direktor von Le Monde Diplomatique in Spanien, http://www.monde-diplomatique.es/ - Weitere Artikel von Ignacio Ramonet in „Sand im Getriebe“:
SiG 36: Widerstand, http://sandimgetriebe.attac.at/2919.html
SiG 41: Zielscheibe Teheran , http://sandimgetriebe.attac.at/3101.html
SiG 45: Die Krise der Medien und die fünfte Macht, http://sandimgetriebe.attac.at/3207.html
SiG 64: Die Beherrschung der Welt durch den Westen geht zu Ende, http://sandimgetriebe.attac.at/6226.html
SiG 98: Warum Chavez? http://sandimgetriebe.attac.at/9427.html

G8 - G20 - G-Welt

Achtung! G8

Die G8-Länder: Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Russland, Vereinigtes Königreich (UK), USA

***SiG 22: Geschichte der G8**: **Politik der neoliberalen Globalisierung**, G. Duménil und D. Lévy,* *http://www.staytuned.at/sig/0022/32889.html*
***SiG 45: Antwort auf G8: Neue Süd-Süd-Vernetzung**, http://sandimgetriebe.attac.at/3200.html*
***SiG 58: Achtung! G8,** http://sandimgetriebe.attac.at/sig58.html*
***SiG 59: G8: Gipfel der strukturellen und militärischen Gewalt**., http://sandimgetriebe.attac.at/5441.html*
***SiG 60: Die Ohnmacht ist vorbei (**Über die Proteste in Heiligendamm), http://sandimgetriebe.attac.at/5547.html*
Auch SiG 23, 25, 51, 54

G20



Die G20 Länder:
Argentinien, Australien, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU

Peter Wahl: G20: Als Tiger gesprungen, 2012

Effekte der Multipolarität
Das internationale System ist im Übergang zur Multipolarität. China steigt zur Supermacht auf. Die USA sind noch die Nr. 1, aber deutlich angeschlagen. Die Schwellenländer befinden sich in Aufholjagd, und die EU steigt in die zweite Liga ab. Wir erleben den Anfang vom Ende der 500-jährigen Epoche der Dominanz des Westens über den Rest der Welt. Das merkt man auch auf G20-Gipfeln.
Dabei bilden sich inzwischen neue Allianzen, wie die der BRICS (Brasilien, Russland, Indien , China, Südafrika). Diese bereiten sich nicht nur gemeinsam auf G20-Gipfel vor, sondern planen auch eigenständige Projekte, wie eine Entwicklungsbank, die die Rolle von IWF und Weltbank relativieren dürfte.
In einer solchen Umbruchsituation bekommen Fragen der Rangordnung in der internationalen Hierarchie eine noch größere Brisanz als sonst. Die Aufsteiger wollen mit aller Macht nachoben, die Etablierten verteidigen ihre Position mit Zähnen und Klauen. Dieser Rationalität werden andere Interessen nachgeordnet. Das gilt für Finanzmarktreformen wie für Klima- und Umweltkrise gleichermaßen. Standortwettbewerb hat Priorität. Multilaterale Vereinbarungen werden nur soweit akzeptiert, wie sie in die nationalstaatlichen Interessen passen, und die multilateralen Foren werden zur Arena, in der die Interessenskonflikte ausgetragen werden.

Patchwork-Governance
All das ist jedoch kein Grund, die multilateralen Gremien einfach aufzulösen. Die Bemühungen um universelle Lösungen dürfen nicht aufgegeben werden. Aber sie sollten auf ein realistisches Maß heruntergeschraubt und die pompösen Gipfel-Shows zu echten Arbeitstreffen werden. Parallel dazu gilt es, andere Wege zu beschreiten. Zum Beispiel Koalitionen von Willigen, mit wechselnden Partnern bei wechselnden Themen.
*in **SiG 96** erschienen*
http://sandimgetriebe.attac.at/10106.html

SiG 70: G20 gegen G Welt , (mehrere Artikel) , http://sandimgetriebe.attac.at/6855.html
SiG 73: Damien Millet und Eric Toussaint : G20: Ein Schlag ins Wasser, http://sandimgetriebe.attac.at/7220.html
SiG 77: G192 gegen G20, (mehrere Artikel), http://sandimgetriebe.attac.at/8340.html
SiG 84: **Conrad Schuhler :** Das G20-Fiasko Die Spekulation geht ungebremst weiter und die Gesellschaften haben für die Bankenrettung zu sparen,
SiG 87: Peter Wahl: G20: Der Aufstieg einer überschätzten Institution, http://sandimgetriebe.attac.at/9245.html

Éric Toussaint, 2006

Der Kampf um die Streichung der Schulden aus historischer Sicht

Der internationale Kampf für die Streichung der Schulden der Länder der Dritten Welt ist historisch gesehen eher neu: er hat kaum 20 Jahre. Er reiht sich ein in große Kämpfe und internationale Kampagnen, wie die Abschaffung der Sklaverei (18. und 19. Jahrhundert), oder die Einführung des Achtstundentages (der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts dem 1. Mai zu Grunde liegt), das allgemeine Wahlrecht, die Gleichheit der Geschlechter, und viele weitere, die ich hier nicht aufzähle, aber alle gleich wichtig sind und den Kampf der Unterdrückten für ihre Befreiung gekennzeichnet haben.

Die Kämpfe um die Streichung der Schulden der Dritten Welt, gegen den freien Handel und die universelle Kommerzialisierung, die Kämpfe für den Umweltschutz, für die Rückgewinnung der öffentlichen Kontrolle über Ressourcen und wesentliche öffentliche Dienste sowie für die Förderung der öffentlichen Güter – all diese Kämpfe sind unmittelbar mit der aktuellen Phase der kapitalistischen Globalisierung verbunden - im Rahmen eines neuen, weltweiten Angriff des Kapitals gegen die Arbeit, des Angriffs der imperialistischen Länder gegen alle Völker der Peripherie.
Die weltweite kapitalistische Globalisierung hat auch die Globalisierung der Widerstände und Kämpfe bewirkt, bei denen es um die oben angeführten Ziele geht.

Damit ich nicht missverstanden werde: die kapitalistische Globalisierung war nicht auf die letzten 20 Jahre beschränkt. Sie geht auf das Ende des 15. oder den Anfang des 16. Jahrhunderts zurück, mit der Ausbeutung Amerikas durch Spanien, bald gefolgt von Portugal, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden etc. Damit begann Europa, seine Vormachtstellung weltweit durchzusetzen, indem es die Kontinente gegeneinander ausspielte und allen schrittweise und gewaltsam den Kapitalismus aufdrückte. Auch die internationalen Befreiungskämpfe haben nicht erst gestern begonnen. Sie reichen mindestens bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück und führten in ihrem Verlauf zur Gründung von vier Internationalen, von der 2. Hälfte des 19. bis zur 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Sozialbewegungen und diese Internationalen waren die Basis für große, internationale Kampagnen zu verschiedenen Emanzipationsthemen. Zur gleichen Zeit sind manche Themen jedoch national geblieben: dies war zum Beispiel für die **Frage der Auslandsschulden** der vom Imperialismus beherrschten Länder der Fall.

Schon **seit dem 19. Jahrhundert** werden Auslandschulden als Instrument zur Beherrschung der Völker Lateinamerikas, der Karibischen Inseln, Asiens und Afrikas genutzt. Schon seit dem 19. Jahrhundert haben Länder der Peripherie versucht, die Rückzahlung ungerechter Schulden zu verweigern. Als Beispiel sei Mexiko 1861 genannt, damals unter dem ersten indigenen Präsidenten Lateinamerikas, dem Indianer Benito Juarez. Im Lauf der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts sind es nicht weniger als 14 lateinamerikanische Regierungen, die eine nach der anderen einseitig beschließen, die Zahlung der Auslandsschulden einzustellen, die hauptsächlich gegenüber Europäern und Nordamerikanern bestanden.[1]



Erst Mitte der 1980er Jahre wurde die Ablehnung der Schuldenrückzahlungen von Massenbewegungen gemeinsam über die nationalen Grenzen hinausgetragen. Es fing in Lateinamerika an, wo Kuba eine Pionierrolle spielte und die Gründung einer internationalen Front für die Zahlungsverweigerung zu gründen versuchte, leider ohne bei den Regierungen Erfolg zu haben. Seit 1984-1985 folgen an allen Ecken des Planeten **Massenerhebungen gegen die Strukturanpassungspolitik**, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds gefordert werden, unter stillschweigender Mitwirkung der Regierungen und der örtlichen Oberschichten.

Es hat dann noch einmal 10 Jahre gedauert bis sich im Rahmen des **Jubilee 2000** eine weltweite Kampagne zu diesem Thema formierte (teilweise durch den Vatikan und die Leitungen der evangelischen Kirchen - Anglikaner, Lutheraner und Calvinisten - kontrolliert, die sicher nicht fortschrittlich sind). Das Bestreben der christlichen Hierarchien, die Streichung der Schulden für die ärmsten Länder zu fordern, die vor allem in Afrika und Mittelamerika liegen, war die Reaktion auf den **Druck der nationalen Kirchen der Länder Schwarzafrikas, Lateinamerikas und der Philippinen**, wo das Christentum stark verbreitet ist. Der Vatikan und die evangelischen Kirchen finden neue Gläubige in diesen Ländern, die dem Joch der Auslandsschuld besonders unterworfen sind. Ihre Hierarchie konnte nicht umhin, eine der christlichen Tradition entspre-chende Lösung zu unterstützen: den Schuldenerlass zum Großen Jubiläum des Jahres 2000. Es war die Gelegenheit, als Fürsprecher zu Gunsten der Verdammten der Erde bei den Großen dieser Welt aufzutreten.
1998, 1999 wurden Messen für das Jubilee 2000 und für den Schuldenerlass gelesen. Ein Teil der Unterschriften unter die **Petition** für die Streichung der Schulden für die armen Länder wurde direkt am Ausgang dieser Messen gesammelt. Die großen NGOs und die christlichen Wohlfahrtsverbände wurden mit sehr eingeschränkten Zielen für die Kampagne mobilisiert: Streichung der nicht bezahlbaren Schulden der armen Länder. Hunderte von Angestellten dieser Bewegungen wurden mobilisiert, um den Erfolg der Kampagne zu gewährleisten. **Im Juni 1999, beim G8-Gipfel in Köln**, wo die Staatschefs der mächtigsten Länder wieder einmal **Versprechen** machten, die sie nicht halten würden, haben sich die Kirchenhierarchien und die Bewegungen, die unter ihrem Einfluss stehen, zum Ergebnis beglückwünscht. Dadurch wurden diese Bewegungen und insbesondere die britische Kampagne dazu **verleitetet, ihre Kampagnen zu beenden**, zum Schaden anderer Kampagnen, vor allem im Süden: Diese meinten, dass die Ziele in keiner Weise erreicht worden waren.

Während der 2 Jahre dauernden Kampagne hatte sich das Bewusstsein Hunderttausender von Menschen entwickelt, um so mehr als eine Reihe von Bewegungen im Norden wie im Süden [2] Unterschriften für eine **wesentlich radikalere Petition** gesammelt hatten, als die offiziell von der Kampagne zum Jubilee 2000 vorgestellte. Der Vatikan seinerseits beschloss im Jahr 2000, Michel Camdessus, den ehemaligen Direktor des IWF, als Berater für die Schuldenproblematik in den Päpstlichen Rat Gerechtigkeit und Frieden (*Pontificium Consilium de Iustitia et Pace)* zu bestellen. Alles musste zur Tagesordnung übergehen und es sollte nicht mehr für dieses Thema mobilisiert werden. Bestimmte NGOs des Nordens mit Angestellten im Süden verpflichteten diese, das Thema der Verschuldung fallen zu lassen und sich anderen Themen, wie dem fairen Handel, zuzuwenden. Im Norden wurden Menschen, die für die Schulden-

kampagne von christlichen NGOs eingestellt worden waren, gekündigt oder anderen Bereichen zugewiesen.

In diesem Zusammenhang haben einige Bewegungen des Südens im Lauf des Jahres 1999 **Jubilee South** ins Leben gerufen. Das sich allmählich international ausweitende Netzwerk **CADTM** (Comité pour l'annulation de la dette du Tiers Monde, *Komitee für die Streichung der Schulden der Dritte Welt*) seinerseits entschloss sich zu einer strategischen Allianz mit Jubilee South und zur Beteiligung an einem **zweiten Anlauf** der Entschuldungsbewegung auch nach dem Jahr des Jubilee 2000. [3] Deshalb fand das große **internationale Treffen von Dakar im Dezember 2000** unter dem Titel "*Afrika: Von den Widerständen zu Alternativen*" statt. Unmittelbar danach folgte **der erste Nord-Süd-Dialog**.
Im März 2000 bedeuteten die auf das Netzwerk der Bürger für die Abschaffung der Auslandsschulden (**RCADE**) zurückgehende Volksbefragung in Spanien (die "consulta") und jene, die im September in Brasilien organisiert wurde, einen großen Schritt nach vorne. Sowohl die Qualität der Mobilisierung als auch der Grad der Politisierung der Bürger sind bei dieser Art von Aktion wesentlich höher als bei einer simplen Sammlung von Unterschriften unter einer Petition. Es ist schade, dass diese Art der Initiative nicht in einer großen Zahl von Ländern wiederholt werden konnte.

Strukturen ändern

In ihrer politischen Analyse meint das RCADE völlig zu Recht, dass "*die Verschuldung nicht ein Fehler im System sondern viel eher dessen Produkt ist und dass es daher unerlässlich ist, auf eine Änderung der Strukturen zu wirken, um das Problem der Verschuldung zu beseitigen. Werden die Schulden abgeschafft, ohne die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen zu verändern, wird das Problem immer wieder auftreten.* ***Die Abschaffung der Schulden erfordert also eine Änderung der Strukturen***." (RCADE, 2000b:1).

Dies ist ein Diskussionsthema zwischen den Entschuldungskampagnen: die einen, wie RCADE, CADTM oder Jubilee South, meinen, dass der Kampf um die Entschuldung in eine Kritik des kapitalistischen Systems als Ganzes münden muss; andere denken, dass dieses System nicht geändert werden kann oder darf. Für sie handelt es sich darum, einige Probleme, wie die übermäßige und illegitime Verschuldung zu beseitigen, indem man die Länder von der Last der Schulden befreit, ohne das System in Frage zu stellen.

Natürlich müssen diese tiefgehenden, politischen Diskrepanzen diskutiert werden, aber das darf uns nicht daran hindern uns auf Aktionen mit konkreten Zielen zu einigen.

Keine Bedingungen!

Es gibt andere Themen, die innerhalb der Bewegung bei Radikalen und Moderaten ganz **entgegen gesetzte Reaktionen** hervorgerufen haben.
Zum Beispiel sind Jubilee South und der CADTM dagegen, dass die Regierungen des Nordens und internationale Finanzinstitute **Bedingungen** für Länder festlegen, die einen Schuldenerlass erhalten. Jubilee South und der CADTM sind der Meinung, dass allein die Bürger und Bürgerinnen des Südens die Bedingungen festlegen dürfen, denn es handelt sich um ihr Schicksal. Einige Organisationen im Süden und die Mehrheit derer im Norden sind ihrerseits davon überzeugt, dass der Norden und der IWF Bedingungen auferlegen dürfen, ja sogar müssen, zum Beispiel in der Sache der Armutsbekämpfung. Jubilee South und der CADTM hingegen sind der Meinung, dass nördliche Regierungen und das IWF das Argument der Armutsbekämpfung (zu dem die «Millenniums-Entwicklungsziele» seit 2000 zusätzlich kommen) als Vorwand aufgreifen, um andere Ziele, Teile einer versteckten Agenda, verwirklichen zu können. Dazu gehören weitere Privatisierungen, Ausweitung der ökonomischen Öffnung des Südens, usw.
Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert – so könnte man die Verlogenheit der Regierungen im Norden und des IWF umschreiben. Vergessen wir nicht, dass die Kreuzzüge die Befreiung des Grabs Christi zum Vorwand nahmen; dass das päpstliche Rom die Sklaverei ab dem 15. Jahrhundert legitimierte und die Hexenjagd auf selbständige Frauen mit der Erklärung, 'sie hätten keine Seelen' gerechtfertigt wurde; Leopold II, König von Belgien, bekam an der Berliner Konferenz von 1885 von den Hoheiten Europas den Kongo geschenkt, um «*gegen den von den Arabern betriebenen Sklavenhandel anzukämpfen*»; und - um ein etwas jüngeres Beispiel zu nennen- die USA und ihre Verbündeten haben 2003 den Irak unter dem Vorwand überfallen, das irakische Volk von der Tyrannei zu befreien und die Menschheit vor Massenvernichtungswaffen zu schützen.

In der oben beschriebenen Diskussion wurde im **Juni 2005 ein riesiger Schritt nach Vorne gemacht** und im September des gleichen Jahres bestätigt, als der **zweite Süd-Nord Dialog in Havanna** stattfand. Gemäßigte und radikale Stimmen wurden sich darüber einig, von da an gemeinsam gegen alle vom Norden aufgezwungene Auflagen abzulehnen.

Die Reichen des Südens

Ein weiteres Thema steht zur Debatte: Welche Haltung soll man gegenüber den Reichen in den Ländern des Südens und ihren Regierungen einnehmen? Zunächst einmal ist festzustellen, dass fast alle Regierungen des Südens ihre Politik so gestalten, dass sie den Interessen der regional herrschenden Klassen entspricht. Hinzu kommt, dass die Regierungen der Länder des Südens, die in den letzten zwanzig Jahren die Streichung der Schulden gefordert haben, an den Fingern einer Hand zu zählen sind. Wie ist das zu verstehen? Die herrschenden Klassen des Südens profitieren davon, dass die Außenschulden zurückbezahlt werden: Die Gelder, die sie angehäuft haben, haben sie größtenteils im Norden angelegt. Die Reichen des Südens machen sich selber zu **Gläubigern der Regierungen** der Länder des Südens durch Ankauf von ausländischen Schuldanteilen. Die Nicht-Bezahlung der Schulden würde daher ihren Interessen schaden. Die Reichen des Südens fühlen sich im globalen Kapitalismus integriert und teilen die gleichen Interessen wie die reichen Klassen des Nordens.

Schuld zurückweisen

Jubilee South und der CADTM verlangen von den Regierungen des Südens, dass sie ein **unabhängige Überprüfung** der öffentlichen Schulden veranlassen [5], dass sie die Rückzahlung derselben unterbrechen und dass sie den Tatbestand der Schuld zurückweisen. In diesem Kampf können sie kaum auf die Sympathien der Regierungen zählen, die sich im Tausch für eine fügsame Rückzahlung der Landesschulden einen dauerhaften Zugang zu den Finanzquellen des IWF und zu deren privaten Institutionen sichern. Als Belohnung für den Gehorsam haben sie weiterhin Zugang zu Krediten. Die Geldgeber kümmern sich wenig darum, wie die geliehenen Gelder verwendet werden. Die Regierungen des Südens bereichern sich, während sie jeweils Land und Leute verarmen lassen.

«Wir, die Menschen des Südens, sind die Gläubiger!»

Jubilee South muss man das Verdienst einräumen, dass es die Begriffe von historischer, sozialer, kultureller und ökologischer Verschuldung in die von den Bewegungen gegen die Schulden kollektiv vorgenommenen Ausarbeitungen hineingebracht hat. Ihr Leitwort, *«Wir, die Menschen des Südens, sind die Gläubiger!»,* wurde von vielen der Bewegungen übernommen.
Die Aktivistenbewegungen weisen vor allem auf verschiedene Zusammenhänge hin, z. B. auf die Verbindung zwischen Verschuldung und Migration [6]; auf den Zusammenhang zwischen Ernährungssouveränität und Zurückweisung der Schuld

sowie der Ablehnung der Politik der strukturellen Anpassung; auf den gemeinsamen Kampf gegen die Dreiheit WTO, Weltbank und IWF, und setzen sich für die Zusammenarbeit der Bewegungen für die Schuldenstreichung [7] ein. Einer allgemein verbreiteten Vorstellung zum Trotz müssen die Länder des Südens sich nicht unbedingt bei denen des Nordens verschulden, wenn sie sich entwickeln wollen. Es gibt politische Alternativen, die problemlos auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene angewendet werden können, und die keine neuen Schulden schaffen.

Die heutige Konjunktur und die Zukunftsperspektiven

(…) Die vorzeitigen Rückzahlungen an den IWF haben den falschen Eindruck geschaffen, dass Verschuldungen nun eine Sache der Vergangenheit sind. In Wirklichkeit reifen die Bedingungen für ein erneutes Ungleichgewicht der Finanzmärkte heran und mit ihnen eine neue Schuldenkrise. Wann und in welcher Form kommt es zum Ausbruch? Schwierig, dies zu sagen.

Die Schuldenfrage wird in den kommenden Jahren wieder auf der vordersten Bühne stehen und es ist zu hoffen, dass die Regierungen des Südens, unter dem Druck der Öffentlichkeit, eine Fortsetzung der Rückzahlungen in Frage stellen werden. Wir können nur hoffen, dass alternative Vorschläge ein großes Echo finden werden. Von 2005 bis 2006 sind wir trotz zahlreicher Hindernisse recht weit gekommen auf dem Weg der Konvergenz verschiedener Bewegungen, die die Menschen vom Joch der Schuld befreien wollen. Außerdem haben die sozialen Bewegungen und die großen weltweiten Kampagnen ihre Entschlossenheit zu besserer Zusammenarbeit erneut bekräftigt [8]. Um einmal zu gewinnen, müssen wir vorerst weiter kämpfen.

----

[1] Eric Toussaint, "La finance contre les Peuples", CADTM-Syllepse-Cetim, Lüttich-Paris-Genf, 2004, S. 175-182
[2] Dies war für den argentinischen Dialogo 2000 der Fall, der eine radikalere Petition angenommen hatte, die von CADTM übernommen wurde.
[3] Schon im März 1999, bei einem Treffen in Brüssel, hatte CADTM den Führern der Kampagnen des Südens, die vorhatten, Jubilee South zu gründen, die Schaffung einer Weltbewegung angeboten. Die hatten aber erklärt, lieber eine Süd-Südbewegung zu gründen, was sie einige Monate später auch taten. Sie wollten sicher den Interventionismus des Nordens vermeiden. Ab diesem Zeitpunkt hat sich CADTM vor allem in den "frankophonen" Ländern Europas, Schwarz- und Nordafrikas sowie im Nahen Osten und in Haiti ausgebreitet. Es hat sich auch, wenn auch weniger stark, in Lateinamerika (Venezuela, Kolumbien und Ecuador) und in Südasien (Indien und Pakistan) entwickelt. Die Mehrzahl der Organisationen aus dem Süden, die zum CADTM-Netz gehören, sind auch bei Jubilee South. Jubilee South, das vor allem in den "angelsächsischen" Ländern Asiens und Afrikas sowie in Lateinamerika zu finden ist, und das Netz von CADTM, vor allem (aber nicht ausschließlich) in den frankophonen Ländern und in den arabischen Ländern verankert, ergänzen sich in gewissem Sinn.
[4] Der Sklavenhandel wurde in der päpstlichen Bulle Romanus Pontifex von 1455 legitimiert; die Angelegenheit wurde wie eine missionarische Tätigkeit betrachtet. Dazu Angus Maddison, L'économie mondiale: une perspective millénaire, centre de développement de l´OCDE, Paris, 2001.
[5] Hierzu das gemeinsam herausgegebene Buch von CADTM, Cetim und Jubilee South mit dem Titel: «Menons l'enquête sur la dette ! Manuel pour des audits de la dette du Tiers Monde», Genève, 2006, http://www.cadtm.org/article.php3 ?id_article=2299
[6] Ein Treffen zwischen nordafrikanischen Sozialbewegungen und Bewegungen aus Ländern südlich der Sahara (darunter auch militante CADTM in Marokko, DR Kongo, Elfelbeinküste und Niger) fand im Juli 2006 in Rabat statt, parallel zum Euro-Afrikanischen Gipfel. Zu diesen Fragen s. auch der CADTM und die Bewegung der „Sans-Papiers" in Belgien.
[7] Es gab im September 2006 einen gemeinsamen Aufruf für eine Aktionswoche gegen die Weltbank und den IWF, der von Jubilee Süd, CADTM, 50 years is Enough, Eurodad, u. a.m. initiiert wurde und an den sich auch Greenpeace, Oil Watch und Amis de la Terre *(Friends of the Earth)* angeschlossen haben, zusammen mit den Bewegungen des Widerstandes gegen riesige Staudämme und andere Megaprojekte der Energiewirtschaft. Eine Zusammenarbeit gibt es auch mit den Bewegungen gegen die Entwaldung.
Ein neues Thema wurde in den letzten Jahren in die Diskussion hineingenommen, hauptsächlich vom CADTM: Eric Toussaint (CADTM) "Dette: nouveaux défis", Intervention à la conférence internationale: «Résistances et Alternatives à la domination de la dette», La Havane 28-30 septembre 2005 ; vom selben Autor: «Banque du Sud, contexte international et alternatives» http://www.cadtm.org/article.php3 ?id_article=1998
[8] Das war vor allem der Fall während des Seminars über die Strategie der Sozialbewegungen, welches in Brüssel Ende September 2006 stattfand; dieses wurde vor allem von «l'Alliance Sociale Continentale des Amériques», vom CADTM, von COMPA (Amériques), von Focus on the Global South (Asie), Grassroots Global Justice (Etats-Unis), Jubilee South, vom «Marche Mondiale des Femmes» und der «Via Campesina» ins Leben gerufen.

21. Dezember 2006 *(In SiG 58 veröffentlicht)*
Web-seiten: http://www.jubileesouth.org http://cadtm.org/

Weitere Artikel zu den Schulden:

SiG 70: Patrick Bond: Wir zahlen - nicht! Neuer afrikanischer Widerstand gegen das globale Finanzsystem, http://sandimgetriebe.attac.at/6887.html
E. Toussaint: Der Internationale Währungsfonds wird die Krise zur Vergabe umfangreicher Darlehen nutzen wollen, http://sandimgetriebe.attac.at/6890.html
SiG 91 - Democracia real YA !! Echte Demokratie JETZT! „Wir verkaufen nichts, wir schulden nichts, wir zahlen nicht !" , http://sandimgetriebe.attac.at/8995.html
SiG 92 : Eric Toussaint: Auch die illegitimen Schulden im Norden müssen annulliert werden!, http://sandimgetriebe.attac.at/9727.html
SiG 95: Greek Debt Audit Campaign: Einstellung der Zahlungen an die Gläubiger und Überprüfung der Schulden! http://sandimgetriebe.attac.at/10066.html
Damien Millet: Die vielversprechende Dynamik des Bürgeraudits in Frankreich, http://sandimgetriebe.attac.at/10069.html

Nicola Bullard, TNI, 2010

Was versteht man unter „Klimaschuld"

Es mag keine abschließende Definition der Klimaschuld geben, jedoch ist es für Bewegungen der sozialen Gerechtigkeit nützlich eine gemeinsame Vorstellung davon zu haben, was wir damit meinen.

Ohne vielleicht in vollem Umfange die Bedeutung oder die Konsequenzen zu begreifen, drehten sich progressive Bewegungen stets um den Slogan der „Klimaschuld" als Pfad in die komplexe Welt der Klimaverhandlungen.

Es ist leicht zu verstehen, warum das so ist: Schuld ist ein einfaches Konzept und in einer gerechten Welt sollten Schulden beglichen werden. Mehr noch aber trifft die Idee einer Klimaschuld den Kern der Politik zum Klimawandel. Sie bringt die zentrale Frage der **historischen Verantwortlichkeit** auf und problematisiert, **wer wem etwas für was schuldet.** Und bei der Neudefinierung von „Schuld" als eher systemisches Thema denn als finanzielles Problem stellt sie die traditionellen

Beziehungen zwischen Arm und Reich auf den Kopf. Üblicherweise sind es die Reichen, die die Gläubiger sind und Bezahlung von den Armen fordern, jedoch kehrt die Klimaschuld dies um: es sind jetzt die Armen und die an den Rand Gedrängten, der Globale Süden, die ihre Forderungen geltend machen, nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern für die Zukunft der Menschheit und von Mutter Erde.

Auf diese Weise ist Klimaschuld eine machtvolle Idee, die Themen, Gemeinschaften und Strategien verbindet, mit dem zusätzlichen Reiz der Verwendung einfacher Worte als trojanisches Pferd für komplexe und potentiell subversive Ideen. Aber ohne eine klare Vorstellung davon, was „wir" mit Klimaschuld meinen, gibt es immer die Gefahr, dass die Prinzipien und zugrunde liegenden Ideen vereinnahmt und verwässert werden. Vielleicht gibt es keine abschließende Definition von Klimaschuld, aber als Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und als Aktivisten ist es nützlich eine gemeinsame Vision dessen zu haben, was wir meinen und was wir verlangen.

Was ist Klimaschuld?

Das Konzept der ökologischen Schuld gibt es bereits seit einigen Jahren. Ecuadors Accion Ecologica spricht über ökologische Schuld als *„die von den nördlichen Industriestaaten gegenüber den Ländern und Völkern des Südens angehäufte Schuld, entstanden durch Ausplünderung von Ressourcen, Umweltschädigung und die kostenfreie Belastung der Umwelt durch Abfallentsorgung, etwa mit Treibhausgasen."*
Buchhaltungsgemäß ausgedrückt ist Klimaschuld lediglich ein Posten im weitaus größeren Bilanzbogen der **ökologischen Schuld**, kann aber in verständliche und messbare Teile zerlegt werden.

1.
Ein Teil der Klimaschuld steht im Bezug zu den **Auswirkungen des exzessiven Ausstoßes von Treibhausgasen**, die die globale Erwärmung verursachen: extreme und häufige Klimaereignisse, Fluten, Dürren, Überschwemmungen, Stürme, Verlust von Ackerland und Artenvielfalt, Seuchen, Landlosigkeit, Abwanderung, Armut und vieles mehr. Im Sprachgebrauch der UN werden diese sehr realen Auswirkungen auf Menschen verharmlost und unter Kosten der „Anpassung" zusammengefasst.

2.
Ein zweites Element der Klimaschuld sind die Kosten für die **Reorganisation von Gesellschaften und Volkswirtschaften** in eine Richtung, die den Ausstoß von Treibhausgasen radikal reduziert: dies heißt dann Schadensminderung und berührt nahezu jeden Aspekt menschlicher Tätigkeit von Landwirtschaft, Energie und Transport bis zu der Frage wie Städte organisiert sind, wie Verbrauchsmuster und globaler Handel aussehen. Für die bolivianische Regierung ist dies gleichwertig mit einer „*Entwicklungsschuld*", die dadurch ausgeglichen wird, dass für alle Menschen der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen sichergestellt wird und dass alle Länder ausreichend industrialisiert sind, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.

3.
Ein dritter Teil der Schuld ist weitaus schwerer zu berechnen; manche nennen es die **Emissionsschuld**. Er bezieht sich auf die Tatsache, dass reiche Länder den größten Teil der Fähigkeit der Atmosphäre zur Aufnahme von Treibhausgasen verbraucht haben, und damit keinen „*atmosphärischen Raum*" für den Süden lassen um zu „*wachsen*". Ausgehend davon, dass es eine sehr hohe Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Ausstoß von Treibhausgasen im gegenwärtigen technischen Kontext gibt, bedeutet dies, dass Entwicklungsländern faktisch gesagt wird, dass sie ihr wirtschaftliches Wachstum begrenzen müssen. Der einzige Weg für die reichen Länder diese Schuld auszugleichen ist, dass sie ihren eigenen Ausstoß drastisch vermindern.

Die bolivianische Regierung schließt zwei weitere Punkte in die Berechnung der Klimaschuld mit ein.
Zusätzlich zur Anpassungs-, Schadensminderung- und Emissionsschuld, benennt sie eine **„Wanderungsschuld"**, die durch die Abschaffung von restriktiven Migrationsregelungen und die würdevolle Behandlung aller Menschen ausgeglichen werden kann, und schließlich die **Schuld an Mutter Erde**. Der bolivianischen Regierung zufolge ist es *„unmöglich, diese Schuld vollständig auszugleichen, weil die durch die Menschheit verübten Gräueltaten zu schrecklich waren. Jedoch besteht der Mindestausgleich dieser Schuld darin, dass der angerichtete Schaden anerkannt wird , verbunden mit der Annahme einer Deklaration der Vereinten Nationen zu den Rechten von Mutter Erde, um sicher zu stellen, dass die gleichen Verbrechen in der Zukunft niemals wiederholt werden."*

Wenn man all diese Bestandteile zusammen betrachtet, so ist die Schuld der Reichen gegenüber den Armen unermesslich.

Wer ist für die Klimaschuld verantwortlich?

Diese Frage steht bei den Verhandlungen über die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) im Mittelpunkt, da - verborgen hinter der technischen Spra-che - sich alles um Geld und wirtschaftliche Interessen dreht. Aus diesem Grunde haben die USA das „Kopenhagen-Abkommen" während COP15 aus dem Hut gezaubert: um neu zu definieren, wer verantwortlich ist, und um damit die Bezahlung für ihre Verpflichtungen zu vermeiden.

Der gegenwärtige Stand der Dinge ist, dass **die reichen Länder** (und besonders diejenigen, die den höchsten historischen Gesamtausstoß haben) einfach **nicht gewillt sind, ihre Schuld zu begleichen**. Nachdem sie durch die Zerstörung der Natur und den Abbau von Rohstoffen Wohlstand und Sicherheit auf Kosten der Armen angehäuft haben, weigern sich nun die reichen europäischen Länder, die USA, Japan, Australien und Kanada, die Rechnung zu bezahlen, sowohl hinsichtlich der aktuellen Kosten für Schadensausgleich und Anpassung, als auch in Bezug auf Änderung ihres eigenen **übermäßigen Konsums**. Sie weigern sich nicht nur ihre eigenen Emissionen zu vermindern, womit sie die Last der Verminderung anderen aufbürden, sie versuchen außerdem die Schuld auf Entwicklungsländer wie China, Brasilien und Indien zu schieben, deren gegenwärtige Emissionen rapide wachsen.

Kann die Schuld beglichen werden?

Obwohl bestimmte Aspekte der Schuld aufgezählt und berechnet werden können, beispielsweise die Kosten einer sauberen Technologie, für die Wiederherstellung verwüsteter Wälder, den Wandel hin zu nachhaltiger Landwirtschaft oder den Bau von klimatisch angepasster Infrastruktur, kann die tatsächliche Schuld nicht berechnet werden. Es ist viel mehr als eine Zahl oder Geld; **Klimaschuld symbolisiert über 500 Jahre ungleicher Beziehungen zwischen Norden und Süden, zwischen Reich und Arm, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten.**

Klimaschuld ist auch ein Maß für die vollständige Absurdität des Kapitalismus - gleich ob freier Markt oder staatlich gelenkt - als Modell für die Steuerung der menschlichen Gesellschaft und den Umgang mit den Ökosystemen unserer Erde. Letztendlich besteht der einzige Weg zur Begleichung der Schuld darin, sicher zu stellen, dass die historischen Beziehungen der Ungleichheit für immer durchgebrochen werden und dass keine „neue" Schuld angehäuft werden kann. Dies erfordert Systemwandel, sowohl im Norden als auch im Süden. **Aus diesem Grunde ist Klimaschuld eine derartig subversive Idee.**

In SiG 83 erschienen

Klima – eine Auswahl der SiG-Artikel

SiG 63 : Klimagerechtigkeit! Jetzt!
Walden Bello: Die Umweltbewegung in den Ländern des globalen Südens http://sandimgetriebe.attac.at/6189.html
SiG 71: Altvater: Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und finanzielle Instabilitäten, http://sandimgetriebe.attac.at/6977.html
Klimawandel: Vom Prinzip der Solidarität, von Evo Morales http://sandimgetriebe.attac.at/6988.html
SiG 75: Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum? von A. Passadakis und T. Müller, http://sandimgetriebe.attac.at/8157.html
SiG77: Notwendigkeit einer radikalen neuen Agenda für **Klimagerechtigkeit**, http://sandimgetriebe.attac.at/8352.html
SiG 78: Warum brauchen wir eine globale **Klima-Gerechtigkeitsbewegung?** http://sandimgetriebe.attac.at/8493.html
SiG 79 - Neue Bewegung nach dem Fiasko von Kopenhagen (2009), http://sandimgetriebe.attac.at/8536.html : Einschätzungen von Martin Jhor, Fidel Castro, Morales; / Erklärung der ALBA-Staaten / Systemwechsel statt Klimawandel! Die Erklärung vom Klimaforum09 - ca. 500 Organisationen, Dez. 2009
SiG 83: Cochabamba: Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde, April 2010 Naomi Klein zu Cochabamba: Aufstand gegen die Erfahrung der Hilflosigkeit, April 2010, http://sandimgetriebe.attac.at/8869.html
SiG 84: **Morales zur Klimakonferenz:** Wir wollen gehört werden! / AG Klimaschulden auf der Cochabamba-Konferenz: Wir fordern die Zahlung der Klimaschulden! http://sandimgetriebe.attac.at/8911.html

SiG 85: Klimawandel: Nach Cochabamba und vor Cancun, 2010

16. August 2010
17.
Nach einer Woche der Verhandlungen sind die Haupt Schlussfolgerungen der „*Welt-Völkerkonferenz zum Klimawandel und zu den Rechten von Mutter Erde*“ (Cochabamba, April 2010) in das Dokument der Vereinten Nationen zum Klimawandel aufgenommen worden, das jetzt als Verhandlungstext für die 192 Länder, die während der ersten Augustwoche in Bonn/Deutschland getagt haben**,** anerkannt worden ist.
Hier die allerwichtigsten Punkte, die vor Cancun für die Erwägungen in der nächsten Verhandlungsrunde, die in China stattfinden wird, aufgenommen wurden:

1. 50 % Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen durch entwickelte Länder für eine zweite Periode der Verpflichtungen aus dem Kyoto Protokoll (2013 bis 2017).
2. Stabilisierung des Temperaturanstieges auf 1° C und 300 ppm bei Kohlendioxid in der Atmosphäre.
3. Um eine gleichberechtigte Zuteilung der atmosphärischen Raums zu garantieren, wird die Klimaschuld bei den Emissionen durch entwickelte Länder gegenüber den Entwicklungsländern berücksichtigt.
4. Volle Respektierung der Menschenrechte und der inhärenten Rechte bei indigenen Völkern, Frauen, Kindern und Migranten.
5. Volle Anerkennung der UN Deklaration zu den Rechten indigenen Völker
6. Anerkennung und Verteidigung des Rechts von Mutter Erde, um Harmonie mit der Natur zu sichern.
7. Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der entwickelten Länder durch die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofes für Klimagerechtigkeit.
8. Ablehnung der neuen Mechanismen der Kohlenstoffmärkte, die die Verantwortung für die Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen von den entwickelten Ländern auf die Entwicklungsländer übertragen.
9. Förderung von Maßnahmen, die das Konsumverhalten der entwickelten Länder verändern.
10. Aufhebung des Rechtes auf geistiges Eigentum bei Technologien, die ökologische Nachhaltigkeit bewirken und die nützlich zur Milderung des Klimawandels sind.
11. Entwickelte Länder werden 6% ihres nationalen Bruttosozialprodukts für Aktionen bereitstellen, die in Bezug zum Klimawandel stehen.
12. Integriertes Forstmanagement zur Milderung und Anpassung, ohne Marktmechanismen. Volle Beteiligung der einheimischen Völker und lokalen Gemeinschaften.
13. Verbot des Umwandelns natürlichen Waldes in Plantagen, da die Monokulturen der Plantagen kein Wald sind. Stattdessen sollte der Schutz und der Erhalt natürlicher Wälder ermutigt werden.

http://pwccc.wordpress.com/2010/08/16/the-proposals-of-%E2%80%9Cpeoples-agreement%E2%80%9D-in-the-texts-for/#more-2380

SiG 87: Weltklimakonferenz in Cancun (Dez. 2010)
Ohne Konsens! Ohne Klimagerechtigkeit! Erklärung des Außenministeriums Boliviens; Bolivien verdammt die erfolgte Annahme der Kopenhagen-Vereinbarung II (auch viele **Hinweise auf Internetseiten**),http://sandimgetriebe.attac.at/9254.html
SiG 93: zur UN Klimakonferenz 2011, Durban, Südafrika: Yash Tandon: Die Lähmung der Klimaverhandlungen

Rio+20 Konferenz, Juni 2012:

Einige der größten Verschmutzer-Staaten hatten es noch nicht einmal nötig, ihre Staatschefs zu schicken (Obama,Merkel). Immerhin wurde der Grundsatz „*Gemeinsame aber differenzierte Verantwortung*“ beibehalten, der dem entwickelten Norden die Verpflichtung auferlegt, Platz zu machen für die Entwicklung des Südens. Die internationale Arbeiterbewegung in Gestalt des **Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC)** hatte zum Verhältnis von sozialen und ökologischen Forderungen Stellung bezogen „*In der Erkenntnis, dass unser gegenwärtiges profitgetriebenes Produktions- und Konsummodell als die Ursache wachsender sozialer Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörung identifiziert wurde und abgelöst werden muss, wenn eine wahrhaft nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll“,* verlangt sie danach, *„dass wir uns dem Ziel des Übergangs hin zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell verschreiben…“;* dafür ist u.a. *eine „strenge Regulierung der Märkte“* notwendig.

SiG 96: Internationaler Gewerkschaftsbund zu Rio+20 / Stimmen zu den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz / CO2-Emissionen: Vier Statistiken
SiG 98: Mohssen Massarrat: **Klimaimperialismus**

Immanuel Wallerstein, 2002

NEUE REVOLTEN GEGEN DAS SYSTEM

Der lang andauernde Widerstand gegen die etablierte Ordnung

***New Left Review* 18, November-Dezember 2002**

Ich habe den Begriff "**antisystemische Bewegung**" in den siebziger Jahren geprägt, um eine Formulierung zur Verfügung zu haben, die das zusammenführte, was historisch und analytisch zwei unterschiedliche und in vielerlei Hinsicht rivalisierende kollektive Bewegungen waren, diejenigen, die unter dem Namen "sozial" und jene, die als "national" bekannt waren. **Soziale** Bewegungen wurden vorrangig als sozialistische Parteien und Gewerkschaften gebildet. Sie strebten danach, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie oder die Arbeitgeber im jeweiligen Land voran zu bringen.
Nationale Bewegungen kämpften für die Schaffung eines Nationalstaates, entweder durch die Vereinigung getrennter politischer Einheiten, die als Teil einer Nation betrachtet wurden – wie zum Beispiel in Italien – oder durch Abspaltung der jeweiligen Nationen von Staaten, die als imperial und repressiv wahrgenommen wurden – zum Beispiel die Kolonien in Afrika und Asien. (...)

Beide Bewegungen hatten das Problem, die **Zwei-Schritt-Strategie** umzusetzen. Sobald "Schritt eins" vollbracht war und sie an der Macht waren, erwarteten ihre Anhänger, dass sie die Versprechen des zweiten Schrittes hielten: die Welt zu verändern. Sie entdeckten, wenn sie es nicht schon vorher gewusst hatten, dass die Staatsmacht begrenzter war, als sie gedacht hatten. Jeder Staat war dadurch eingeschränkt, dass er Teil eines zwischenstaatlichen Systems war, in dem die Souveränität keines einzigen Staates absolut war. Je länger sie im Amt blieben, desto länger schienen sie die Einlösung ihrer Versprechen hinaus zu schieben. Aus den Kadern einer militanten Mobilisierungsbewegung wurden Funktionäre einer Partei an der Macht. Ihre gesellschaftlichen Positionen änderten sich und damit zwangsläufig auch ihre individuelle Psyche. Was in der Sowjetunion als die „Nomenklatura“ bekannt war, schien in der einen oder anderen Form in jedem Staat zu entstehen, in dem eine dieser Bewegungen die Kontrolle übernahm. Es entsteht eine privilegierte Kaste höherer Beamte, mit mehr Macht und mehr realem Wohlstand als der Rest der Bevölkerung. Zur gleichen Zeit wurden die gewöhnlichen Arbeiter eindringlich aufgefordert, noch härter zu arbeiten und noch größere Opfer im Namen der nationalen Entwicklung zu bringen. Die militante gewerkschaftliche Taktik, die das tägliche Brot der sozialen Bewegung gewesen war, wurde als "konterrevolutionär" gebrandmarkt, diskreditiert und üblicherweise unterdrückt, sobald sie an der Macht war.
Eine Analyse der Situation der Welt der **sechziger Jahre** zeigt, dass die beiden Bewegungen sich ähnlicher als je zuvor waren. In den meisten Ländern hatten sie Schritt eins der Zwei-Schritt-Strategie vollbracht, sie waren **praktisch überall an der Macht**. Kommunistische Parteien regierten in einem Drittel der Welt, von der Elbe bis zum Amur. Nationale Befreiungsbewegungen in Asien und in Afrika, Volksbewegungen in Lateinamerika und sozialdemokratische Bewegungen oder ihre Nachfolger im größten Teil der europäischen Umwelt waren, zumindest auf alternierender Basis an der Macht.
Jedoch sie hatten die Welt nicht verändert, weder 1968 noch danach.
Eine Kombination dieser Faktoren lag der **Weltrevolution von 1968** als Hauptmerkmal zugrunde. Die Revolutionäre hatten verschiedene lokale Ansprüche, aber sie teilten fast überall zwei grundlegende Argumente.
Zunächst widersetzten sie sich der **Hegemonie** der Vereinigten Staaten und der stillschweigenden Duldung dieser Hegemonie durch die Sowjetunion.
Zweitens verurteilten sie die **Alte Linke** als "nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems". Dieses zweite gemeinsame Merkmal entstand aus der massiven Desillusionierung der Unterstützer der traditionellen antisystemischen Bewegungen über die Art der tatsächlichen Machtausübung. Die Länder, in denen sie aktiv waren, erlebten eine Reihe von Reformen – üblicherweise gab es Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Beschäftigungsgarantien. Aber es blieben beträchtliche Ungleichheiten. Die entfremdende Lohnarbeit war nicht verschwunden. Im Gegenteil, der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen war gestiegen. Es gab wenig oder keine Ausweitung der demokratischen Teilhabe, weder auf Regierungsebene noch am Arbeitsplatz, oft war es sogar umgekehrt. Im internationalen Maßstab neigten diese Länder dazu, eine sehr ähnliche Rolle im Weltsystem zu spielen, wie sie diese auch zuvor gespielt hatten. So war Kuba vor der Revolution eine Zucker exportierende Wirtschaft gewesen und blieb das auch danach, zumindest bis zum Ende der Sowjetunion. Kurz und gut, **es hatte sich nicht genug geändert**. Die Beschwerden mögen sich leicht geändert haben, aber sie waren so real und im Allgemeinen so zahlreich wie zuvor. Die Bevölkerung dieser Länder wurde von den Bewegungen an der Macht beschworen, Geduld zu üben, weil die Geschichte auf ihrer Seite stehe. Aber der Geduldsfaden war am reißen.

Die Völker der Welt beurteilten die Machtausübung der klassischen antisystemischen Bewegungen negativ. Sie glaubten nicht länger, dass diese Parteien eine glorreiche Zukunft oder eine gerechtere Welt bringen würden und sie verweigerten ihnen schließlich die Legitimation. Nachdem die Völker das Vertrauen in die Bewegungen verloren hatten, verloren sie auch ihren Glauben an den Staat als Mechanismus der Transformation. Das bedeutete nicht, dass große Teile der Bevölkerung in Wahlen ihre Stimmen nicht länger solchen Parteien gegeben hätten, aber es waren rein defensive Stimmen, des kleineren Übels wegen, keineswegs eine Bestätigung der Ideologie oder der Erwartungen.

Vom Maoismus nach Porto Alegre

Seit 1968 wurde langsam aber anhaltend nach einer besseren Form der antisystemischen Bewegung gesucht, eine die wirklich zu einer demokratischeren, gerechteren Welt führen sollte.
Es gab **vier verschiedene Versuche**, dies zu erreichen, einige davon dauern noch an.

Der **erste** war die Blüte vielfältiger **Maoismen**. Seit den sechziger bis Mitte der siebziger Jahre entstand eine große Zahl von verschiedenen konkurrierenden Bewegungen, die meisten klein, aber einige beeindruckend groß. Sie erhoben den Anspruch, maoistisch zu sein, womit sie meinten, dass sie auf die eine oder andere Weise von der Kulturrevolution in China inspiriert waren. Im Prinzip argumentierten sie, dass die Alte Linke gescheitert war, weil sie nicht die reine Lehre der Revolution gepredigt hatte, die sie jetzt vortrugen. Aber diese Bewegungen verliefen sich aus zwei Gründen im Sande. Erstens stritten sie untereinander erbittert darüber, was die reine Lehre war,

und wurden deshalb schnell winzige, isolierte Sektierergruppen; oder wenn sie groß waren wie in Indien, entwickelten sie sich zu neueren Versionen der Bewegung der Alten Linken. Der zweite und wesentlichere Grund war, dass mit dem Tod Mao Tse Tungs der Maoismus in China verschwand und damit die Quelle ihrer Inspiration. Heutzutage existieren keine solchen Bewegungen von Bedeutung.

Eine **zweite**, dauerhaftere Form, die Anspruch auf den antisystemischen Status erhob, waren die **Neuen Sozialen Bewegungen** – die Grünen und andere Umweltbewegungen, die Feministinnen, die Kampagnen rassischer und ethnischer "Minderheiten", wie die Schwarzen in den Vereinigten Staaten oder die Kinder der Migranten in Frankreich. Diese Bewegungen beriefen sich auf eine lange Geschichte, tatsächlich aber wurden sie erstmals in den siebziger Jahren bekannt oder sie erstanden in dieser Zeit in erneuerter oder militanterer Form. Sie waren im europäischen Umfeld stärker als anderswo auf der Welt.
Ihre gemeinsamen Merkmale waren zum einen die ausdrückliche Ablehnung der Zwei-Schritt-Strategie der Alten Linken, deren interner Hierarchien und deren Prioritäten – die Vorstellung, dass die Bedürfnisse von Frauen, "Minderheiten" und der Umwelt sekundär waren und erst "nach der Revolution" angegangen werden sollten. Und zum anderen waren ihnen der Staat und staatsorientierte Aktionen sehr suspekt.
In den achtziger Jahren waren alle diese neuen Bewegungen intern gespalten zwischen Fundis und Realos wie es die deutschen Grünen nannten. Es stellte sich heraus, dass die Debatte "Revolution oder Reform" vom Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wieder auflebte. Das Ergebnis war, dass die Fundis in jedem Fall verloren und mehr oder weniger verschwanden. Die siegreichen Realos erschienen immer mehr als eine Art sozialdemokratische Partei, nicht allzu verschieden von der klassischen Sozialdemokratie, wenn auch mit mehr Rhetorik über Ökologie, Sexismus, Rassismus und verwandte Themen. Heutzutage haben diese Bewegungen in manchen Ländern noch Bedeutung, aber sie scheinen kaum antisystemischer als die Altlinken – besonders seit die Alte Linke die Lehre aus 1968 gezogen hatte und Themen wie Ökologie, Geschlechterrollen, sexuelle Orientierung und Rassismus in ihre Programme aufnehmen musste.

Die **dritte** Form, die Anspruch darauf erhebt, antisystemisch zu sein, sind die **Menschenrechtsorganisationen**. Selbstverständlich gab es manche, wie z.B. amnesty international, schon vor 1968, aber die meisten wurden erst in den 80er Jahren eine größere politische Kraft. Unterstützung kam von Präsident Carter der die Menschenrechtsterminologie in seine Mittelamerikapolitik aufnahm, und der die Schlussakte von Helsinki 1975 mit den kommunistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa unterzeichnete. Beides gab den zahlreichen Organisationen, die jetzt die Bürgerrechte zum Thema machten, die Legitimation des Establishments. In den 90er Jahren führte das Medieninteresse an ethnischen Säuberungen besonders in Ruanda und auf dem Balkan zu einer heftigen öffentlichen Diskussion über diese Themen.
Die Menschenrechtsorganisationen erhoben den Anspruch, im Namen der "*Zivilgesellschaft*" zu sprechen. Der Begriff selbst weist auf die Strategie hin: Zivilgesellschaft ist per definitionem nicht der Staat. Das Konzept bezieht sich auf eine Unterscheidung aus dem 19. Jahrhundert zwischen dem pays légal und dem pays réel – zwischen denjenigen an der Macht und jenen, welche die öffentliche Meinung repräsentieren – und wirft die Frage auf: wie kann die Zivilgesellschaft die Kluft zwischen sich und dem Staat schließen? Wie kann sie den Staat kontrollieren oder den Staat dazu bewegen, ihre Werte anzunehmen? Die Unterscheidung scheint darauf zu beruhen, dass der Staat derzeit von einer kleinen privilegierten Gruppe kontrolliert wird, während die "Zivilgesellschaft" aus der aufgeklärten Gesamtbevölkerung besteht. Diese Organisationen bewirkten, dass sie einige Staaten – vielleicht sogar alle – dazu bewegten, ihre Politik in Bezug auf die Menschenrechte zu verändern. Aber im Laufe des Prozesses wurden sie mehr zu Anhängseln des Staates als zu dessen Gegnern und schienen im Großen und Ganzen wenig antisystemisch zu sein. Sie wurden **NGOs**, zumeist im Zentrum angesiedelt, und doch versuchten sie, ihre Politik in der Peripherie durchzusetzen, wo sie oft eher als Agenten ihrer Heimatländer angesehen wurden als deren Kritiker. Auf jeden Fall haben diese Organisationen selten die Unterstützung der Massen mobilisiert und verließen sich vielmehr auf ihre Fähigkeit, Nutzen aus der Macht und der Stellung ihrer militanten Elite im Zentrum zu ziehen.

Die **vierte** und jüngste Variante sind die so genannten **Antiglobalisierungsbewegungen** – eine Bezeichnung, die weniger von den Bewegungen selbst benützt wird als vielmehr von ihren Gegnern. Vor der WTO-Konferenz in Seattle im Jahr 1999 wurde dieser Begriff in den Medien kaum benützt. Die "Globalisierung" als Schlagwort der neoliberalen Vertreter des Freihandels für Waren und Kapital, war während der 90er Jahre eine starke Kraft geworden. Das Interesse der Massenmedien galt dem Weltwirtschaftsforum in Davos, dessen institutionelle Verankerung durch das Washingtoner Abkommen geschaffen wurde, das stärkte die Politik des IWF und der WTO. **Seattle** sollte ein Schlüsselmoment für die erweiterte Rolle der WTO sein. Die massiven Proteste, welche die Durchführung behinderten, überraschten viele. Unter den Demonstranten waren sehr viele Nordamerikaner von den Altlinken, den Gewerkschaften, den neuen Bewegungen und anarchistischen Gruppen. Dass der AFL-CIO (American Federation of Labor - Congress of Industrial Organizations, der größte Gewerkschaftsbund der USA; Anm. d. Übers.) bereit war, bei einer so militanten Aktion an der Seite von Umweltgruppen zu stehen, das war in der Tat etwas Neues, insbesondere für die USA. Die fortdauernden weltweiten Demonstrationen nach Seattle gegen die zwischenstaatlichen Regierungstreffen mit ihrer neoliberalen Agenda, führten hingegen zur Organisation des **Weltsozialforums**, dessen erstes Treffen in Porto Alegre stattfand. Das zweite im Jahr 2002 zog über 50.000 Delegierte aus über 1000 Organisationen an. Seitdem fanden eine Reihe regionaler Treffen statt, die das WSF 2003 vorbereiten. Die Charakteristika dieser neuen Bewegung, die den **Anspruch** erhebt, **antisystemisch** zu sein, unterscheiden sich stark von denen früherer Versuche. Zunächst versucht das WSF, all die vorhergehenden Formen zusammenzubringen – die Altlinken, die neuen Bewegungen, Menschrechtsgruppen und andere, die nicht so einfach in diese Kategorien einzuordnen sind – und umfasst Gruppen, die streng lokal, regional, national oder transnational organisiert sind. Die Basis für die Teilnahme ist ein **gemeinsames Ziel – der Kampf gegen die sozialen Übel in der Folge des Neoliberalismus** – und der gemeinsame Respekt für die jeweils vorhandenen Prioritäten. Wichtig ist, dass das WSF versucht, die Bewegungen aus dem Norden und dem Süden auf einer gemeinsamen Ebene zusammenzubringen. Der einzige Slogan bis jetzt lautet "Eine andere Welt ist möglich". Noch überraschender ist, dass das WSF versucht, all das zu tun, ohne eine umfassende Organisationsstruktur zu schaffen. Zur Zeit gibt es nur ein internationales Koordinationskomitee aus rund 50 Personen, welche die unterschiedlichen Bewegungen und Weltgegenden repräsentieren. Obwohl von den Altlinken ein Grummeln zu vernehmen war, das WSF sei nur eine reformistische Fassade, gab es bis jetzt vergleichsweise nur wenige Beschwerden. Die Grummler stellen nur Fragen, sie klagen noch nicht an. Es ist natürlich weithin anerkannt, dass das Ausmaß dieses Erfolgs auf der negativen Ablehnung des Neoliberalismus als Ideologie und als institutionelle Praxis beruht. Von vielen wurde gefordert, dass das WSF ein klareres, positiveres Programm propagieren müsse. Ob es das leisten kann und weiterhin die Einheit aufrechterhalten kann, ob es ohne eine umfassende

(unvermeidlicherweise hierarchische) Struktur auskommen kann, ist die große Frage des nächsten Jahrzehnts.

Eine Zeit des Übergangs

Wenn, wie ich an anderer Stelle argumentiert habe, das moderne **Weltsystem** in einer **strukturellen Krise** steckt und wenn wir uns in einer "Zeit des Übergangs" befinden – einer Zeit der Entscheidungen und des Chaos – dann ist es offensichtlich, dass die Themen, mit denen die antisystemischen Bewegungen konfrontiert sind, sich ganz anders stellen als im 19. und auch im 20. Jahrhundert.
Sowohl die staatsorientierte als auch die Zwei-Schritt-Strategie sind irrelevant geworden. Das erklärt das Unbehagen der meisten Nachkommen der vormaligen antisystemischen Organisationen, keine langfristigen oder unmittelbaren politischen Ziele propagieren zu können. Die wenigen, die es versuchen, sehen sich mit der Skepsis ihrer erhofften Anhänger konfrontiert, oder schlimmer noch, mit Gleichgültigkeit.

Eine solche Zeit des Übergangs hat **zwei Charakteristika**, welche die eigentliche Idee einer antisystemischen Strategie dominieren.
Als erstes werden diejenigen an der Macht nicht länger versuchen, das bestehende System aufrechtzuerhalten (da es zur Selbstzerstörung verdammt ist.). Sie werden vielmehr versuchen, einen Übergang zum Aufbau eines neuen Systems sicherzustellen, das die schlimmsten Merkmale des bestehenden wiederholen wird – seine Hierarchien, Privilegien und Ungleichheiten. Auch wenn sie jetzt noch keine Sprache benützen, die das Ende der bestehenden Strukturen ankündigt, implementieren sie eine Strategie auf der Grundlage solcher Annahmen. Natürlich ist ihr Lager nicht einheitlich. Das zeigt sich an dem Konflikt zwischen den so genannten gemäßigten rechten "Traditionalisten" und den ultrarechten, militaristischen Falken. Aber sie arbeiten hart daran, Rückhalt für **Veränderungen zu schaffen, die keine Veränderungen sein werden**, ein neues System so schlecht wie – oder schlechter als – das gegenwärtige.

Das zweite grundlegende Merkmal ist, dass eine Zeit des systemischen Übergangs von tiefer **Unsicherheit** geprägt ist und es ist unmöglich, zu wissen, was das Ergeb-nis sein wird. Die Geschichte steht auf niemandes Seite. Jeder von uns kann die Zukunft beeinflussen, aber wir wissen nicht, und können nicht wissen, in welcher Weise auch andere Einfluss nehmen. Der dem WSF zugrunde liegende Rahmen reflektiert dieses Dilemma und unterstreicht es.

Strategische Überlegungen

Eine Strategie für die Zeit des Übergangs sollte deswegen **vier Elemente** umfassen – allesamt leichter gesagt als getan.

Das erste ist ein Prozess konstanter, **offener Debatte** über den Übergang und die Ergebnisse, die wir erhoffen. Das war noch nie einfach, und den historischen antisystemischen Bewegungen gelang es meist sehr schlecht. Aber die Atmosphäre ist heute günstiger denn je und die Aufgabe bleibt dringlich und unabdingbar – wobei die Rolle der Intellektuellen an dieser Stelle wichtig ist. Die Struktur des WSF selbst ist Ursache dieser Debatte, wir sollten darauf achten, ihren offenen Charakter zu erhalten.

Das zweite Element sollte sich von selbst verstehen: eine antisystemische Bewegung darf **kurzfristige defensive Aktionen nicht vernachlässigen,** auch nicht Wahlkämpfe. Die Bevölkerung dieser Welt lebt in der Gegenwart und ihre Bedürfnisse dürfen nicht ignoriert werden. Eine Bewegung, die sie vernachlässigt wird ihre breite passive Unterstützung verlieren, die für ihren langfristigen Erfolg wesentlich ist. Aber Motiv und Rechtfertigung für die defensiven Aktionen dürfen nicht sein, Abhilfe zu schaffen für ein zum Scheitern verurteiltes System, sondern vielmehr zu **verhindern**, dass seine negativen Auswirkungen kurzfristig **schlimmer** werden. Das ist psychologisch und politisch ein beträchtlicher Unterschied.

Das dritte Element muss sein, **mittelfristige, vorübergehende Ziele zu setzen,** welche die richtige Richtung andeuten. Ich würde sagen, dass eines der sinnvollsten Ziele – substantiell, politisch und psychologisch gesehen – der Versuch ist, selektiv, aber in zunehmendem Maße **Güter der Warenlogik zu entziehen**. Wir unter-liegen heute einem Hagel neoliberaler Versuche, Dinge zur Ware zu erklären, die früher selten oder nie als für den privaten Handel geeignet betrachtet worden waren – der menschliche Körper, das Wasser, die Krankenhäuser. Wir müssen uns dem nicht nur widersetzen, sondern uns in die entgegensetzte Richtung bewegen. Industrien, besonders zum Scheitern verurteilte Industrien, sollten der Warenlogik entzogen werden. Das bedeutet nicht, dass sie "verstaatlicht" werden sollten – was zumeist einfach eine andere Art der Warenlogik ist. Es bedeutet, dass wir Strukturen schaffen sollten, die auf dem Markt agieren, deren Ziel Leistung und Fortbestehen sind und nicht der Profit. Wie wir aus der Geschichte von Universitäten und Krankenhäusern wissen, kann das erreicht werden, – nicht von allen, aber von den besten. Warum sollte eine solche Logik für Stahlwerke, die von der Standortverlagerung bedroht sind, unmöglich sein?

Schließlich müssen wir unseren **langfristigen** Schwerpunkten eine tiefere Bedeutung verleihen. Darunter verstehe ich eine Welt, die **relativ demokratisch und relativ gerecht** ist. Ich sage "relativ", weil nur das realistisch ist. Es wird immer Ungleichheiten geben – aber es gibt keinen Grund, warum sie massiv, verkrustet oder vererblich sein sollten. Ist es das, was früher Sozialismus oder gar Kommunismus genannt wurde? Vielleicht, vielleicht nicht. Das bringt uns zum Thema der Debatte zurück. Wir müssen aufhören zu vermuten, wie die bessere (nicht die perfekte) Gesellschaft sein wird. Wir müssen darüber diskutieren, sie skizzieren, mit alternativen Strukturen zu ihrer Verwirklichung experimentieren. Wir müssen das tun zeitgleich mit den ersten drei Teilen unseres Programms für eine chaotische Welt in einem systemische Transformation. Und wenn dieses Programm unzulänglich ist, und das ist es wahrscheinlich, dann muss genau diese Unzulänglichkeit Teil der Debatte sein, die Punkt Eins des Programms ist.

Übersetzung: Sabine Friedel
Revision: Herbert Kaser
(Auszüge, vollständiger Text in SiG 26 veröffentlicht)

Quelle:
http://newleftreview.org/II/18/immanuel-wallerstein-new-revolts-against-the-system



Michael Chossudovsky, 2004

Die globale Niedriglohnökonomie

Wie der Strukturwandel in den entwickelten Industriestaaten zusammenhängt mit der aufgezwungenen ruinöse Konkurrenz in den exportorientierten Ländern der 3. Welt, das erklärt der kanadische Ökonom Michael Chossudovsky. Sein Buch „Global Brutal“ ist aktueller denn je. Wir veröffentichen hier Auszüge aus diesem Buch.

Industrielle Standortverlagerungen

Kennzeichnend für die heutige Weltwirtschaft ist die Abwanderung eines erheblichen Teils der Industrieproduktion aus den entwickelten kapitalistischen Ländern an Standorte in den Entwicklungsländern, die über billige Arbeitskräfte verfügen. Die Entwicklung der auf Niedriglohnarbeit beruhenden Exportindustrie begann in den 60er und 70er Jahren in Südostasien in der arbeitsintensiven Fertigung. Zunächst auf ein paar Exportenklaven wie Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea sowie auf einige wenige Branchen beschränkt, gewann die Verlagerung an billige Produktionsstandorte im Ausland in den 70er und 80er Jahren an Schwung.

Obwohl die **Dritte Welt** weiterhin eine Rolle als wichtiger Rohstofferzeuger spielt, ist die heutige Weltwirtschaft **nicht länger** durch den traditionellen **Gegensatz zwischen Industrie- und Rohstoffproduktion** gekennzeichnet. Ein immer größerer Anteil der weltweiten Fertigung - und zwar in fast allen Branchen - findet heute in Südostasien, China, Lateinamerika und Osteuropa statt.

Diese weltweite Entwicklung zur Billiglohnproduktion technologisch zunehmend höherwertiger und schwer-industrieller Güter beruht auf der **Schrumpfung der Inlandsnachfrage in den einzelnen Nationalökonomien der Dritten Welt** und der Herausbildung einer billigen, stabilen und disziplinierten **Industriearbeitnehmerschaft** in einem relativ sicheren politischen Umfeld. Begünstigt wird dieser Prozess durch die Zerstörung des für den Binnenmarkt produzierenden Fertigungssektors in den Entwicklungsländern - also der Importsubstitutionsindustrie - und die Entstehung einer auf billiger Arbeit basierenden **Exportwirtschaft**. Mit dem Abschluss der **Uruguay-Runde** in Marrakesch und der **Gründung der WTO 1994** haben sich diese »**Billiglohnfreihandelszonen**« auf alle Entwicklungsländer ausgedehnt.

Das heimliche Ziel der den Schuldnerländern von den Bretton-Woods-Organisationen auferlegten **Strukturanpassungen** ist der **Rückgang der Lohnkosten**. Die sinkenden Löhne in der Dritten Welt und in Osteuropa erleichtern die Standortverlagerung der Wirtschaftstätigkeit von den reichen in die armen Länder. (...)

Die Exportfalle

»Exportiere oder stirb« ist das Motto der Billiglohnökonomie, während Importsubstitution und die Produktion für den Inlandsmarkt obsolete Konzepte sind. Die einzelnen Länder sind aufgefordert, sich nach Maßgabe ihrer »komparativen Vorteile« zu spezialisieren, die im Überfluss und den niedrigen Kosten ihrer Arbeit liegen. Das Geheimnis des wirtschaftlichen »Erfolgs« ist die Exportförderung. Unter strenger Aufsicht von Weltbank und IWF wird in einer Vielzahl von Entwicklungsländern simultan der Export der gleichen, nichttraditionellen Güter gefördert. Diese Staaten, zu denen heute die Billigproduzenten der osteuropäischen Länder hinzugekommen sind, werden zu einem **mörderischen Konkurrenzkampf gezwungen**. Jeder will in dieselben europäischen und nordamerikanischen Märkte exportieren, und so zwingt das Überangebot die Produzenten der Dritten Welt, ihre Preise zu senken. Die Erzeugerpreise von Industriegütern purzeln auf den Weltmärkten in ganz ähnlicher Weise wie die Rohstoffpreise. Der Wettbewerb zwischen und innerhalb von Entwicklungsländern drückt die Löhne, Erlöse und Preise. So führt die Exportförderung letztlich zu niedrigeren Warenpreisen und geringeren Exporteinnahmen, aus denen die **Auslandsschulden** bezahlt werden müssen. (...)

Darüber hinaus schlagen die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung, die dem Süden und Osten aufgezwungen werden, auch auf die Wirtschaften der reichen Länder durch: Armut in der Dritten Welt trägt zu einer globalen **Schrumpfung der Importnachfrage** bei, die wiederum das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in den OECD-Ländern in Mitleidenschaft zieht. (…)

Soweit die Weltnachfrage nicht steigt, steht der Schaffung neuer Produktionskapazitäten in einigen Ländern der wirtschaftliche Niedergang und Zerfall an anderen Standorten der Dritten Welt gegenüber. Wenn es in einem Land der Dritten Welt erfolgreiche Arbeitskämpfe gibt, aufgrund deren die Löhne erhöht werden, kann das transnationale Kapital seine Produktionsstandorte ohne weiteres in andere Billiglohnländer **verlagern** oder durch Untervergabe Produktion auslagern. Die Existenz von »**Reserveländern**« mit einem Überschuss an billigen Arbeitskräften drückt also tendenziell auf die Löhne in den aktiveren (Billiglohn-)Exportwirt-schaften z.B. in Südostasien, Mexiko, China und Osteuropa. Diese **weltweite "Überschussbevölkerung"** bedingt die internationale Wanderung von Produktivkapital in ein und demselben Industriesektor von einem Land zum anderen. Aus der Sicht des Kapitals gehören die nationalen Arbeitskräftereserven zu einem einzigen internationalen Reservepool, innerhalb dessen Arbeitnehmer aus verschiedenen Ländern in offene Konkurrenz zueinander gebracht werden. **Die Weltarbeitslosigkeit wird so zu einem Hebel der globalen Kapitalakkumulation**, welche die Lohnkosten in jeder der nationalen Wirtschaften bestimmt.

Daher hat in vielen exportorientierten Billiglohnländern der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt und an der **Wertschöpfung** dramatisch **abgenommen**. Während die Löhne der Beschäftigten in den Industrieländern annähernd 40 Prozent der Wertschöpfung in der Produktion ausmachen, liegt der entsprechende Prozentsatz in Lateinamerika und Südostasien nur etwa bei 15 Prozent.

Die Entindustrialisierung des Nordens

Der Entwicklung der Billiglohnexportfabriken in der Dritten Welt entspricht die Stilllegung von Industriestandorten in fortgeschrittenen Ländern. Die **erste Welle** von Fabrikschließungen betraf weitgehend die arbeitsintensiven Bereiche der **Leichtindustrie**. **Seit den 80er** Jahren sind jedoch **alle Sektoren** der westlichen Wirtschaft und alle Kategorien von Beschäftigten diesem Prozess ausgesetzt. Dies belegt die Umstrukturierung von Unternehmen der Luftfahrtindustrie, die Auslagerung der Autoproduktion nach Osteuropa und in die Dritte Welt, die Schließung von Stahlstandorten usw. (...)

Durch jeden Arbeitsplatz, der in den Industrieländern verloren geht und in die Dritte Welt verlagert wird, sinkt der **Verbrauch** in diesen Ländern. Fabrikschließungen und Entlassungen werden in der Presse gewöhnlich als isolierte und unzusammenhängende Fälle von Umstrukturierungen einzelner Unternehmen dargestellt, doch ihre **kombinierten Auswirkungen auf die Reallöhne und die Beschäftigung sind verheerend**.

Die Verbrauchermärkte schrumpfen, weil eine große Zahl von Firmen in mehreren Ländern gleichzeitig ihre Belegschaften reduziert. Schwacher Konsum wiederum schlägt auf die Produktion zurück und trägt zu einer weiteren **Spiralumdrehung** von Fabrikschließungen und Bankrotten bei.

Im Norden wird die Schrumpfung der Verbraucherausgaben noch von der **Deregulierung des Arbeitsmarktes** verschärft: von der Abkoppelung der Löhne vom Preisindex, Teilzeitarbeit, Frühpensionierung und der Erzwingung »freiwilliger « Lohnkürzungen. Da ausscheidende Arbeitnehmer nicht ersetzt werden, müssen die **jüngeren** Altersgruppen die **Last der Arbeitslosigkeit** tragen. Einer ganzen Generation ist so der Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich verstellt worden.

Der Prozess der Industrieabwanderung aus den Industriestaaten, der zur Schwächung der Marktnachfrage beiträgt, untergräbt damit zugleich die Bemühungen der Entwicklungsländer, Fertigprodukte auf den schrumpfenden Märkten des Westens zu verkaufen. Ein **Teufelskreis**: Gerade die Ausweitung der Produktion durch ihre Verlagerung in den Süden und Osten **treibt** über steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Verbrauchsausgaben im Norden und Westen die **Weltwirtschaft tendenziell in eine globale Stagnation**, wenn nicht gar Rezession.

Die Standortverlagerung der Produktion findet zunehmend **auch innerhalb der Handelsblöcke** statt. Sowohl Westeuropa als auch Nordamerika entwickeln jeweils eigene »**Billiglohnhinterhöfe** « an ihren unmittelbaren geografischen Grenzen. In Europa ist es die Oder-Neiße-Grenze zu Polen, in Nordamerika der Rio Grande zwischen den USA und Mexiko, die beide die Hoch- von der Niedriglohnwirtschaft trennen.

Das Freihandelsabkommen NAFTA erlaubt es US-Firmen, ihre Lohnkosten um mehr als 80 Prozent zu reduzieren, indem sie die Produktion nach **Mexiko** auslagern und an dortige Subunternehmen vergeben. Das ist beileibe nicht auf die Fertigungsindustrie oder den Einsatz unqualifizierter Arbeitskräfte beschränkt: Nichts hindert die Verlagerung auch der amerikanischen Hightech-Industrie nach Mexiko, wo Ingenieure und Wissenschaftler für ein paar hundert Dollar im Monat angeheuert werden können. Standortverlagerung betrifft potentiell einen großen Anteil der Wirtschaft der USA und Kanadas einschließlich des Dienstleistungssektors. (...)

Durch die NAFTA können amerikanische und kanadische Unternehmen darüber hinaus den mexikanischen Markt durchdringen und die dort **heimischen Unternehmen verdrängen**. Die **Industriekonzentration** wächst, kleine und mittlere Unternehmen werden vernichtet und ein Teil der mexikanischen Dienstleistungswirtschaft wird durch Lizenzvergabe übernommen.

So exportieren die USA ihre Rezession nach Mexiko. Mit Ausnahme eines kleinen Marktes privilegierten Verbrauchs begünstigen Armut und niedrige Löhne in Mexiko nicht gerade eine wachsende Verbrauchernachfrage. (...).

Luxusverbrauch und »parasitäre Wirtschaft«

Die **wachsende Konzentration von Einkommen und Reichtum in der Hand einer Minderheit**, die nicht nur in den entwickelten Ländern, sondern auch in kleinen Wohlstandsoasen in der Dritten Welt und Osteuropas zu Hause ist, hat zu einem **dynamischen Wachstum der Luxuswirtschaft** geführt, die sich um Reisen und Freizeit, Autos, Unterhaltungselektronik, moderne Telekommunikation usw. dreht. Die »Drive-in«- und "Duty-free-Kultur", die sich vor allem um die Knotenpunkte des Luftverkehrs gebildet hat, ist der Brennpunkt der modernen Konsum- und Freizeitwirtschaft für Besserverdienende, in denen sich riesige finanzielle Ressourcen bündeln.

Während sich das Spektrum der Konsumgüter, die dem Lebensstil oberer Einkommensschichten dienen, grenzenlos erweitert hat, schrumpft seit der Schuldenkrise in den frühen 80er Jahren das Verbrauchsniveau der großen Mehrheit der Weltbevölkerung. **85 Prozent** aller Menschen müssen sich in ihrem Verbrauch mit den Grundnahrungsmitteln und lebensnotwendigen Waren begnügen.

Dieses dramatische Wachstum des Luxusverbrauchs verschafft - im Verein mit den steigenden Militärausgaben - einer von Rezession bedrängten Weltwirtschaft eine Atempause, steht jedoch im Kontrast zur **Stagnation der Sektoren, die notwendige Güter und Dienstleistungen produzieren**. In der Dritten Welt und in Osteuropa stagnieren Nahrungsmittelproduktion, Wohnungsbau und wichtige soziale Dienste, während der Luxusverbrauch der alten und neuen Eliten floriert. Die soziale Ungleichheit und Einkommensdisparität in Ungarn und Polen sind heute mit den Zuständen in Lateinamerika vergleichbar. (...)

Das **globale Produktionssystem richtet sich daher zunehmend auf begrenzte Märkte aus, auf hohe Einkommensgruppen im Norden sowie auf kleine Oasen des Luxusverbrauchs im Süden und Osten**, während gerade dort die vorherrschenden Niedriglöhne die proklamierte Entwicklung der Massenkaufkraft blockieren. **Jene, die produzieren, sind nicht diejenigen, die konsumieren - das ist ein wesentliches Merkmal der globalen Billiglohn-wirtschaft.**

Mit dem Niedergang der Fertigungsindustrie hat sich in den reichen Ländern eine **»parasitäre Wirtschaft«** entwickelt, die praktisch nichts mehr produziert. **Sie konzentriert sich auf den Dienstleistungssektor und schöpft die Gewinne aus der Fertigung in der Dritten Welt ab.** Die Hochtechnologie-Wirtschaften, die auf der Verfügungsmacht über industrielles Know-how, Produktdesign, Forschung und Entwicklung basieren, ordnen sich die Sektoren der materiellen Produktion unter. Oder anders: Die materielle Produktion wird der nichtmateriellen unterworfen, indem sich der **Dienstleistungssektor die Wertschöpfung des Fertigungssektors aneignet**. Darüber hinaus werden außer den Zahlungen für Urheberrechte und Lizenzen für die Nutzung westlicher und japanischer Technologie die Gewinne der Produzenten in der Dritten Welt unweigerlich durch den Zwischen-, Groß- und Einzelhandel der Industrieländer aufgezehrt. Die **Wachstumsschwerpunkte in den entwickelten Ländern** liegen vor allem in der Dienstleistungswirtschaft, dem Immobilienhandel, der kommerziellen und finanziellen Infrastruktur, der Kommunikation und dem Verkehr statt in der materiellen Produktion.

Damit findet eine offenkundige »Entindustrialisierung« der Industrieländer statt. Die Bedeutung des Begriffs »Industrie« hat sich grundlegend geändert. Die Wachstumsschwerpunkte der Hochtechnologie erleben eine rasche Entwicklung auf Kosten der alten traditionellen Industrien, die sich seit Beginn der industriellen Revolution in den fortgeschrittenen Ländern entwickelten.

Wir haben es mit einer Weltwirtschaft zu tun, in der die Mehrheit der Volkswirtschaften Fertigwaren für den Export in die Märkte der OECD-Länder produziert. Von einigen wichtigen Ausnahmen wie Südkorea, Brasilien und Mexiko abgesehen können diese Länder jedoch **nicht** als **»neu industrialisiert** « angesehen werden, denn ihre "Industrialisierung" verdankt sich weitgehend der Standortverlagerung der Produktion aus den Industrieländern in Billiglohnregionen der Dritten Welt. Sie ist durch die **Umformung der Weltwirtschaft** bedingt.

Die parasitäre Wirtschaft eignet sich die Gewinne der Direkterzeuger an. Zwar wird die materielle Produktion in Billiglohnwirtschaften der Dritten Welt ausgelagert, doch findet das größte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den reichen, importierenden Ländern statt. Es ist in dieser Hinsicht »importbedingt«: Mit billiger Arbeit produzierte Importe (Rohstoffe und Fertigprodukte) schaffen ein korrespondierendes Einkommenswachstum in der Dienstleistungswirtschaft der reichen Länder.

Die vom **IWF** geförderten **Strukturanpassungen** tragen ebenfalls zur Konsolidierung der parasitären Wirtschaft bei: Da dadurch jedes Entwicklungsland gezwungen ist, das

gleiche Spektrum von Rohstoffen und Industriewaren für den Weltmarkt zu produzieren, **muss** es **mit anderen Ländern konkurrieren.** Die Kanäle des internationalen **Handels** ebenso wie des Groß- und Einzelhandels in den Industrieländern werden jedoch durch **monopolistische Konzerne** kontrolliert. Diese **Dualität** zwischen **Wettbewerb** und **Monopol** ist ein grundlegendes Merkmal des globalen Handelssystems. Dem mörderischen Wettbewerb zwischen den direkten Produzenten aus den diversen Ländern unter den Bedingungen globalen Überangebots steht die monopolistische Kontrolle einiger weniger globaler Unternehmen über den internationalen Handel, die Industriepatente und den Groß- und Einzelhandel gegenüber.

Der Handel macht die Gewinne. Weil Güter, die in Entwicklungsländern produziert werden, zu sehr niedrigen internationalen (Fob-)Preisen importiert werden, ist der offizielle Wert der OECD-Importe aus Entwicklungsländern im Vergleich zu dem des gesamten Handelsvolumens und der Inlandsproduktion relativ gering. Doch sobald diese Waren in die Groß- und Einzelhandelskanäle der reichen Länder einfließen, multipliziert sich ihr Wert um das Mehrfache. Die Einzelhandelspreise von Waren, die in der Dritten Welt produziert werden, sind häufig zehnmal höher als die Importpreise. So schafft die Dienstleistungswirtschaft der reichen Länder eine **"Wertschöpfung" ohne materielle Produktion**, wenngleich zugunsten des eigenen Bruttoinlandsprodukts. Der Einzelhandelspreis von Kaffee z.B. liegt sieben- bis zehnmal über dem Fob-Preis und annähernd 20-mal über dem Preis, der den Pflanzern in der Dritten Welt gezahlt wird.

Das Gros der Gewinne der Rohstoffproduzenten eignen sich somit der Zwischen-, Groß- und Einzelhandel der Industrieländer an. Bei den Industriewaren, die in Billiglohnländern hergestellt werden, verhält es sich kaum anders. So werden z.B. 60 Prozent der in den USA verkauften Schuhe in chinesischen Ausbeuterbetrieben hergestellt. Die Gewinne aus dem Verkauf der Schuhe in den USA fließen natürlich nicht den chinesischen Arbeitern zu, die extrem niedrige Löhne erhalten, sondern den US-Unternehmen - und sorgen für ein höheres Bruttoinlandsprodukt der USA. (...)

Einen großen Anteil des vom Groß- und Einzelhandel erwirtschafteten Gewinns schöpfen mächtige Immobilienfirmen und Banken ab. Man darf nicht übersehen, dass der Importfluss aus der Dritten Welt für die reichen Länder **auch** ein Mittel zur Erwirtschaftung von **Steuereinnahmen** ist - und zwar in Form von Verkaufs- und/oder Mehrwertsteuern. Die Steuereinnahmen hängen daher von der Struktur des **ungleichen Warentauschs** ab: Im Falle der Bekleidungsindustrie schöpfen die Finanzämter der reichen Länder fast so viel ab, wie die produzierenden Länder verdienen, und annähernd viermal so viel, wie die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie des produzierenden Landes als Lohn erhalten

In der globalen Wirtschaft kauft das Kapital Arbeitsleistungen auf separaten und sehr unterschiedlichen nationalen Arbeitsmärkten ein. Der Großteil der **Lohnkosten** - für Transport, Lagerung, in Groß- und Einzelhandel - fällt in den Hochlohnmärkten der reichen Länder an. Wenn ein Einzelhandelsbeschäftigter in einem Industrieland ein Monatsgehalt bekommt, das mindestens 40-mal höher ist als das eines Fabrikarbeiters in Bangladesch, dann entfällt eben auf Ersteren ein entsprechend größerer Anteil an den Gesamtlohnkosten für Produktion und Vertrieb der Ware.

Dennoch wäre es verfehlt, von einer »ungleichen Tauschbeziehung « zwischen den Industriearbeitern in Bangladesch und den Einzelhandelsbeschäftigten in den USA auszugehen. Alle verfügbaren Daten sprechen dafür, dass die Beschäftigten im Dienstleistungssektor der reichen Länder extrem unterbezahlt sind. Ihre Löhne (die eine echte Wertschöpfung - d.h. Realkosten - darstellen) bilden darüber hinaus nur einen relativ kleinen Prozentsatz der Gesamtverkauferlöse. (…)

Während die Unternehmen der Dritten Welt nahezu unter vollkommenen Konkurrenzbedingungen arbeiten, sind die Käufer ihrer Produkte quasimonopolistische Handelsgesellschaften und multinationale Firmen. (…) Weil die Fabriken der Dritten Welt auf einem **von Überangebot gekennzeichneten Weltmarkt** arbeiten, **sinken die Fabrikpreise tendenziell** und drücken die Gewinnmarge der Produzenten auf ein Minimum. Dieser Prozess erleichtert es internationalen Zwischen- und Großhändlern, ihre Gewinne noch zu steigern.

Mobile und immobile Sektoren

Die Standortabwanderung der materiellen Produktion in Billiglohnländer umfasst alle international »mobilen« Sektoren. »**Mobile** Sektoren« sind solche, die durch Auslandsinvestitionen in Billiglohnländern oder durch Vergabe von Unterverträgen an unabhängige Produzenten in der Dritten Welt von einem geografischen Standort zu einem anderen verlegt werden können. Zu den »**immobilen** Sektoren« der Industrieländer gehören im Gegensatz dazu Wirtschaftstätigkeiten, die sich ihrem Wesen nach international keine neuen Standorte suchen können: Bauwesen, öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und die meisten Dienstleistungen.

Während sich das **Kapital frei** von einem Arbeitsmarkt zum anderen **bewegt**, werden **Arbeitskräfte** daran **gehindert**, internationale Grenze zu überschreiten. Die nationalen Arbeitsmärkte sind in der Regel geschlossene Bereiche mit streng bewachten Grenzen. So ist z.B. im Rahmen der NAFTA mexikanischen Arbeitern der Grenzübertritt in die USA weitgehend verwehrt, um sie innerhalb der Billiglohnwirtschaft zu halten. Für Bau-, öffentliche und landwirtschaftliche Arbeiten, die aufgrund ihrer Ortsgebundenheit nicht international mobil sind, sind jedoch Kontingente von Saisonarbeitern erlaubt - mit dem erwünschten Nebeneffekt, die Löhne der amerikanischen und kanadischen Arbeiter zu drücken sowie die Rolle der Gewerkschaften zu unterminieren.

Umbruch der Industriestruktur

Mit den Standortverlagerungen verändert sich die Industriestruktur der fortgeschrittenen Länder grundlegend. Die alten Industriezentren verschwinden: Das »Fabriksystem« geht unter. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten in den Industrieländern arbeitet nun in den neuen Wachstumspolen: in der Dienstleistungswirtschaft, in »nichtmateriellen« Wirtschaftssektoren und in den neuen Industrien der Informationssysteme, der Telekommunikation usw. Die Dualität zwischen materiellen und nichtmateriellen bzw. mobilen und immobilen Sektoren ist für das Verständnis des Strukturwandels der Weltwirtschaft von zentraler Bedeutung. **Globale Rezession ist mit dem dynamischen Wachstum der neuen Hochtechnologie-Sektoren durchaus nicht unvereinbar.** Design, Technologie und Know-how gehören den internationalen Unternehmen und werden von ihnen kontrolliert. Die nichtmaterielle Produktion und die Kontrolle über geistige Eigentumsrechte ordnen sich die materielle Produktion unter. Die nichtmateriellen Sektoren eignen sich die Gewinne der materiellen Industrieproduktion an.

Der unglaubliche Schub, der in den 80er und 90er Jahren die Telekommunikation, **Computertechnologie** und Produktionstechnik erfasst hat, stellt einen entscheidenden **Hebel im Prozess der industriellen Standortverlagerung** dar: Die Unternehmenszentralen stehen nunmehr mit ihren Produktionsstandorten und Montagefabriken auf der ganzen Welt in unmittelbarem Kontakt und verfügen damit über ein machtvolles Instrument weltweiter Kontrolle und Aufsicht. Global agierende Firmen minimieren die Lohnkosten weltweit durch ihre Fähigkeit, sich Produktionsstandorte (oder Subunternehmer) in Billiglohnländern überall auf der Welt zunutze zu machen.

Obwohl die **technologische Revolution** in den Industrieländern neue Berufsfelder entstehen lässt, **vermindert sie den Arbeitskräftebedarf der Industrie erheblich**. Neue, von Robotern bediente Montagebänder werden gebaut, während die Arbeitnehmer der vorhandenen Produktionsstätten entlassen werden. Der technologische Wandel in Verbindung mit der Standortabwande-

rung und der Umstrukturierung der Unternehmen begünstigt daher tendenziell neue **Fusionswellen** und Übernahmen in den Schlüsselindustrien. Zugleich werden auch bestimmte **Dienstleistungen** an Billiglohnstandorte in der Dritten Welt und Osteuropa **ausgelagert**. Ein Teil der Dienstleistungswirtschaft gehört somit nicht mehr zum »immobilen« Sektor. Unternehmen und Finanzinstitute können bei etlichen Bürotätigkeiten ihr Personal reduzieren: Die Buchführungssysteme großer Firmen z.B. lassen sich heute problemlos und via Computernetze und E-Mail unter beträchtlichen Einsparungen in Entwicklungsländern betreiben, wo qualifizierte Buchhalter und Computerspezialisten für weniger als 100 Dollar im Monat beschäftigt werden können. Auch Aufträge in Sachen Daten- und Textverarbeitung können in dieser Wei-se an Subunternehmen etwa auf den Philippinen vergeben werden, in denen Büropersonal unter schlechten Arbeitsbedingungen für zwei oder drei Dollar am Tag arbeitet.

Da mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in den Industrieländern im Dienstleistungssektor arbeiten, sind die potenziellen Auswirkungen einer Standortverlagerung auf die Löhne und die Beschäftigung - ganz zu schweigen von den sozialen Konsequenzen - schier unabsehbar.

In Sand im Getriebe Nr.33 erschienen

Christa Wichterich, 2009

Krisen, Kapital und Kosten:

Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen

(…) Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlter und von Frauen geleisteter **Sorgearbeit** und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der **Natur** andererseits funktioniert. Die Märkte setzen diese sozialen und natürlichen Leistungen voraus und eignen sie sich ständig an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie personennahe Dienstleistungen, z.B. Altenpflege, weil sie angeblich „unproduktiv“ sind.

Die Logik von Wachstum und Profit – das eherne Gesetz kapitalistischer Märkte - funktioniert durch einen **doppelten Mechanismus:** zum einen werden **neue Märkte und Ressourcen** erschlossen, neue Terrains und Methoden des Profitmachens erfunden – wie in der Globalisierung. Die andere Seite der Medaille ist **Kostensenkung** und dazu gehört, dass soziale und ökologische Kosten immer weiter aus den Märkten externalisiert und an die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Natur verschoben werden. Diese Kosten gehen nicht in die Preisbildung ein, was die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv macht. Je neoliberaler die Politik, desto weniger Kontrolle und Regulierung dieser Prozesse.

So erzeugte der Globalisierungsboom Wohlstand und Konsum auch in Ländern des Südens, gleichzeitig aber auch in hohem Maße versteckte soziale und ökologische Kosten, neue Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Eine gigantische Schere hat sich zwischen Gewinnen und Verlusten geöffnet, und Frauen schultern überproportional viel von den Verlusten und Kosten.

(…) Ökonominnen haben am Beispiel der **Asienkrise** von 1997/8 die Bedeutung von Frauen in der Boomphase der Schwellenländer und in der Krise analysiert. Tatsächlich beruhte eine der Wachstumsstrategien des Kapitalismus in der Globalisierung darauf, Frauen und MigrantInnen zu integrieren, meist am unteren Ende der transnationalen Wertschöpfungsketten. In den Schwellenländern waren die jungen Frauen in den Weltmarktfabriken ein komparativer Vorteil, der ausländische Investoren und Aufträge für billige Massenware anzog. Gleichzeitig kam es infolge der Migration in die Metropolen zu einer transnationalen Neuverteilung von Sorgearbeit: mittelständische Frauen überließen das Putzen und Windeln Migrantinnen, die mit ihren Devisenüberweisungen den Staatshaushalt und die privaten Haushaltskassen daheim auffüllten.

In der Asienkrise fand dann ein „Download“ der Risiken in die Küchen statt, so die feministische Ökonomin Diane Elson. Während Rettungspakete kranke Banken und Konzerne re-animierten, wurden die Kosten des Crashs durch Währungsverfall, Entlassungen und Lohnsenkung an die Privathaushalte verschoben. Unbezahlte Mehrarbeit im Haushalt und den lokalen Gemeinschaften, zwei bis drei Mini-Jobs oder aber Migration waren individuelle Abfederungsstrategien der Prekarisierten, Ausgegrenzten, Subalternen, vor allem der Frauen, um Löcher im Portemonnaie und in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kompensieren. Allein in Indonesien verarmten 40 Millionen Menschen. Ungleichheiten und soziale Spaltungen der Gesellschaften nahmen massiv zu, Abholzung und Ressourcenraubbau ebenfalls.

Der Politik waren die **sozialen Air-Bag-Leistungen** hoch willkommen. Die südkoreanische Regierung war sich nicht zu schade, die Frauen als Quelle sozialer Reproduktion anzurufen, sie mögen die entlassenen Männer „re-energetisieren“, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Und ein Freihandelsabkommen zwischen Japan und den Philippinen öffnete den Markt für „Unterhaltungskünstlerinnen“ - sprich: Nachschub für die Prostitution.

Als Reaktion auf die Krise formierten sich von der südkoreanischen „Gewerkschaft“ erwerbsloser Frauen bis zum Volksparlament der Armen in Thailand **heftige Proteste** gegen die Liberalisierung der Märk-te, die agrarische Exportpolitik, den ressourcenfressenden Wachstumskurs. Sie forderten eine Demokratisierung von Wirtschaft, Arbeitsteilung und Wohlstandsverteilung. Derweil verkündeten Regierungen und internationale Finanzinstitutionen damals, ihre Lektionen gelernt zu haben: es müsse Transparenz der Finanzmärkte hergestellt, eine neue internationale Finanzarchitektur und soziale Auffangnetze geschaffen werden. Wenig davon geschah.

<u>Die Krise wirkt nicht geschlechtsneutral</u>

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zeigte sich Ende **2008** die Krise bereits mit steigenden Zahlen von Erwerbslosigkeit, von working poor und informell Arbeitenden. Global betrachtet sind Frauen ohnehin schon die Mehrzahl in diesen drei prekären Bereichen und damit schlecht für Krisenzeiten gewappnet. Nicht zu vergessen, dass die Frauen in der Küche einen Zweitjob haben, woran die Mehrbelastung durch Erwerbstätigkeit nichts geändert hat. Knappe Haushaltskassen machen bekanntlich diesen Küchenjob und die Versorgung nicht leichter.

Die „**Erstrundeneffekte**“ der jetzigen Krise wirken sektoral und regional unterschiedlich. Kurz gesagt: in den Industrienationen sind Männer stärker betroffen, in den Entwicklungsländern Frauen. Beispiel Auftragseinbrüche im Exportsektor. Das trifft in Ländern des **Südens** vor allem die Arbeiterinnen in Industrien wie Textilien, Schuhe und Spielzeug. In China standen in den vergangenen Monaten etwa 10 Millionen Wanderarbeiterinnen vor verschlossenen Fabriktoren. Im **Norden** verlieren dagegen Männer in den kapitalintensiven Schlüsselindustrien wie Automobil und Maschinen ihre Jobs. Hinzu kommen Jobverluste im stark konjunkturabhängigen Baugewerbe. In

den USA entfallen derzeit 82 % aller Stellenstreichungen auf Männer. Allerdings trifft es dort auch die Aufsteigerinnen im Dienstleistungssektor, nämlich Frauen in der Finanz- und Immobilienbranche.

Als **„Zweitrundeneffekte**“ werden die staatlichen Ausgaben wegen der Verschuldung und die privaten Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung und Entlohnung zurückgehen. Eine neue Welle des Kleinhackens von Beschäftigung in Teilzeit-, Leih- und prekäre Arbeit steht an. Ebenso sind Lohnabbau und Entlassungen durch Abspecken des öffentlichen Sektors, der Medien und des Handels zu erwarten – alles frauenintensive Sektoren. Die ILO geht davon aus, dass 2009 22 Millionen Frauen durch die Krise ihren Job verlieren werden. MigrantInnen werden von Einheimischen verdrängt, sodass sie weniger nach Hause rücküberweisen können.

Wie in früheren Krisen werden Frauen als soziale Air Bags gefragt sein, die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit Ehrenamt oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien.

Der Rettungsstaat im Weiter so-Modus

Der Staat von den USA bis Deutschland agiert zu allererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Er verschenkt Milliarden an die Brandstifter, Zockerbanken und Überproduktionsindustrien, nachdem er jahrelang mit dem Argument leerer Kassen die Daseinsvorsorge gekürzt und mit seiner Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum zugunsten des Kapitals umverteilt hat. Jetzt verteilt er Verluste und Risiken von oben nach unten um.

(…) Würde die Politik die Funktionslogik des Kapitalismus tatsächlich verändern wollen, dann **müsste sie der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wachstum und Profit** geben, d.h. sie müsste die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße stellen. Dazu gehört unter anderem ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino. Zudem reicht es nicht, die absurde Kasinologik der Finanzmärkte zu zähmen. Vielmehr gilt es, **auch die industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsbesessenheit in Frage zu stellen.**

Wo aber infolge gesteigerter Produktivität weniger bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren, könnte dies auch als Chance zur **Neuverteilung aller Arbeit, Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit** genutzt werden. Wo die Ungleichbewertung und –entlohnung von Arbeit in Form von Bankerboni und Managerabfindungen einerseits, Zeit- und Leiharbeitslöhnen oder 1-Euro-Jobs andererseits öffentlich nicht mehr akzeptiert wird, könnte dies Chance zu einer **gerechteren Bewertung aller Arbeit**, Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit sein. Dies wäre eine tragende Säule für eine demokratische und solidarische Wirtschaft jenseits der Wachstums- und Renditelogik.

Ob aber die wirtschaftlichen Spielregeln demokratisch neu ausgehandelt werden und Kapitalinteressen zurückstecken müssen, hängt davon ab, wie sehr sich soziale Kräfte mit Interessen an Existenzsicherheit, gutem Leben und Gerechtigkeit als (Gegen-)Macht gegen Profitmaximierung formieren und den gesellschaftlichen Konsens des Wachstums aufkündigen werden. Im Kapitalismus gibt es jedenfalls kein Wachstum ohne Download der Kosten an die Schwachen und ebenso kein Wachstum ohne die nächste Krise.

In SiG 79 erschienen ***- Weitere Artikel von C. Wichterich in SiG 16, 31, 37, 43, 44, 56, 68, 74, 79,*** *http://sandimgetriebe.attac.at/10386.html*

Krisen … und Widerstand – Einige SiG-Artikel

Mehrere Erklärungen im Heft „Was wir wollen“, Juli 2010 http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ , u.a.: **- G**lobale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel - Oktober 2008 / - Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel! Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland Okt 2008 / - Weltweite Kehrtwende! Von mehreren Attac-Verbänden, Focus on the Global South, TNI, Weed, ... Nov. 2009 / - Für eine neue globale Solidarität, Nov 2009 von Rosa-Luxemburg-Stiftung, World Forum for Alternatives, TNI

SiG 61 „Turbulenzen im Weltsystem“: http://sandimgetriebe.attac.at/6044.html
Walden Bello: Im Freien Fall: Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise
Peter Strotmann: Banken Rock'n Roll,
Jean Ziegler: Die Kapitalrendite steigt maximal - aber gleichzeitig steigen die Leichenberge, / **Peter Gowan**: Turbulenzen im imperialen Dollarsystem, / **Jörg Goldberg: Globale Schieflage**

SiG 67: Jörg Huffschmid: Zauber des Abschwungs, http://sandimgetriebe.attac.at/6668.html
Sabine Leidig: Die Entfesselung der Märkte insgesamt in Frage stellen, http://sandimgetriebe.attac.at/6669.html

SiG 69 „Nicht nur eine Finanzkrise“: Walden Bello: Woran liegt es? Ursachen des Zusammenbruchs , http://sandimgetriebe.attac.at/6802.html
Elmar Altvater: Krisen – das wiederkehrende „Weltmarktsungewitter“, http://sandimgetriebe.attac.at/6803.html
Attac Chile und Argentinien zur Finanzkrise: http://sandimgetriebe.attac.at/6805.html
Harald Schumann: Die Wall Street hat den Dollar verspielt, http://sandimgetriebe.attac.at/6804.html

SiG 70: **Die Krise: historische Chance für einen echten Wandel,** http://sandimgetriebe.attac.at/6855.html (mehrere Beiträge)

SiG 71: **Epochenumbruch , Schwerpunkt Krise und Widerstand:** http://sandimgetriebe.attac.at/6971.html
Altvater: Kapitalistische Plagen, http://sandimgetriebe.attac.at/6977.html

SiG 73 „Das geht nur ganz anders“: http://sandimgetriebe.attac.at/7208.html
- Samir Amin: Finanzdebakel, Systemkrise? Falsche Antworten und notwendige Antworten / - Bewegungen gegen die Verschuldung (WSF): In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden / ISW: Warum der Kapitalismus überwunden werden muss – und wie.

SiG 76: Bernd Riexinger: **Perspektiven des Protestes,** http://sandimgetriebe.attac.at/8253.html
Robert Brenner; Die Idee eines finanzgeleiteten Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich, http://sandimgetriebe.attac.at/8258.html
SiG 78: Falsche Alternativen, http://sandimgetriebe.attac.at/8443.html

SiG 82: **Bankentribunal**, http://sandimgetriebe.attac.at/8617.html
SiG 85: Europäischer Aktionstag am 29.09.2010, http://sandimgetriebe.attac.at/8917.html
SiG 86: Dollardämmerung, Währungsgewitter, http://sandimgetriebe.attac.at/8930.html
SiG 87: Attac Frankreich: Finanzkrise in Europa: Schluss mit dem Flickwerk! http://sandimgetriebe.attac.at/9252.html

SiG 92: Empörung weltweit, http://sandimgetriebe.attac.at/9008.html
SiG 93: Occupy Capitalism http://sandimgetriebe.attac.at/9823.html
Allianz in Österreich: Wege aus der Krise, http://sandimgetriebe.attac.at/9852.html
SiG 94: Occupy production, http://sandimgetriebe.attac.at/9975.html
SiG 95 : Stoppt die neoliberale Krisenpolitik - enteignet die Krisengewinner! - Aufruf des **wissenschaftlichen Beirats von Attac** Deutschland, Frühjahr 2012 http://sandimgetriebe.attac.at/10058.html
SiG 97: Nicola Liebert : **Fataler Reichtum** - Zu viel Geld in falschen Händen, http://sandimgetriebe.attac.at/10155.html
SiG 98: M. Mandani: vier **Fragen an Prof. Joseph Stiglitz,** http://sandimgetriebe.attac.at/10189.html (s. auch **SiG 77:** S. Amin: **Kritik am Stiglitz-Report**, http://sandimgetriebe.attac.at/8346.html)

Hans-Jürgen Urban, 2007
Umverteilung

Umverteilung meint die **Korrektur** der Aufteilung materieller oder immaterieller Größen auf Individuen, Gruppen oder soziale Klassen in einer Gesellschaft.

Strukturen und Mechanismen der (Um-)Verteilung prägen nicht nur die Wachstums- und Entwicklungsbedingungen der Ökonomie, sondern auch die soziale Qualität der Gesellschaft.

In **kapitalistischen** Gesellschaften sind Verteilungsstruktur und -mechanismen zunächst durch die Funktionsprinzipien kapitalistischer Märkte geprägt. Die kapitalistische **Eigentumsordnung** erzeugt eine Aneignungsweise, in der den Besitzern der Produktionsmittel das Recht auf die **private Aneignung der Wertschöpfung** zugestanden wird. Diese so entstehende Verteilungsordnung führt zu einer systematischen Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen zwischen den Klassen bzw. innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen sowie tendenziell zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichwohl sind innerhalb dieser Grundstruktur verschiedene Entwicklungsvarianten möglich, über die in sozialen Kämpfen und politischen Aushandlungskonflikten entschieden wird.

Der westeuropäische sozialdemokratisch-keynesianische **Wohlfahrtsstaat** zielte u.a. auf die Korrektur der strukturell ungleichen, markt- und machtvermittelten Verteilung durch Umverteilungspolitik. Gleiches galt für die Politik der Gewerkschaften, denen im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses eine wichtige, oftmals institutionell abgesicherte Rolle zukam. Auch wenn der Wohlfahrtsstaat die Grundlagen der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsordnung unangetastet ließ, Frauen und MigrantInnen in der Arbeits- und Lebenswelt Gleichstellung vorenthielt und auf einem naturgefährdenden Wachstumsmodell beruhte, konnte er ansehnliche Umverteilungserfolge und Sozialstandards realisieren. **Seit Beginn der 1980er Jahre** ist der Wohlfahrtsstaat durch die Strukturprobleme seines sozialökonomischen Entwicklungsmodells (»fordistisches Akkumulationsregime«), die konzeptionellen Defizite seiner Anhänger und die Offensive neoliberaler und neusozialdemokratischer Politiken in die Krise geraten. **Beide Politikkonzepte** treffen sich vor allem in dem Ziel, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, die sozialen Sicherungssysteme für die Verwertungsinteressen der Finanzmarktakteure zu öffnen, verteilungsmächtige Gewerkschaften zu »bändigen« und die Institutionen der kollektiven Arbeitsbeziehungen zu schwächen. All das läuft auf die Auflösung der wohlfahrtsstaatlichen Verteilungs- und Klassenkompromisse und die Enteignung erkämpfter, sozialer Eigentumsrechte der Lohnabhängigen hinaus. An die Stelle des Wohlfahrtsstaates tritt der kapital- und marktfördernde **Wettbewerbsstaa**t. Und das alte Verteilungsregime wird durch eine neue Variante der »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) ersetzt.

Die Perspektive einer linken, emanzipatorischen Politik kann sich nicht in der Verteidigung des traditionellen Wohlfahrtsstaates erschöpfen. Sie könnte in einem »neosolidarischen (Um-)Verteilungsregime« liegen, das sich auf vier Umverteilungsprojekte zu stützen hätte: Erstens auf die Neuverteilung sozial geschützter, gesellschaftlich sinnvoller, ökologisch verträglicher und geschlechterdemokratisch orientierter Erwerbsarbeit. Zweitens auf die Umverteilung von Einkommen und Vermögen durch eine solidarische Einkommenspolitik der Gewerkschaften und eine soziale Steuer- und Abgabenpolitik des Staates (z.B. über eine progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer). Die so generierten Finanzmittel sollten drittens in die Erneuerung bedarfsorientierter Sozialsysteme sowie in ein umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern (in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation sowie familiäre Reproduktion) investiert werden, die ohne soziale Zugangsschranken zugänglich sein müssten. Viertens ginge es um eine Reduzierung und Neuverteilung des Naturverbrauches vor allem zwischen den kapitalistischen Metropolen und den anderen Weltregionen, verbunden mit der Erneuerung der energetischen Grundlage des Wirtschaftens.

Für die Realisierung eines solchen Umverteilungsregimes bleiben national organisierte Gewerkschaften und Nationalstaaten unverzichtbare Schlüsselakteure. Gleichwohl gilt es die Grenzen nationalstaatlich begrenzter Politikkonzepte zu überwinden. Im globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus müssen Lebenschancen transnational neu verteilt und über globale Regulierungsstrukturen (»Global Governance«) institutionell fixiert und gesichert werden. Das setzt die Überwindung der »Akkumulation durch Enteignung« und die Umstellung von Produktion und Konsum auf ein ökologisch verträgliches Entwicklungsmodell voraus. Damit weist ein solches Projekt über die finanzkapitalistische Aneignungs- und Entwicklungsordnung der Gegenwart hinaus. (SiG 62)

S. auch: Hans-Jürgen Urban: „Es rettet uns kein höheres Wesen, März 2009 in SiG 73“ .

Reich und Arm weltweit – zum Weiterlesen

SiG 31: Christian Zeller: **Die Eigentumsfrage ernst nehmen!** Die Aktualität von Enteignung und Aneignung, http://www.staytuned.at/sig/0031/32921.html

Thomas Fritz: **Gegen die Reduktion auf die Verteilungsfrage**

SiG 36: Samir Amin: **Der kapitalistische Genozid,** http://sandimgetriebe.attac.at/2920.html

SiG 56: **Internationale Steuern: Umverteilen**!, http://sandimgetriebe.attac.at/sig56.html

SiG 66: Welthunger http://sandimgetriebe.attac.at/6554.html

SiG 75 : **Umverteilen – Umgestalte**n, http://sandimgetriebe.attac.at/8180.html

SiG 83: Rick Wolff: **Besteuerung der Reichen oder Anhäufung von Staatsschulden;** Nicht böse Spekulanten, sondern Klasseninteressen verursachen die Schuldenkrisen , http://sandimgetriebe.attac.at/8860.html

SiG 90: Martin Khor: **Die IV. UN-Konferenz über die ärmsten Länder,** Scheitern von LDC-IV: Trauerspiel in Istanbul http://sandimgetriebe.attac.at/8991.html

SiG 93: Attac Frankreich: Tobinsteuer: zu spät und zu wenig, http://sandimgetriebe.attac.at/9849.html

SiG 95: Die dreifache Umverteilung von unten nach oben, von Fred Schmid , http://sandimgetriebe.attac.at/10061.html

SiG 99: J. Ziegler: »Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen« , http://sandimgetriebe.attac.at/10237.html

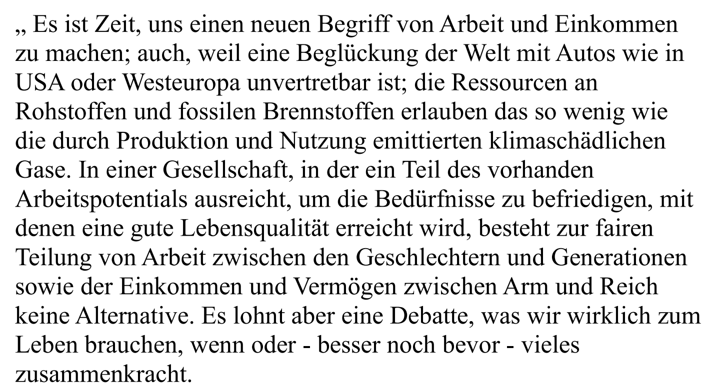
Bericht von **CETIM** (Europe-Third World Centre): **The Fight against Poverty and Human Rights,** http://www.cetim.ch/en/publications_cahiers.php?currentyear=&pid=#poverty, **Zusammenfassung von Francine Mestrum** (Mitglied im Internationalen Komitee vom Weltsozialforum) „Global poverty is a consequence of free-trade ideology“, http://www.publicserviceeurope.com/article/2213/global-poverty-is-a-consequence-of-free-trade-ideology

Stephan Krull, 2008
Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung



1.Mai 2004 Berlin, Rotes Rathaus

»Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.«
(Karl Marx)


„ Es ist Zeit, uns einen neuen Begriff von Arbeit und Einkommen zu machen; auch, weil eine Beglückung der Welt mit Autos wie in USA oder Westeuropa unvertretbar ist; die Ressourcen an Rohstoffen und fossilen Brennstoffen erlauben das so wenig wie die durch Produktion und Nutzung emittierten klimaschädlichen Gase. In einer Gesellschaft, in der ein Teil des vorhanden Arbeitspotentials ausreicht, um die Bedürfnisse zu befriedigen, mit denen eine gute Lebensqualität erreicht wird, besteht zur fairen Teilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie der Einkommen und Vermögen zwischen Arm und Reich keine Alternative. Es lohnt aber eine Debatte, was wir wirklich zum Leben brauchen, wenn oder - besser noch bevor - vieles zusammenkracht.
Das Problem von weniger Erwerbsarbeit ist nicht die Tatsache selbst, sondern die Einbeziehung unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit, ihre faire Teilung zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, Erwerbstätigen und Erwerbslosen und die Finanzierung all dieser Arbeit. Das Problem ist nicht ökonomischer sondern machtpolitischer Natur.

Für gute Arbeit gibt es viele Bezugspunkte; stärker als je gehört Arbeitszeitverkürzung dazu, wie sie auch von Gewerkschaftern ins Gespräch gebracht wird , wie sie durch Produktionsrückgänge brutal erzwungen wird. Wir erleben Zwangspausen in den Betrieben, die von den Beschäftigten selbst bezahlt werden. Die Situation erfordert jedoch kollektive und radikale Arbeitszeitverkürzung. Arbeitgeber erzwangen Arbeitszeitverlängerungen mit Lohnkürzungen, jetzt sollte eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich möglich sein – andernfalls werden mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und in Hartz IV gestürzt! Die Arbeitsplatzbilanz wäre besser, als auf Jobgarantien beim Kanzlergipfel zu hoffen, die eine Halbwertzeit von nur einem Tag hatten. Arbeitszeitverkürzung ist betriebswirtschaftlich wegen höherer Produktivität und volkswirtschaftlich wegen vermiedener Kosten für Arbeitslosigkeit und gesicherten Einnahmen für Steuer und Sozialversicherungen die bessere Lösung! Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich (voll für untere Entgeltgruppen, weniger bis gar nicht für höhere Entgeltgruppen) muss durch den Mindestlohn abgesichert werden. Zu guter Arbeit gehört eine Vergütung, die ein würdiges Leben ermöglicht.***(aus Der Motor stottert: Abbruch oder Umbau? Krise als Chance zum Umbau der Automobilindustrie?, SiG 71,*** http://sandimgetriebe.attac.at/6992.html)

„Das Thema Arbeitszeitverkürzung hat für die Gewerkschaften gegenwärtig keine Priorität, weil sie sich in der Defensive sehen. Aus dieser Situation kommen die Gewerkschaften nur heraus, wenn das Erpressungspotential von Millionen Arbeitslosen kleiner wird und verschwindet – das wiederum geht nur durch Arbeitszeitverkürzung. Es gibt weitere Themen und entsprechend weitere Akteure wie Sozialbewegungen, Kirchen, Frauenbewegung und viele mehr, die auf verschiedenen Wegen auf das gleiche Ziel zulaufen. Für diese Vielfalt an Akteuren ist, wenn wir erfolgreich sein wollen, ein gemeinsames Projekt zu definieren und ein Bündnis zu entwickeln. Keine Kraft, die auf sich allein gestellt Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn oder Grundeinkommen durchsetzen will, ist in der gegenwärtigen Situation dazu in der Lage. Deshalb ist es erforderlich und sinnvoll, die dazugehörigen Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung, Gesundheit und weitere gemeinsam zu diskutieren. Das macht die Debatte nicht einfacher, bietet aber mehr Aussicht auf Erfolg.“
(aus: Stephan Krull: Der Kampf um die Zeit, SiG 70:)

Weitere SiG-Artikel zur Arbeitszeitverkürzung:

SiG 34 **Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen- 30 Stunden sind schon lange genug! Arbeit solidarisch verteilen!**
- Winfried Wolf: 30 Stunden Woche: Ein strategisches Projekt
- Sybille Stamm: Hegemonie über die Zeitfrage
- Stephan Krull: 30 Stunden sind schon lange genug

SiG 26: Mohssen Massarrat: Agenda 2010: 30-Stunden-Woche für Europa - Die Alternative zu neoliberalen Rückwärtsstrategien
SiG 31 Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr , Roland Roth: Sich selbst Arbeit geben: Alternativen zur "Repressanda 2010"
SiG 67: AG Arbeitfairteilen von Attac Deutschland: EU-Arbeitszeitrichtlinie ist historischer Rückschritt
SiG 72: Stephan Krull: 30 Stunden arbeiten statt 40 Stunden arbeitslos! http://sandimgetriebe.attac.at/7103.html
SiG 76: Stephan Krull, Arbeitszeitverkürzung für gutes Leben, Bericht über eine Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung, http://sandimgetriebe.attac.at/9626.html

Frigga Haug: Ein gutes Leben, 2009

Teilzeitarbeit für alle – eine zeitgemäße Unterwanderung gewohnter Vorstellungen und eingerosteter Identitäten.
Rede zur Eröffnung des 3. Deutschen Sozialforums

Wir gehen davon aus, dass wir inzwischen nurmehr ein Bruchteil an Arbeitsstunden für die gleichen Produkte einsetzen müssen und bei gewachsenem Niveau an Lebensstandard jedenfalls weit weniger als die Hälfte – und dass dies auch weltweit durchsetzbar wäre, da sich die Produktivkräfte und das nötige Know-how in absehbarer Zeit verallgemeinern ließen.

(…) Teilzeitarbeit für alle ist eine Losung, die ständig beraten werden will. Sie ändert das gültige Zeitregime, sie löst das Problem der Arbeitslosigkeit, sie zielt auf Frauengleich-stellung, auf die Verbesserung der Arbeiten, auf das Ziel eines guten Lebens. Es wird ein langer Weg, setzen wir uns zusammen und fangen wir an.

(Vollständiger Text in SiG 78, http://sandimgetriebe.attac.at/8489.html)

Gegen Lohnabbau, gegen Prekarität, gegen Verschlechterung der Sozialen Sicherung

SiG 24: Für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherung,
http://sandimgetriebe.attac.at/2832.html
Stephan Lindner: Die Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon; weitere Artikel , u.a. über die Rentenversicherung
SiG 31 - Soziale Aneignung statt globale Enteignung:
- **Thomas Fritz**: Gegen die Reduktion auf die Verteilungsfrage
- **Rainer Roth**: Sozialabbau dient dem Lohnabbau
- Sozialabbau: EU-Länder im Überblick
- USA: Vier Jobs, drei Kinder, keine Wohnung
- Geheuert, gefeuert -Weltmarktarbeiterinnen im Rennen nach unten
- Armut aus der Sicht der lateinamerikanischen Frau

http://sandimgetriebe.attac.at/2839.html
SiG 34 Rainer Roth: **10 Euro Mindestlohn!**,
http://sandimgetriebe.attac.at/2868.html
SiG 29 - Die Auseinandersetzungen zur österreichischen **Pensionsreform** / - Das US-amerikanische Pensionsversicherungssystem: Systeme im Chaos
http://sandimgetriebe.attac.at/2837.html
SiG 37 - Weg mit Hartz IV
SiG 43: Debatten zum Grundeinkommen ,
http://sandimgetriebe.attac.at/3132.html
SiG 82: Ablehnung der Neuen Rentenreform in Frankreich ,
http://sandimgetriebe.attac.at/8795.html

Keine Privatisierung der öffentlichen Versorgung!



Durst! *Zu verkaufen!*

Wasser: SiG 19, 21, 72, 73, 85 , 95
SiG 85: Wasser: Endlich ein menschenrecht - Die UNO hat den Zugang zu sauberem Wasser zu einem Menschenrecht erklärt. Das ist auch ein Sieg der globalisierungskritischen Bewegung.http://sandimgetriebe.attac.at/9129.html

SiG 20: A. Pellizarri: Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung

SiG 21: **Rettung des Gesundheitswesens durch Wettbewerb?** - Ver.di Stuttgart gegen ver.di Bund

http://sandimgetriebe.attac.at/8456.html

SiG 78: **Bildung ist keine Ware!**
http://sandimgetriebe.attac.at/9441.html

Rede im besetzten Audimax der Universität Wien von Christian Felber, attac Österreich, Wien, 26. 10. 2009,
http://sandimgetriebe.attac.at/8474.html

Umgestalten!!!

SiG 47: **Altvater: Mögliche Welten. Solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft,**
http://sandimgetriebe.attac.at/3281.html
Jacques Weber, attac Fr.: **Energie: Welche Alternativen?**
http://sandimgetriebe.attac.at/3280.html



SiG 50: Alternativengipfel Europa –Lateinamerika – Karibik 10. bis 13. Mai 2006
SiG 71: Es ist nicht länger möglich zu sagen: Wir bauen mehr Autos aus der Betriebszeitung von **Volvo** - Göteborg, Schweden
http://sandimgetriebe.attac.at/6993.html
SiG 73: Stephan Krull: **Die Krise schreit nach gesellschaftlicher Planung**,
http://sandimgetriebe.attac.at/7228.html

SiG 75: Umverteilen – Umgestalten! Mehrere Artikel, u.a.: Alexis Passadakis und Tadzio Müller: Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum ?, http://sandimgetriebe.attac.at/8157.html
EuropaVerkehrsWende - JETZT! von Winfried Wolf,
http://sandimgetriebe.attac.at/8160.html
SiG 77: Den Mut zu sozialen Protesten mit alternativen Konzepten kombinieren, *Erklärung von Aktiven aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Wissenschaft und Kultur anlässlich der Bundestagswahl 2009,*
http://sandimgetriebe.attac.at/8357.html
SiG 78: Frigga Haug: Ein gutes Leben
SiG 88: Attac Österreich: Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen!,
http://sandimgetriebe.attac.at/9312.html
SiG 89: Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden - Ausstieg jetzt! Vom Rat und Koordinierungskreis von Attac Deutschland, weitere Artikel über Fukushima:
http://sandimgetriebe.attac.at/9441.html
SiG 90: Beilage „**Jenseits des Wachstums**" /welche Entwicklung?http://sandimgetriebe.attac.at/9521.html



Weltsozialforum

Alexis Passadakis: Die Dynamik der Sozialforumsidee, 2011

Seit dem Start im Jahre 2001 im brasilianischen Porto-Allegre hat sich die Funktion des Sozialforums verändert – zumindest teilweise. Zu Beginn war es der weltweite Ausdruck einer neuen, anti-neoliberalen Position im Zuge der gerade entstandenen politisch und institutionell pluralen globalisierungskritischen Bewegung. Akzentuiert wurde es als Projekt dadurch, dass es zeitgleich zu dem Treffen der transnationalen Machteliten beim Weltsozialforum in Davos stattfand.

Das Neue genießt immer einen besonderen Zauber. Nach zehn Jahren ist dieser unzweifelhaft leicht angestaubt. Und es ist problematisch, dass das diesjährige Weltsozialforum in Dakar die Parallelität zum World Economic Forum im schweizerischen Davos aufgegeben hat und sich damit einiges an Aufmerksamkeit nimmt.

Aber selbst wenn die Euphorie des Neuen nicht mehr im Mittelpunkt steht, so ist das WSF weiterhin ein unverzichtbarer **Knotenpunkt, für Netzwerke sozialer Bewegungen, NGOs und kritischen Gewerkschaftern**. Zugleich ist es notwendiger Referenzpunkt für die **globale Sozialforumsbewegung** mit ihren geographisch sehr unterschiedlichen Konjunkturen.

Während der Prozess des Europäische Sozialforums unzweifelhaft schwächelt, gewinnt die Sozialforumsidee in anderen Regionen an Dynamik. Allein in **Nordafrika** und bis in den **Nahen Osten** gab es in den vergangenen eineinhalb Jahren die enorme Zahl von elf großen nationalen, regionalen und thematischen Sozialforen. Zum Beispiel das mesopotamische Sozialforum in Amed/Diyarbakır im September 2009. Dass diese Region in Bewegung ist – wie insbesondere Tunesien, Ägypten und Jemen in den letzten Wochen gezeigt habe – entstand nicht aus dem Nichts. Auf unterschiedlichster Ebene gab es soziale Prozesse, die begannen neue politische Wege vorzubereiten. Ein Mosaikstein in diesem Kontext sind die zahlreichen Sozialforen. Die Ausstrahlung der Sozialforumsidee mit seinem notwendigen symbolischen Zentrum des WSF und seiner Gründungscharta von Porto Alegre ist daher weiterhin gegeben.

Während des Sozialforums in Dakar – als Reaktion auf die Revolten – sprechen nun einige von der Idee eines gemeinsamen regionalen Sozialforums des Maghreb und Nahen Ostens in den kommenden Monaten. Andere wünschen sich das WSF 2013 nach Kairo. (…) Für diesen 20. März hat im übrigen die „Versammlung der sozialen Bewegungen" zu einem globalen Aktionstag zur Unterstützung der Revolten in Ägypten und Tunesien aufgerufen.

Wie bereits das WSF 2009 im amazonischen Belem standen in Dakar **sozial-ökologische Themen** im Vordergrund eines prägenden Teils der Veranstaltungen. Insbesondere der **Zugriff durch Konzerne auf Ressourcen**, wie Land, Süßwasser und Fischbestände. Während im Norden Umweltthemen zumeist unter technischen Vorzeichen geführt werden, sind **Umweltfragen im Süden zumeist unmittelbar soziale Konflikte**, bei denen es um Zugangsmöglichkeiten für das unmittelbare Überleben geht. **Land-Grabbing** und Sea-Grabbing waren daher zentrale Stichworte. Von vielen wurde die Erfahrung artikuliert, dass sich zur Zeit der Zugriff der Länder des Nordens und der Schwellenländern auf Ressourcen enorm beschleunigt, so dass eine neue Dimension globaler Ungleichheit hergestellt wird. Die Reaktionen auf die neue Enteignungswelle ökologischer Gemeinschaftsgüter ist lokal teils hilflos teils sehr heftig. Im Bezug auf die globale Ebene wurde bei einem Vernetzungsreffen zum Rio+20-Gipfel im kommenden Jahr in Rio gefordert, dass es dort zu verhindern gelte, dass unter dem **Schlagwort der „Green Economy"** die derzeitige Umverteilung von Ressourcen legitimiert werde, anstatt diese offensiv zu kritisieren. Das WSF in Dakar wurde dafür genutzt, internationale zivilgesellschaftliche Koalitionen zu schmieden, die sich auf die Fahne geschrieben haben, genau darauf hinzuwirken.

(In SiG 89 veröffentlicht)

Weltsozialforum- Auswahl von SiG-Artikeln:

Die Zukunft des Weltsozialforums - von Bamako nach Belem, Reader 2008 http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig

SiG 18: Porto Alegre 3 Brasilien – Januar 2003, http://sandimgetriebe.attac.at/2826.html
SiG 30: Weltsozialforum in Mumbai (2004), http://sandimgetriebe.attac.at/2838.html
SiG 41: Berichte und Dokumente vom 5. WSF in Porto Alegre, 2005, http://sandimgetriebe.attac.at/3082.html
SiG 49: Bamako Appell: http://sandimgetriebe.attac.at/2598.html
SiG 50: Weltsozialforen 2006: http://sandimgetriebe.attac.at/sig50.html
SiG 58: Weltsozialforum in Nairobi (2007). Wallerstein: Von der Defensive in die Offensive; weitere Artikel http://sandimgetriebe.attac.at/sig58.html
SiG 64: François Houtart: Die Zukunft des Weltsozialforums: Stärken und Schwächen, http://sandimgetriebe.attac.at/6225.html
SiG 65: C. Whitaker,G. Massiah, J.-M. Harribey, S. George: Die Bewegung für eine Andere Welt, http://sandimgetriebe.attac.at/6403.html
SiG 68: Strategie des WSF – Diskussionsbeiträge, http://sandimgetriebe.attac.at/6728.html
SiG 69: Francine Mestrum : Vorbereitung auf die Strategiediskussion am WSF, http://sandimgetriebe.attac.at/6812.html
SiG 72: Weltsozialforum in Belem (2009), http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html
SiG 80: Bernard Cassen: Auf dem Weg zu einer post-altermondialistischen Wende der Sozialforen?, http://sandimgetriebe.attac.at/8633.html
SiG 85: Francine Mestrum: US-Forum und ESF: Strategische Herausforderungen für das Weltsozialforum (WSF), http://sandimgetriebe.attac.at/8922.html
SiG 85: Gustave Massiah : Ein spannendes US-Sozialforum , http://sandimgetriebe.attac.at/8924.html
Michael Leon Guerrero: Wie wir das Sozialforum in den Vereinigten Staaten(USSF) organisiert haben, http://sandimgetriebe.attac.at/8923.html Amerikanisches Sozialforum in Paraguay, http://sandimgetriebe.attac.at/8920.html
SiG 89: Weltsozialforum in Dakar, 2011, http://sandimgetriebe.attac.at/8969.html
Erklärung der Sozialen Bewegungen in Dakar, 12.02.2011: http://sandimgetriebe.attac.at/9377.html
SiG 92: Pierre Beaudet: Welchen Weg sollte das Weltsozialforum einschlagen?, http://sandimgetriebe.attac.at/9702.html

Arundhati Roy , 2004

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege

Der neue Imperialismus ist bereits über uns gekommen.

Rede auf dem 4. Weltsozialforum in Mumbai, Januar 2004

Im Januar vorigen Jahres versammelten sich Tausende von uns aus der ganzen Welt im brasilianischen **Porto Alegre** und erklärten: »Eine andere Welt ist möglich.« Ein paar tausend Meilen weiter nördlich dachten in Washington George Bush und seine Berater das gleiche. **Unser** Projekt war das Weltsozialforum. **Ihr** Ziel war es, das voranzubringen, was viele »Das Projekt für das neue a merikanische Jahrhundert« nennen. (...)

Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, komplette, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie. Es wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Gottes Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien ist das Modell für die Titelfigur des neoliberalen Kapitalismus, Irak hingegen das schwarze Schaf.

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert für das Imperium sind oder einen »Markt« haben, der privatisiert werden kann, oder um Gottes Willen wertvolle natürliche Ressourcen wie Öl, Gold, Diamanten, Kobalt, Kohle besitzen, müssen sich wie angeordnet verhalten, oder sie werden **zu militärischen Zielen.** Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet. Sollten sie nicht bereitwillig ihre Ressourcen der Konzernmaschinerie ausliefern, werden zivile Unruhen initiiert oder Kriege vom Zaun gebrochen.
In diesem neuen Zeitalter des Imperiums, da nichts mehr so ist wie es scheint, dürfen **Manager** interessierter Companies außenpolitische Entscheidungen **beeinflussen**. Das Zentrum für Öffentliche Integrität in Washington fand heraus, dass neun von 30 Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigungspolitik der US-Regierung mit Unternehmen verbandelt waren, denen zwischen 2001 und 2002 Aufträge im Verteidigungssektor in Höhe von 76 Milliarden Dollar zugeschanzt wurden.
George Shultz, der frühere US-Außenminister, war Vorsitzender des Komitees für die Befreiung Iraks. Er sitzt auch im Aufsichtsrat der **Bechtel**-Gruppe. Über einen Interessenkonflikt im Kriegsfall gegen Irak befragt, sagte er: »I*ch weiß nicht, ob Bechtel daraus besonderen Nutzen ziehen würde. Aber wenn dort Arbeit verrichtet werden muss, dann ist Bechtel der Firmentyp, der das machen könnte. Aber niemand betrachtet das als etwas, von dem man profitiert.*« Nach dem Krieg schloss Bechtel einen Vertrag über 680 Millionen Dollar für die Rekonstruktion im Irak ab.

Diese **brutale Blaupause** ist immer wieder verwendet worden – quer durch Lateinamerika, Afrika, Mittel- und Südostasien. Das hat Millionen Menschenleben gekostet. **Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt.** (…) Nehmen wir zum Beispiel an, **Indien** wäre als Ziel für einen gerechten Krieg ausge-wählt worden.
- Der Fakt, daß 80 000 Menschen seit 1989 in Kaschmir getötet worden sind, die meisten von ihnen Muslime, und die meisten von ihnen durch indische Sicherheitskräfte (was einen Jahresdurchschnitt von ungefähr 6 000 ergibt);
- der Fakt, daß im März 2003 über 2000 Muslime auf den Straßen in Gujarat ermordet, das Frauen von Gruppen vergewaltigt und Kinder bei lebendigem Leibe verbrannt und 150 000 Menschen aus ihren Heimen vertrieben wurden, während die Polizei und die Administration zuschauten und sich mitunter aktiv beteiligten;
- der Fakt, dass niemand für diese Verbrechen bestraft und die Regierung, die das überblickte, wieder gewählt wurde,
all das würde perfekte Schlagzeilen liefern für internationale Zeitungen im Zulauf auf einen Krieg.
Weiter wissen wir, dass unsere Städte von Marschflugkörpern dem Erdboden gleichgemacht würden, unsere Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, US-Soldaten durch unsere Straßen patrouillieren würden und Narendra Modi, Pravin Togadia oder irgendein anderer populärer Eiferer zu besten TV-Sendezeiten sich – wie Saddam Hussein im US-Gewahrsam – ihr Haar nach Läusen durchsuchen und ihre Zahnfüllungen überprüfen lassen müssten.

Aber solange unsere »Märkte« offen sind, solange Enron, Bechtel, Halliburton, Arthur Andersen freie Hand gelassen wird, können unsere »demokratisch gewählten« Führer sorglos die Linien zwischen Demokratie und Faschismus verwischen. Die feige Bereitschaft unserer Regierung, die stolze Tradition der Blockfreiheit aufzugeben, ihr Drang an die Spitze der komplett Gebundenen (die Modephrase lautet »natürliche Verbündete«, zu denen Indien, Israel und die USA zählen) haben ihr Beinfreiheit gegeben, sich in ein repressives Regime zu verwandeln ohne Verlust ihrer Legitimität.
Die Opfer einer Regierung sind nicht nur jene, die sie tötet und einkerkert. Auch jene müssen zu ihnen gerechnet werden, die enteignet, vertrieben und zu einem Leben in Hunger und Entbehrung verurteilt sind. Millionen Menschen sind durch »Entwicklungsprojekte« enteignet worden. In den vergangenen 55 Jahren haben in Indien durch Großdämme zwischen 33 und 55 Millionen Bürger ihre Siedlungsgebiete verloren. Sie haben keine Chance auf Gerechtigkeit.
In den letzten beiden Jahren gab es eine Serie von Zwischenfällen, bei denen die Polizei das Feuer auf friedlich Protestierende, meistens Dalits und Adivasi, eröffnete. Die Armen und besonders die Dalits und Adivasi-Gemeinschaften werden getötet, weil sie Forstland nutzen, und sie werden getötet, wenn sie die Nutzung von Forstland für Dämme, den Bergbau, Stahlwerke und andere »Entwicklungsprojekte« zu verhindern suchen. In nahezu jedem Fall, in dem die Polizei schoss, behauptete die Regierung, die Polizei sei durch Gewaltakte provoziert worden. Jene, auf die geschossen wurde, werden sofort als Militante abgestempelt.
Quer durchs Land hat man unschuldige Menschen, inklusive Minderjährige, nach dem Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus eingesperrt und hält sie ohne Prozess endlos fest. In der Ära des Krieges gegen Terror wird Armut hinterhältig mit Terrorismus vermischt. In der Ära von korporativer Globalisierung ist Armut ein Verbrechen. **Protest gegen weitere Verarmung ist Terrorismus**. Und nun sagt unser höchstes Gericht sogar, streiken ist ein Verbrechen. Kritik an den Gerichten ist selbstverständlich auch ein Verbrechen.

Wie der alte Imperialismus beruht auch der neue Imperialismus auf einem Netzwerk von Agenten, korrupten lokalen Eliten, die dem Imperium dienen. Wir alle kennen die schlimme Geschichte von **Enron** in Indien. Die damalige Regierung von Maharashtra schloss ein Abkommen über Stromlieferungen, die Enron Profite sicherten, die 60 Prozent des gesamten indischen Budgets für die landwirtschaftliche Entwicklung ausmachten. Einer einzigen amerikanischen Company wurde ein Profit garantiert im Äquivalent von Fonds zur Entwicklung der Infrastruktur für etwa 500 Millionen Menschen!

Cancun lehrte uns, internationale Allianzen zu schmieden

Anders als zu alten Zeiten muss der neue Imperialist sich nicht durch die Tropen schleppen, Malaria, Durchfälle und einen frühen Tod riskierend. Neuer Imperialismus kann über E-Mail ausgeführt werden. Die vulgären, klassischen Rassisten des alten Imperialismus sind überholt. **Der Eckstein des neuen Imperialismus ist neuer Rassismus.**
Teil des Projekts neuer Rassismus ist **neuer Genozid.** In dieser Ära neuer wirtschaftlicher Interdependenz kann neuer Genozid durch ökonomische Sanktionen gefördert werden. Das heißt, Bedingungen zu schaffen, die zum Massensterben führen, ohne dass man Menschen direkt töten muss. Dennis Halliday, von 1997 bis 1998 UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in Irak (danach trat er angeekelt zurück), verwendete den Begriff Völkermord, um die **Sanktionen** gegen Irak zu beschreiben. Die Sanktionen, denen eine halbe Million Kinder zum Opfer fielen, stellten alle Bemühungen Saddam Husseins noch in den Schatten. In der neuen Ära ist Apartheid als formelle Politik antiquiert und unnötig. **Internationale Instrumente von Handel und Finanz** steuern ein komplexes System von Handelsgesetzen und Finanzabkommen, die die Armen ohnehin in ihren Bantustans festhalten. Ihr ganzer Zweck besteht darin, Ungleichheit zu institutionalisieren. Warum sonst würden die USA das Produkt eines Textilherstellers in Bangladesch zwanzigmal höher besteuern als eins made in Großbritannien?
Warum sonst produzieren Länder mit 90 Prozent des Weltkakaoanbaus nur fünf Prozent der Schokolade in der Welt?
Warum sonst werden Kakao anbauende Länder wie die Elfenbeinküste und Ghana mit Besteuerung vom Markt gedrängt, wenn sie versuchen, ihren Rohkakao in Schokolade zu veredeln?
Warum sonst fordern reiche Länder, die täglich über eine Milliarde Dollar für Agrarzuschüsse ausgeben, dass arme Länder wie Indien alle Agrarsubventionen, einschließlich der für Elektrizität, abbauen?
Warum sonst stecken ehemalige Kolonien, die über mehr als ein Jahrhundert lang von den Kolonialregimes ausgeplündert wurden, in der Schuldenfalle genau dieser Regimes und zahlen ihnen 382 Milliarden Dollar pro Jahr zurück?
Aus all diesen Gründen war die **Entgleisung der Handelsabkommen in Cancun so entscheidend für uns.** Auch wenn unsere Regierungen versuchen, sich damit zu rühmen, wissen wir doch, daß dies das Resultat des Kampfes von vielen Millionen Menschen in sehr vielen Ländern über Jahre hinweg war. Was uns Cancun lehrte ist, daß, um wirklichen Schaden anzurichten und radikalen Wandel zu erzwingen, es für lokale Widerstandorganisationen von vitaler Bedeutung ist, internationale Allianzen zu schmieden. Von Cancun lernten wir die Bedeutung globalisierten Widerstands.

Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der korporativen Globalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um das neoliberale Projekt geht. Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, wenn sie Staatsoberhäupter werden. Ich denke hier an Präsident Lula von Brasilien. **Lula** war der Held des Weltsozialforums letztes Jahr. In diesem Jahr verwirklicht er eifrig die IWF-Richtlinien, reduziert Renten und entschlackt seine Arbeiterpartei von Radikalen. Ich denke auch an Südafrikas Expräsidenten Nelson **Mandela**. Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Machtantritt machte seine Regierung einen Kniefall vor dem Gott der Marktwirtschaft. Sie führte ein massives Programm von Privatisierung und strukturellen Anpassungen ein, das Millionen Menschen ohne Heim, arbeitslos, ohne Wasser und Eletrizität hinterläßt. Warum passiert das? Es macht wenig Sinn, sich an die Brust zu klopfen und betrogen zu fühlen. Lula und Mandela sind in jeder Beziehung großartige Menschen. Aber im Moment, da sie von der Opposition ins Regierungslager wechselten, wurden sie zu **Geiseln eines ganzen Spektrums von Bedrohungen, die übelste davon die Drohung mit Kapitalflucht,** die jede Regierung über Nacht zu Fall bringen kann. Anzunehmen, daß das persönliche Charisma und ein kampferfüllter Lebenslauf das korporative Kartell anknackst, bedeutet nicht zu verstehen, wie der Kapitalismus funktioniert oder wie Macht ausgeübt wird. **Radikaler Wandel wird nicht durch Regierungen ausgehandelt, er kann nur durch Menschen erzwungen werden.**

Wir müssen unsere Strategie des Widerstands diskutieren

In dieser Woche werden auf dem **Weltsozialforum** einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Konversationen schärfen unsere Vision über die Art von Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein vitaler Prozess, der nicht untergraben werden darf.
Dennoch besteht das Risiko, wenn auf Kosten wirklicher Aktion alle unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, dass das WSF, das eine entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, zu einem Guthaben unserer Feinde wird. Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. **Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch** war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökono-mischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, **dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen**. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und justiert werden muss. Es darf nicht erlaubt werden, dass sie lediglich zum Spektakel, zu einer Fotomöglichkeit für die Medien wird.
Es war herrlich, als am **15. Februar** vorigen Jahres zehn Millionen Menschen auf einer eindrucksvollen Demonstration öffentlicher Moral, zehn Millionen Menschen auf fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak marschierten. **Es war wunderbar, aber es war nicht genug**. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste einen Arbeitstag verpassen. **Feiertagsproteste stoppen keine Kriege.** George Bush weiß das. Die Selbstsicherheit, mit dem er die überwältigende öffentliche Meinung mißachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann okkupiert und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass alles, was er zu tun hat, ist, sich hinzuhocken und zu warten, bis die über Krisen berichtenden Medien, die dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallenlassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und wir, alle Empörten werden das Interesse daran verlieren. So jedenfalls hofft er.
Diese unsere Bewegung braucht einen großen, globalen Erfolg. **Es ist nicht gut genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen**, wenn auch nur, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas zu gewinnen, müssen wir – alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben – in etwas übereinstimmen: dass es nicht eine überlappende, vorherbestimmte Ideologie braucht, in die wir unsere geschätzten, aufrührerischen argumentativen Selbsts hineinzwängen. Es bedarf keines bedingungslosen Untertanengehorsams gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand, um alles andere auszuschließen.
Es könnte eine Minimalagenda sein.

Laßt uns den Blick auf Irak werfen

Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann laßt uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner haben sich seit der

Gefangennahme Saddam Husseins zurückgezogen. *Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich*. Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US-Army zu applaudieren und deshalb im nachhinein ihre Invasion und Okkupation Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper (den Schlächter) anzubeten, weil er den Boston-Würger ausgeweidet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ein gemeinsames Unternehmen betrieben. Es war ein innerbetrieblicher Streit. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der CEO, der Chief Exekutive Officer.

Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, **sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation** sind und dass wir glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?)

***Wir* müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.**

Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich **weigern** zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, dass wir in Ländern wie Indien und Pakistan die Pläne der US-Regierung zum Scheitern bringen müssen, indische und pakistanische Soldaten zum Saubermachen nach Irak zu schicken.

Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlußzeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance **zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren**. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schließung zwingen. Es ist eine Frage, unsere kollektive Weisheit und Erfahrung aus vergangenen Kämpfen für ein einzelnes Ziel einzubringen. Es ist eine Frage des Wunsches zu siegen.

Das »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.

*In **Sand im Getriebe Nr. 30** veröffentlicht*
***Weitere Artikel von/über A.Roy** in SiG:*
***SiG 17**: Das Empire konfrontieren, Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre,*
***SiG 38** „John Kerbusch oder Geroge Berry“ , die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialistischen Welt*
***SiG 82 und 86** über Indien*

Auswahl von Artikeln über Asien in Sand im Getriebe:

Asien:
SiG 16: Asiatisches Sozialforum, Berichte/Interviews von Christa Wichterich http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 40: Nach dem Tsunami in Asien: Solidarität statt Konkurrenz, http://sandimgetriebe.attac.at/3008.html

Vergleich China-Asien (mehrere Artikel): **SiG 99**
http://sandimgetriebe.attac.at/10216.html

China: SiG 68: Quo vadis, China? (mehrere Artikel),
http://sandimgetriebe.attac.at/6728.html
SiG 84: Perry Anderson : Zwei Revolutionen (Vergleich UdSSR/China) , http://sandimgetriebe.attac.at/9054.html
Peter Strotmann: China auf der Suche nach der sozialistischen Moderne?, http://sandimgetriebe.attac.at/9055.html
SiG 86: Martin Khor: USA-China: Am Rande eines Handelskriegs? http://sandimgetriebe.attac.at/9195.html
SiG 90: Fred Schmid:Modell China?
http://sandimgetriebe.attac.at/9527.html

SiG 99: Klassenkämpfe in China,
http://sandimgetriebe.attac.at/10243.html

Indien:
SiG 77: Arundhati Roy: Kampf um das Land in Indien,
http://sandimgetriebe.attac.at/8353.html
Von unseren Dörfern aus nach Delhi und Genf: Die indischen Bauern demonstrieren gegen die Welthandelsorganisation (WTO), , Via Campesina Südasien,
http://sandimgetriebe.attac.at/8355.html
SiG 82: Indien: »Krieg gegen die Armen«-Ausverkauf von Land, Wald, Wasser und Rohstoffen: In Indien werden ganze Landstriche an Konzerne verscherbelt, und das Militär macht Jagd auf Adivasis und Dalits, http://sandimgetriebe.attac.at/8802.html
Arundhati Roy: Dieses Erbe an Rebellion hat ein wütendes Volk hinterlassen http://sandimgetriebe.attac.at/8803.html

SiG 76: Attac Japan: Wende in Japan,
http://sandimgetriebe.attac.at/8279.html

China: Positionspapier der Alten Revolutionäre , 2010
Zur gegenwärtigen Aktivitätswelle der Arbeiter in China

Stützt die Verfassung, respektiert und sichert die Menschenrechte, unterstützt den gerechten Kampf der Honda-Arbeiter, verurteilt das unmenschliche Management von Foxconn (6. Juni 2010)

An: Generalsekretär Hu Jintao und die Mitglieder des ZK, Wu Bangguo , Vorsitzender des Volkskongresses, Premierminister Wen Jiabao, die Vizepremierminister und die Mitglieder des Staatsrates, an alle chinesischen Landsleute und alle Medienstellen:

Vor kurzem hat es in unserem Land zahlreiche Vorfälle gegeben, die auf **verstärkte soziale Widersprüche** hinweisen. Nach Medienberichten hat die in Shenzen ansässige und von Taiwan finanzierte Firma Foxconn Arbeiter wie Maschinen (oder schlimmer noch: als Ersatzteile!) behandelt, um Profit für das Unternehmen zu erwirtschaften. Dabei hat sie ein unmenschliches Managementsystem eingeführt, das Seele und Gesundheit der Arbeiter in einem solchen Maße zerstört, dass einige von ihnen das Leben nicht mehr als lebenswert empfunden haben. Dreizehn Arbeiter dieser Firma haben sich innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu Tode gestürzt. Ihr tragischer Tod bricht uns das Herz. Diese Situation ist ein Schock für die Welt!

Mit ihrem Standort in Foshan, Guangdong ist die Honda Auto Parts Manufacturing

Co.GmbH eine Firma in japanischem Besitz. Während der kapitalistische Eigentümer einen gewaltigen Profit erzielt, sind die Löhne zu niedrig, um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu sichern. Zudem vertritt die Gewerkschaft nicht die Interessen der Arbeiter. In ihrem Kampf für Lohnsteigerung und Gewerkschaftsreform sind beinahe zweitausend Arbeiter in den Streik getreten. Das japanische Management hat aber nur eine geringe Lohnerhöhung zugestanden, die weit von dem entfernt ist, was die Arbeiter verlangten. Ferner verlangte das Management von den Arbeitern in unverantwortlicher Weise, eine „Kein-Streik"-Verpflichtung zu unterzeichnen und drohte an, solche Arbeiter zu feuern, die doch an einem Streik teilnehmen. Tatsächlich sind zwei Arbeiterführer auf die Straße gesetzt worden.

Andere Vorfälle, von denen die Medien berichten, zeigen ebenfalls einen **zunehmenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit**. Einige Arbeiter der Chongqing Qijiang Getriebe GmbH wurden gezwungen an Wochenenden Überstunden zu erbringen und starben an Überarbeitung. Andauernde Erschöpfung, niedrige Bezahlung und Korruption des Managements haben Arbeiter veranlasst zu streiken. Beinahe 1 700 Arbeiter des Taisheng Möbelunternehmens in Dongguan, Provinz Guangdong führten einen dreitägigen Streik durch, um gegen Überbelastung und niedrige Bezahlung zu protestieren. Mehr als tausend Arbeiter der Ersatzteilfirma, die Hyundai in Beijing beliefert, streikten für höhere Löhne. Arbeiter der Lanzhou Vinylon Company traten in den Streik, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. In Datong City (Provinz Shanxi) wurde das Staatsunternehmen Xinghuo Pharmazie in den Bankrott getrieben und zahlreiche Petitionen der arbeitslosen Arbeiter wurden abgewiesen. In der Folge veranstalteten mehr als 10 000 Menschen ein Sit-in vor dem kommunalen Regierungsgebäude. Einige von ihnen wurden von bewaffneten Polizeikräften zusammengeschlagen. Streikende Arbeiter der Pingdingshan Baumwollspinnerei (Provinz Henen) wurden von Schlägern brutal verprügelt, die in Polizeifahrzeugen herangekarrt wurden. Das Ergebnis waren Verletzungen bei vielen weiblichen Arbeitnehmern. In Shenzhen wurden die Namen von Arbeitern, die den Kampf um den Schutz von Arbeiterrechten und für die Zahlung ausstehender Löhne anführen, auf verschiedene schwarze Listen gesetzt, wodurch es für sie sehr schwierig wird eine Anstellung zu finden. Dies sind nur einige der jüngsten Zwischenfälle, die das Ausmaß des Problems verdeutlichen.

Insgesamt hat die Bourgeoisie die Lasten der Wirtschafskrise auf die Schultern der Arbeiter verlagert und damit einen Angriff auf sie geführt. Die Arbeiterklasse sieht sich gezwungen aufzustehen und Widerstand zu leisten. Da aber die Arbeiter in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlich schwachen Gruppe geworden sind, denen zudem die von der Verfassung zugesicherten Grundrechte verweigert werden, befinden sie sich in einer beklagenswerten Situation, in der ihr Sterben ohne Resonanz bleibt, ihre Streikaktionen ohne Unterstützung und ihre Klagen ungehört. In Übereinstimmung mit der Verfassung unseres Landes, insbesondere mit den vier Grundprinzipien (1) und den Grundrechten, die allen Bürgern zustehen, veröffentlichen wir den folgenden Appell, um die gegenwärtige Situation und die damit verbundenen Probleme anzugehen.

Erstens sollten wir die Arbeiter bei Honda in Foshan und in anderen Fabriken in ihrem gerechten Kampf gegen Unterdrückung und für ihr Überleben unterstützen. Artikel 33 unserer Verfassung stellt fest, dass „der Staat die Menschenrechte respektiert und garantiert."
Das Streikrecht ist ein untrennbarer Bestandteil der Menschenrechte und ist ferner ein grundlegendes Bürgerrecht, wie es von Verfassungen überall auf der Welt gesetzt wird. Wir unterstützen fest die berechtigten Forderungen der Honda-Arbeiter bezüglich einer Änderung ihrer harten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne. Ebenso stark wenden wir uns dagegen, dass vom Management mit der Entlassung von Arbeitern gedroht wird. Die zwei gefeuerten Arbeiterführer sollten ihre Arbeitsstelle sofort wieder bekommen.

Wir glauben, dass unser Aufruf von all denjenigen unterstützt wird, die für Gerechtigkeit eintreten, die Menschenrechte respektieren und die Autorität der Verfassung stützen.

Zweitens sollten wir fordern, dass Foxconn und andere ähnliche Unternehmen sofort Schluss machen mit ihren unmenschlichen und grob ausbeuterischen Managementmethoden. Wir verlangen, dass das Management Würde und Integrität der Arbeiter respektiert, die staatlichen Gesetze befolgt, die Arbeitsbedingungen verbessert, rigoros einen 8-Stunden-Arbeitstag einführt und die Arbeiter für ihre Überstunden bezahlt.
Es muss sicherstellen, dass die Arbeiter einen Lohn erhalten, der für ihren Lebensunterhalt und ihre materielle Reproduktion ausreicht. Dies ist die einzige Möglichkeit, um Konflikte zwischen Arbeit und Kapital zu entschärfen und so genannte ´psychologische´ Probleme zu meiden oder doch zu verringern. Den grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital durch einseitige Betonung von ´psychologischer Beratung´ zu verwischen, heißt ihn zu vertuschen und das Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf zu stellen.

Nach Medienberichten zeigten einige Selbstmordopfer auch Anzeichen von körperlichen Verletzungen durch Schläge. Ferner gab es den Verdacht, dass einige von ihnen von Gebäuden herunter gestoßen worden sind. Diese Faktoren alleine erfordern bereits eine polizeiliche Ermittlung. Die Regierungsbehörden sollten sich ernsthaft damit befassen und die Wahrheit herausfinden.

Drittens sollten die Gewerkschaften klar auf der Seite der Arbeiterklasse stehen, um die von der Verfassung vorgegebenen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu sichern. Für den Fall, dass eine gewerkschaftliche Organisation die Verfassung missachtet und nach dem Prinzip „wes Brot ich esse, des Lied ich singe" handelt, muss sie mit Verachtung und Zurückweisung der Arbeiter rechnen. In jedem Betrieb muss die gewerkschaftliche Führung von ihren Mitgliedern demokratisch gewählt werden. Verwandten und Vertretern der Bosse sollte es nicht erlaubt sein in der Gewerkschaft eine führende Position einzunehmen.
Wo dies doch der Fall ist, sollte es nicht von der übergeordneten Gewerkschaftsebene genehmigt werden. Stattdessen sollte die höherrangige Ebene den Gewerkschaftsvertretern im Betrieb dabei helfen, eine Versammlung aller Mitglieder zu organisieren und jede Gewerkschaftsvertretung vor Ort durch demokratische Wahl neu aufzubauen.

Viertens sollten Regierungsorganisationen auf allen Ebenen, vor allem aber auf kommunaler Ebene die Bürgerrechte schützen, indem sie sich streng nach dem Gesetz richten, Konflikte zwischen Arbeit und Kapital ernsthaft lösen und die Redefreiheit der Bürger sichern. Die Regierung sollte die Angelegenheit nach den Gesetzen regeln und Vorfälle vermeiden und abstellen, welche die nach Artikel 33 der Verfassung und ähnlichen Bestimmungen festgelegten grundsätzlichen Bürgerrechte verletzen. Sie sollte sich in Eigeninitiative dem Gesetz gemäß mit Konfliktfällen zwischen Arbeit und Kapital befassen.
Praktiken, bei denen die vernünftigen Forderungen der Arbeiter entweder durch Untätigkeit oder Parteinahme für das Management missachtet werden, sind mit Entschlossenheit abzustellen. Um das Recht der Menschen auf Information und Kontrolle zu sichern, sollten die Medien frei agieren und wahrheitsgemäß über Arbeitskonflikte sowie in anderen Fällen berichten und Stimmen aus dem Volke ohne Behinderung und Störung verbreiten können.

Fünftens rufen wir auf zur Wiedereinsetzung der Arbeiterklasse in die Position der führenden Klasse unseres Landes sowie zur Wiederherstellung des sozialistischen Gemeineigentums als Haupt-

säule unserer nationalen Wirtschaft. Artikel 1 unserer Verfassung besagt, dass *„die Volksrepublik China ein von der Arbeiterklasse auf der Basis eines Bündnisses von Arbeitern und Bauern geführter sozialistischer Staat ist“.* In Artikel 6 heisst es *„die Grundlage der sozialistischen Wirtschaft in der Volksrepublik China ist das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das heisst es ist Volkeigentum und das kollektive Eigentum der Arbeiterschaft.“* „In der unentwickelten Phase des Sozialismus sollte der Staat ein Wirtschaftssystem mit Gemeineigentum als Grundlage und mit begleitender Entwicklung durch andere Eigentumsformen aufbauen. Die Verteilung sollte hauptsächlich nach dem Prinzip ´jeder nach seiner Arbeitsleistung´ erfolgen, bei gleichzeitiger Existenz anderer Verteilungsschlüssel.“ Die KP China muss die echte Avantgarde der Arbeiterklasse sein, ihre politische Führungsrolle stärken und die demokratische Diktatur des Volkes festigen. Wir rufen auf zur Wiederherstellung des sozialistischen Gemeineigentums als wichtigstem Teil der nationalen Wirtschaft. Nur so können Arbeiter, Bauern und das Volk insgesamt die Herren der Unternehmen und des Landes werden und dabei wahrhaft ein hauptsächlich auf der anteiligen Arbeitsleistung basierendes Verteilungssystem durchsetzen.
Gegenwärtig ist es unbedingt notwendig die Arbeitsbedingungen zu verbessern sowie die Löhne und Zusatzleistungen in der privaten Wirtschaft (finanziert durch nationale und ausländische Investitionen). Es ist absolut gerecht die Kämpfe der Arbeiter für dieses Ziel aktiv zu unterstützen. Aber insofern, als die kapitalistische Privatwirtschaft anstatt der sozialistischen Gemeinwirtschaft dominiert, kann die Arbeiterklasse unter Ausbeutungsbedingungen weder ihre schwache Position verändern, noch das ungerechte Verteilungssystem und die Kluft zwischen Arm und Reich. Unter diesen Bedingungen ist es auch unmöglich unsere exportorientierte Wirtschaft in eine solche zu verwandeln, die unabhängig und autonom ist – mit dem Bestreben die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Lande zu befriedigen.

Auf der Grundlage der gegenwärtigen Bedingungen wird es nur durch einen langfristigen Kampf möglich sein die Arbeiterklasse wieder in ihre Führungsrolle einzusetzen und die nationale Wirtschaft dahingehend zu verändern, dass sie primär auf Gemeineigentum basiert.
Als Richtlinie haben wir den Marxismus-Leninismus in der Ausprägung durch Mao-Tse Tung und wir haben die Verfassung als unser legales Instrument, insbesondere die in ihrem Kern angelegten vier Grundprinzipien. Die Art von sozialistischer Modernisierung, die wir vertreten, entspricht den Interessen des größten Bevölkerungsteils und stimmt mit der historischen Entwicklung der Menschheit überein. Wenn alle die Menschen, welche den Sozialismus unterstützen, ihr Heimatland lieben und die Verfassung befolgen, vereint und beharrlich handeln, dann wird es uns im Laufe eines langfristigen Kampfes möglich sein unser Ziel zu erreichen.

Unterzeichner:
Li Chengrui (früherer Direktor des staatlichen Statistikamtes), Gong Xiantian (Professor an der Universität von Beijing), Han Xiya (ehemaliger alternierender Sekretär des Sekretariats des chinesischen Gewerkschaftsbundes), Liu Rixin (ehemaliger Forscher bei der staatlichen Planungskommission) , Zhao Guangwu (Professor an der Universität von Beijing)

(1) Die 4 Grundprinzipien umfassen Sozialismus, die demokratische Diktatur durch das Volk, die Führungsrolle der KP und den Marxismus-Leninismus in der Ausprägung durch Mao-Tse Tung

…………………………………………

Die oben stehende Stellungnahme wurde zuerst durch die China Study Group veröffentlicht (http://chinastudygroup.net/2010/06/old-revolutionaries-on-the-present-upsurge/
Die chinesische Version ist verfügbar bei Critique & Transformation. (http://critiqueandtransformation.wordpress.com/)
mrzine.monthlyreview.org/2010/china150610.html
Übersetzung: G. Kramann, coorditrad
In SiG 84 veröffentlicht

Samir Amin, 2012

Krieg gegen China im Kontext der Strategie der "Triade"?

Die Welt aus der Sicht des Südens: „Wir haben einen historischen Moment, der für das Volk gerade günstig ist“

Irene León (Journalistin in Ecuador): Wir können in diesem Austausch den Fokus auf drei unterschiedliche aber doch zusammenhängende Probleme lenken: - Ihre Vision einer anderen Welt; - Ihre politischen Konzepte rund um die Implosion des Kapitalismus, - Ihre Analyse der weltweiten Zusammenhän-ge unter der besonderen Perspektive aus dem Nahen Osten und aus Afrika.

Samir Amin: Um diese nicht gerade einfache Frage zu beantworten, müssen wir das Thema in drei Abschnitte aufteilen.
Zuerst müssen wir uns fragen, was sind denn die besonderen Charakteristika des Kapitalismus unserer Zeit, nicht des Kapitalismus im Allgemeinen, sondern des Kapitalismus in unserer Zeit, welche neuen Elemente enthält er und was ist so charakteristisch daran.
An zweiter Stelle müssen wir die Natur der aktuellen Krise betrachten, die ich, anders als andere Krisen, definiere als die Implosion des Kapitalismus unserer Zeit.
An dritter Stelle müssen wir analysieren, wie sehen die vorherrschenden Strategien und die reaktionären Kräfte aus, die Kräfte des herrschenden Kapitals der imperialistischen Triade: USA, Europa, Japan und ihrer reaktionären Alliierten auf der ganzen Welt. Nur wenn wir das verstanden haben, können wir die Herausforderungen für die Länder des Südens, für die Schwellenländer und alle übrigen Länder bemessen.

1. Meine These über die Natur des kapitalistischen Systems unserer Zeit – man könnte bescheidener Weise auch von einer "Hypothese" sprechen, weil die Diskussion noch im Gange ist – sagt, wir sind in eine neue Phase des Monopol-Kapitalismus eingetreten. Es handelt sich um eine **Etappe von neuer Qualität**. Ihr Kennzeichen ist das **zentralisierte Kapital**. Die Konzentration hat einen Punkt erreicht, von dem dieser Monopol-Kapitalismus alles kontrolliert.
Das Konzept des "Monopol-Kapitalismus" ist allerdings nicht ganz neu. Es wurde schon zum Ende des 19. Jahrhunderts geprägt und es entwickelte sich seither in sukzessiven Phasen während des ganzen 20. Jahrhunderts; aber von 1970 bis 1980 erreichte es eine qualitativ neue Etappe. Aktuell gibt es keine wie immer geartete kapitalistische Wirtschaftstätigkeit, die autonom und unabhängig vom Monopol-Kapitalismus wäre. Er kontrolliert alle Aktivitäten, auch wenn sie einen Anschein von Autonomie bewahren. Ein Beispiel von vielen ist die Landwirtschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dort kontrollieren die Monopolisten alles. Sie liefern das Material, das ausgewählte Saatgut, die Spritz- und Düngemittel, die Kredite und die Vermarktung der Produkte.
Das ist ein qualitativ entscheidender Wandel, den ich als "**Universal-Monopol"** bezeichnen möchte. Das heißt: es umfasst alle Bereiche. Daraus entstehen substantielle und wichtige Konsequenzen. An erster Stelle wurde die bürgerliche **Demokratie** total entmachtet. Vorher bestand sie im Gegenüber von Links und Rechts, das entsprach mehr oder weniger den bürgerlichen und gesellschaftlichen Allianzen, mit unterschiedlichen Konzepten für die Wirtschaftspolitik. Die aktuellen Beispiele zeigen, dass in den USA diese Konzepte der Demokraten und der Republikaner, in Frankreich die der Sozialisten von François Hollande und der die Konservativen von Nicolas Sarkozy einander mehr oder weniger gleichen. Das bedeutet: sie sind alle auf der Linie, die vom Monopol-Kapitalismus vorgegeben wird.
Diese erste Folgeerscheinung beinhaltet einen Wandel im politischen Leben. Diese entmach-

tete Demokratie ist zu einer Farce verkommen, wie man an den Primaries in den USA sehen kann. Dieses Universal-Monopol hat aus den USA eine Nation von "Narren" gemacht. Das ist schlimm, weil sich die Demokratie nicht mehr artikuliert.
Die zweite Folgeerscheinung ist ein "Universal-Kapitalismus". Er ist die objektive Ursache der Gefahr, die ich den **"kollektiven Imperialismus" der Triade USA-Europa-Japan** nennen möchte. Ich möchte diesen Punkt mit aller Vehemenz unterstreichen, denn damit kann ich meine Hypothese gut verteidigen. Es gibt keine großen Widersprüche zwischen USA, Europa und Japan. Es gibt eine schwache wirtschaftliche Konkurrenz, aber was die Weltpolitik betrifft, sind alle auf der von den USA vorgegebenen Linie. Die so genannte "Staatengemeinschaft" kopiert die Vorgaben der USA. Nach drei Minuten erscheinen die europäischen Botschafter mit den Komparsen der großen Demokratien, wie der Emir von Katar oder der König von Saudi Arabien. Die Vereinten Nationen sind zu einer Karikatur verkommen.
Diese Transformation trifft das Fundament. Der Übergang vom Monopol-Kapitalismus zum "Universal-Monopol-Kapitalismus" erklärt die Herrschaft des Finanzkapitalismus, denn diese Universal-Monopole haben die Macht, alle wirtschaftlichen Aktivitäten zu kontrollieren. Sie schaffen jedes Mal auf der ganzen Welt irgendeine Blase und benützen sie als monopolistische, imperialistische Aufstiegsrampe. Damit wird die Basis für die Ungleichheiten gelegt und die Standards für das Wachstum in den Ländern des Nordens und der Triade USA-Europa-Japan festgelegt.

2. Damit komme ich zum zweiten Punkt: Dieses System steckt in der **Krise,** ja mehr noch, es handelt sich nicht nur um eine Krise: **Es ist eine Implosion**. Dieses System ist unfähig, sich aus eigener Kraft zu erhalten, das heißt, es ist das Opfer der eigenen internen Widersprüche. Dieses System implodiert nicht, weil es von den Menschen attackiert wurde, sondern wegen seines eigenen "Erfolges". Der Erfolg ist, dass es gelungen ist, von den Menschen zu verlangen, dass sie eine **Schwindel erregende Zunahme der Ungleichheiten** ertragen. Das ist nicht nur ein sozialer Skandal, sondern es ist einfach inakzeptabel, aber die Akzeptanz wird aufhören, wenigstens die widerspruchslose Akzeptanz. Das ist nicht die Ursache der Implosion, sondern das System hat es geschafft, dass es sich aus eigener Kraft nicht mehr erhalten kann.

3. Damit komme ich zur dritten Ebene, die mit der **Strategie der herrschenden reaktionären Kräfte** in Zusammenhang steht. Ich verstehe unter den vorherrschenden reaktionären Kräften das allgemein verbreitete Monopolkapital der historisch gewachsenen imperialistischen Triade USA-Europa-Japan, um die sich alle reaktionären Kräfte weltweit scharen, die sich in unterschiedlichen For-men als lokale hegemoniale Blöcke gruppie-ren, auf der ganzen Welt diese reaktionäre Vorherrschaft aufrechterhalten und sich ihr verpflichten. Diese reaktionären lokalen Kräfte sind extrem verbreitet und je nach Land sehr unterschiedlich ausgeprägt.
Die politische Strategie der vorherrschenden Kräfte, d.h. des allgemein verbreiteten Monopolkapitals wird finanziert durch die historisch gewachsene imperialistische Triade: USA-Westeuropa-Japan, die sich durch die Identifikation mit einem **gemeinsamen Feind** definiert. Der Feind wird für sie durch **Schwellenländer wie China** verkörpert, die restlichen Länder wie Indien, Brasilien und andere sind für sie lediglich auf dem Weg zum Schwellenland. **Warum gerade China?** Weil die führende Klasse in China eine Mission hat, wobei ich jetzt nicht in Details über Sozialismus oder Kapitalismus gehen werde. Wichtig ist dabei, dass diese Mission darin besteht, das allgemein verbreitete Monopolkapital der Triade nicht anzuerkennen, welche nur durch eigene Vorteilsnahme die Oberhand gewinnt, durch die Kontrolle der Technologien; des Zugangs zu den natürlichen Rohstoffen des Planeten; der Kommunikationsmedien, der Propaganda; des globalen Währungssystems und der Finanzmärkte; der Massenvernichtungswaffen.
China stellt, ohne großes Aufheben zu machen, diese Weltordnung in Frage. China ist kein Zulieferer. Natürlich gibt es auch Branchen, für die das in China gilt, als Hersteller und Verkäufer von billigem Spielzeug schlechter Qualität, weil sie auf Devisen zurückgreifen müssen. Aber das alleine macht China nicht aus. Wichtig ist sein Fortschritt und die Geschwindigkeit, mit der das Land **Spitzentechnologien entwickelt.** China ist entgegen der weit verbreiteten Ansicht nicht die Werkstatt der Welt. Es gilt nicht „*made in China*" (hergestellt in China) sondern „*made by China*" (entwickelt in China), und das ist **deshalb möglich, weil es dort eine Revolution gegeben hat**: Der Sozialismus hat *paradoxerweise* ein Leben geschaffen, das den Streit mit einem bestimmten Kapitalismus möglich macht. Ich würde sagen, dass die übrigen Schwellenländer nach China eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn ich diese Länder auf einer Skala anordnen sollte, würde ich sagen, China ist zu 100% ein Schwellenland, Brasilien zu 30% und die übrigen Länder zu 20%. Die übrigen Länder sind im Vergleich zu China Zulieferer, denn sie machen große Zulieferergeschäfte, sie haben einen Verhandlungsspielraum. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem allgemein verbreiteten Monopolkapital der Triade und den Schwellenländern wie Indien, Brasilien und anderen. Dies gilt jedoch nicht für China. Daher steht der **Krieg gegen China** im Kontext der Strategie der "Triade". Schon vor 20 Jahren gab es verrückte US-Amerikaner, die die Idee verteidigten, diesem Land den Krieg zu erklären, denn danach sei es zu spät.
Die Chinesen hatten Erfolg und deshalb haben sie auch eine so friedliche Außenpolitik, und jetzt gehört **Russland** auch zu dieser Kategorie der **echten Schwellenländer.** Wir sehen Putin, wie er die Modernisierung des russischen Heeres in Angriff nimmt, indem er versucht, die sowjetische Kriegsflotte wieder aufzu-bauen, die ein echtes Gegengewicht zur Mili-tärmacht der USA war. Das ist eine wichtige Sache. Ich will nicht darüber diskutieren, ob Putin ein Demokrat ist oder ob seine Vision sozialistisch ist, darum geht es nicht, sondern es geht darum, der Macht der Triade etwas entgegenzusetzen.

Die übrige Welt, die restlichen Länder der Südhalbkugel, wir alle, Ihr Ecuadorianer, wir Ägypter und viele andere, die zählen nicht. Den Monopolkapitalismus interessieren unsere Länder nur aus einem einzigen Grund: Der Zugang zu neuen **Rohstoffvorkommen,** denn das Monopolkapital kann sich nicht weiter verbreiten, wenn es nicht die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen auf dem Planeten behält. Das ist das Einzige, was sie interessiert.

Damit die Imperialisten den alleinigen Zugang zu den Rohstoffvorkommen haben, dürfen unsere Länder sich nicht weiterentwickeln. Die '**Lumpenbourgeoisie**', wie sie Andre Gunder Frank bezeichnet hat, zeigte sich in ganz unterschiedlichen Kontexten. Jetzt wird der Begriff unter ganz unterschiedlichen Bedingungen als Beschreibung dafür verwendet, warum das einzige Projekt des Imperialismus für uns nur ein NEIN zum Wachstum sein kann. Wachstum des Abnormen: Verarmung im Zusammenhang mit Öl, falsches Wachstum, Gas, Holz, was weiß ich, Zugang zu den Rohstoffvorkommen, dieses System ist kurz vor dem Zusammenbruch, denn es ist moralisch nicht mehr vertretbar, das Volk lässt es sich nicht länger gefallen.
Hier passiert die Implosion der Systeme, die ersten Wellen der Implosion entstehen in **Lateinamerika,** und es ist kein Zufall, dass dies in den Ländern am Rand wie Bolivien, Ecuador, Venezuela passierte. Vor dem arabischen Frühling gab es ja vorher schon ähnliche Wellen in Nepal und anderen Ländern, denn diese Ereignisse geschehen ja nicht nur in einer speziellen Region.

Für die Menschen, die ja dabei die Hauptrolle spielen, ist dies eine riesige Herausforderung. Das heißt also, die Herausforderung zeigt sich nicht im Rahmen dieses Systems, sondern im Versuch, die Grenzen des Neoliberalismus einzureißen, um zu einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu gelangen, mit konstruktiven Regierungen, die Armut einzudämmen, das politische Leben zu demokratisieren, usw. , denn auf all diesen Wegen kann der Verarmung begegnet werden, die aus dieser Logik resultiert.
Mein Fazit lautet – wobei mein Fokus auf die arabische Welt gerichtet ist- dass wir es hier gerade nicht mit einer bestimmen Phase zu tun haben, es ist **ein historischer Moment, der für das Volk gerade günstig ist.** Ich beziehe mich auf die Revolution, wobei ich diesen Begriff auch nicht überstrapazieren möchte. Es gibt objektive Bedingungen, mit denen breite soziale alternative und antikapitalistische Blöcke gebildet werden können. Der Kontext für kühne Wagnisse und radikale Veränderungen ist günstig.

(In SiG 97 veröffentlicht)

Rick Rozoff, 2011

Afrika: Schlachtfeld für das Strategische Konzept der NATO

(…) Das neueste strategische Konzept der **NATO** wurde von der 28 Nationen-Allianz auf ihrem Gipfel in Lissabon, Portugal, der erste in diesem Jahrhundert, im November 2010 angenommen. (...)

Der **Krieg gegen Libyen** ist auch ein **Testfall** für den US-Africa-Command **(AFRICOM),** das erste militärische Überseekommando, das vom Pentagon seit Ende des Kalten Krieges gegründet wurde (der Vorgänger, das Central Command, wurde 1983 gegründet), deren Joint Task Force Odyssey Dawn [Einsatztruppe Operation Odyssee] den Auftrag hatte, Bomben-, Raketenangriffe und eine Schiffsblockade vom 19. bis zum 30. März gegen Libyen durchzuführen. Die Aktivierung des AFRICOM als unabhängiges Kommando am 1. Oktober 2008 und die Ausweitung der NATO auf Afrika waren integrierte, unausweichlich verknüpfte Entwicklungen, da als oberster Militärboss des US European Command, zu dem beinahe der gesamte afrikanische Kontinent gerechnet wird, und des neuen AFRICOM seit beinahe 60 Jahren immer einunddieselbe Person festgelegt wurde – gegenwärtig Amerikas Admiral James Stavridis.

Afrika ist auch das Laboratorium für die 25000 Mann starke **NATO Response Force** [NATO-Reaktionsstreitmacht], die innerhalb von Tagen in der ganzen Welt einsatzbereit sein soll und Operationen, einschließlich Kampfoperationen für bis zu sechs Monate durchhalten können muss (…). Mit anderen Worten, die erste internationale militärische Einsatztruppe der Welt. Die NATO Response Force war eine Initiative des ehemaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und wurde auf dem Gipfel von **2002** in Tschechien abgesegnet, das gerade erst drei Jahre in der NATO war.

2006 hielt die NATO umfangreiche, 2 Wochen dauernde **Militärübungen** in dem westafrikanischen Inselland Kap Verde unter dem **Codenamen Steadfast Jaguar** mit beinahe 8000 Mann der 25 damaligen Mitgliedsländer (jetzt 26) ab. Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe einschließlich des Flaggschiffs der Sechsten Flotte USS Mount Whitney sowie amerikanische Spezialeinheiten wurden in den Kriegsspielen der NATO in Afrika eingesetzt. Um die bahnbrechende Bedeutung dieses Ereignisses klarzumachen, reisten der Generalsekretär des Blocks General Jaap de Hoop Scheffer und der Nordatlantikrat – die Botschafter aller NATO Mitgliedsstaaten – nach Cap Verde, um die Übung zu inspizieren.
Mit den Worten von Scheffer: *„Sie sehen hier die neue NATO, die NATO, die die Kapazität für Expeditionen hat. Im 21. Jahrhundert muss man vorbereitet sein, für Sicherheit über weite Entfernungen hinweg zu sorgen ...“*
Associated Press zitierte den damaligen obersten Befehlshaber der NATO und Befehlshaber des US-Euro-Command Marinegeneral James Jones (später erster nationaler Sicherheitsratgeber der Regierung Obama), der die Rolle der NATO Response Force so sah, dass *„sie Schiffspatrouillen durchführen könne, um Tanker vor der afrikanischen Westküste zu schützen oder Sicherheit für die Lager- und Produktionsstätten im ölreichen Niger-Delta zu bieten*“. Unmittelbar nach seiner Übernahme des Doppelkommandos im Januar 2003 legte Jones das Fundament für die **permanente Einrichtung von US- und NATO Militäranlagen im ölreichen Golf von Guinea** vor der Westküste des Kontinents. (3)
Steadfast Jaguar war die erste gemeinsame Infanterie-Luft-und Marine-Operation, die für und durch die Globale NATO-Einsatztruppe durchgeführt wurde. Mit den Worten des Washington Times Berichts von den Kriegsspielen: *„Das Ziel ist es, die in Brüssel basierte Allianz aus einer statischen, auf Europa konzentrierte, defensive Organisation in ein* ***Sicherheitsinstrument mit globalen Ambitionen und Reichweite*** *zu verwandeln.“*
In einem Artikel mit dem Titel *„NATO testet Expeditions-Streitmacht“* auf der Webseite der Allianz steht, dass die Übung geplant wurde, um *„die Bereitschaft der innovativen NATO-Reaktionsstreitmacht zu testen, sehr kurzfristig Missionen an jedem beliebigen Ort auszuführen*“, und dass *„die Reaktionsstreitmacht der Allianz die Fähigkeit verleiht, bis zu 25 000 Mann innerhalb von fünf Tagen irgendwo auf der Welt einzusetzen“*.

Die NATO ist in den vergangenen Jahren in Afrika auch in der Weise eingedrungen, dass sie 30 000 Mann der Afrikanischen Union durch Lufttransporte in die Darfur-Region in **Westsudan** zwischen 2005 bis 2007 brachte und dann tausende ugandische und burun-dische Truppen in die somalische Haupt-stadt Mogadischu zum Kampfeinsatz für die isolierte und im wesentlichen nominelle Übergangs-Bundesregierung. Seit 2008 hat die NATO mit der Operation **Allied Provi-der** eine permanente Kriegs-flotten-Präsenz am **Horn von Afrika** im Golf von Aden und dem Arabischen Meer eingerichtet, und seit 2009 bis in eine unbestimmte Zukunft die Operation Ocean Shield.

Berichte aus der Region enthüllen, dass NATO-Kriegsschiffe kürzlich ein Schiff mit Waffen für **Eritrea** aufgebracht haben als Teil von Operationen, eine Seeblockade gegen dieses kleine Land am Horn von Afrika durchzusetzen als Ergebnis einer Resolution, die vom UN-Sicherheitsrat im Dezember 2009 durchgebracht wurde – wo sich China enthielt und Libyen dagegen stimmte, jetzt ebenfalls ein Opfer – und ein Waffenembargo und Reiseverbot erzwang gegen eins von nur vier afrikanischen Ländern, die nicht als Juniorpartner für AFRICOMs regelmäßige multinationale Militärbemühungen rekrutiert werden konnten – wie Operation Flintlock, Operation Africa Endeavor, Natural Fire Ausbildungs- und Trainingsübungen unter Anleitung von Mannschaften der amerikanischen Kriegsflotte, die für das Afrika Partnerschafts-Stationsprogramm abgestellt wurden.

Wie immer laufen die NATO-Aktivitäten mit denen des Pentagon parallel.
Afrikanische Bereitschaftskräfte, die jetzt im Osten und Westen Afrikas im Einsatz sind, wurden auch für den Norden, Süden und das Zentrum Afrikas geplant; sie erhalten Beistand und werden sowohl von AFRICOM als auch der NATO überwacht. Im Februar 2010 veröffentlichte eine Webseite der Allianz diesen Bericht über ihre **expandierende Rolle in Afrika:** *„Das Vereinigte Kommando Lissabon ist die Operationsleitung für das NATO/AU [Afrikanische Union] Engagement und hat einen hohen Verbindungsoffizier im AU Hauptquartier in Addis Abeba, Äthiopien. Die NATO unterstützt auch die Ausbildung von Stabsoffizieren durch Bereitstellung von Orten für NATO-Trainingskurse für den AU-Stab als Unterstützung für AMISOM [Afrikanische Mission in Somalia]; sie liefert ferner Unterstützung für die Einsatzfähigkeit der African Standby Force [Bereitschaftstruppe] – die Vision der AU für einen kontinentalen, ständig bereiten Sicherheitsapparat ähnlich der NATO Response Force.“(*4)
Und wie die Webseite der AFRICOM im Januar verkündete, brachte, noch vor den

Africa Endeavor Militärübungen im Juni, eine Planungskonferenz in Mali *„mehr als 180 Teilnehmer aus 41 afrikanischen, europäischen und nordamerikanischen Ländern sowie Beobachter der Economic Community of Central African States (ECCAS), der Eastern African Standby Force und der NATO zusammen, um die Interfunktionsfähigkeit der Kommunikations- und Informationssysteme der teilnehmenden Nationen zu testen.“(*5)
Im folgenden Monat erschien ein Artikel in einer kenianischen Publikation, die behauptete, dass Ramtane Lamamra, der afrikanische Bevollmächtigte für Frieden und Sicherheit, *„bestätigte, dass die NATO ein Militärabkommen mit der AU schließen werde*“ mit besonderer Betonung auf der Konsolidierung der African Standby Force. (6)

Es hat also weniger als vier Monate gedauert von der Annahme des neuen strategischen Konzepts der NATO bis zu seiner ersten Umsetzung in Nordafrika.

Im folgenden einige Auszüge aus dem **Strategic Concept: For the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation** (7), das auf dem NATO-Gipfel im vergangenen November angenommen wurde:
„Die Bürger unserer Länder verlassen sich auf die NATO, die verbündeten Länder zu verteidigen, robuste Streitkräfte einzusetzen und wenn erforderlich für unsere Sicherheit, auch zu helfen, gemeinsame Sicherheit für unsere Partner in der ganzen Welt zu fördern.“
(...) „Einige NATO Länder werden stärker abhängig von ausländischen Energie-Lieferanten und in einigen Fällen von ausländischen Energieliefer- und Verteilernetzen für ihre Energiebedürfnisse.“
Das neue Strategie-Konzept verlangt Pläne, um *„robuste, mobile und einsetzbare konventionelle Streitkräfte zu entwickeln und zu unterhalten, um sowohl die Verantwortlichkeiten von Artikel 5 und Expeditions-Operationen durchzuführen, einschließlich zusammen mit der NATO-Response-Force“ und „um die Fähigkeit zu entwickeln, zur Energiesicherheit beizutragen“.*

Der Plan für die globale expeditionsfähige NATO des 21. Jahrhunderts hält auch fest: *„Krisen und Konflikte außerhalb der NATO-Grenzen können eine direkte Bedrohung für die Sicherheit der Allianz und der Bevölkerungen darstellen. Die NATO wird sich daher engagieren, wo möglich und wenn erforderlich, Krisen zu verhindern, Krisen zu managen, Situationen nach Krisen zu stabilisieren und Wiederaufbau zu unterstützen. Wo Konfliktverhütung sich als nicht erfolgreich erweist, wird die NATO vorbereitet und in der Lage sein, eintreffende Feindseligkeiten zu managen.“*
„Einzigartig in der Geschichte, ist die NATO eine Sicherheitsallianz, die Militärkräfte aufstellen kann, die gemeinsam in jeder Umgebung operieren können; die Operationen an jedem beliebigen Punkt durch ihre integrierte Kommandostruktur kontrollieren kann, und die Kernfähigkeiten besitzt, die wenige Alliierte einzeln sich leisten könnten.“

Nachdem sie zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg einen regelrechten Krieg gegen eine europäische Nation, 1999 in Jugoslawien, geführt hat und sich den USA zwei Jahre später in Afghanistan einem Krieg angeschlossen hat, der jetzt der längste in der Welt ist, setzt die NATO ihre neue militärische Doktrin in brutaler und tödlicher Weise in Afrika ein.

3) Global Energy War: Washington’s New Kissinger’s African Plans, in Stop NATO, January 22, 2009, http://rickrozoff.wordpress.com/
4) North Atlantic Treaty Organization, Supreme Headquarters Allied Powers Europe, February 24, 2010
New Colonialism: Pentagon Carves Africa Into Military Zones,, in Stop NATO, May 5, 2010 http://rickrozoff.wordpress.com
5) U.S. Africa Command, January 31, 2011 http://www.africom.mil/getArticle.asp?art=5895⟨=0
6) Africa: Global NATO Seeks To Recruit 50 New Military Partners, in Stop NATO, February 20, 2011 http://rickrozoff.wordpress.com
7) http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf

Quelle: http://rickrozoff.wordpress.com/?s=Africa%3A+Battleground+For+NATO%E2%80%99s+21st+Century+Strategic+Concept. Vollständiger Text in SiG 91

Auswahl von Artikeln über Afrika in „Sand im Getriebe“

SiG 18: Das **afrikanische Sozialforum** will Stimme des Kontinents werden, von Anne-Cécile Robert, http://www.staytuned.at/sig/0018/32903.html
SiG 20: Was machen den die **USA** in Afrika? http://www.staytuned.at/sig/0020/32893.html
SiG 36: Interview mit D. M. Dembele: **Freihandel mit Afrika**: Garant für Verarmung? *Nur pdf*, http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 31: Isabelle LIKOUKA: Wie das « irgendwie Zurechtkommen » Afrika tötet, http://www.staytuned.at/sig/0031/32930.html

SiG 45: Gegen **G8**: Forum der Völker in Afrika, http://sandimgetriebe.attac.at/3224.html
SiG 47: I. Likouka: Tsunami des Wachstums auf Afrika / Attac De Agrarnetz: Freihandel Macht Hunger: Liberalisierung gefährdet bäuerliche Landwirtschaft / Francisco Mari: Europa rupft Westafrika – Die »Todeshühner« in Kamerun, http://sandimgetriebe.attac.at/3276.html
SiG 59: Roland Süß: **Handelspolitik der G8** und Afrikas Märkte, http://sandimgetriebe.attac.at/5451.html

SiG 60: Gegen G8. **Forum des peuples in Mail,** http://sandimgetriebe.attac.at/5557.html
SiG 64: WTO-AG von Attac De: **EPAs**: Stand der Dinge, http://sandimgetriebe.attac.at/6233.html
SiG 66: Ernährungsouveränität! http://sandimgetriebe.attac.at/6554.html

SiG 70: Bond: Neuer afrikanischer Widerstand: Wir zahlen nicht, http://sandimgetriebe.attac.at/6887.html
SiG 73: IWF und Weltbank in Afrika , http://sandimgetriebe.attac.at/7229.html

SiG 84: AFREEca - Lumumbas Rede / Samir Amin: Eine zweite Unabhängigkeitswelle des afrikanischen Kontinents? http://sandimgetriebe.attac.at/8904.html
SiG 89: Bongani Masuku, Helicopter-Demokratie, http://sandimgetriebe.attac.at/9443.html
SiG 89: Chossudovsky: **Wettlauf um Afrika**: Revolutionen, Interventionen, Land Grabbing und Freihandel http://sandimgetriebe.attac.at/9445.html / Dakar-Erklärung gegen Landraub, http://sandimgetriebe.attac.at/9378.html

SiG 90: ATTAC Gabun: Imperialistischer Kreuzzug in der Elfenbeinküste und Libyen**,** http://sandimgetriebe.attac.at/9535.html

SiG 92: Mahmood Mandani: Was bedeutet Gaddafi Sturz für Afrika, http://sandimgetriebe.attac.at/9730.html

SiG 93: Forum der Völker in Mail: http://sandimgetriebe.attac.at/9853.html



*Vom 17. bis zum 19. November 2011 haben sich Vertreter von Bauernorganisationen in **Nyeleni (Mali)** getroffen, um ihre **Widerstände gegen Landaneignung** zu koordinieren.*
Text der Abschlusserklärung auf englisch: http://www.grain.org/bulletin_board/entries/4408-farmers-mobilise-to-find-solutions-against-land-grabbing (SiG 93)

Yash Tandon, 2005

Afrika und die drei Wellen der Globalisierung

Vortrag auf der Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos, organisiert von attac-Schweiz in Bern am 22. 1. 2005

DIE EFFEKTE DES GLOBALISIERUNGS- TSUNAMIS

(…) Genau wie bei natürlichen Tsunamis, wo die Wellen von einem unstabilem Zentrum ausgehen und sich bis an die äussere Grenze bewegen, so **beginnt** der Globalisierungs-Tsunami ebenfalls bei sozialer Instabilität sowie dem Verlangen nach Profit **in den Kapitalzentren** und bewegt sich dann nach aussen. Beide Arten von Tsunami bringen den von den Wellen vertriebenen Völkern unsägliches Leid.
In beiden Situationen sind die Opfer meist die ärmsten Völker der Gesellschaft.

Der **erste** große politisch-ökonomische Tsunami, dem Afrika unterworfen war, war der **Sklavenhandel**. Dies geschah, um den Bedarf an Arbeitern für die Plantagen und kolonialen Wirtschaften zu decken, der durch die europäische Expansion in die neuen Gebiete der amerikanischen Kontinente hervorgebracht wurde.

Der **zweite** große politisch-ökonomische Tsunami, der durch Afrika fegte, war **die direkte koloniale Eroberung**, welche **1884** mit der **Berliner Konferenz** begann. Dies war auch das Ergebnis einer Krise in Europa und dem Verlangen nach Expansion über die Grenzen hinweg, um Zugriff auf natürliche Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu ermöglichen. In den 1870ern und 80ern erlangten die industrialisierten Länder Europas einen Punkt der gravierenden sozialen und ökonomischen Instabilität. Sie hatten, durch die Einschränkungen des inländischen nationalen Marktes und durch den existierenden technologischen Stand, die Wachstumsgrenze erreicht. Der Lohndruck schnitt tief in den Gewinn. Interne Unterdrückung der Arbeiterklasse hatte einen Punkt erreicht, an dem die Angst vor revolutionären Unruhen aufkam. Aus diesem Hintergrund war das europäische Kapital gezwungen, einen Zugang nach Afrika zu finden, um nach billigeren Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Die koloniale Ausbeutung brachte billige Rohstoffen aus Afrika. Die Ausbeutung half auch der Profitsteigerung europäischer Unternehmer, womit sich die steigenden Forderungen nach höheren Löhnen befriedigen ließen. Somit konnte der soziale Frieden in Europa, besonders in Großbritannien, gehalten werden. Der Englische Kolonialist Cecil Rhodes erfasste die Lage richtig, als er sagte, dass die koloniale Ausbreitung eine Frage des täglichen Überlebens war. Die Expansion des Kapitals über die Gren-zen hinaus half den sozialen Frieden in der Heimat zu sichern.

Einhundert Jahre später, in **unserer eigenen Zeit**, sehen sich die industrialisierten Länder wieder einer ähnlichen Krise gegenüber, einer Krise der Rentabilität und der Gefahr der sozialen Aufruhr. (...) Aber im Gegensatz zu den 1880er gibt es keinen Platz für eine territoriale Expansion.
Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die Zurückeroberung des Marktes von den neuen unabhängigen Ländern des Südens. Die andere ist die Vertiefung des Kapitalseindrangs direkt in den Produktionsprozess.
Genau wie in den Jahrzehnten nach 1884 wird die gegenwärtige Expansion von der tektonischen Krise in den industrialisierten Ländern diktiert.

Die Maßnahmen, die in den eigenen Ländern durchgeführt werden, wie die Kontrolle über die Gewerkschaften und die Einfrierung der Löhne sowie Fusionen und Übernahmen, müssen von zusätzlichen Maßnahmen in den Ländern des Süden ergänzt werden. Weil die eigenen **Märkte** bereits **gesättigt** sind, müssen sie für ihre Waren und Dienstleistungen ***die Märkte des Südens aufbrechen***. Grosse Wirtschaften wie Indien, China, Brasilien und Argentinien werden von der Welthandelsorganisation gebeten, ihre Märkte zu liberalisieren. In Bezug auf Afrika werden, mit Hilfe der von der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds auferlegten Bedingungen, Maßnahmen für Handelsliberalisierung und Marktöffnungen mehr oder weniger aufgezwungen.

Die Liberalisierung des Warenmarktes ist nur ein Teil des Prozesses. Es war die ***Liberalisierung der Dienstleistungen***, das Hauptabkommen im Handel von Dienstleistungen (**GATS**), welche enorme Gewinnchancen für westliche Unternehmen eröffnet hat. Die **Privatisierung** von Wasser, Gesundheitswesen, Kommunikation, Elektrizität, Bildung, usw. ist kein unbeabsichtigtes Geschäft. Diese Dienstleistungen werden aus der Hand des Staates genommen, um größere Gewinne für die privaten (d.h. multinationalen) Bereiche zu schaffen. Zunehmend werden auch strategische Bereiche und Sicherheitsbereiche durch offenkundige Gesetzgebung privatisiert, sowie auch einheimische Wissenssysteme. Jetzt haben sie auch genetisch veränderte Organismen (GMOs) als einen Mechanismus zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion gebracht. Der wahre Grund dahinter ist nicht die Einschränkung der Hungersnöte in Afrika, sondern die Schaffung einer Möglichkeit zur **Kontrolle der Agrikultur in unseren Ländern**, damit die Herrschenden der Gen-Technologie Gewinne einbringen können. Waren, Dienstleistungen und Technologie wurden als Mechanismen zum Aufbrechen des Marktes der Dritten Welt genutzt, und um den Markt weiterhin kontrollieren zu können.

Handel in Waren und Dienstleistungen ist jedoch noch immer nicht eine ausreichende Grundlage für den Schutz ihrer Industrien. ***Der Hauptgrund sind Investitionen.*** Wenn sie nur Waren und Dienstleistungen exportieren, werden sie in 10 - 15 Jahren den Markt nicht mehr halten können, weil die Chinesen mit ihren niedrigeren Löhnen sie außer Wettbewerb setzen. Bis 2015 könnten 40% aller Konsumgüter aus China kommen. Daher ist die einzige Strategie der westlichen Länder, die Kontrolle des Dienstleistungs- und Investitionsbereiches anzustreben. Darum übten die OECD-Länder so viel **Druck zur Multi-Lateralisierung der Investitionsabkommen** aus. Deshalb drängten sie 1997 auf Konditionen, bei denen Investitionen kommen und gehen können, wie sie wollen. Dies wurde zum Hauptproblem der Konferenz der Welthandelsorganisation in Singapur im Dezember 1996, und verursachte die so genannten "Singapur-Angelegenheiten".
Viele verstehen die Sache mit den Direkten Auslandsinvestitionen (foreign direct investments, FDIs) falsch. Es wird so vorgelegt, als ob es die Länder des Südens sind, welche die FDI´s brauchen. **In Wahrheit ist es der Westen, der sein Kapital exportieren muss**, wenn seine Unternehmen überleben wollen. Westliche Unternehmen müssen in unseren Ländern Bedingungen schaffen, damit durch FDI´s die Produktion kontrolliert werden kann.
(...)
Wir müssen erkennen, dass die politisch-ökonomischen Tsunamis, genau wie ihre natürlich vorkommenden Gegenstücke, von den tektonischen Verschiebungen in den Wirtschaften der entwickelten Länder ver-

ursacht werden. Sie setzen Wellen in Bewegung, die den Rest der Welt überwältigen. Afrika wird seit mehr als 500 Jahren solchen Wellen ausgesetzt, die ursprünglich aus Europa kamen und jetzt von der Gemeinschaft der industrialisierten Länder, einschließlich den USA und Japan. Zum Schutz und zum Fortschritt **ihrer** Interessen haben sie die momentane Phase der Globalisierung und Handelsliberalisierung begonnen.

Globalisierung wird von den Ideologen auch angeboten, als ob es eine "Gelegenheit" für die Völker des Südens sei, vom System "Vorteile" zu erhalten. Wann immer Repräsentanten des Südens in internationalen Verhandlungen (wie in der UN, UNCTAD, WTO, UN Wirtschaftskommission für Afrika, oder im Weltwirtschaftsforum, usw.) die Globalisierung als ein sehr riskantes Angebot für die Völker des Südens anzweifeln, setzen die Repräsentanten des Westens einen Zusatz in den Text, der besagt, dass die Globalisierung "Vorteile" sowie "Risiken" bietet. Diese **linguistische Doppelrede** ist bereits ein Teil der Textpakete geworden, wenn sie in internationalen Konferenzen "verhandelt" werden.

Tatsache ist, dass Globalisierung insgesamt **Zerstörung für den Grossteil unserer Bevölkerung** gebracht hat, mit Ausnahme einiger millionenreicher Begünstigter in den Ländern des Südens. Wieder einmal, genau wie die in der Natur vorkommenden Gegenstücke, haben die politisch-ökonomischen Tsunamis schwerere Konsequenzen für die Armen unter uns als für die Reichen.

Dennoch ist es möglich, manche Effekte dieser Tsunamis aufzuhalten. Es wäre korrekt, in Afrika erst einmal die weitere Integration in dieses **System von politisch geschaffener Ungleichheit** zu verlangsamen. Parallel dazu muss Afrika die **Einheit und Stärke unserer eigenen regionalen Organisationen** (wie SADC, EAC und ECOWAS) aufbauen, gestützt auf die Schaffung **regionaler Märkte** statt Erzeugung von Exporten.(...)

Widerstand

Alle, die behaupten, dass die Globalisierung und der Neo-Liberalismus „unabwendbar“ seien, und dass man wenig dagegen tun kann, außer sich zu unterwerfen und zu versuchen, das Beste daraus zu machen, haben die Geschichte nicht verstanden, schon gar nicht die Befreiungskämpfe der Völker.
Die Geschichte wurde nicht nur von den Eroberern geschrieben, sondern auch von denen, die der Eroberung Widerstand leisteten. Sie mögen vielleicht während einer Periode unterlegen sein, aber sie werden nicht in alle Ewigkeit die Verlierer sein. Afrika hat sich selbst vom Kolonialismus und von der Apartheid befreit. Der nächste Kampf richtet sich gegen die Mächte der Globalisierung und des Neo-Liberalismus, die Afrika in ständiger Knechtschaft einer kolonialen Wirtschaftsordnung halten wollen, welche mit der Ausbeutung der Rohstoffe und mit der Privatisierung der öffentlichen Dienste die Basis für Profite für jene global operierenden Kräfte schaffen, welche nicht nachlassen werden, bis der letzte Dollar abgezo-gen und in Kapital umgesetzt ist.

Hat Afrika die Freiheit, seine Zukunft selbst zu bestimmen? Ja, sicher, es hat sie. Die Kräfte der Vergangenheit sind nicht so unveränderlich und unbesiegbar, wie die Theoretiker der Globalisierung sie beschreiben. Der Behauptung von Margaret Thatcher, „Es gibt keine Alternative“ (**TINA)** ist entgegen zu halten, es gibt Hunderte von Alternativen (**There are Hundreds of Alternatives, TAHA.**) Einige von ihnen befinden sich noch in einem experimentellen Stadium in einigen ländlichen Gegenden Afrikas, und sogar in den ärmlichen informellen Sektoren in städtischen Gebieten, wo die Menschen versuchen, alternative Formen der Produktion und des Handels zu finden, alternative Formen für das Angebot sozialer Dienste, und sogar alternative Formen von Geld.

Führer der Industrienationen: „Hört auf, uns Lügen über die Wunder der Globalisierung und der Liberalisierung des Handels aufzutischen!“
Führer der Länder des Südens: „Hört auf, euch von den Illusionen und Lügen des Imperiums verwirren zu lassen!“
Völker der Erde, besonders die des Südens: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern sie ist bereits im Entstehen!“

(Vollständiger Text in SiG 41 erschienen)
Yash Tandon war bis 2009 Leiter vom South Centre, http://www.southcentre.org
Weitere Artikel von Yash Tandon in SiG 38, 49, 93



Forum der Völker in Afrika

Seit 2002 findet Jahr für Jahr in Mali ein Forum der Völker gegen die G8 /G20 statt.
Wir dokumentieren einige Erklärungen; ausführliches Material unter: http://www.forumdespeuples.org

Sechstes Forum der Völker in Sikasso (Mali), 2007

Wir, die Vertreter der einzelnen Gruppen der in Sikasso vom 4. bis zum 7. Juni 2007 zum 6. Forum der Völker zusammengetretenen Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen der Länder Afrikas (Bénin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali), Europas (Belgien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien), Amerikas (Kanada), haben breite demokratische Debatten über die grundlegenden Fragen geführt, die sich sämtlichen Völkern aufdrängen (Schulden, Abkommen über Wirtschaftspartnerschaft EU-AKP, Ernährungssouveränität, Armut, Zugang zu Trinkwasser, Klimaerwärmung ...). Die beim Abschluss der Debatten allgemein festgestellte Bilanz ist empörend:

Es ist vor aller Augen offenkundig geworden, dass der **G8, dieser unrechtmäßige Weltvorstand**, unfähig ist, seine Hilfeversprechen den ärmsten Ländern gegenüber zu halten und die strukturelle Verschuldungskrise zu lösen, für die er der Hauptverantwortliche ist. Sein Engagement zu Gunsten der armen Länder hatte 2005 zur Streichung eines Schuldenbetrags von lächerlichen 39 Milliarden US-Dollar **Schulden** für die Länder Afrikas und Lateinamerikas geführt. Heute belaufen sich die Schulden, die dieselben Länder zurückzahlen müssen für Afrika auf 215 Milliarden US-Dollar und für Lateinamerika

auf 723,6 Milliarden US-Dollar. Laut Oxfam Großbritannien, müssen die ärmsten Länder der Welt weiterhin jeden Tag 100 Millionen US-Dollar abzahlen!

So sieht der Hintergrund aus, vor dem das Gipfeltreffen der G8 in Heiligendamm (Deutschland) eröffnet worden ist. (…) Seit der zu Gunsten der hoch verschuldeten armen Länder 1999 verstärkten Initiative von Köln (Deutschland) bis hin zu den multilateralen Engagements von Gleneagle (Vereinigtes Königreich) von 2005 hat sich die Lage nicht geändert. Zum Beweis: 2005 betrugen die Nettokapitaltransfers vom Süden zum Norden 354 Milliarden US-Dollars, während parallel die Entwicklungshilfe der G8-Länder seit 2006 stetig abnimmt, und der Schuldenbetrag dagegen die schwindelnde Höhe von 2 800 Milliarden US-Dollars erreicht hat!
Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Klimaerwärmung stellen die G8-Mächte ihren unmenschlichen, unverantwortlichen und hegemonialen Raubtiercharakter zur Schau, lassen sich auf einen zügellosen Wettkampf um die Kontrolle der Rohstoffe und der Kohlenwasserstoffreserven ein, wie wir es am Beispiel des Irakkrieges oder der von Russland geführten Erpressungsmanövern mit dem Gas erleben...
Wieder bekräftigt das Forum der Völker die **Unrechtmäßigkeit des G8** und verurteilt entschlossen die Unterdrückung der globalisierungskritischen Aktivisten durch die deutschen Ordnungskräfte.

Das **sechste, in Mali abgehaltene Forum der Völker** findet im Rahmen einer allgemeinen Krise statt: Rückgang des Öffentlichen Dienstes und vollständiger Abbau der letzten strategischen Bereiche (CMDT, HUICOMA und Eisenbahn)
Die Folgen dieser **Privatisierungen** sind auf Grund massiver Entlassungen von Arbeitnehmern, der Zuspitzung von Armut und Elend in aller Härte spürbar. Dazu kommt auch das **Fehlen einer demokratischen und durchschaubaren Kontrolle über die strategischen Ressourcen des Mali, insbesondere das Gold**, die Zwangseinführung genveränderter Organismen in die Landwirtschaft, die geplante Umsetzung der Abkommen über die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Ländern der AKP, der Einführung neuer Abkommen zur Einwanderung. Diese neuen Abkommen zur Einwanderung machen Mali wie auch die Nachbarländer und die um das Mittelmeer schlicht zu Gendarmen mit dem Auftrag, die willkürlichen und unrechtmäßigen Abschiebungen aus den EU-Ländern mit Beflissenheit umzusetzen, unter offener Verletzung sämtlicher internationaler Vereinbarungen über die Menschenrechte und den freien Verkehr von Menschen und Gütern.

Die Teilnehmer am Forum der Völker fordern noch einmal:(… s. nächste Erklärung) - **Die Teilnehmer am Forum der Völker empfehlen:**
Die Schaffung einer von den Bauern selbstverwalteten Landwirtschaftsbank

- Die Diversifizierung des landwirtschaftlichen Materials je nach ökologischer Anbauzone
- Eine Reform der Grundeigentumsrechte
- Die Förderung des natürlichen Düngers der zu Gunsten chemischer Düngemittel aufgegeben wurde.
- Die Förderung des Verbrauchs lokaler Produkte.
- Den Schutz unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor der internationalen Konkurrenz .
- Eine systematische Ablehnung der AWP und GVOs
- Die Eröffnung einer landesweiten Debatte über das landwirtschaftliche Orientierungsgesetz außerhalb der institutionellen Strukturen und mit Beteiligung des Obersten Landwirtschaftsrats.

Sikasso, den 7. Juni 2007
(in SiG 60 erschienen
http://sandimgetriebe.attac.at/5557.html



Forum der Völker (November 2011) in Mali

*Als Gegenpart zum G20-Gipfel in Cannes haben sich ca. 1000 Delegierten aus Afrika in Miono (Mali) getroffen und sich vor allem mit der Frage des „**Landgrabbing**" (Landaneignung) beschäftigt. Auch auf der Tagesordnung: die **Schuldenthematik** und der Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der **Kernenergie** – für die Uran unter höchst umwelt- und gesundheitsschädlichen Bedingungen abgebaut wird. Zu allen drei Fragen gab es Aktionsvereinbarungen - sie sind unter http://www.forumdespeuples.org/ auf Französisch nachzulesen. Wir haben hier Auszüge der Abschlusserklärung übersetzt*

(…) Wir stellen fest, dass die Aneignung von **Agrarland** in Afrika zur Verarmung und zum Hunger beiträgt. 60 Mio. ha Agrarland wurden schon von ausländischen oder nationalen Investoren angeeignet – mit Hilfe von geheimen Verträgen und ohne Information und Befragung der betroffenen Menschen. Diese Flächen werden benutzt, um die Ressourcen auszubeuten (Erz, Wasser, Erdöl,…) oder für den Anbau von Pflanzen für die Agrarindustrie und die Produktion von Agrartreibstoffen.
Eine solche Politik missachtet die grundlegenden Menschenrechte und insbesondere das Recht auf Ernährung – dies in einer Welt, wo über eine Milliarde Menschen an Hunger leidet – davon über 260 Millionen in Afrika.

(…) Wir stellen fest, dass das **Recht auf Selbstbestimmung** weltweit verletzt wird. Unter dem Vorwand einer humanitären Hilfe und im Rahmen der NATO setzen die westlichen Regierungen die Eroberungskriege fort, um die Kontrolle über die afrikanischen Reichtümer zu behalten und machen sich damit des Todes von Tausenden von Zivilisten schuldig. Die heroischen Kämpfe der Völker des Maghreb zeigen deren Entschlossenheit, den Diktaturen und dem Neokolonialismus ein Ende zu setzen und Demokratien aufzubauen, die wirklich im Dienste der Bürger sind. Auch im Westen stehen die Völker zur Durchsetzung ihrer sozialen Rechte auf. Die neue Bewegung der „Indignados" (Empörten) zeigt, dass der Widerstand gegen die Unterdrückung durch das kapitalistische System keine Grenzen kennt. Die unterdrückten Völker sind eins.

Wir stellen fest, dass alle Völker der Welt mit dem Problem der **Verschuldung** konfrontiert werden. Diese ist ein Mechanismus für die Plünderung und die Aneignung der Reichtümer durch eine kapitalistische Elite. (…) Die Völker des Südens, die sich seit Jahrzehnten mit der Verschuldung auseinandersetzen, sind heute mit den Völkern des Westens solidarisch.
Wir stellen fest, dass die **Privat-Öffentlichen-Partnerschaften (PPP)**, die die WTO, die Weltbank und der IWF mit der Komplizenschaft der Regierungen erzwingen, nichts anderes sind als die Bereitstellung von öffentlichen Geldern zur Privatisierung der Gemeingüter (Land, Wasser, Wald,..) und der sozialen Dienstleistungen. (…)

Wir fordern und schlagen vor:

- Die Enteignung ohne Entschädigung der großen nationalen wie ausländischen Landbesitzer mit dem Ziel, eine Agrarreform durchzuführen.
- Nahrungssouveränität; ökologischer Landbau; Schutz der lokalen Produktion; Preisgarantien für die Bauern.

• Schluss mit der Plünderung der natürlichen Ressourcen und der Zerstörung der Umwelt; Anerkennung der ökologischen Schuld.
• Verpflichtungen der Staaten des Nordens zu Klimaschutzmaßnahmen.
• Abschaffung der WTO und aller Freihandelsverträge und Stärkung der Initiativen zur regionalen Integration.
• Abschaffung der Steueroasen, Aufhebung des Bankgeheimnisses; gerechte Steuern; Schluss mit der Privatisierung des Bankensektors, die die Finanzinstitutionen den afrikanischen Regierungen aufzwingen wollen.
• Abschaffung der internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) und stattdessen Aufbau von demokratischen Institutionen im Dienste der Völker.
• Aufbau einer weltweiten Front gegen die Schulden, Schuldenaudit über die internen und externen öffentlichen Schulden und Ablehnung der illegitimen und verabscheuungswürdigen Schulden.
• Schluss mit dem Imperialismus und dem Neokolonialismus – egal ob sie diplomatisch, wirtschaftlich oder militärisch durchgesetzt werden – und Respekt der Selbstbestimmung der Völker.
• Verfassungsreformen, damit Regeln zur politischen und wirtschaftlichen Demokratie eingeführt werden.
• Schluss mit der Waffenproduktion, Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie und Umbau dieser Industrien, damit daraus sozial nützliche Produktionsbereiche entstehen.
• Solidarität mit den Kämpfen der Frauen
• Schluss mit der Kriminalisierung und der Verfolgung der MigrantInnen und Freizügigkeit der Menschen.

Wir rufen alle auf, sich zu mobilisieren und Zusammenschlüsse aufzubauen zur Durchsetzung einer anderen Welt, auf der Grundlage einer gerechten Verteilung der Reichtümer, der Solidarität und des Respekts der Rechte der Menschen und der Natur.

n SiG 93 erschienen http://sandimgetriebe.attac.at/9853.html))

Alain Gresh, Le Monde Diplomatique, 2011

Die dritte Welle

innerhalb der arabischen Welt

"Auf, Kinder des Vaterlands! Der Tag des Ruhms ist da!" An diesem 14.Juli werden die Bewohner per Radio mit der "Marseillaise" geweckt. Die Menschen strömen auf die Straßen und rufen: "Es lebe die Republik!", "Tod dem König". Sie wissen noch nicht, dass der Monarch und ein Teil seiner Familie exekutiert worden sind. Am Abend liest der große Dichter Abdel Wahhab Bayati vor der amerikanischen Botschaft ein Gedicht vor:

"Fanfare für die Helden":
"In meiner Heimat erhebt sich die Sonne
Und die Fanfaren ertönen für die Helden,
Oh, viel Geliebte, erwachet,
Denn wir sind frei wie das Feuer,
Frei wie der Vogel und wie der Tag."

Bagdad 1958. Die Armee hat soeben die Macht ergriffen, aber es handelt sich bei weitem nicht um einen traditionellen Staatsstreich. Die Menschenmassen, die auf die Straßen strömen, unterstützen das neue Regime vehement. Sie begrüßen die Isolierung der pro-westlichen Monarchie, die nach dem ersten Weltkrieg mit den Bajonetten Britanniens eingesetzt worden war. Zu dieser Zeit hatten sich Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten aufgeteilt und dazu willkürliche Grenzen gezogen. Paris erhält ein Mandat für das, was dann Libanon und Syrien wird. London kontrolliert Palästina, Transjordanien und Irak.

In den dreißiger Jahren und erneut nach dem zweiten Weltkrieg organisieren sich in diesen Ländern mächtige nationalistische Bewegungen gegen die Kolonialherrschaft. Die irakische Revolution von 1958 bildet den Höhepunkt dieser Welle, die den ganzen Nahen Osten und den Maghreb erschüttert. Sie fällt aber mit der arabischen Niederlage durch Israel in sich zusammen. Die zweite Welle ist gekennzeichnet vor allem durch militärische Staatsstreiche und durch den Beginn einer Periode der tiefen Stagnation der arabischen Welt. Diese Periode wird nun zu Anfang des Jahres 2011 durch die von den Tunesiern eingeleitete Bewegung erschüttert.

Die erste Welle

Mehrere Ereignisse kennzeichnen diese Welle. Die "Freien Offiziere" unter Leitung von Gamal Abdel **Nasser** erobern am 23.6.1952 die Macht in Kairo. Die **algerische Revolution** beginnt am 1.11.1954. **Marokko** und **Tunesien** werden unabhängig. In **Jordanien** gibt es riesige Demonstrationen gegen das Regime vom König Hussein. In **Saudi-Arabien** gibt es soziale Bewegungen und Putschversuche. Von Kairo aus ermuntert der Radiosender "Die Arabische Stimme" diese Bewegungen, die 1958 zur Bildung der "Vereinigten Arabischen Republik" (VAR) führten. Am 14. Juli dieses Jahres stürzen Offiziere die **irakische** Monarchie. 1962 findet in **Jemen** das gleiche Szenario wie im Irak statt, während sich der Kampf gegen die Briten intensiviert, und zwar um Aden herum und um das, was später Jemen wird.

Diese Welle ist auch durch den Willen gekennzeichnet, die **Kontrollen über die vom Ausland beherrschten nationalen Reichtümer wiederzuerlangen**. Nasser verstaatlicht die **Suez-Kanal-**Gesellschaft im Juni 1956. Der Versuch der iranischen **Mossadegh**-Regierung, das Erdöl dieses Landes zu kontrollieren, scheiterte nach dem Umsturz, den Washington und London 1953 inszenierten. Trotzdem verbreitet und verstärkt sich der Ruf nach der Kontrolle über das schwarze Gold.

Diese nationalistische Welle wird nicht nur von den traditionellen Kolonialmächten abgelehnt, sondern auch von den **USA**. Diese sind zwar nicht unzufrieden über die britischen und französischen Schwierigkeiten, aber sie akzeptieren den Unabhängigkeitswillen der neuen Regime nicht. Vor allem akzeptieren sie nicht die Weigerung dieser Länder, sich antisowjetischen Abkommen anzuschließen. Trotz einiger Schwankungen bekämpft Washington diese Unabhängigkeitsbestrebungen. Es wird daher zur Zielscheibe der Nationalisten, die sich Moskau annähern. Historische Untersuchungen haben auf die ständigen Befürchtungen des Westens gegenüber der Sowjetunion hingewiesen – überall im Nahen Osten wird die "Hand Moskaus" gesehen. Diese Untersuchungen haben auch gezeigt, wie realitätsfern diese Angst war. Sie hatte allerdings verheerende Folgen, denn sie brachte den Westen dazu, die nationalistischen Bewegungen mit allen Mitteln zu schwächen, bis hin zur Unterstützung der reaktionärsten islamistischen Bewegungen.

Roger Louis und Owen Roger (1) berichten über die Ereignisse des Jahres 1958 und die falsche Interpretation durch den Westen: Umsturz der irakischen Monarchie; militärische Landung des USA im Libanon; Intervention von britischen Fallschirmjägern in Jordanien.

Diese erste Welle fällt mit der arabischen Niederlage im Krieg von 1967 in sich zusammen. Die Gründe dieses Scheiterns sind vielfältig: westliche Interventionen; Unfähigkeit der neuen Regime, eine wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land einzuleiten; zunehmend autoritäre Verhältnisse, begründet mit der Ablehnung der "parlamentarischen Demokratie", begleitet von einer Disziplinierung der Gewerkschaften, Einparteiensystemen sowie zunehmender Einschränkung der Meinungsfreiheit.(2)

Zweite Welle (1967-2010)

Diese zweite Welle ist eine **Reaktion auf die Niederlage von 1967:**
Machtergreifung 1968 durch die Baath-Partei in Bagdad;
1970 durch Hafez El-Assad in Syrien,
1969 durch Gaddafi in Libyen und Numeiri im Sudan.
Im Südjemen, das im November 1967 unabhängig wurde, siegt im Juni 1969 der marxistische Flügel der Nationalen Befreiungsfront.
In den anderen Ländern konsolidieren sich die konservativen Regierungen, sowohl in Saudi-Arabien als auch in Marokko.

In dieser Zeit beginnt auch die wirtschaftliche Öffnung (Infitah) und jeder Versuch eines sozialistischen Weges der Entwicklung wird aufgegeben. Hingegen können alle Länder ihren Erdölreichtum wieder kontrollieren, meistens durch Verstaatlichungen. Saudi-Arabien profitiert davon am meisten und erringt zunehmend eine regionale Rolle zum Nachteil seiner Rivalen. Es zeigt sich allerdings, dass diese Reichtümer sich mehr als ein Fluch für diese Länder erweisen als dass sie ein wirksames Mittel zur Entwicklung sind.
Dieser Zeitraum von 1967-2010 hat folgende Merkmale:

Absicherung der autoritären Regierungen, seien sie republikanisch oder monarchisch, die bestenfalls nur eine genehme Opposition ertragen;

ständige Begrenzung der individuellen und Bürgerrechte, nicht nur in Hinblick auf die Meinungsfreiheit, sondern auch in Bezug auf ein Leben in Würde statt eines Lebens in Willkür und Unterdrückung durch einen willfährigen Polizei- und Justizapparat;

Kontrolle der Wirtschaft durch eine kleine Minderheit, die sich im Schutze der Regierung bereichert bei gleichzeitiger Verstärkung der Ungleichheiten und der Armut;

starkes Wachstum der Bevölkerung, so dass Millionen von jungen Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt befinden und keine Perspektiven haben außer der Auswanderung in die Golfstaaten oder nach Europa;

Fortsetzung der Besatzung Palästinas und der Unterdrückung der Palästinenser bei gleichzeitiger Lähmung der bestehenden Regierungen gegenüber den israelischen Angriffen, insbesondere gegen Gaza im Winter 2008/9 (3).

Das Verbot aller Demonstrationen für die Palästinenser während dieser Ereignisse ist bezeichnend für diese Politik und für die Angst der Regime, dass diese Demonstra-tionen sich gegen sie wenden könnten. Diese Regime verlieren somit den Vorteil des nationalistischen Diskurses des Kampfes gegen den israelischen Feind. Sie erscheinen immer mehr als Komplizen;

aufkommende Globalisierung der Information mit Satellitensendern wie Al Jazeera und dem Internet.

Dritte Welle

Man weiß nie, warum Revolutionen zu einem bestimmten Zeitpunkt ausbrechen. Die hier beschriebenen Bestandteile gibt es seit Jahren. Der Funke ist jedoch – wie häufig – von einem relativ "unbedeutenden" Ereignis ausgegangen. Ein junger Mann hat sich geopfert. Dieses Ereignis hat unerwarteter Weise die Tunesier aus verschiedenen sozialen und politischen Gruppen vereint. Die direkte Übertragung dieser Ereignisse durch die Satellitensender haben in der ganzen arabischen Welt begreifbar gemacht, was einige Wochen davor noch unmöglich erschien: die bestehenden Regime sind nicht ewig, sie können umgestürzt werden.
Jetzt weht ein Wind der Freiheit durch die arabische Welt (4).Es ist noch zu früh, um zu wissen, wie stark dieser Wind sein wird und welche Regime er hinwegfegen wird. Aber man kann schon voraussehen, dass es für diese Regime nicht mehr möglich sein wird, so wie früher zu regieren, und dass sie nicht mehr diese "*arabische Besonderheit"* in der Welt aufrechterhalten können. Die Erklärungen des Königs Abdallah von Saudi-Arabien oder von Mahmut Abbas zugunsten des Präsidenten Mubarak werden daran nichts ändern.**Aber die künftigen Herausforderungen sind nicht gering**: Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zu verknüpfen wird eine harte Aufgabe sein, die sicherlich viele Kämpfe benötigen wird.

(1) Siehe zur Geschichte www.ibtauris.com
(2) Monde Diplomatique blog.mondediplo.net/2010-09-27-Nasser-quarante-ans-apres
(3) blog.mondediplo.net/2008-12-28-Gaza-choc-et-effroi
(4) www.monde-diplomatique.fr/carnet/2011-01-28-Egypte

in SiG 88 erschienen, Quelle: www.monde-diplomatique.fr/index/pays/egypte
*Blog von Alain Gresh: blog.*mondediplo.net/-Nouvelles-d-Orient-

Auswahl von Artikeln über Maghreb/ Mashrek in „Sand im Getriebe“



Marokko, Frühjahr 2011

SiG 46: Samir Amin: Demokratie, die Imperialmächte und der Respekt für die nationale Souveränität, http://sandimgetriebe.attac.at/3249.html
SiG 88: Dégagez! Partez! Get out! Haut ab! (**Ägypten /Tunesien**), http://sandimgetriebe.attac.at/8956.html
SiG 89: Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen! (**Lybien**), http://sandimgetriebe.attac.at/8969.html
SiG 90: Samir Amin: 2011: **Der arabische Frühling ?**, http://sandimgetriebe.attac.at/9606.html
SiG 94: Debatte um **Syrien**-Aufruf: Medien müssen über westliche Doppelmoral aufklären (Syrien), http://sandimgetriebe.attac.at/9948.html
SiG 94: Vielfältige und massive Proteste in **Marokko**: http://sandimgetriebe.attac.at/9959.html
SiG 98: Fathi CHAMKHI, RAID-Sprecher (Mitglied von Attac und Cadtm): Ecuador hilft **Tunesien** beim **Schuldenaudit**, http://sandimgetriebe.attac.at/9432.html
SiG 99: Ja zur Demokratie, nein zur ausländischen Intervention! Internationale Initiative den Krieg in **Syrien** zu beenden http://sandimgetriebe.attac.at/10229.html

Über Tunesien: auch **SiG 13** (Attac Tunesien und Attac Frankreich: Solidarität mit den hungerstreikenden tunesischen Arbeitern von ICAB (Textilbetrieb), 2002, http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/

Über Marokko: auch SiG 33, 47, 55, 57, 64, 72, 73, 90, 91, 92, 94, 96, 98, Links: http://sandimgetriebe.attac.at/10354.html
und SiG-Sondernummer (Nov. 2012) (http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/

Felicia Langer, 2008

Nicht in meinem Namen

Die fortgesetzte Blockade des Gaza-Streifens ist eine Schande

"*Was wollen die Palästinenser - wir haben doch Gaza 2005 geräumt?*", sagt die israelische Propaganda und verschweigt, dass die Armee den Landstrich verlassen und sich selbst überlassen hat. **John Dúgard**, UN-Beauftragter für Menschenrechte, beschreibt es so: "*Gaza ist ein Gefängnis, Israel besitzt den Schlüssel und hat ihn ins Meer geworfen.*" Kaum anders fällt das Urteil des Internationalen Roten Kreuzes aus: Das okkupierte Volk werde wie eine Geißel des Konflikts behandelt, heißt es da.

Ich verurteile den Abschuss mit Qassam-Raketen aus Gaza nach Israel, ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten. Aber Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt zur Folge hat.
Die offiziellen Vorschläge für eine Waffenruhe, wie sie von Hamas kamen, werden durch Israel abgelehnt. Einen letzten gab es am 20. Dezember 2007. Wieder reagierte Israel mit Verachtung und zog es vor, mit Panzern und Raketen zu antworten, so dass 38 Palästinenser getötet wurden. In Wirklichkeit will die Regierung Olmert nicht die Qassam-Raketen, sondern die Hamas besiegen. So sieht die Politik aus, wie sie von Verteidigungsminister Barak, einem verkleideten Extremisten aus der Arbeitspartei, ins Werk gesetzt wird. Unsere Friedensbewegung betrachtet ihn als den derzeit gefährlichsten Politiker des Landes.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in Gaza fehlt es an reinem **Trinkwasser**, die Brunnen sind bakterienbelastet und durch jahrelange intensive Wasserentnahme versalzen. 60 Prozent der Einwohner verfügen über kein fließendes Wasser - viele Straßen in Gaza-Stadt sind überflutet, weil das Abwasser direkt aus den Häusern fließt. Es gibt dramatische Engpässe bei der **Lebensmittelversorgung**, deshalb sahen wir auf dem Bildschirm Tausende die Grenze zu Ägypten stürmen, um sich dort zu besorgen, was sie zum Überleben brauchen. Wer die Bilder sah, glaubte die Befreiung aus einem Käfig zu erleben. Tatsächlich war es ein Zeichen dafür, dass sich die Unterdrückten wehren. Wie schamlos muss die israelische Regierung sein, Menschen in ein solches Maß der Verzweiflung zu treiben?
Und die **USA**? Sie haben ihr Veto im Sicherheitsrat immer parat, um Israel zu schützen. Und das gehorsame **Europa**? Dort wird geschwiegen. Gerade das muss sich ändern, wenn der israelische Staat als Besatzungsmacht ungerührt die Genfer Konventionen von 1949 verletzt. Deren Unterzeichner - und dazu gehört auch Deutschland - haben die Pflicht, sich einzumischen, um diesen Konventionen überall auf der Welt Geltung zu verschaffen. Es wäre ein Segen für das irregeleitete israelische Volk, wenn es dazu käme.

Was die Regierung Olmert im Namen der Israelis betreibt, heißt Kriegsverbrechen. Der Ort, wohin die Täter gehören, ist der Gerichtshof in Den Haag! Weil die **Blockade des Gaza-Streifens rechtswidrig**, menschenverachtend und eine Schande ist. Heute demonstrieren die israelischen Friedenskräfte wie Friedensbewegte überall auf der Welt und sagen: "Wir sind alle Gaza!" Wir kämpfen für Frieden und Gerechtigkeit und gegen leere Worte, die benutzt werden, um die **weitere Besiedlung der besetzten Gebiete** (7.200 neue Wohnungen in Ost-Jerusalem) zu verhüllen.

Aus Verehrung ist dem genialen Musiker **Daniel Barenboim** ein palästinensischer Pass überreicht worden. Eine Entscheidung, die noch von der Regierung der Einheit unter Beteiligung von Hamas getroffen wurde. Wie sich zeigt, gibt es Partner für den Frieden!

Eine verbrecherische Politik verrät unsere Opfer - die Opfer des Holocaust. Wir, die Lebenden, wehren uns und sagen: **"Nicht in unseren Namen!"**
Deshalb appelliere ich an Sie, Druck auf Israel auszuüben! Sagen Sie Nein zur Blockade des Gaza-Streifens. Nein zur Inhumanität. Ja zu einem gerechten Frieden mit allen und für alle!

Felicia Langer ist Trägerin des alternativen Nobelpreises, Menschenrechtsanwältin und israelische Friedensaktivistin.
„Freitag" vom 1.2.2008

(In SiG 65 veröffentlicht)

Palästina und Israel:

SiG 14: **ATTAC-France**.Beschluss der Vollversammlung zu Palästina http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 19: Erste „Mission" von Attac Frankreich in Palästina , http://www.staytuned.at/sig/0019/32927.html
SiG 21: Thomas Coutrot: **Israel und das neue Paradigma der Globalisierung** , http://www.staytuned.at/sig/0021/32893.html
SiG 21: Michael Warschawski: **Antizionismus ist nicht Antisemitismus** , http://www.staytuned.at/sig/0021/32927.html
SiG 49: A. Gresh: Palästina, allein gelassen – **Zur EU-Politik gegenüber Palästina**, http://sandimgetriebe.attac.at/2675.html
SiG 53: **Hände weg vom Libanon!** Hände weg vom Iran!, http://sandimgetriebe.attac.at/sig53.html
SiG 61: **Régis Debray: Koloniales Diktat -** Für eine heilsame Stunde der Wahrheit im Nahen Osten, http://sandimgetriebe.attac.at/6057.html
SiG 67: Marc Laimé: Katastrophale **Wasserwirtschaft** in Ländern, in denen Krieg herrscht (u.a. in **Gaza**), http://sandimgetriebe.attac.at/6666.html
SiG 71: Israel im **Krieg gegen Gaza** / Gaza-Blockade aufheben! http://sandimgetriebe.attac.at/6971.html
SiG 76: Solidarität mit dem **palästinensischen Widerstand in Bil'in**, http://sandimgetriebe.attac.at/8265.html
SiG 77: Erklärung des General Councils des TUC*(Trade Union Congress): **Aussetzung des Assoziationsabkommens EU-Israel!,** http://sandimgetriebe.attac.at/8356.html
SiG 84: Für eine **Neubewertung des Nahostkonflikts,** der deutschen Verantwortung und eine gerechte Friedenspolitik, http://sandimgetriebe.attac.at/9053.html
SiG 92: **Aufnahme Palästinas in die UNO,** http://sandimgetriebe.attac.at/9718.html
SiG 95: **IRANIANS WE LOVE YOU**, a message from Israeli Blogger, http://sandimgetriebe.attac.at/10079.html

Weitere Artikel in SiG 13, 16, 18, 27, 33, 39, 45, 49, 52, 54, 55, 59, 63, 73, 76, 80, 82, 83, 87, 88, 95, 96, 97, 99

Südamerika

Kerstin Sack, 2006

ALBA – Solidarische Ökonomie durch Verträge zwischen Staaten

Unter dem Label „Transfair“ gibt es hierzulande Produkte aus Ländern des Südens, die vor allem von hergestellt werden und den Produzenten Preise über den Weltmarktpreisen anbieten. Außerdem wird über Arbeitsbedingungen z.B. der Maquiladora-Arbeiterinnen aufgeklärt und sich für soziale Standards eingesetzt. Diese Form des **Fairen Handels** setzt bei Produzenten und Verbrauchern an. In den letzten Jahren wurde hier vor allem die „Clean Cloth“ Kampagne bekannt.

Auf einer ganz anderen Ebene setzen einige Regierungen an, die grundsätzlichen **ökonomischen Strukturen verändern** wollen. Diese sind mehr oder weniger radikal und treten vor allem bei den WTO Verhandlungen gemeinsam auf und nahmen bei dem letzten Treffen der ehemals Blockfreien einen neuen Anlauf für gemeinsame Projekte. Sie wenden sich **gegen die Freihandelsprediger**, die den Ländern des Südens Auflagen machen wollen, damit sie ihre Märkte für die Konzerne des Nordens öffnen.
In Lateinamerika war dies der Versuch der USA durch eine gesamtamerikanische Freihandelszone (**ALCA**), sich die Konkurrenzfähigkeit gegen Europa und Japan zu sichern. Schien dieses von Clinton begonnene Projekt Anfang 2000 noch realistisch, ist es zur Zeit nicht durchsetzbar. Eine breite Bewegung in verschiedenen Ländern und Regierungen, die die neoliberalen Doktrinen nicht mehr akzeptieren wollen, hat das Projekt gestoppt. Beim Ibero-Amerikanischen Gipfel in Mar de Plata erklärte Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, das Projekt für „beerdigt“.

Als Gegenprojekt entstand „**ALBA**“, die Morgenröte – Bolivarische Alternative für die Amerikas. Zunächst ein theoretisches Projekt, das die Diskussionen über Alternativen angeregt hat, fanden zahlreiche Treffen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas statt, die Alternativen diskutierten. Beteiligt waren Soziale Bewegungen, Wissenschaftler und Parlamentarier aus verschiedenen Ländern. ALBA ist ein Prozess, der Stück für Stück **Elemente einer neuen Form der Kooperation zwischen Ländern** aufbaut. Nahziel ist die Integration Lateinamerikas, Fernziel eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung und eine gerechtere Welt ermöglichen soll. Das Projekt ist also sehr ambitioniert und hört sich schon fast größenwahnsinnig an. Aber jede Veränderung braucht Visionen, und diejenigen, die sich am Anfang lustig gemacht haben über dieses Projekt, sehen nun, dass durchaus interessante Ansätze entstanden sind, die zwar keine Revolution darstellen, aber doch neue Entwicklungswege aufzeigen.

ALBA 1: Verträge zwischen Cuba-Venezuela-Bolivien

Die Grundlagen für die neuen Beziehungen sind: **Gerechtigkeit, Gleichheit** und **Solidarität** zwischen den Vertragspartnern. ALBA baut von daher auf:

1. **Komplementation** - gegenseitiger Austausch von Waren und Dienstleistungen, die der andere Partner nicht besitzt
2. **Kooperation** – gegenseitiger Austausch von Wissen, Technologien etc.
3. **Solidarität** – Solidarische / gerechte Preise
4. **Gegenseitigen Respekt der Selbstbestimmung** – keine politischen oder wirtschaftlichen Auflagen, wie dies der IWF/Weltbank etc. tun

Begonnen haben die Vereinbarungen zwischen Venezuela und Cuba, die sich politisch sehr nahe stehen. Nach dem Sieg von Evo Morales trat Bolivien im Frühjahr 2006 dem Bündnis mit der Unterzeichnung der „Handelsvertrag der Völker“ bei. Venezuela verfügt über **Erdöl**, was dem rohstoffarmen Cuba fehlt. Dessen Energieprobleme hatte die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren stark behindert. Cuba wiederum verfügt über besondere Qualitäten im Bereich **Bildung** und **Gesundheitswesen**. Cuba und Venezuela tauschen Erdöl gegen Lehrer und Ärzte. Dies hat für Cuba den Vorteil, dass sie dieses Öl nicht für Devisen kaufen müssen, und so weniger für den Export wirtschaften müssen. Diese Kapazitäten können so besser für die Produktion für den Binnenmarkt genutzt werden.
Die ALBA Vereinbarungen gehen aber über dieses Tauschgeschäft hinaus. In den Vereinbarungen sind zahlreiche **Projekte** aufgezählt, die sich auf Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, wie zum Beispiel Technologie- und Wissentransfer, beziehen. So hat Bolivien Kenntnisse über den Nutzen von Heilpflanzen, während Cuba seine Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Energiesparens einbringt. Diejenigen, die über Energieressourcen verfügen, tragen diese bei, während Cuba und Bolivien sich verpflichten z.B. Nahrungsmittel zu kaufen, die Bolivien nicht mehr bei ihren bisherigen Abnehmern verkaufen kann, weil sie sich nicht auf die bilateralen Vereinbarungen mit den USA einlassen (TLC). Dies sind notwendige Mechanismen, da die USA bisher immer ökonomischen Druck ausüben konnte und die Länder nicht gemeinsam gehandelt haben. Um aber eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen, müssen Grundlagen geschaffen werden, die die Erpressbarkeit abschaffen.

Bisherige Projekte:
Barrio Adentro Gesundheitsversorgung in Armenvierteln
Alphabetisierung (yo, si puedo), Grundschulabschluß, Bildung für Erwachsene, **Hochschulbildung**
Vuelvan Caras Kooperativenförderung
Mision Milagro Augenoperationen
Hinzu kommen: Joint Ventures, Gegenseitige Steuerfreiheit, Banken in den jeweiligen Ländern, Wissenschaftlicher und kultureller Austausch, Kooperation im Sport, Handel verschiedener Produkte und Infrastrukturprojekte (Ausbau der Raffinerie in Cienfuegos in Cuba durch Venezuela, Telekommunikation, Straßenbau, Wohnungsbau).

Die Projekte scheinen auf den ersten Blick nicht besonders „revolutionär“ zu sein. Aber wenn man bedenkt, dass bisher große Teile der Bevölkerungen als „Ausgeschlossene“ keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitssystem hatten, ist dies für die betroffenen Menschen eine sehr große Veränderung.

Auf der internationalen Finanzebene sind diese Verträge nicht zu unterschätzen, da es für die Finanzmärkte schon von großer Bedeutung ist, ob die Länder ihre Geschäfte über ausländische Banken in Dollar realisieren, oder ob sie diese Institution durch „Tauschgeschäfte“ ausschalten. Wenn dies Schule machen sollte, hätte das Auswirkungen größeren Ausmaßes auf diese Märkte.

Die Verträge erinnern etwas an den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), der auch die Spezialisierungen der einzelnen Länder nutzte und die Produkte innerhalb

des RGW tauschte. Der Unterschied liegt darin, dass - vielleicht aufgrund der (traumatischen) Erfahrungen Cubas nach dem Zusammenbruch des RGW - die Länder großen Wert auf eine starke Entwicklung der **Binnenwirtschaft** legen, vor allem bei der Produktion von Nahrungsmitteln; dass die Länder auf gleicher Augenhöhe agieren und dass keine politischen Auflagen gemacht werden.

ALBA 2: Verträge und Projekte auf bi- und multilateraler Ebene

Nicht alle Länder Lateinamerikas sind so offen für diese Vorschläge, auch wenn sie linke bzw. progressive Regierungen haben. Aber es gibt einige Projekte, die Grundlage für neue wirtschaftliche und andere Beziehungen sein können.

Energie
Im Energiesektor finden verschiedene Kooperationen statt. Venezuela bietet den Ländern Lateinamerikas und der Karibik die Lieferung von Öl zu günstigeren Bedingungen an, 12 Länder gehören jetzt schon **Petro Caribe**. Angestrebt wird aber ein noch größeres Netz im **Petrosur**. Nicht nur Öllieferungen sind hierin enthalten, sondern auch der Aufbau von Infrastruktur, wie der Bau des Gaseoductos, einer Pipeline, die verschiedene Länder verbinden soll.

Geld
Die Länder Lateinamerikas leiden unter hoher Verschuldung und Abhängigkeiten des IWF und der Weltbank, die die Länder gezwungen haben, neoliberale Konzepte umzusetzen, wie z.B. die massenhafte Privatisierung staatlicher Unternehmen. Argentinien und Brasilien konnten mit finanzieller Unterstützung Venezuelas ihre Kredite beim IWF zurückzahlen, was ihnen nicht nur mehr Spielraum im Handeln eröffnet, sondern auch noch den IWF in eine ökonomische Krise gestürzt hat. Geplant ist eine Regionale Bank **Banco de Sur**, die den Ländern die Finanzierung von Projekten ermöglichen soll.

Information und Kommunikation

Die Massenmedien in Lateinamerika sind überwiegend in privater Hand und die Infor-mationen werden dominiert von Sendern wie CNN (den es auf spanisch gibt für Lateinamerika). Seit über einem Jahr gibt es nun **Telesur**, ein Fernsehsender, der rund um die Uhr sendet, von verschiede-nen Ländern getragen wird und bei dem die besten Journalisten und Kulturschaf-fenden Lateinamerikas engagiert sind (über Internet auch hier zu empfangen).
Anlässlich der Buchmesse in Venezuela haben Cuba und Venezuela das *Casa de ALBA*, ein Kulturunternehmen zum Vertrieb von Musik, Literatur und Handwerk aus Lateinamerika als Verlag und Musiklabel gegründet.
Ergänzt wird diese Infrastruktur durch eigene Satelliten. So ist ein Satellit „Simon Bolivar“ installiert worden, der durch weitere ergänzt werden soll.

ALBA 3: Nicht nur in Lateinamerika

Die bisherigen Projekte können Möglichkeiten aufzeigen und, wenn sie Erfolg haben, kann ein Prozeß ausgelöst werden, der darin besteht, dass andere Länder diesen Beispielen folgen. Voraussetzung sind allerdings Regierungen, die Interesse haben, eine andere Politik zu machen und nicht selber Teil des Systems sind, das die Einteilung der Welt in Arme und Reiche hervorruft. Beim Afrikanischen Gipfel in diesem Jahr haben schon einige Länder Interesse bekundet, sich an einer Bank des Südens zu beteiligen. Und auch das Alphabetisierungsprogramm Cubas, das gerade von der UNESCO ausgezeichnet wurde, löst großes Interesse aus und wird demnächst in einigen Ländern Afrikas umgesetzt werden.
Damit könnten die Länder des Südens ein größeres Selbstbewusstsein entwickeln und mehr auf eigenständige Entwicklung setzen, anstatt auf die Almosen des Nordens zu warten, die oft genug mehr in deren Interessen sind als im Interesse der Länder des Südens.

Die Aktivitäten der Regierungen können rein mengenmäßig die Probleme von Armut und sozialer Ungerechtigkeit **auf einer strukturellen Ebene** lösen und damit mehr Menschen erreichen, als es die projektbezogenen *„Fair Trade“* Projekte tun (auch wenn sie gut gemeint sind und schon vielen geholfen haben). Für die Bekämpfung der Armut ist aber mehr erforderlich als Projekte auf der Ebene von *„Fair Trade*“. Gerechte Handelsbeziehungen und Entwicklungen von neuen Formen der Zusammenarbeit sind notwendig. Eine Unterstützung der ALBA und anderen Projekten durch die „Fair Trade“ Bewegung wäre wünschenswert.

ALBA ist ein politisches Projekt, das nicht mehr und nicht weniger zum Ziel hat als eine neue Weltwirtschaftsordnung, ohne IWF und Weltbank. Voraussetzung für dieses Projekt sind Regierungen, die über eine **ökonomische Handlungsfähigkeit** verfügen, wie dies in den Ländern Cuba, Venezuela und Bolivien inzwischen der Fall ist, wo u. a. die **natürlichen Ressourcen wieder in staatliche Händen sind und so für die soziale Entwicklungen genutzt werden können**.
Das lässt sich nicht vereinbaren mit den neoliberalen Doktrinen der freien Märkte, in denen der Staat nur den Handlungsrahmen für die „gute“ Arbeit der Unternehmen sicherstellt und sich ansonsten –angeblich - aus dem Wirtschaftsleben einschließlich der Daseinsfürsorge heraus hält.
Von daher wird auf der internationalen Ebene die Entwicklung in Lateinamerika mit großem Interesse beobachtet, da die neoliberale Politik die Verwirklichung der „Milleniumsziele“ wohl kaum erreichen kann, während die Länder des Südens möglicherweise bessere Rezepte entwickeln.
(Vortrag auf dem Kongress „Solidarische Ökonomie“ in Berlin, November 2006)

Auswahl von Artikeln über Süd- und Mittelamerika in „Sand im Getriebe“:

SiG 14: Den Frühling in **Venezuela** retten (2002), http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 19: **Sturmwolken über Lateinamerika**, http://sandimgetriebe.attac.at/2827.html
SiG 25: http://sandimgetriebe.attac.at/2833.html (u.a. Erklärung von **ATTAC-Argentinien** zur Ankündigung des Wirtschaftsministers, Kapitalströme zu regulieren)
SiG 39: Mehrere Artikel „**Lateinmerika geht nach links**“, http://sandimgetriebe.attac.at/2981.html
SiG 50: Mehrere Artikel, http://sandimgetriebe.attac.at/sig50.html
SiG 70: Steffen Stierle: **Von Lateinamerika lernen** - auch im Umgang mit der Finanzmarktkrise, http://sandimgetriebe.attac.at/6888.html
SiG 72: **AG Lateinamerika attac de,** Beilage http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html
SiG 73: **Nein zum Assozierungsabkommen mit der EU**, http://sandimgetriebe.attac.at/7232.html
SiG 74: **Globale Verschiebungen**, mehrere Artikel (Bolivien, Peru, Honduras) http://sandimgetriebe.attac.at/8141.html
SiG 80: Mehrere Artikel über **Haiti**: http://sandimgetriebe.attac.at/8602.html
SiG 85: Immanuel Wallerstein : Unterschiedliche Paradigmen in der **lateinamerikanischen Linken,** http://sandimgetriebe.attac.at/9134.html
SiG 98: Dario Azzellini: **Chavez hat gewonnen!,** http://sandimgetriebe.attac.at/9428.html

João Pedro Stedile, 2009

Bewegung der Landlosen (MST): 25 Jahre des beharrlichen Kampfes

Aus Anlass des 25. Jahrestages der Bewegung der brasilianischen Bauern ohne Land veröffentlichen wir eine Übersicht eines bekannten Führers dieser Bewegung.

Im Januar 1984 erhielt die Massenbewegung in Brasilien regen Zulauf. Die Arbeiterklasse war zu der Zeit gerade dabei sich zu reorganisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Die verbotenen Parteien, wie die Kommunistische Brasilianische Partei (PCB), die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) und andere führten bereits öffentlich Kämpfe. Wir hatten eine Teilamnestie erreicht; die meisten Ausgewiesenen waren zurückgekehrt.

Die Arbeiterpartei (PT) hatte sich bereits gebildet, so wie der Verband der Arbeiter (Central Unitaria de Trabajadores CUT) und der Nationalkongress der Arbeiterklassen (CONCLAT) unter dem Einfluss der Kommunisten in den Gewerkschaftsdachverband fusionierten.
Weite Teile der christlichen Kirchen waren von der Befreiungstheologie inspiriert. Sie weiteten ihre emsigen Tätigkeiten aus, um Bewusstsein zu schaffen und Kerngruppen zur Verteidigung der Armen aufzubauen.
Die Begeisterung war überall groß, weil der Sieg über die Diktatur bevorstand und die brasilianische Arbeiterklasse in die Offensive ging – durch Kämpfe und Organisierung.

Bei den Bauern auf dem Land herrschte dieselbe Stimmung und sie führten dieselbe Offensive. Zwischen 1979 und 1984 wurden in ganz Brasilien Dutzende Landbesetzungen vorgenommen. Die Landlosen („posseiros“) und die Landarbeiter hatten keine Angst mehr und zogen in den Kampf. Sie wollten nicht länger in die Städte ziehen wie Vieh zum Schlachthof (so der Ausdruck des berühmten uruguayischen Dichters Zitarroza).

In Folge dieser Entwicklung versammelten wir uns, die Anführer des Kampfes um das Land von 16 brasilianischen Staaten, im Januar 1984 in Cascabel, motiviert durch die seelsorgerliche Arbeit der Commission Pastorale de la Terre (CPT). Und dort gründeten wir nach fünf Tagen intensiver Debatten, Diskussionen und gemeinsamer Überlegungen die Bewegung der Landarbeiter ohne Land (MST).

Unsere Ziele waren klar. Wir wollten eine Massenbewegung auf nationaler Ebene organisieren, um bei den Bauern Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie für Landbesitz, für die Agrarreform (inklusive weitgehender Änderungen in der Landwirtschaft) und für eine gerechtere und fairere Gesellschaft kämpfen sollten. Im Grunde wollten wir Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen. Denn der Hauptgrund für diese Situation auf dem Land war die Konzentration von Eigentum an Grund und Boden, auch Latifundien (Großgrundbesitz) genannt.
Wir hatten nicht die geringste Ahnung, ob das möglich war oder wie lange es dauern würde, bis wir unsere Ziele erreichen würden.

25 Jahre sind vorüber. Eine lange Zeit. Es waren Jahre mit vielen Kämpfen und ausdauerndem Einsatz gegen den Großgrundbesitz.
Diese Beharrlichkeit haben wir teuer bezahlt. Unter der Regierung Collor wurden wir hart verfolgt, und bei der Bundespolizei wurde sogar die Spezialeinheit „ohne Land“ eingerichtet. Später mit dem Sieg des Neoliberalismus gab die Regierung von Fernando Enrique Cardoso den Großgrundbesitzern und ihrer Provinzpolizei grünes Licht, gegen die Bewegung vorzugehen. Und bald kam es zu den Massakern in Corumbiara und Carajás: Während dieser Jahre bezahlten Hunderte von Landarbeitern für den Traum vom eigenen Stück Land mit ihrem Leben.

Aber wir haben den Kampf nicht aufgegeben.

Wir haben den Neoliberalismus ausgebremst, indem wir die Regierung Lula gewählt haben. Wir hatten die Hoffnung, dass der Wahlsieg der Massenbewegung neuen Zulauf bringen könnte und dass dadurch die Agrarreform gestärkt werden und (endlich) umgesetzt werden würde.
Es hat in der Regierungszeit Lulas keine Agrarreform gegeben. Im Gegenteil, die Kräfte des internationalen Finanzkapitals haben mittels transnationaler Unternehmen ihre Kontrolle über die brasilianische Landwirtschaft noch ausgeweitet.
Heute sind der größte Teil unserer Güter, die Produktion und der Vertrieb unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, unter der Kontrolle dieser Unternehmen. Sie haben sich mit den kapitalistischen Grundbesitzern zusammengetan und das Modell der Agrobusiness-Bewirtschaftung geschaffen. Viele ihrer Sprecher haben in den großen bürgerlichen Zeitungen eilends verkündet, der MST sei am Ende. Ein Täuschungsmanöver.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals und der transnationalen Unternehmen über die Landwirtschaft hat den MST zum Glück nicht in die Knie gezwungen. Aus dem einfachen Grund, weil das Agrobusiness überhaupt keine Lösung für die Probleme der Millionen von Armen im Landwirtschaftssektor sein kann. Und der MST ist der Ausdruck des Willens dieser Armen, sich zu befreien.

Der Kampf für die Agrarreform, der sich anfangs nur auf die Landbesetzung von Großgrundbesitz stützte, ist heute viel komplexer geworden. Wir müssen das Kapital bekämpfen und die Beherrschung durch die transnationalen Unternehmen. Die Agrarreform bedeutet nicht mehr nur, die Großgrundbesitzer zu enteignen und den Grund und Boden in Parzellen einzuteilen und den armen Bauern zu geben. Jetzt hängen die Veränderungen in der Landwirtschaft zur Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und übermäßigem Reichtum von Veränderungen nicht nur vom Grundbesitz, sondern auch vom Entwicklungsmodell ab. Heute sind die Feinde auch die internationalen Unternehmen, die die Weltmärkte beherrschen. Das heißt auch, dass die Bauern immer mehr von den Bündnissen mit den Arbeitern der Städte abhängen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen.

Zum Glück hat der MST in diesen 25 Jahren Erfahrungen gesammelt. Wissen, das notwendig ist, um sich neue Methoden, neue Formen des Massenkampfes für die Lösung der Probleme des Volkes anzueignen.

Quelle: Beitrag auf Portugiesisch, veröffentlicht im Januar 2009 von der Zeitschrift Caros Amigos in São Paulo, auf Spanisch von ALAI im Januar 2009.
http://risal.collectifs.net/spip.php ?article2463
http://www.medelu.org/spip.php?article161
(Französische Version, Übersetzung: coorditrad)

Video seiner Rede:
http://www.zmag.org/zvideo/3021

***SiG 24**: Stedile: Brasilien: Die Gefahr der genmanipulierten Lebensmittel, die Interessen der Multis und die Manipulation der Medien,* *http://www.staytuned.at/sig/0024/32938.html*

Thomas Roithner, 2007
Die Europäische Union auf dem Weg zum „global player“

Verfassung für eine Militärmacht?

Die EU-Verfassung(1), am 29.10.2004 in Rom von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet, legt als zentralen Punkt Militärinterventionen außerhalb der Union fest und setzt dabei auf die *„Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“* (I-41.1) (was nicht zwingend ein Mandat bedeutet!). Der Artikel I-41.3 schreibt (wie auch die BH-Reformkommission oder die EU-Sicherheitsstrategie) den Wunsch nach Erhöhung der Rüstungs-budgets als Verpflichtung vor: *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“* und richten eine Verteidigungsagentur (vormals „Amt für Rüstung“) ein. (…) Die nach den Terroranschlägen vom März 2004 in Madrid vorgezogene „Solidaritätsklausel“ (I-43) sieht vor, dass die EU *„alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel*“ mobilisiert, um *„terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“* (also auch präventiv). In der Verfassung sucht man vergeblich nach einem Verbot von Massenvernichtungswaffen, die Ächtung von Kriegen oder präzise Artikel für Maßnahmen zur zivilen Konfliktlösung.

EU-Militärstrategie

Die EU-Sicherheitsstrategie (ESS) vom 12.12.2003 führt aus, dass die Militärs gleich mehrere („robuste“) Interventionen gleichzeitig durchführen können sollten. „Bei den neuen Bedrohungen“, so das EU-Papier, „wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Der Verteidigungsbegriff wird damit zum Orwell’schen Begriff. Klassische Gebietsverteidigung wurde durch Interventionismus ersetzt. Eine weitere Parallele zur US-Militärstrategie betrifft die Frage des präventiven militärischen Handelns. *„Wir müssen fähig sein zu handeln, bevor sich die Lage in Nachbarlän-dern verschlechtert, wenn es Anzeichen für Proliferation gibt und bevor es zu humanitä-ren Krisen kommt. Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden.“* Die ESS – beschlossen nachdem die USA den Irak-Krieg offiziell für beendet erklärt haben – beschwört die transatlantische Zusammenarbeit und bestärkt die sicherheitspolitische Loyalität zu den USA.

Militärische Interventionsgebiete und Motive

Als Einsatzräume für künftige EU-Militärinterventionen schält die Bundesheer-Reformkommission(2) im Frühjahr 2004 *„neben dem Balkan vor allem die afrikanische Gegenküste und mittelfristig auch Westafrika bzw. das nordöstliche Zentral- und Ostafrika (‚erweiterte Peripherie’)“* heraus. Hinsichtlich der Einsatzbereiche präzisierte die Österreichische Militärische Zeitschrift: *„Als denkbare Einsatzbereiche wurden Nordafrika, Zentralafrika, Osteuropa, der Kaukasus und der Mittlere Osten angesprochen“*. (Nr. 3/2001, S. 362-368, hier S. 364).(...)

Zu den Einsatzmotiven bemerkt das österreichische Verteidigungsministerium bereits 2001: *„Als wesentliche Zielsetzung der europäischen Sicherheitspolitik nennt Prof. DDr. Erich Reiter, Beauftragter für Strategische Studien des BMLV: (...) Kooperation mit den USA und mit Japan zum globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Rohstoffen, der Aufrechterhaltung freien Handels und der Schiffahrt“(3)*. Hier liegt ein zentraler Ansatzpunkt, über die Ursachen von Terrorismus nachzudenken. Neoimperiale Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik westlicher Akteure führt mitunter zu den illegalen und illegitimen Terrorakten. Auch die Reformkommission des Bun-desheeres hat festgestellt, dass die Beteiligung und Federführung von Militärinterventionen in fremden Ländern zu mehr Gefahr führen kann und auch die Motive für Terroranschläge in der EU verändert werden. Dass eine Befriedung wider Willen, interessengeleiteter Militärinterventionismus oder die Unterstützung von völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen zu Terror führt, gehört spätestens seit den zu verurteilenden Terroranschlägen am 11.3.2004 in Madrid zum sicherheitspolitischen Alphabet der Bevölkerung. Die richtige politische Konsequenz wäre also die Absage an militärische Abenteuer in aller Welt.

(...)
Die EU-Prioritäten zwischen Militärischem und Zivilem sind umzukehren. Stärken dürfen sich im nicht Militärinterventionismus, sondern müssen sich in zivilen – sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, diplomatischen und politischen – staatlichen und nichtstaatlichen Interventionen im Sinne einer gewaltfreien „klugen Macht“ (Ernst-Otto Czempiel) manifestieren. Die globalen Herausforderungen liegen im zivilen Bereich (Armut, Umwelt, gerechtere Ökonomie) und sind daher mit zivilen Mitteln zu lösen. Die diesbezüglichen Anstrengungen Österreich sind im Rahmen der internationalen Organisationen (besonders der UNO) einzubringen. Die Neutralität in der EU zu sichern heißt, die politischen Werte der Neutralität auf die EU zu übertragen. Dies bedeutet, die EU nicht in einen militärischen Beistandspakt zu verwandeln, Krieg und EU-Militärinterventionen in fremden Staaten nicht als Mittel der Politik anzuerkennen und ein Stationierungsverbot von Soldaten in anderen Staaten. Militärische Tätigkeiten der EU sind u.a. zwingend an ein Mandat der UNO zu binden.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Burg Schlaining) , Außenstelle Wien
http://www.aspr.peacecastle.eu/

1) Europäische Union (2005): Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg.
2) Vgl. Bundesheerreformkommission (2004): Bericht der Bundesheerreformkommission. Bundesheer 2010. Wien. http://www.heeresgeschichtlichesmuseum.at/cms/artikel.php?ID=1783, angewählt am 18.12.2006

Auszüge, Volltext in SiG 57 veröffentlicht

SiG 57 - Wohin steuert Europa? Neugründung Europas als soziales Projekt in geopolitischer Neutralität ,
http://sandimgetriebe.attac.at/sig57.html
SiG 36: Zur Militarisierung der EU, Aufruf vom Komitee für Grundrechte und Demokratie , http://sandimgetriebe.attac.at/2899.html
SiG 62: EU-eine imperiale Großmacht?,
http://sandimgetriebe.attac.at/6121.html

Zu den Nato-Proteste:
SiG 72 http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html **,**
SiG 73 http://sandimgetriebe.attac.at/7208.html **:**
SiG 73: Attac Frankreich: Die teuflische Logik der NATO,
http://sandimgetriebe.attac.at/7214.html
Schwerpunkt **„Aufrüstung Global“** in SiG 87,
http://sandimgetriebe.attac.at/8943.html

Attac Marokko – Gruppe Rabat , 2005

Europa lässt das kalt

Migranten klopfen an die Tür der entwickelten Welt zu. Die antwortet mit Repression und Gewehrkugeln

Die Enklaven von **Ceuta und Melilla,** vorgelagerte Posten der spanischen Präsenz in Afrika, bieten heute das häßliche, herzzerreißende Schauspiel der von neoliberaler Globalisierung im afrikanischen Kontinent angerichteten Zerstörungen.

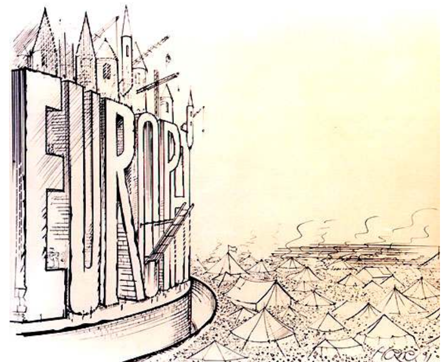
Einigen Hundert afrikanischer Migranten ist es nach langem Herumirren in Wäldern und Wüsten, völlig entkräftet durch die Entbehrungen und die unmenschlichen Umstände ihrer Odyssee, gelungen, an die Tür der entwickelten Welt zu klopfen. Europa – von den Maghreb-Ländern unterstützt - antwortet mit Repression und Gewehrkugeln. Zur gleichen Zeit verschwinden weiterhin Menschen vor den Küsten der Kanarischen Inseln und Andalusiens.

Diese Afrikaner flüchten aus einem Kontinent, der von Hunger, Analphabetismus, Seuchen, Kriegen und Diktaturen zerfressen ist, sie verlassen einen Kontinent, der durch Strukturanpassungsprogramme und Freihandelsabkommen täglich tiefer in der Nicht-Entwicklung versinkt. Europa lässt das kalt: Es erhöht fortwährend die Zäune und verlegt kilometerweise Stacheldraht.

Während die großen Mächte – und die Weltbank – **schöne Reden** über die Ausrottung der Armut halten, werden die Armen ausgerottet: Ein Krieg wird gegen eine Handvoll Elender geführt, die mit bloßen Händen und improvisierten Leitern in die Festung Europa zu klettern versuchen.

Marokko – wie seine maghrebinischen Nachbarn - macht im Rahmen der Auslagerungspolitik als Zulieferfirma die Drecksarbeit und führt zunehmend Zwangsausweisungen durch, organisiert den Bau von Gefangenenzentren und schickt Armee, Polizei und Militärpolizei gegen geschwächte und unbewaffnete Männer, Frauen, Kinder los. Das ist das abgekartete Spiel zwischen den Regierungen des Nordens und des Südens im Kampf gegen die Völker. (...)

Wir, Mitglieder von Attac Marokko, verurteilen aufs Schärfste die Unterdrückung, unter der Menschen heute in Afrika leiden, deren einziges Verbrechen darin besteht, eine Arbeit finden und in Würde leben zu wollen. Wir versichern ihnen unsere volle Solidarität und unsere Wachsamkeit gegenüber den zu Tage tretenden rassistischen Abirrungen.



Wir drücken unsere Empörung aus über die wiederholten Verletzungen des Menschenrechts auf Freizügigkeit, auf Asyl, auf Leben und Schutz des Lebens, die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den internationalen Abkommen enthalten sind.

Wir verurteilen aufs Schärfste, dass die Regierungen des Nordens wie des Südens im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft auf die Migration ausschließlich mit Sicherheitsmaßnahmen reagieren.

In Anbetracht der seit Jahrhunderten währenden Plünderung Afrikas, die einst per Kolonisierung und jetzt im Rahmen der WTO und ihrer Freihandelsabkommen und der Abkommen über eine europäisch-afrikanischen Partnerschaft erfolgt, betonen wir erneut, dass folgende Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit Afrika sich entwickelt:

- wirksame, also umfangreiche Streichung der Schulden Afrikas, die im Übrigen längst mehrfach beglichen sind;
- sofortiger Stopp der Plünderung der afrikanischen Ressourcen durch Spekulanten und multinationale Firmen und Aufhebung aller bilateralen und multilateralen Abkommen, die der Plünderung den Weg bahnen;
- Beendigung der dreisten Unterstützung, die Europa, das sich als leuchtendes Beispiel der Demokratie ausgibt, zahlreichen undemokratischen, korrupten, diktatorischen Regimes gewährt;
- Einhaltung des Rechts der Völker auf Souveränität und auf Selbstbestimmung ihrer politischen und wirtschaftlichen Grundausrichtung;
- Beendigung des für die westlichen Industrien höchst lukrativen Waffenhandels, der ein Klima ständiger Unsicherheit schafft, die Einmischung Europas und der USA in die afrikanischen Angelegenheiten begünstigt, die Bevölkerungen in Angst und Elend stürzt und ihnen jegliche Hoffnung auf ein anständiges würdevolles Leben raubt;
- Einsatz der Entwicklungshilfe für den Aufbau bzw. Ausbau der öffentlichen Dienste, wie Bildung, Gesundheit, Zugang zu Trinkwasser - unabdingbare Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung .

Einige Wochen vor den Feierlichkeiten anlässlich der Unterzeichnung des Barcelona-Prozesses , der angeblich aus dem Mittelmeer ein Meer des Friedens, des Wohlstands und der Sicherheit für alle machen sollte, haben die dramatischen Ereignisse von Ceuta und Melilla die Wirklichkeit hinter den schönen Reden ins grelle Licht gerückt.

Gegen die Machenschaften der räuberischen Staaten – Lasst uns die Solidarität zwischen den Völkern aufbauen.

7.Oktober 2005

http://www.maroc.attac.org/

SiG 55: Migration/Armut , mehrere Artikel / **SiG 57 :** Attac Marokko und andere : Festung Europas / Federico Pacheco, SOC-Almeria: Kampf der LandarbeiterInnen / PRO ASYL: Menschenrechte und Flüchtlingsschutz in der EU

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, SiG-Artikel:

SiG 69: Annette Groth: Rechtsextremismus und Neofaschismus in Europa, http://sandimgetriebe.attac.at/6819.html

SiG 78: Neuer Aufstieg der Rechtsextremen?, von Maurizio Coppola, attac Schweiz, http://sandimgetriebe.attac.at/8480.html

SiG 79: Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie gegen die Lohnabhängigen, von Charles-Andre Udry, http://sandimgetriebe.attac.at/8564.html

SiG 85: Klassenrassismus: http://sandimgetriebe.attac.at/8917.html

- Frankreich: Nein zu der Prangerpolitik! / - Attac Schweiz: 2 X NEIN zu Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag

U- N-Sonderberichterstatter: Deutschland muss mehr gegen Rassismus unternehmen / - Mohssen Massarrat: Sarrazin und seine Kronzeugen / - Wolfgang Rohde, IG-Metall Vorstandsmitglied: Rote Karte für die muslimfeindlichen Thesen Sarrazins

SiG 97: Leo Mayer: Euro-Krise und Rechtspopulismus, http://sandimgetriebe.attac.at/9596.html

SiG 98: Mitglieder des wiss. Beirats von attac De:„Eine andere Welt ist möglich" aus der rechten Ecke?, http://sandimgetriebe.attac.at/10186.html

SYRIZA : 40 Forderungen, 2012

1. Gründliche **Untersuchung der öffentlichen Schulden** sowie Neuverhandlung der fälligen Zinsen unter **Aussetzung von Zahlungen**, bis die Wirtschaft wieder belebt ist und Wachstum und Beschäftigung eintritt.
2. Die Europäische Union muß aufgefordert werden, die Rolle der **Europäischen Zentralbank** so zu ändern, dass sie Staaten und Programme für öffentliche Investitionen finanziert.
3. Erhöhung der **Einkommensteuer auf 75%** für alle Einkommen über 500.000 Euro.
4. **Ändern der Wahlgesetze** zu einem proportionalen System.
5. Erhöhung der **Steuern großer Unternehmen** auf das Niveau europäischen Durchschnitts.
6. Einführung einer **Steuer auf Finanztransaktionen** und einer Sondersteuer auf Luxusgüter.
7. **Verbot des Handels mit spekulativen Finanzderivaten.**
8. **Abschaffung von finanziellen Privilegien** für die Kirche und Schiffbauindustrie.
9. Bekämpfung aller Bestimmungen des **Bankgeheimnisses**, welche die Kapitalflucht ins Ausland begünstigen.
10. Drastische Beschneidung der **Militärausgaben**.
11. Erhöhung des **Regelmindestlohn** auf 750 Euro pro Monat.
12. Verwendung von Gebäuden der Regierung, von Banken und der Kirche für **Obdachlose**.
13. Öffnen der Kantinen in öffentlichen Schulen für **kostenloses Frühstück und Mittagessen** für Kinder.
14. Kostenloser Nutzung der **Gesundheitseinrichtungen** für Erwerbslose, Obdachlose und Menschen mit niedrigen Einkommen.
15. Bis zu 30%iger Zuschuss bei **Hypothekenschulden** für arme Familien, die nicht zahlen können.
16. Erhöhung der Zahlungen für Erwerbslose. Steigerung des **sozialen Schutzes** für Familien mit einem Elternteil, für die Alten, Behinderten und Familien ohne Einkommen.
17. Senkung des Steueranteils für **Güter des täglichen Bedarfs.**
18. **Verstaatlichung der Banken**.
19. **Wiederverstaatlichung** der ehemals öffentlichen Unternehmen in für das Wachstum des Landes strategisch wichtigen Sektoren (Eisenbahnen, Flughäfen, Post, Wasser).
20. Präferenz für erneuerbare Energien und Schutz der **Umwelt**.
21. **Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen**.
22. Beschränkung der **prekären Anstellung** und Unterstützung für Verträge ohne Befristung.
23. Erweiterung der **Arbeiterschutzrechte** und Erhöhung der Gehälter von Teilzeitbeschäftigten.
24. Wiederherstellung der **kollektiven (Arbeits-) Verträge**.
25. Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, müssen sich verstärkt **staatlichen Inspektionen** stellen.
26. **Reformen der Verfassung**, welche die Trennung von Kirche und Staat garantieren sowie den Schutz des Rechts auf Bildung, der Gesundheitsversorgung und der Umwelt.
27. **Referenden** über Verträge und andere Abkommen mit Europa.
28. **Abschaffung von Privilegien** für Abgeordnete. Beseitigung von besonderen rechtlichen Schutz für die Minister und die Erlaubnis für die Gerichte, um gegen Mitglieder der Regierung vorzugehen.
29. **Entmilitarisierung** der Verbände des Küstenschutzes und der Anti-Aufstands-Spezialtruppen. Verbot für die Polizei, Masken zu tragen und Verwendung von Schusswaffen bei Demonstrationen. Die **Polizei** muß in sozialen Themen wie Einwanderung, Drogen u.a. sozialen Fragen geschult werden.
30. Garantie der **Menschenrechte** in den Wohnheimen der Einwanderer.
31. Erleichterung der Familienzusammenführung von **Menschen mit Migrationshintergrund.**
32. Straffreiheit für den Konsum von Drogen zugunsten des Kampfes gegen den **Drogenhandel** und von Mitteln für die Drogen-Reha-Zentren.
33. Für ein Gesetz, welches das Recht auf **Kriegsdienstverweigerung** festschreibt.
34. Aufstockung der Mittel für die **öffentliche Gesundheit** bis zu dem durchschnittlichen europäischen Niveau. (Der europäische Durchschnitt liegt bei 6% des BIP;. In Griechenland sind es 3%).
35. Die Bürger sollen nicht für die nationalen Gesundheitsdienste zahlen müssen.
36. Verstaatlichung der privaten Kliniken. Beseitigung der privaten Beteiligung am staatlichen Gesundheitssystem.
37. **Rückzug der griechischen Truppen aus Afghanistan und dem Balkan**. Keine griechische Soldaten jenseits unserer Grenzen.
38. Abschaffung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel. Unterstützung für die Schaffung eines **palästinensischen Staates** in den Grenzen von 1967.
39. Aushandlung eines stabilen Verhältnisses zur **Türkei**.
40. Schließung aller ausländischen Basen in Griechenland und **Austritt aus der Nato.**

(in SiG 96 veröffentlicht)

***Artikel über Griechenland in Sand im Getriebe*:**

Nummern 81 bis 85; Nr. 89; Nr. 91 bis 99

SiG 96 über Syriza: http://sandimgetriebe.attac.at/9925.html

SiG 99: Solidarität angesichts eines humanitären Desasters – Die Antwort der Bewegungen, Appell der griechischen AktivistInnen in Florenz, http://sandimgetriebe.attac.at/10248.html

***Zusammenstellung von Erklärungen / Aufrufe / Konferenzen zu Europa* in SiG 97:**
http://sandimgetriebe.attac.at/10154.html

Beiträge, Stellungnahmen zum Euro:
Mehrere Artikel in SiG 97:
http://sandimgetriebe.attac.at/9593.html

SiG 91 :
Europäisches Attac Netzwerk: **Alternativen zur Euro-Krise,** Juni 2011 (), http://sandimgetriebe.attac.at/9619.html
Attac Deutschland, Wissenschaftlicher Beirat: Manifest zur Krise des Euro (März 2011), Die Schuldenkrise der Staaten kann nur durch grundlegende Reformen des globalen Finanzsystems und der EU überwunden werden , http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/stellungnahmen/
SiG 93: Michel Husson: Eine kooperative Lösung für Europa, http://sandimgetriebe.attac.at/9843.html
SiG 95: Christian Felber: Rettungsprogramm für den Euro , http://sandimgetriebe.attac.at/10063.html
SiG 96: Conrad Schuhler, ISW: Das Euro-Debakel – Was wird aus Europa? http://sandimgetriebe.attac.at/10109.html

SiG-Hefte über die EU- Verfassung:

SiG 43: Auswahl von Texten aus "Sand im Getriebe" zur EU-"Verfassung" und zu den sozialen Bewegungen in Europa (**SiG 29, 35, 36, 38, 40**) http://sandimgetriebe.attac.at/3153.html
SiG 43: Europa: Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag; Ja zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa http://sandimgetriebe.attac.at/3132.html
SiG 44: Non, c'est NON!, Mehrere Artikel über die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in einem **Referendum** (Frankreich und Niederlanden), 2005: http://sandimgetriebe.attac.at/3165.html
SiG 45: Für eine demokratische Neugründung Europas Konvent der ATTACs Europas und ein 3-Stufen-Plan für die EU, http://sandimgetriebe.attac.at/3211.html
SiG 57: Wohin steuert Europa? Es geht um die Neugründung Europas als soziales Projekt in geopolitischer Neutralität, http://sandimgetriebe.attac.at/sig57.html
SiG 58: Attac Europas: Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag, http://sandimgetriebe.attac.at/5387.html
SiG 61: Aurélie Trouvé: Der **„EU-Reformvetrag“** ändert nichts an der neoliberalen Ausrichtung Europas! http://sandimgetriebe.attac.at/6063.html
SiG 62: EU-Eine imperiale Großmacht? Nein zum EU-Reformvertrag http://sandimgetriebe.attac.at/6121.html
(S. auch SiG 63, 65, 67)

Attac-Verbände: einige Beschlüsse, Berichte,...

Attac Frankreich: SiG 28, 42, 53, 56, 57, 58, 80, 88,...
Attac Deutschland: SiG 15, 26,... Attac Österreich: SiG 66,88,...
Weltweit: SiG 33, 42, 66, http://sandimgetriebe.attac.at/10369.html

Vom Europäischen Sozialforum über Florenz 10+10 zum Altersummit

„Die führenden Kräfte Europas, insbesondere die der Kommission, des ECOFIN-Rats und der Europäischen Zentralbank, nutzen die gegenwärtige Krise, um eine neoliberale Ordnung durchzusetzen, die dem Ideal eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas entgegensteht. (...) Alternativen existieren. Was heute fehlt, ist ein Kräfteverhältnis, mit dem diese Alternativen auch realisiert und politische Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das europäische Projekt auf den Weg der Demokratie und eines sozialen und ökologischen Fortschritts zurückbringen.“ (Aus dem **Aufruf zum Altersummit, http://www.altersummit.eu/)**

SiG 97: F. Van Keirsbilck: Eine Europäische Soziale Bewegung schaffen!, http://sandimgetriebe.attac.at/10153.html

SiG 99: Alter Summit: Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat, http://sandimgetriebe.attac.at/10253.html

Corinna Genschel: Kräfte bündeln für ein anderes Europa, http://sandimgetriebe.attac.at/10251.html

Über das Europäische Sozialforum: **SiG 13, 27, 29, 33, 35, 38,40, 58, 70, 85, 89**

Naomi Klein bei Occupy Wall Street, 2011

Das Wichtigste in der Welt jetzt

Naomi Klein, die kanadische Journalistin und Autorin der Bücher “No Logo” und “Die Schock Strategie” hat am 6. Oktober 2011 bei Occupy Wall Street in New York eine Rede gehalten, die in der Zeitschrift “The Nation” abgedruckt wurde.

Ich habe die Ehre einer Einladung gehabt, am Donnerstagabend bei Occupy Wall Street zu sprechen. (...)

Ich liebe dich.
Und ich wollte das nicht nur sagen, so dass Hunderte von euch zurückrufen würden “Ich liebe dich”, obwohl das natürlich ein Bonus-Feature des menschlichen Mikrofons ist. Sprich zu anderen, was du gern hättest, das sie zu dir sagen, nur lauter.

Gestern sagte einer der Redner auf der Arbeiterkundgebung: **“Wir fanden einander.”** Dieses Gefühl erfasst die Schönheit dessen, was hier geschaffen wird. Ein weit offener Raum (sowie eine Idee, die so groß ist, dass sie in keinem Raum gehalten werden kann) für alle Menschen, die eine bessere Welt wollen, um einander zu finden. Wir sind so dankbar.
Wenn es etwas gibt, dessen ich mir sicher bin, so ist es das: **das Eine Prozent liebt die Krise.** Wenn die Menschen in Panik geraten und verzweifelt sind und niemand zu wissen scheint, was zu tun ist, ist das die ideale Zeit, um ihre Wunschliste der konzernfreundlichen Politik durchzudrücken: Privatisierung von Bildung und von Sozialversicherung, Kürzung öffentlicher Dienstleistungen, die Abschaffung der letzten Beschränkungen für die Macht der Konzerne. Mitten in der Wirtschaftskrise geschieht dies auf der ganzen Welt.

Und es gibt nur eines, das diese Taktik aufhalten kann und zum Glück ist dieses Eine wirklich groß: **die 99 Prozent.** Und dass diese 99 Prozent auf die Straßen gehen von Madison bis Madrid um zu sagen: **“Nein. Wir werden nicht für eure Krise zahlen.”**
Das Motto kam auf in Italien im Jahr 2008. Es schwappte nach Griechenland und Frankreich und Irland und schließlich kam es in der Quadratmeile an, wo die Krise begann.
“*Warum protestieren sie?*” fragen sich die verblüfften Experten im Fernsehen. Inzwischen fragt der Rest der Welt: “*Warum habt ihr so lange gebraucht?*” “Wir haben uns schon gefragt, wann ihr auftauchen werdet.“ Und vor allem: “Willkommen.”

Viele Menschen haben Parallelen zwischen Occupy Wall Street und den sogenannten Anti-Globalisierungs-Protesten gezogen, die 1999 in Seattle die Aufmerksamkeit der Welt gewannen. Das war das letzte Mal, dass eine globale, jugendgeführte, dezentrale Bewegung direkt auf die Macht der Konzerne zielte. Und ich bin stolz darauf, Teil von dem gewesen zu sein, was wir die “Bewegung der Bewegungen” genannt haben.
Aber es gibt auch wichtige Unterschiede. Zum Beispiel wählten wir die Gipfeltreffen als unsere Ziele: die Welthandelsorganisa-

tion (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF), die G8. **Gipfeltreffen** sind von Natur aus vergänglich, sie dauern nur eine Woche. Das machte uns auch vorübergehend. Wir tauchten auf, ergriffen weltweit die Schlagzeilen, und verschwanden wieder. Und in der Hektik des Hyper-Patriotismus und Militarismus, die den 9/11-Angriffen folgten, war es leicht, uns vollständig hinwegzufegen – zumindest in Nordamerika.

Occupy Wall Street hingegen hat ein festes Ziel gewählt. Und ihr habt kein Enddatum für eure Anwesenheit bestimmt. Das ist sinnvoll. **Nur wenn ihr an Ort und Stelle bleibt, könnt ihr Wurzeln schlagen**. Das ist von entscheidender Bedeutung. Es ist eine Begebenheit des Informationszeitalters, dass zu viele Bewegungen wie schöne Blumen aufblühen, aber schnell absterben. Und zwar, weil sie keine Wurzeln haben. Und sie haben keine **langfristigen Pläne**, wie sie sich selbst halten wollen. Wenn also Stürme kommen, werden sie weggefegt. Horizontal und zutiefst demokratisch zu sein ist wunderbar. Aber diese Prinzipien sind kompatibel mit der harten Arbeit, Strukturen und Institutionen aufzubauen, die robust genug sind, um die Stürme zu überstehen. Ich habe großes Vertrauen, dass dies geschehen wird.
Noch etwas anderes macht diese Bewegung richtig: Ihr habt euch zur **Gewaltlosigkeit** verpflichtet. Ihr habt euch geweigert, den Medien die Bilder von zerbrochenen Fensterscheiben und Straßenkämpfen zu liefern, nach denen sie sich so verzweifelt sehnen. Und diese enorme Disziplin hat dazu geführt, wieder und wieder, dass die Story eine von schändlicher und unprovozierter Brutalität der Polizei war. Wovon wir letzte Nacht noch mehr gesehen haben. In der Zwischenzeit wächst die Unterstützung für diese Bewegung weiter. Mehr Weisheit.

Aber den größten Unterschied den ein Jahrzehnt macht, ist, dass wir uns im Jahr **1999** auf dem Höhepunkt eines wahnsinnigen wirtschaftlichen Aufschwungs mit dem Kapitalismus angelegt haben. Die Arbeitslosigkeit war niedrig, Aktienportfolios quollen auf. Die Medien waren wie benommen vom leicht verdienten Geld. Damals ging es nur um Startups, nicht um Schließungen. Wir wiesen darauf hin, dass die Deregulierung hinter dem Wahnsinn seinen Preis hat. Es war schädlich für Arbeitsgesetzgebungen. Es war schädlich für Umweltstandards. Konzerne wurden mächtiger als Regierungen und das war schädlich für unsere Demokratien. Aber um ehrlich zu sein, sich während der guten Zeiten mit einem Wirtschaftssystem anzulegen, das auf Gier basiert, war schwer zu verkaufen, zumindest in den reichen Ländern.
Zehn Jahre später scheint es, als wenn es keine reichen Länder mehr gibt. Es gibt nur noch eine ganze Menge reicher Menschen. Menschen, die reich wurden durch das **Plündern** gesellschaftlichen Reichtums und das **Ausbeuten** natürlicher Ressourcen auf der ganzen Welt.
Der Punkt ist, dass heute jeder sehen kann, dass das System zutiefst ungerecht ist und unkontrolliert hin und her schwankt.
Befreite Gier hat die Weltwirtschaft verwüstet. Und es verwüstet auch die natürliche Welt. Wir überfischen unserer Meere, verschmutzen unser Wasser mit Fracking- und Tiefseebohrungen, wenden uns zu den schmutzigsten Formen von Energie auf dem Planeten, wie die Alberta Ölsande. Und die Atmosphäre kann die Menge an Kohlendioxid nicht aufnehmen, die wir aussetzen, wodurch gefährliche Erwärmung entsteht. Die neue Normalität ist eine Serie von Katastrophen: ökonomischen und ökologischen.

Das sind die grundsätzlichen Fakten. Sie sind so unverhohlen, so **offensichtlich**, dass es viel einfacher ist, sie der Öffentlichkeit nahe zu bringen, als es im Jahre 1999 war, und viel einfacher, schnell eine Bewegung aufzubauen.

Wir wissen alle, oder spüren zumindest, dass **die Welt Kopf steht:** Wir handeln so, als ob das, was begrenzt ist – fossile Brennstoffe und die Atmosphäre, um ihre Emissionen zu absorbieren - , grenzenlos sei. Und umgekehrt handeln wir so, als ob es strikte und unbewegliche Grenzen gäbe für das, was tatsächlich in Überfluß vorhanden ist – die finanziellen Mittel, die nötig sind, um die Art von Gesellschaft aufzubauen, die wir brauchen.
Die Aufgabe unserer Zeit besteht darin dies umzudrehen und diese falsche Knappheit herauszufordern. Darauf zu bestehen, dass wir es uns leisten können, eine anständige, inklusive Gesellschaft zu bilden – und gleichzeitig die realen Grenzen dessen zu respektieren, was unsere Erde ertragen kann.
Klimawandel bedeutet, dass wir dies innerhalb einer Frist zu erledigen haben. Dieses Mal darf unsere Bewegung nicht abgelenkt, geteilt, ausgebrannt oder hinweggefegt werden von den Ereignissen.
Dieses Mal müssen wir Erfolg haben. Und ich spreche nicht über die Regulierung der Banken und die Erhöhung der Steuern für die Reichen, auch wenn das wichtig ist.

Ich rede über einen **Wandel der zugrundeliegenden Werte**, die unsere Gesellschaft bestimmen. Das ist schwierig in eine einzige medienfreundliche Forderung zu bringen, und es ist auch schwierig herauszufinden, wie es zu tun ist. Aber es ist nicht deshalb weniger dringend, weil es schwierig ist.

Das ist es, was ich auf diesem Platz vor sich gehen sehe. In der Art und Weise wie ihr euch gegenseitig ernährt, einander warm haltet, frei Informationen austauscht und medizinische Versorgung, Medita-tionskurse und Empowerment-Trainings erprobt. Mein Lieblingsplakat ist hier: "*Ich kümmere mich um dich*." In einer Kultur, die Menschen beibringt, den Blick aufeinander zu vermeiden, zu sagen: "*Lasst sie sterben*", das ist eine zutiefst radikale Aussage.

Ein paar abschließende Überlegungen. In diesem großen Kampf gibt eine einige Dinge, die nicht von Bedeutung sind:
– was wir tragen
– ob wir unsere Fäuste schütteln oder Friedenszeichen machen
– ob wir unsere Träume für eine bessere Welt für die Medien entsprechend verpacken.
Und hier sind ein paar Dinge, die von Bedeutung sind:
- unser Mut
- unser moralischer Kompass
- wie wir miteinander umgehen.

Wir haben einen Kampf mit den mächtigsten wirtschaftlichen und politischen Kräften auf dem Planeten aufgenommen. Das ist beängstigend. Und je mehr diese Bewegung an Stärke zunimmt, um so beängstigender wird es werden. Seid euch immer der Versuchung, auf kleinere Ziele auszuweichen, bewusst – sagen wir, etwa auf die Person, die gerade bei diesem Treffen neben dir ist. Immerhin ist das ein Kampf, der leichter zu gewinnen ist.
Gebt dieser Versuchung nicht nach. Ich meine nicht, das ihr nun nicht mehr ansprecht, wenn jemand Mist baut. Aber **behandelt euch dieses Mal so, als wenn Ihr vorhabt in einem Kampf nebeneinander zu arbeiten für viele, viele Jahre.** Denn die bevorstehende Aufgabe erfordert nicht weniger als das.

Lasst uns diese schöne Bewegung so behandeln, als ob es das Wichtigste in der Welt ist. Denn das ist es. Wirklich.

Ausschnitt der Rede auf Youtube (29min)
http://www.youtube.com/watch?v=2liaU6lwglw
Website von Naomi Klein:
http://www.naomiklein.org
Quelle: The Nation, 06.10.2011: "Occupy Wall Street: The Most Important Thing in the World Now", Publiziert am 9. Oktober 2011 von Tom Stelling, http://www.echte-demokratie-jetzt.de/2011/10/das-wichtigste-was-es-gibt/

S. auch:
http://occupywallst.org/
http://www.occupytogether.org/
http://wearethe99percent.tumblr.com/



Aufruf, 2012

Heute sind wir Zeuginnen und Zeugen eines wichtigen **historischen Wendepunkts in der Geschichte der Europäischen Union**. Die führenden Kräfte Europas, insbesondere die der Kommission, des ECOFIN-Rats und der Europäischen Zentralbank, nutzen die gegenwärtige Krise, um eine **neoliberale Ordnung durchzusetzen**, die dem Ideal eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas entgegensteht.

Das Aussehen Europas verändert sich, und das mit äußerst schwerwiegenden Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger und die Zukunft des europäischen Projekts selbst. Die „***stille Revolution***“ – wie Barroso es nennt – vollzieht sich durch einen noch nie dagewesenen Aktivismus auf der Ebene der Gesetzgebung und der Institutionen mit den folgenden Merkmalen: ein Überborden der Richtlinien zu Finanzangelegenheiten und Löhnen, höhere Anforderungen an die Erfüllung dieser Richtlinien, härtere Strafen und ein automatisierter Anwendungsmodus, die Verpflichtung zur Aufnahme dieser Richtlinien in die grundlegende europäische und nationale Gesetzgebung (Verträge, Verfassungen ...). Dazu gehört auch eine Stärkung der Macht der Kommission, des ECOFIN-Rats und des Europäischen Rats.
Das Europäische Parlament wird bestenfalls – wie von seinem neuen Präsidenten zugegeben – auf die Rolle eines bloßen Jasagers zu den Beschlüssen der Staatschefs reduziert.

Der am 30. Januar 2012 vom Europäischen Rat unterzeichnete **Fiskalpakt** verschärft die Kürzungspolitik, obwohl im Kontext einer Krise, die in ihrer Schwere mit der Krise der 1930er Jahre vergleichbar ist und die durch eine noch nie dagewesene Umweltkrise verschärft wird, eigentlich der Erhalt von Arbeitsplätzen und öffentliche Investitionen angebracht sind. Die EU-Kommission erhält für den Fall, dass sie eine bestimmte Politik als nicht mit ihrer Vorstellung oder der des ECOFIN-Rats übereinstimmend ansieht, das Recht, Zwang auf die Staaten in der Ausübung eines für das demokratische Leben so zentralen Vorrechts wie die Aufstellung des Haushalts auszuüben.

Mit der Annahme dieses Vertrags leugnen die Führungskräfte der EU die Realität. Die zahllosen EU-Gipfeltreffen haben gänzlich ihre offiziellen Ziele verfehlt, nämlich „das Vertrauen der Märkte wiederherzustellen“ und die Krise in der Eurozone zu lösen.

In Europa hat gerade eine weitere Bankenkrise begonnen; die **Austeritätspolitik**, die übereinstimmend in allen Ländern durchgeführt wird, führt zu einer allgemeinen Rezession; die soziale und wirtschaftliche Situation verschlechtert sich in den meisten europäischen Ländern, insbesondere den an der Peripherie der Eurozone gelegenen. In Griechenland steigen Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit und die Zahl der Selbstmorde in alarmierendem Ausmaß.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu fragen, ob diese offiziellen Ziele nicht eine ganz andere **Strategie** verbergen sollen: nämlich **die Krise auszunutzen**, ja sie sogar noch zu verschärfen, **um zu einer ganz anderen Gesellschaftsordnung überzugehen**, die mit der Zerstörung der sozialen und demokratischen Rechte das neoliberale Projekt vervollkommnen würde (ganz nach dem Motto: „*Vergeude niemals eine gute Krise*“).

Diese Entwicklungen stellen die ernsthafteste **Gefahr für die Demokratie** dar, die Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt hat. Die europäischen Bürgerinnen und Bürgern werden Strafmaßnahmen unterworfen, obwohl jeder und jede weiß, dass die Krise hauptsächlich der Raffgier der Banken, den Finanzmärkten und der Komplizenschaft oder der Nachgiebigkeit von Politikerinnen und Politikern entsprungen ist, die Erstere eigentlich zu kontrollieren hätten, und das Ergebnis eines zwei Jahrzehnte dauernden Strebens nach Wettbewerbsfähigkeit ist, das zu Lohn- und Gehaltskürzungen und Steuersenkungen führte. Dieser strafende Neoliberalismus gefährdet die Demokratie in zweifacher Weise:
- durch direkte autoritäre Tendenzen (deutlich geworden zum Beispiel, als Jean-Claude Trichet, der ehemalige Präsident der EZB, einen Brief an die italienische Regierung schickte mit der Aufforderung, die Kürzungen zu beschleunigen, und ihr vorschlug, die Tarifverhandlungen von der Branchen- auf die Unternehmensebene zu verlagern, oder als mit Zustimmung der Troika Technokratenregierungen in Griechenland und Italien die Macht ergriffen …)
- und auch indirekt durch die Förderung nationalistischer, fremdenfeindlicher, antieuropäischer und antidemokratischer politischer Bewegungen (Frankreich, Ungarn, Finnland etc.).

Wir sagen: „Es reicht!“ Wir akzeptieren diese Politik nicht länger. Sie verhöhnt die Demokratie, sie hat Europa bereits jetzt in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt. Sie weckt jenen fremdenfeindlichen Geist, der durch die Schaffung Europas eigentlich ausgerottet werden sollte. **Wir wollen die europäischen Völker und ihr Sozialmodell verteidigen** und nicht die großen Unternehmen und Banken und deren Hauptaktionäre.

Das erfordert eine andere Politik, das heißt auch eine Erneuerung der Institutionen und Verträge: nicht im Sinne einer Verschärfung des strafenden Neoliberalismus, sondern um die Demokratie wiederherzustellen.

Alternativen existieren. Was heute fehlt, ist ein Kräfteverhältnis, mit dem diese Alternativen auch realisiert und politische Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das europäische Projekt auf den Weg der Demokratie und eines sozialen und ökologischen Fortschritts zurückbringen.

Der Alternativgipfel, zu dem wir aufrufen, wird eine erste Etappe dafür sein, diese Ziele zu erreichen.

Kontakt: info@altersummit.eu , **www.altersummit.eu**